

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Tel.: 0341 – 9 60 24 31
Fax: 0341 – 2 25 48 03
E-Mail: Sachsen@fes.de

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

ISBN 978-3-98628-810-5

Abseits der Norm. Umgang mit „Andersartigkeit“ in der DDR



35. Bautzen-Forum



Abseits der Norm Umgang mit „Andersartigkeit“ in der DDR

35. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen

15. und 16. Mai 2025

DOKUMENTATION

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der Friedrich-Ebert-Stiftung

35. BAUTZEN-FORUM 15. UND 16. MAI 2025

EINLEITUNG	6
Arne Schildberg	

GRUSSWORTE	
Alexander Latotzky	9
Albrecht Pallas	12
Dr. Robert Böhmer	16

VORTRAG UND DISKUSSION	22
Vom „sozialistischen Menschen“. Wer erfüllte die Norm der DDR?	
Dr. Stefanie Eisenhuth	

PODIUMSGESPRÄCH	46
Marginalisiert im Sozialismus? Gesellschaftliche Diskriminierung und Ausgrenzung	
Prof. Dr. Sebastian Barsch, Vũ Văn Phạm, Prof. Dr. Detlef Pollack, Dr. Teresa Tammer	
Moderation: Pia Heine	

PODIUMSGESPRÄCH	75
Abseits der musikalischen Norm: Subkulturelle Jugend(szenen) in der DDR	
Dr. Martin Breternitz, Anne Hahn, Prof. Dr. Michael Rauhut, Prof. Dr. Wolf-Georg Zaddach	
Moderation: Cornelia Bruhn	

PODIUMSGESPRÄCH	106
Auf der schiefen Bahn: Abweichung und Haft	
Dr. Steffi Brüning, Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Dr. Konstantin Neumann	
Moderation: Dr. Nancy Aris	

PODIUMSGESPRÄCH	136
Abseits der Norm in der Aufarbeitung und Vermittlung	
Dr. Anna Lux, Anja Neubert, Dr. Christine Schoenmakers, Dr. Felix Zimmermann	
Moderation: Dr. Heiko Neumann	

ANDACHT	166
auf dem Karnickelberg	
Pfarrer Christian Tiede	

Referent_innen des 35. Bautzen-Forums	168
---------------------------------------	-----

Bautzen-Foren im Überblick	170
----------------------------	-----

Impressum	172
-----------	-----

EINLEITUNG

Arne Schildberg

Sehr geehrte Damen und Herren, liebes Publikum, ich möchte Sie ganz herzlich zum diesjährigen, nunmehr 35. Bautzen-Forum hier im Gemeindehaus der Ev.-Luth. Kirchgemeinde St. Petri in Bautzen begrüßen. Da mich viele in der Runde noch nicht kennen, gestatten Sie mir einige kurze Worte zu meiner Person: Mein Name ist Arne Schildberg und ich habe im vergangenen Jahr die Leitung des Landesbüros Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung von Matthias Eisel übernommen, der in den wohlverdienten Ruhestand gegangen ist. Sie wissen es: Ihm und der gesamten Friedrich-Ebert-Stiftung ist und war die Ausrichtung des Bautzen-Forums viele Jahre lang ein Herzensanliegen. Ich freue mich deswegen umso mehr, dass wir nach einem Jahr Pause nun an diese erfolgreiche Tradition wieder anknüpfen können und dass Sie alle den Weg hierher nach Bautzen gefunden haben.

Abseits der Norm – das ist der Titel unseres diesjährigen Forums. Wahrscheinlich haben viele von Ihnen damit gerechnet, dass das Bautzen-Forum – wie auch viele andere renommierte Veranstaltungen – in diesem Jahr eher das 80. Jubiläum des Kriegsendes 1945 in den Blick nimmt. Wir haben uns für einen anderen Weg entschieden.

In Zeiten zunehmender Polarisierung und eines mindestens gefühlten gesellschaftlichen Rollbacks möchten wir uns in diesem Jahr stärker mit den Wirkmechanismen einer Diktatur im Kleinen auseinandersetzen.

Die DDR verstand sich selbst als „besseres Deutschland“, der „real existierende Sozialismus“ garantierte dem eigenen Anspruch nach und seinem Gründungsmythos folgend seinen Bürger_innen Frieden und Gleichheit. Nun wissen wir: Theorie und Praxis hatten im Falle der DDR nicht unbedingt etwas miteinander gemein.

Fragen wir heute, 35 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, danach, ob die DDR eine Diktatur gewesen sei, antworten immer noch viele Menschen aus dem Osten der Republik mit nein. Fragt man sie, wie sie ihr Leben in der DDR beurteilen, fällt das Resümee oft überraschend positiv aus. Das zeugt einerseits von klassischen Erinnerungsprozessen, andererseits davon, dass man nicht zwingend ein schlechtes Leben in der DDR haben musste, solange man nicht aneckte und mit den buchstäblichen Grenzen des Systems in Kontakt kam. Heute und morgen möchten wir aber gerade diese andere Seite der Medaille beleuchten. Wie erging es denjenigen, die nicht nach der sozialistischen Norm



leben wollten oder leben konnten? Was war das überhaupt, das sozialistische Menschenbild?

Nach weiteren Grußworten wird sich Dr. Stefanie Eisenhuth genau mit letzterer Frage in ihrem Einführungsvortrag beschäftigen. Das erste Podium nach der Mittagspause wird sich dann der Frage nach dem Umgang mit marginalisierten Gruppen in der DDR zuwenden. Den Nachmittag beschließt eine Diskussion über musikalische Sub- und Jugendkultur, bevor wir den ersten Forumstag am Abend mit einem Imbiss und Konzert des Schlagzeugers und Free Jazzers Günther „Baby“ Sommer in der Gedenkstätte Bautzen ausklingen lassen.

Morgen Vormittag wenden wir uns dann der Frage zu, welche Folgen abweichendes Verhalten nach sich ziehen konnte und welche Repressionsmechanismen der Staat angewandt hat, um seine Bürger_innen wieder „auf Linie“ zu bringen. Zum Abschluss des Podiums richten wir den Blick in die Gegenwart: Wie können wir – abseits von traditionellen Formen der Vermittlung – heute und in der Zukunft an Geschichte und begangenes Unrecht erinnern und uns mit der Vergangenheit beschäftigen?

Ich freue mich sehr, dass wir auch in diesem Jahr wieder viele namhafte Expert_innen aus dem Feld der DDR-Aufarbeitung gewinnen konnten. Und ganz besonders freut mich natürlich, dass auch die Reihen der Zuschauer_innen wieder gut gefüllt sind. Seien wir gespannt auf ein abwechslungs- und mit Sicherheit impulsreiches Programm!

Zum Schluss möchte ich mich bei der Ev.-Luth. Kirchgemeinde St. Petri bedanken, die uns erneut ihre Räumlichkeiten fürs Bautzen-Forum zur Verfügung stellt. Bei meinem Team des Landesbüros Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung für die gesamte organisatorische Vorbereitung und Betreuung. Bei Pia Heine für die inhaltliche Planung des Forums. Bei Silke Klewin und ihrem Team der Gedenkstätte Bautzen für die Organisation des Abendprogramms. Und natürlich bei allen Mitwirkenden im Programm.

Ich wünsche nun uns allen zwei interessante Tage mit anregenden Vorträgen, vielleicht auch kontroversen Diskussionen und vielen Möglichkeiten zu Gesprächen – auch über die Generationen hinweg. Vielen Dank!

GRUSSWORT

Alexander Latotzky

Liebe ehemalige Bautzener Häftlinge und die aus anderen Haftorten, sehr geehrter Albrecht Pallas, liebe Nancy Aris, lieber Marko Schiemann, lieber Arne Schildberg und lieber Robert Böhmer, sehr geehrte Anwesende, es ist mir eine große Freude, Sie heute zum 35. Bautzen-Forum begrüßen zu dürfen!

35 – das ist nicht einfach eine Zahl, sondern Ausdruck einer langen Geschichte des Dialogs und der Aufarbeitung. Der Name Bautzen steht nicht nur für eine Stadt, er ist auch ein Symbol. Für viele Menschen ist er untrennbar mit den Schrecken politischer Repression, mit Unrecht und Leid verbunden. Aber zugleich ist Bautzen auch ein Ort der Aufarbeitung, der Bildung und des Erinnerns, denn Erinnerungsarbeit ist nicht abgeschlossen – sie bleibt eine fortdauernde Aufgabe. Dazu trägt das Bautzen-Forum maßgeblich bei, denn „Nichts ist Vergangenheit“, sagte Fritz Bauer einmal. „Alles kann wieder Zukunft werden.“

In einer Zeit, in der demokratische Werte mancherorts immer mehr ins Abseits gedrängt werden, in der der Ton in politischen wie gesellschaftlichen Debatten zunehmend rauer wird, wo Verschwörungsnarrative, Extremismus und Geschichtsvergessenheit an Einfluss gewinnen, ist eine Veranstaltung wie das Bautzen-Forum wichtiger denn je. Es erinnert uns daran, dass Demokratie, Freiheit und Verantwortung untrennbar miteinander verbunden sind – und dass kritisches Denken und Toleranz noch immer die Grundlage jeder offenen Gesellschaft sind.

Das diesjährige Thema des Forums lautet *Abseits der Norm – Umgang mit „Andersartigkeit“* in der DDR und berührt einen hochaktuellen Punkt: Was geschieht mit Menschen, die nicht ins Raster passen? Die „anders“ denken, „anders“ leben, „anders“ fühlen oder – nach Maßstäben, die vom Staat definiert wurden – einfach nur „anders“ sind. Wie weit geht unsere Toleranz?

In der DDR war Norm gleich Konformität. Wer von der staatlich propagierten „sozialistischen Norm“ abwich – sei es politisch, religiös, sexuell oder sonst wie –, galt als verdächtig, als störend, als zu beobachtendes oder gar zu sanktionierendes Element. Viele Menschen, die sich nicht einordnen wollten oder konnten, erfuhren Repression: durch Ausgrenzung, Überwachung, berufliche Benachteiligung, bis hin zu Inhaftierung – nicht zuletzt hier in Bautzen.

Aber ist das heute ein nur noch historisches Thema oder ist es nicht auch für unsere Gesellschaft noch immer hochrelevant? Ausgrenzung, Diskriminierung und Polarisierung geschehen in unserer Gesellschaft auch heute noch –



subtil oder offen. Dass Vielfalt Stärke für eine Gesellschaft bedeutet, wird noch immer von vielen Mitmenschen nicht verstanden. Genau hier muss unsere Arbeit ansetzen. Die DDR war kein offenes System für Pluralität, Meinungsverschiedenheiten, Dinge, von denen eine Demokratie doch gerade lebt – und wir sind es oft auch noch nicht.

Wir erleben gerade, wie demokratische Ordnungen weltweit unter Druck geraten, wie selbstherrliche Führer offen mit demokratischen Grundregeln brechen, jahrzehntelange Allianzen aufgeben und egoistische Ziele mit Repression im Innern und militärischer Aggression nach außen hin durchsetzen. Der brutale Krieg gegen die Ukraine, der gerade in unserer unmittelbaren Nachbarschaft passiert, ist dafür das sichtbarste Beispiel.

Viele von uns gehören einer Generation an, die – geprägt durch die Erzählungen der Eltern und Großeltern – dafür gestritten haben, nie selbst Krieg und Diktatur erleben zu müssen. Jetzt stellen wir plötzlich fest, wie sehr wir uns doch geirrt haben. Das wir, die wir als junge Menschen voller Idealismus mit Ostermärschen für den Frieden in der Welt demonstriert haben, am Ende unseres Lebens in unmittelbarer Nähe einen brutalen Krieg mit all seinen barbarischen und perversen Begleiterscheinungen erleben müssen, hätte sich vermutlich keiner von uns damals vorstellen können.

Darum wird das diesjährige Bautzen-Forum erneut zu einem Ort, der uns mahnt und auffordert, wachsam und wehrbereit zu sein. Das Bautzen-Forum ist kein Museum – es ist ein lebendiger Ort der Auseinandersetzung. Ein Ort, der

nicht nur fragt: Was ist gewesen? – sondern auch: Was machen wir daraus? Es geht nicht nur um Rückblick, sondern um Ausblick: Was lernen wir aus der Geschichte und wie gestalten wir auf dieser Grundlage die Zukunft?

Ich lade Sie alle herzlich ein, sich in den kommenden zwei Tagen mit Fragen einzubringen, mit Kommentaren, mit offenem Geist. Lassen Sie uns streiten, zuhören, verstehen, hinterfragen – im besten Sinne demokratischer Debattenkultur.

Und haben Sie nicht nur den Mut zum Zuhören, sondern auch den Mut zum Handeln – engagieren Sie sich. Machen Sie es wie die sächsische Staatsministerin der Justiz, Constanze Geiert. Sie hat nach einem Besuch auf dem Karnickelberg vor wenigen Wochen spontan beschlossen, Mitglied des Bautzen-Komitees zu werden. Darüber haben wir uns sehr gefreut und vielleicht wollen Sie es ihr ja nachmachen, wir können jede Unterstützung gebrauchen. Denn auch in unserem Land hat es Entwicklungen gegeben, die nicht positiv sind.

Lassen Sie mich darum mit einem Zitat von Fritz Bauer schließen, einem von mir hochgeschätzten großen Demokraten: „Wir können aus dieser Erde keinen Himmel machen, aber jeder von uns kann etwas dafür tun, dass sie nicht wieder zur Hölle wird.“

In diesem Sinne: Willkommen zum 35. Bautzen-Forum!

GRUSSWORT

Albrecht Pallas

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, ich freue mich, Sie heute hier in Bautzen als 4. Vizepräsident des Sächsischen Landtags und in Vertretung von Laura Stellbrink, der SPD-Landtagsabgeordneten für den Landkreis Bautzen, begrüßen zu dürfen. Sie hätte heute sehr gern selbst teilgenommen und mit Ihnen diskutiert. Als parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion ist sie heute jedoch aufgrund der Verhandlungen zum nächsten sächsischen Doppelhaushalt im Landtag gebunden. Ich soll Ihnen herzliche Grüße übermitteln.

Mein Dank gilt Arne Schildberg und der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Organisation dieser wichtigen Veranstaltung – nicht nur als historische Rückschau, sondern als gesellschaftspolitische Mahnung, die uns bis ins Heute betrifft. Darüber hinaus danke ich Alexander Latotzky und dem Bautzen-Komitee e. V. herzlich für den jahrzehntelangen Einsatz bei der Erforschung und Aufarbeitung der Verbrechen kommunistischer Gewaltherrschaft in den Bautzener Gefängnissen sowie des Unrechts der SED-Diktatur in all seinen Facetten.

Der Titel der heutigen Veranstaltung – *Abseits der Norm* – trifft einen Nerv, nicht nur im Rückblick auf die DDR, sondern auch mit Blick auf unsere Gegenwart. Der Versuch der DDR, einen „sozialistischen Menschen“ zu formen, bedeutete mehr als politische Utopie – er bedeutete soziale Kontrolle, Normierung, Ausgrenzung. Dieses politische und gesellschaftliche Programm griff tief in das alltägliche Leben der Menschen ein. Wer dem angestrebten Menschenbild nicht entsprach, wer aus dem Raster fiel, wer Fragen stellte, wer unbequem war, wurde zum Problem erklärt. Verdrängung, Schikane, Kriminalisierung, Überwachung oder Haft waren mögliche Konsequenzen.

Der Umgang mit Minderheiten in der DDR war widersprüchlich. Einerseits waren in der Theorie alle Menschen gleich. Niemand sollte benachteiligt sein. Andererseits erlebten viele spürbar die Lücke zwischen dem theoretischen Anspruch und der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit ihren sehr engen Normalitätsvorstellungen. Andersdenkende Bürger_innen waren in ihrer Existenz unbequem, ihre Stimmen unerwünscht. Subkulturelle Bewegungen, die durch Musik, Kleidung oder ihre Haltung aus dem Raster fielen, gerieten schnell ins Visier der Staatsmacht. Ihre Lebensrealitäten und Bedürfnisse wurden ignoriert, ihre Stimmen verdrängt.

Das Streben nach Homogenität war kein Zufall, sondern ein Kernbestandteil des SED-Staates. Individualität erregte Verdacht, Abweichung wurde als Bedro-



hung gedeutet – nicht als Ausdruck von Vielfalt, die als anormal angesehen wurde.

Diese Vergangenheit ist kein abgeschlossenes Kapitel. Sie hat tiefe Spuren hinterlassen – in Biografien, in Familien, im kollektiven Gedächtnis Ostdeutschlands. Und sie wirkt bis heute fort. Das merken wir hier auch in der Stadt, im Landkreis und im gesamten Osten. Diese Vergangenheit ist Teil unserer ostdeutschen Identität – und das nicht nur bei Menschen, die diese Zeit selbst miterlebt haben, sondern auch bei ihren Kindern und Enkeln, die nur das wiedervereinte Deutschland kennen.

Die Frage, wie wir als Gesellschaft mit Abweichung, mit Unangepasstheit, mit Vielfalt umgehen, stellt sich heute neu. Und sie wird längst nicht nur von Demokrat_innen beantwortet. Als innenpolitischem Sprecher der SPD-Fraktion in Sachsen sind mir die besonderen Herausforderungen bewusst. Nicht nur hier im Landkreis Bautzen erleben wir gegenwärtig besorgniserregende Entwicklungen: Wir sehen hohe Wahlergebnisse für rechtsextreme Parteien wie die AfD oder die Freien Sachsen, die sich offen gegen Pluralität, Gleichwertigkeit und wesentliche Prinzipien unserer demokratischen Verfassungsordnung stellen.

Jeden Montag gibt es Mahnwachen, die mit den einstigen Montagsprotesten zum Ende der DDR kaum mehr als den Wochentag gemein haben. Sie mögen zwar aus nachvollziehbaren Sorgen um Grundrechte entstanden sein, sind heute aber durchweg von Misstrauen, Verschwörungserzählungen und autoritären Sehnsüchten geprägt. Der über die Stadt hinaus bekannte „Jugend-

block“, der die montäglichen Spaziergänge anführt, ist ein Sammelbecken für rechtsextreme Jugendorganisationen. Er füllt ein Vakuum, das es vor allem in den ländlichen Umlandgemeinden gibt. Er wirkt in dieser Gruppe identitätsstiftend – nicht auf der Grundlage von Vielfalt und Respekt, sondern vornehmlich durch Abgrenzung, rechte und völkische Ideologien und die Wiederbelebung alter Feindbilder.

Zudem häufen sich Anfeindungen und tätliche Angriffe auf demokratische Akteure. Der brutale Angriff auf den SPD-Europaabgeordneten Matthias Ecke, zahlreiche weitere Attacken auf ehrenamtliche Wahlhelfer_innen im Landtagswahlkampf 2024 sowie Aktionen gegen den CSD in Bautzen sind uns schmerzlich in Erinnerung. All das zeigt: Die Auseinandersetzung mit Andersartigkeit – oder anders gesagt: der Umgang mit Vielfalt – sind noch immer große Herausforderungen in unserer ostdeutschen Gesellschaft. Und die Vergangenheit ist nicht abgeschlossen. Die derzeitigen Tendenzen speisen sich nicht nur aus aktuellen Krisen, sondern auch aus einem Gefühl: dem Gefühl, übersehen worden zu sein und noch immer nicht gehört zu werden. Dieses Gefühl ist in Ostdeutschland, gerade auch hier in der Lausitz, tief verankert.

Die heutigen Herausforderungen des demografischen Wandels, des Strukturwandels, der Globalisierung und der Sorge vor ökonomischem Abstieg sind reale Unsicherheiten. Gerade in Regionen wie der Lausitz, wo Transformationsprozesse gleich mehrfach erfahren wurden – vom sozialistischen Kombinat zur Marktwirtschaft, vom Kohleabbau zur Energiewende –, hat sich ein Gefühl der Dauerkrise festgesetzt. Und dort, wo Menschen sich nicht gesehen fühlen, wächst die Anfälligkeit für Erzählungen, die vermeintlich einfache Antworten versprechen. Deshalb ist es umso wichtiger, sich mit der Geschichte der DDR nicht nur an Gedenktagen oder in Schulbüchern auseinanderzusetzen, sondern mit ihr in die Tiefe zu gehen – sie zu durchdringen, gerade auch dort, wo sie un bequem wird.

Seit fast 35 Jahren ist Deutschland politisch und juristisch vereint, aber die Unterschiede zwischen Ost und West sind noch immer spürbar – bei der Verteilung von Vermögen, bei der Struktur der Wirtschaftsunternehmen, bei der Vertretung auf Spitzenebene in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und allgemein in Gesellschaft oder auch in den Portemonnaies der Leute. Die deutsche Einheit ist ein fortlaufender Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Neben den Forderungen nach Lohnangleichung und adäquater Repräsentation in Vorständen und Ämtern muss eine zentrale Forderung auch immer die weitere Aufarbeitung sein. Die Aufarbeitung des SED-Regimes muss klar benennen, wo Unrecht geschah – dort, wo es offensichtlich geschah, dort, wo es sich subtil zeigte, und dort, wo versucht wurde, es zu verschleiern.

Das Haftsystem der DDR war kein bloßes rechtsstaatliches Instrument, sondern auch ein Mittel der Machtdemonstration. Hier in Bautzen erinnern sich viele an „Bautzen I“ und „Bautzen II“ als Orte der staatlich-politischen Willkür – im Namen der Einheitspartei. Menschen wurden dort nicht in erster Linie eingesperrt, weil sie Gesetze gebrochen hatten, sondern weil sie un bequem waren – weil ihre Gedanken, ihre Musik, ihr Glaube, ihr Anderssein das fragile Gleichgewicht eines autoritären Systems störten.

Und genau deshalb ist die heutige Veranstaltung so bedeutsam: Sie lädt ein, hinter das Narrativ von Gleichheit und Solidarität zu blicken, das in Wahrheit oft Gleichmacherei und Kontrolle bedeutete. Sie ist darüber hinaus auch eine Einladung, unser eigenes Heute kritisch zu beleuchten: Wer wird heute als „anders“ markiert? Wer wird ausgegrenzt, sei es durch alltägliche Sprache und Barrieren, durch systematische Desinformation oder politische Hetze? Und was ist unsere Antwort als Gesellschaft darauf?

Wir sehen, wie Sprache wieder dazu genutzt wird, Menschen zu markieren – als „Systemlinge“, als „Volksverräter“, als „Globalisten“. Wir sehen, wie rechtsextreme Gruppen versuchen, Jugendlichen ein Gefühl von Stärke und Zugehörigkeit zu geben – indem sie gleichzeitig Hass und Abwertung säen. Und wir sehen, wie die Demokratie, die uns ein enormes Maß an Vielfalt ermöglicht, plötzlich selbst als Bedrohung dargestellt wird. Aus dieser vermeintlichen Bedrohung heraus stilisieren sich Demokratiefeinde als „die wahren Opfer“ und schüren damit allgemeines Misstrauen.

Deshalb ist das Erinnern an die Vergangenheit hochpolitisch. Denn die Art und Weise, wie wir heute mit Differenz, mit Unangepasstheit, mit Widerspruch umgehen, entscheidet darüber, wie stabil, wehrhaft und zukunftsfähig unsere Demokratie ist. Und wie lebendig sie bleibt. Als demokratische Gesellschaft müssen wir genau hier ansetzen: mit politischer Bildung, mit historischer Aufklärung, mit Begegnung, mit Solidarität. Und mit klarer Kante gegen alle, die ausgrenzen, verächtlich machen oder bedrohen – egal ob sie im Landtagsplenum sitzen oder auf der Straße marschieren.

Ich wünsche dieser Veranstaltung deshalb offene Gespräche, neue Perspektiven und vor allem: das Bewusstsein, dass Geschichte nur dann zur Mahnung wird, wenn wir sie ernst nehmen – auch dort, wo sie un bequem ist. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

GRUSSWORT

Robert Böhmer

Guten Morgen, liebe Kameraden, liebe Freunde des Bautzen-Komitees, liebe Gäste, sehr geehrte Ehrengäste!

Wenn ich als Bautzener Bürgermeister hier sprechen darf, ist das immer eine Ehre, denn für uns als Stadt ist das eine wichtige, interessante Verpflichtung. Interessant auch deshalb, weil es Institutionen und Menschen gibt, die die Erinnerung an die Vergangenheit wachhalten, die zu unserer Stadtgeschichte gehört.

Deshalb bin ich dankbar, dass es diesen ritualisierten Termin des Bautzen-Forums gibt, der im Laufe der Jahrzehnte nicht erloschen ist – und dass viele andere Formen der Erinnerung durch das Bautzen-Komitee organisiert werden. Jeder, der in der DDR aufgewachsen ist, hat verschiedene Erfahrungen gemacht. Herr Pallas hat gerade Dinge angedeutet, die mir mit Blick auf die Jugendkultur ähnlich durch den Kopf gehen – Themen, die Sie heute noch auf der Tagesordnung haben. Deshalb möchte ich auch ein paar persönliche Gedanken hier einbringen, vielleicht nicht den profanen Gruß des Finanzbürgermeisters oder eines Vorstandsmitglieds, sondern versuchen, mit Beispielen die Dinge näherzubringen, die mich bewegen.

Ich erinnere mich noch an einen Buchtitel von Wolfgang Engler – das ist etwa 20 Jahre her – *Die Ostdeutschen als Avantgarde*. Er vertrat darin eine These, die vielfach bis heute diskutiert wird: Die ehemaligen DDR-Bürger_innen seien ihrer Zeit voraus gewesen, weil sie bestimmte Erfahrungen im Realsozialismus gemacht hatten, die die vermeintlich heile Gesellschaft der Bundesrepublik erst noch durchleben müsse.

Auf verschiedene Weise lebt diese These bis heute fort. Sinngemäß heißt es gelegentlich: Der scheinbar immerwährende materielle Aufstieg des Westens habe träge und vielfach dekadent gemacht. DDR-Bürger_innen dagegen kannten Mangelwirtschaft und materielle Nöte. Die Andersartigkeit dieser Erfahrungen zeigte sich vor allem in der eingeforderten Konformität des Realsozialismus – im Meinungszwang, in der Repression, in der scheinbaren Machtlosigkeit, die man als DDR-Bürger_innen erleben musste. Denn im schlimmsten Fall drohten Gefängnis, Wegsperrungen, Ruhigstellen, Einschüchtern, Drangsalieren und berufliche Vernichtung.

DDR-Bürger_innen wissen, was Unterwerfung oder Rebellion in einem repressiven System bedeuten. Die meisten von uns, die heute über diese Dinge



nachdenken, haben ihre Erfahrungen gemacht. Für mich war das Ende der 1980er Jahre die Entscheidung, keine Jugendweihe zu vollziehen. Da kam die Wende gerade im rechten Augenblick. Die Frage, ob ich Bausoldat werden würde, stellte sich unmittelbar nicht mehr. 35 Jahre nach der Wiedervereinigung verblasen diese Erinnerungen – oder kommen in ganz unerwarteter Weise wieder zurück.

Deshalb an dieser Stelle noch einmal ein Dank für diese Tagung – an die Friedrich-Ebert-Stiftung, an das Bautzen-Komitee und an die Evangelische Kirche, dass wir hier regelmäßig Gastgeber sein dürfen. Und manchmal kommen solche Erinnerungen auf ganz unerwartete Weise wieder – durch zufällige Begegnungen oder überraschende Erlebnisse. Zwei davon möchte ich Ihnen kurz schildern, weil sie zum heutigen Thema passen.

Vor einem Jahr hatte ich im Sorbischen Museum die Ehre, als Bürgermeister die Reihe *Bautzener Kammerkonzerte* zu eröffnen. Das ist für mich als Finanzbürgermeister natürlich eine willkommene Abwechslung – Kunst und Kultur statt Zahlen und Haushaltsplänen. Ich stand also im Foyer des Sorbischen Museums und war etwas überrascht, als mir der Kurator vorgestellt wurde – ein gewisser Hans Narva. Das irritierte mich zunächst: Kann das wirklich sein – Hans Narva? Und ein junger Mitarbeiter war etwas überrascht, dass ich den Namen kannte.

Mir als Kind der DDR, damals 17 Jahre alt im Jahr 1989, war Hans Narva natürlich ein Begriff. Einer der prägenden Musiker von *Herbst in Peking* – einer

Band, die man damals als Punkband bezeichnete, heute würde man sagen: independent. Zu Verwirrung des kultivierten Kammermusikpublikums habe ich in meinem Grußwort dann spontan etwas mehr über *Herbst in Peking* als über Beethoven und Mozart gesprochen.

Schon dieser Name, *Herbst in Peking*, war Ende der 1980er Jahre eine Provokation. Die Kulturfunktionäre formulierten damals, ich zitiere sinngemäß: Unsere chinesischen Freunde könnten sich in ihrer Würde verletzt fühlen. Und tatsächlich machte die Band ihrem Namen alle Ehre.

Wer erinnert sich noch an das Massaker auf dem Tiananmen-Platz – dem Platz des Himmlischen Friedens? Wissen Sie noch, wann das war? Sie als Expert_innen wissen es: im Juni 1989, nicht im Herbst. Die Band *Herbst in Peking* hatte ihren Namen schon vorher, aber sie reagierte auf diesen sogenannten „Zwischenfall“, wie man das damals bei uns nannte. Ich selbst habe das im Juni 1989 als Zehntklässler thematisiert – das hätte mich auch die EOS kosten können.

Die Band *Herbst in Peking* hat dann unmittelbar nach dem Ereignis gewagt, bei einer Rocknacht der FDJ, einem Open Air vor Tausenden, das Publikum zu einer Schweigeminute aufzufordern, und an die Opfer des Massakers in Peking erinnert. Das war damals außergewöhnlich mutig. Konsequenter folgte das Auftrittsverbot – die „Spielerlaubnis“, wie es hieß, wurde mit sofortiger Wirkung entzogen. Vor einiger Zeit hörte ich einen Ausschnitt im RBB, in dem der Schauspieler Henry Hübchen zum Thema Auftrittsverbote in der DDR sprach. Ich zitiere: „Verbote waren ein Ritterschlag. Noch ein Verbot, noch besser. Du wirst ernst genommen, wenn du dich mit der Macht anlegst und sie dich verbietet. Das stärkt die Brust – da fängst du an, gerade zu gehen.“

Herbst in Peking jedenfalls bettelte nicht und unterwarf sich nicht. Stattdessen schrieb die Band die – man könnte sagen – inoffizielle Hymne oder die Begleitmusik zum Untergang der DDR, zumindest aus Sicht der damaligen Jugendkultur: die *Bakschischrepublik*. Sie blieb irgendwie zeitlos, denn die *Bakschischrepublik* lässt sich fast wie ein prophetischer Abgesang auf noch kommende Zeiten lesen. Die Musiker philosophierten über Menschen, die später wieder Halt bei den alten, scheinbar überwundenen sozialistischen Göttern suchen würden.

Ich möchte ein paar Zeilen aus dem Song zitieren:

„*Wir leben in der Bakschischrepublik
und es gibt keinen Sieg.
Die Hoffnung ist ein träges Vieh
und nährt sich an der Staatsdoktrin.*“

*Man wird die roten Götter schleifen,
viele werden es nicht begreifen.
Wir leben in der Bakschischrepublik
und es gibt keinen Sieg.
Schwarz-Rot-Gold ist das System,
morgen wird es untergeh'n.
Das Volk, es wird in Trance verfallen
und eine alte Hymne lallen:
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“*

Herbst in Peking war ein Magnet der alternativen Jugendszene in der DDR – zusammen mit anderen Bands wie *Feeling B* mit Aljoscha Rompe, den *Skeptikern*, *Sandow*, *AG Geige* oder *Die Firma*. Letztere machte ihrem Namen alle Ehre – sie war stark von der Stasi infiltriert, was erst in den 1990er Jahren bekannt wurde.

Zurück zu Hans Narva. Er war nicht nur Musiker bei *Herbst in Peking*, sondern auch Fußballfan in Berlin. Und von welchem Verein ist man Fan in Berlin, wenn man Dissident ist? Richtig – *Eisern Union*. Da nicken die meisten. Hans Narva war Union-Fan – und zwar nicht nur irgendeiner wie damals viele Jugendliche, sondern er beteiligte sich an Schlägereien. Dafür musste er mit 15 Jahren für anderthalb Jahre ins Jugendgefängnis. Erstens erkennt man daran, dass es Hooligans auch in der DDR gab. Und es ist auch eine Erinnerung daran, welche bedeutende Rolle der Fußball spielte – gerade für junge Menschen, die sich Freiräume suchten. Auch im Fußball der DDR und im Ostblock hat man sich also hemmungslos geprügelt.

Man denke etwa an das legendäre Spiel zwischen *Dinamo Zagreb* und *Roter Stern Belgrad*. Viele sagen, dieses Spiel habe 1990 den Zerfall Jugoslawiens ausgelöst – dort trafen Kroaten und Serben aufeinander, und der Hass auf den Rängen spiegelte die politischen Brüche im Land. Hooligans sind also kein westliches Phänomen, sondern ein Ausdruck sozialer Spannungen, die es überall gab. Wie gesagt, Hans Narva musste ins Jugendgefängnis. Angst und Ohnmacht waren später die Triebfedern seiner Musik – und Grundlage jener brillanten Texte, die uns als Jugendliche damals begeistert haben.

Ein zweites Erlebnis passt unmittelbar dazu. Wenn man fragt, was das Gegenteil eines Union-Fans sei, dann lautet die Antwort natürlich: BFC-Fan. Paradox, aber wahr – das Gegenteil des Dissidentenklubs Union war Mielkes Fußballspielzeug, der *BFC Dynamo*, zehnmaliger Serienmeister, kaum je verloren, außer einmal gegen *Fortschritt Bischofswerda*. Das Sinnbild alles Schlechten, der Bevorzugung, der Macht in der DDR, dieser BFC.

Und doch gab es die verrückten Abweichler, die für diesen Verein brannten. Einer von ihnen war Andreas Gläser. Als ich sein Buch *Der BFC war schuld am Mauerbau* las, dachte ich: Was für ein brillantes Werk über Dissidententum in der DDR – und über Fußballkultur zugleich. Gläser beschrieb aus der Perspektive eines Ost-Berliner Jugendlichen das absurde Verhältnis zwischen Staat und Fanszene. Für die Stasi war die Fankultur beim BFC so absurd, grotesk, und wild-unberechenbar, dass die Fans in ihren Augen die ganz üblen, völlig suspekten und unkalkulierbaren Staatsfeinde waren.

Ich habe Andreas Gläser später – bei einem Regionalligaspiel in Bautzen – tatsächlich mal getroffen, hatte aber leider das Buch nicht dabei, sonst hätte ich mir gern eine Widmung geholt. Es war trotzdem ein besonderes Erlebnis, diesen Underground-Poeten aus der späten DDR und der Fußballkultur persönlich zu treffen. Er bezeichnet sich selbst als „stolzen Sohn des Proletariats“.

Ich möchte Sie nicht zu lange damit aufhalten – Sie haben ja noch spannende Diskussionen vor sich. Aber ein plastisches Zitat aus Gläser's Buch möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Er beschreibt, wie es damals im Ost-Berliner Jahnsporthaus zuging. Ich selbst war als 14-Jähriger einmal dort – meine Eltern erfüllten mir den Wunsch, auf dem Rückweg von der Ostsee ein Spiel von *Chemie Leipzig* gegen den BFC zu besuchen. Das Spiel endete 2:0 für den BFC.

Gläser schreibt: „Doch dem Staat war unverordneter Frohsinn nicht geheuer. Mielke und Co. hatten wohl Bedenken, dass sich das Publikum während eines ausverkauften Spiels – noch dazu mit Fernsehübertragung – nach Westen orientieren könnte. Der Jahnsporthaus lag ja direkt an der Mauer. Hinter unserer Tribüne befand sich das sogenannte Niemandsland. Es wimmelte nur so vor Grenzern, Bullen und diesen in weinrote Trainingsanzüge gekleideten MfS-Anwärttern. Für uns waren Grenzprovokationen kein Thema. Natürlich mussten Barrieren genommen werden, doch die Musik spielte nicht auf dem Todesstreifen. 1982 zettelten wir den ersten Platzsturm im Jahnsporthaus an. Der Zaun war keine Hürde, die Uniformierten waren schlecht positioniert – und schon befanden wir uns auf der Laufbahn. Unser Torwartriese Bodo Rudwaleit kam mir entgegen. Ich fühlte mich selten so klein. Peinlich berührt klopfte ich ihm auf den Unterarm. Mit einem Großteil der Fans rannte ich dann der Ministertribüne – dort saß Mielke – entgegen, wobei wir eher die Spielerkabine im Visier hatten. Während des darauffolgenden Heimspiels wurde der Zaun so ähnlich gesichert wie die Mauer.“

Gläser schreibt außerdem über seine Verhöre durch die Stasi, über eine hübsche Offizierin, die ihm vorgesetzt wurde und in die er sich beinahe verliebte – und darüber, wie kurz darauf zum Glück die politische Wende kam und alles zusammenbrach.

Ich wünsche Ihnen heute einen inspirierenden Austausch und gute Erinnerungen an vergangene Zeiten – besonders denjenigen, die inhaftiert waren und das Bautzen-Forum auch dazu nutzen, sich zu vernetzen und sich hier in Bautzen wiederzutreffen. Bewahren Sie sich die Fähigkeit, zwischen den Zeilen zu lesen. Und behalten Sie Ihren Mut, wie einst für die Meinungsfreiheit einzutreten. Alles Gute!

VORTRAG

Vom „sozialistischen Menschen“. Wer erfüllte die Norm der DDR?

Dr. Stefanie Eisenhuth

Wer erfüllte die Norm in der DDR? Vielleicht haben Sie sich ein wenig gewundert, als Sie den Titel meines Vortrags lasen. Mir ging es zumindest so, als ich die freundliche Einladung erhielt, heute hier zu diesem Thema zu sprechen. Mein erster Gedanke war: Nun, das lässt sich schnell beantworten: niemand. Mein zweiter Gedanke ließ mich schmunzeln: Auch auf diesem Gebiet war es also um die Normerfüllung nicht so gut bestellt. Wir könnten es nun bei diesem Fazit belassen: Natürlich erfüllte niemand die Norm. Auch heute nicht. Wer ist schon perfekt.

Sollten Sie mit einem solch kurzen Vortrag nicht zufrieden sein, lassen Sie uns gemeinsam auf Spurensuche gehen und überlegen: Von welchen Normen sprechen wir eigentlich? Wie sollte dieser sozialistische Mensch überhaupt sein? Wer setzte Normen? Wie? Was bedeutete es, sie zu erfüllen – oder nicht? Wer beurteilte das und wer sanktionierte auf welche Weise ein Nichterfüllen? Und was war an diesen Normen überhaupt „sozialistisch“?

Ich werde nicht all diese Fragen beantworten können, aber vielleicht können wir sie in die einzelnen Gesprächsrunden mitnehmen. Ich möchte mich vor allem auch darauf konzentrieren, wie die äußere Gestalt des Menschen die innere Neuerung zum Ausdruck bringen sollte. Die ästhetische Disziplinierung soll uns als Spiegel politischer Steuerungsansprüche dienen.

Damit wende ich mich einem Feld zu, das einige vielleicht auf den ersten Blick als unpolitisch erachten. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Die äußere Erscheinung eines Menschen, und damit die Erfüllung oder Abweichung von ästhetischen Normen, war in der kommunistischen Gesellschaft eine hochpolitische Angelegenheit.

Dabei verstehe ich unter Normen gesellschaftlich geteilte Erwartungen an adäquates Verhalten. Normen wirken als unsichtbare Regeln unseres Zusammenlebens – sie ordnen Verhalten, strukturieren Rollen und prägen unser Urteil über „richtig“ und „falsch“. Es sind also kulturelle Deutungsmuster, die darüber entscheiden, was in einer Gesellschaft als „normal“ gilt und was nicht. Sie sind zeitgebunden, veränderlich und spiegeln Machtverhältnisse wider, da sie Hierarchien begründen und reproduzieren.

In der DDR hatten Staat und Partei weitreichende Möglichkeiten, nicht nur



Dr. Stefanie Eisenhuth und Arne Schildberg

das öffentliche Reden über Normen zu prägen, sondern auch die Möglichkeiten der Normerfüllung zu beeinflussen. Dabei zeigte sich in der Bedeutung, die der Vermittlung von Werten und Normen beigemessen wurde, der Charakter der DDR als „Erziehungsdiktatur“.¹ Ganz verschiedene Institutionen sollten die Menschen bei ihrer Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten anleiten. Damit kam dem Staat eine große Bedeutung als Definitionsmacht zu. Zudem oblag ihm, in Teilen, die Sanktionsmacht bei Nichterfüllen.

Dennoch ist stets zu bedenken: „Die Norm“ ist nicht statisch oder überzeitlich, sie ist auch keine Checkliste, die sich abarbeiten lässt. Es gibt sie zudem nur im Plural. Normen sind oft widersprüchlich und werden im Alltag ständig neu ausgehandelt. Sie werden auch nicht einfach nur „nicht erreicht“, sondern umgedeutet, anverwandelt, unterlaufen, neu geschrieben.

Wer Normen setzt, variiert je nach Feld der Betrachtung. Auch in der DDR bestimmte nicht nur das Regime, was als Norm galt. Unsere Vorstellung von dem, was gut und richtig ist, ist ebenso sozial und kulturell bedingt, historisch gewachsen sowie medial beeinflusst.

Die DDR fiel 1949 nicht plötzlich vom Himmel. Sie war eine deutsche, postfaschistische Gesellschaft, die zu einer sozialistischen nach sowjetischem Vor-

1 Dorothee Wierling, Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der sechziger Jahre, in: Hartmut Kaelble / Jürgen Kocka / Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 404–425.



Abb. 1 und 2, KI-generierte Bilder idealtypischer sozialistischer Menschen.

bild umgestaltet werden sollte. Damit eröffnete sich ein Spannungsfeld: Mit der Sowjetunion sollte nun ein Land als Vorbild dienen, dessen Einwohner unmittelbar zuvor, während der NS-Zeit, noch als „Untermenschen“ gegolten hatten.²

Zugleich sollte sich die neue sozialistische Gesellschaft deutlich von der bundes-republikanischen unterscheiden. Aber gemeinsame tradierte Vorstellungen und Werte konnten nicht über Nacht für obsolet erklärt werden bzw. prägen auch das Denken und Handeln kommunistischer Funktionäre.

Und dennoch blieben Staat und Partei oberste Instanzen, wenn es darum ging, die Grenze zwischen erlaubter und unerlaubter Abweichung zu ziehen. Denn Normen dienen nicht nur der Orientierung, sondern sie bilden auch die Grundlage für Überwachung und Ausgrenzung.

² Vgl. Jannis Panagiotidis / Hans-Christian Petersen, Antiosteuropäischer Rassismus in Deutschland: Geschichte und Gegenwart, Weinheim 2024.



Abb. 3, KI-generiert, sozialistischer Idealtypus der 1950/80er Jahre.

Wie sollte der sozialistische Mensch sein?

Neugierig auf das Ergebnis, habe ich ChatGPT gebeten, ihn für uns zu visualisieren. Warum? Bild-KIs kombinieren visuelle Muster, die in den sogenannten Trainingsdaten – also in Millionen bereits vorhandener Bilder – immer wieder gemeinsam auftreten. Das Ergebnis ist also kein gänzlich neues Bild, sondern eine verdichtete Repräsentation dessen, was im kollektiven Gedächtnis gespeichert ist. Für unsere Suche nach dem idealen sozialistischen Menschen also ein interessanter Auftakt.

Wir sehen Bilder, die im Stil des Sozialistischen Realismus gehalten sind – jenem unter Stalin institutionalisierten Kunststil, der eine idealisierte, politisch erwünschte Wirklichkeit inszenierte (Abb. 1, 2). Der Hintergrund zeigt jeweils eine Fabrik sowie arbeitende Menschen. Der ideale sozialistische Mann ist in einem industriellen Umfeld platziert, die ideale Frau in einem agrarischen. Beide Figuren schauen optimistisch in die Zukunft. Ein Lächeln umspielt ihre Münder.

Seines wirkt selbstsicher und siegesgewiss, sie scheint ganz in sich zu ruhen. Ihre Gesichter sind nicht von feinen Zügen geprägt, ihre Körper wirken eher robust. Beide halten ein Buch in den Händen, fast schützend drücken sie es an ihr Herz. Ein Titel ist nicht erkennbar, es scheint ganz allgemein Wissen und das Streben nach Bildung zu symbolisieren, vielleicht aber auch die besondere Stellung verschriftlichter Weisheiten der kommunistischen Führung. Die Kleidung der beiden ist funktional, zeitlos und schlicht. Er ist muskulös, die aufgekremelten Ärmel lassen ihn dynamisch und zupackend erscheinen. Der kleine Anstecker am Revers symbolisiert seine Parteimitgliedschaft. Beide Bilder visualisieren den hohen gesellschaftlichen Stellenwert von Arbeit und die herausgehobene Bedeutung von Politik bzw. der Partei im Leben des idealen sozialistischen Menschen. In den Details sehen wir dann die Grenzen der KI: Seine Krawatte will nicht so recht zum Rest seiner Kleidung passen. Ihr Pionierhals-tuch soll Uniformierung zum Ausdruck bringen, verwundert aber erst einmal.

Ich habe die KI anschließend darum gebeten, den Unterschied zwischen dem idealen sozialistischen Menschen der 1950er und jenem der 1980er Jahre zu visualisieren (Abb. 3). Die Bildelemente der ersten Darstellung entsprechen weitestgehend jenen der ersten Visualisierung: Der Mann ist jugendlich, kraftvoll und mit fast schon grimmig-verbissenem Blick der Zukunft zugewandt. Das zweite Bild hingegen zeigt einen etwas rundlichen Mann mittleren Alters mit Brille, Schnurrbart und leichtem Doppelkinn. Er wirkt freundlich, durchaus sympathisch – aber Dynamik oder Fortschrittsgewissheit drückt er nicht aus. Der Anstecker der Partei fehlt, auch das Buch. Im Hintergrund sind nun Wohnhäuser zu sehen. Die rote Fahne hat Hammer und Sichel verloren. Statt des „neuen Menschen“, statt Revolution und flammendem Enthusiasmus sehen wir Normalität und bescheidene Zufriedenheit. Offenbar spiegelt das digitale Bildgedächtnis hier den allgemeinen Verlust an Utopie und Zukunftsgewissheit. Was fällt noch auf? Der ideale sozialistische Mensch ist weiß, europäisch anmutend, er ist nicht alt, hat keine sichtbaren Gebrechen, ist durchschnittlich attraktiv und – männlich. In beiden Fällen wurde das Bild einer Frau nur auf explizierte Nachfrage generiert.

Wenden wir uns nun den Eigenschaften des idealen sozialistischen Menschen zu. Welche zeitgenössischen Medien können uns darüber Auskunft geben? Wie wurden Normen kommuniziert?

Zum einen versuchte die Partei, Normen in Form von Geboten zu etablieren: 1958, auf dem V. Parteitag der SED, verkündete Walter Ulbricht die zehn Gebote der sozialistischen Moral. Weitere Normen setzende Texte waren die Gebote der Jungpioniere und der Thälmann-Pioniere. In diesen Texten ist der sozialistische Mensch keine anthropologische Utopie, sondern in erster Linie eine Verhaltens-

norm. Es werden klare, auch emotionale Prioritäten gesetzt: Kinder sollen vor allem ihr Heimatland lieben und nur an zweiter Stelle ihre Eltern. Alle sollen sich ganz dem Kollektiv verschreiben und dem Sozialismus dienen.

Nun könnte man einwenden: Na, aber wer hat das denn gelesen? Das war doch albern. Vielleicht, aber das nahm den Normen nicht ihre Wirkmacht. Wer sich ihnen verweigerte oder davon abwich – sei es durch Lebensstil, politische Haltung oder äußeres Erscheinungsbild – konnte ins Visier der staatlichen Repressionsapparate geraten. Zwar war der „sozialistische Mensch“ als anzustrebendes Ideal formuliert, doch konnten die ihm zugeschriebenen Eigenschaften im Alltag stets als Maßstab für Loyalität dienen.

Schauen wir nun, wie die Zeitungen der DDR den sozialistischen Menschen beschrieben haben. Sucht man den Begriff in den Ausgaben verschiedener Zeitungen der DDR, im Neuen Deutschland, der Neuen Zeit und der Berliner Zeitung, findet man ihn 306 Mal. Den „neuen Menschen“ findet man etwas häufiger.

Wodurch zeichnete er sich aus? Der sozialistische Mensch wird als pflichtbewusst, charakterfest und fleißig beschrieben. Er ist stets diszipliniert und moralisch vorbildlich, genügsam und am Gemeinwohl orientiert, allseitig gebildet, kulturell interessiert und sportlich, gesellschaftlich engagiert, stolz auf das Erreichte, einverstanden mit dem politischen Kurs und er blickt optimistisch in die Zukunft. Zugleich ist er selbst die Zukunft, die verschiedenen Artikel beziehen sich mit mahnenden Worten auf ihn. Er scheint nicht zu existieren, sondern bleibt das anzustrebende Ziel. Immer muss er etwas sein oder soll etwas tun, nie darf er etwas.

Alle schlechten Eigenschaften – Habgier, Eitelkeit, Egoismus, Faulheit und Pflichtvergessenheit – wurden externalisiert und als dem Sozialismus wesensfremd erklärt. Sollte man sie in der DDR noch finden, dann nur als Überreste des Kapitalismus. Ein solches Narrativ hat eine kollektiv entlastende Funktion und kann zugleich in positiver Weise identitätsstiftend wirken. Man war Teil des „besseren“ Deutschland und Mitglied einer solidarischen Gemeinschaft, die nach Frieden und Völkerverständigung, nach einem Ende von Ausbeutung und Elend strebte. Ich würde sagen, die Wirkmächtigkeit dieser Erzählung sehen wir teilweise noch heute.

In den 1980er Jahren fiel der Begriff in den Zeitungen übrigens nur neun Mal – und das auch nur, weil Kunstwerke, Veranstaltungen oder Wettbewerbe ihn im Titel trugen. Für die 1970er Jahre fällt das Ergebnis nicht viel anders aus. Der sozialistische Mensch als „neuer Mensch“ war ein Phänomen der 1950er und 1960er Jahre. Hier finden wir das Ergebnis der Bild-KI im Text bestätigt: Der neue Mensch wird durch die allseits entwickelte sozialistische Persönlichkeit der

Werkträgern abgelöst, die jegliches utopische Gewand abgeworfen hat.

Der „neue Mensch“ war das utopische Versprechen einer revolutionären Zukunft gewesen. Doch die große Transformation war ausgeblieben. Die „sozialistische Persönlichkeit“ war ein funktionaler Typus: angepasst und zuverlässig. Sie war ein ideologischer Kompromiss und ließ sich besser mit der real existierenden Lebenswelt vereinbaren. Sie war ein Versuch, den Alltag ideologisch zu rahmen – aber nicht mehr in Erwartung des Kommenden, sondern zur Verwaltung des Gegebenen. Der Begriff versprach Entwicklung statt Neuschöpfung. Zugleich entlastete er das Regime von einem immer offensichtlicher werdenden Erfüllungsdefizit.

Was auffällt: In der langen Liste an Eigenschaften des sozialistischen Menschen finden sich zahlreiche Tugenden, die nicht spezifisch für den Sozialismus waren. Fleiß, Ordnung, Disziplin und Sauberkeit galten auch schon lange zuvor als Erziehungsziele.³ Dies spricht dafür, die Geschichte des sozialistischen Menschen in längere Linien einzubetten und zu fragen, was tatsächlich „sozialistisch“ an ihm war bzw. sein sollte. Ergänzend stellt sich die Frage, was spezifisch für die DDR war.

Denn die Hoffnung auf einen ganz neuen Menschen verband die DDR in diachroner und synchroner Perspektive mit vielen anderen Regimen und Bewegungen. Vor allem das frühe 20. Jahrhundert war von konkurrierenden Vorstellungen einer neuen Ordnung geprägt, die auch einen besseren Menschen hervorbringen würde. Kennzeichnend für die Moderne waren dabei die Idee einer kollektiven Erneuerung der Menschen und die Überzeugung, dass diese Transformation gestaltbar sei und im Diesseits stattfinden könne.⁴

Fortschritte in Medizin und Biologie, aber auch neue Technologien nährten die Machbarkeitsfantasie von einem optimierbaren Menschen. Diese Fortschrittsgewissheit verband den Glauben an die Möglichkeiten der Wissenschaft mit dem Glauben an die Politik und deren Gestaltungskraft. Der als krisenhaft empfundenen Gegenwart wurde mit einem festen Glauben an eine neue Zeit begegnet. Diese würde dann auch einen radikal neuen Menschen hervorbringen bzw. würde sich dieser selbst erschaffen. Im nationalsozialistischen Deutschland ebenso wie in der Sowjetunion wurden solche Utopien zu konkreten „Staatsprojekten“.⁵

3 Vgl. Verena Zimmermann, *Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945–1990)*, Köln/Weimar/Wien 2004.

4 Barbara Könczöl / Alexandra Gerstner / Janina Nentwig, *Auf der Suche nach dem Neuen Menschen. Eine Einleitung*, in: dies. (Hg.), *Der Neue Mensch. Utopien, Leitbilder und Reformkonzepte zwischen den Weltkriegen*, Frankfurt a. M. 2006, S. VII–XIV.

5 Paula Diehl, *Der Traum von der Machbarkeit des Menschen: die nationalsozialistische Utopie*, in: Christian Gralinger (Hg.), *Der Neue Mensch*, Bonn 2018, S. 40–53.



Dr. Stefanie Eisenhuth

Der von der NS-Propaganda entworfene „Neue Mensch“ verband Elemente der Lebensreformbewegung, der Eugenik und der Rassentheorie und sollte sich vor allem, wie es hieß, durch „rassische Gesundheit“ auszeichnen.⁶ Die Menschheit wurde in „höherwertige“ und „minderwertige“ Gruppen eingeteilt, wobei Letzteren grundlegende Lebensrechte abgesprochen wurden.⁷ Der Idealtyp eines körperlich wie geistig vollkommenen „arischen Neuen Menschen“ wurde einerseits zum erklärten Ziel nationalsozialistischer Biopolitik, andererseits aber als „unerreichbares Ideal und mythische Figur imaginiert“.⁸ Zugleich diente er als Messlatte und entschied damit über Inklusion und Exklusion, über Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“, Ausgrenzung als „minderwertig“ oder Vernichtung als „lebensunwert“.

Während im Nationalsozialismus also Abstammung und vermeintliche „Volkszugehörigkeit“ im Zentrum allen Denkens und Handelns standen, definierte der Kommunismus den „Neuen Menschen“ vor allem über die soziale Klasse. Der neue sozialistische Mensch sollte nicht biologisch, nicht durch Züchtung oder Auslese entstehen – auch wenn es in der frühen Sowjetunion vereinzelt entsprechende Überlegungen gab –, sondern vielmehr als Ergebnis einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Umgestaltung: geformt durch Erziehung und

6 Ebd., S. 47 ff.

7 Sabine A. Haring, *Der neue Mensch im Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus*, in: Christian Gralinger (Hg.), *Der Neue Mensch*, Bonn 2018, S. 28–38.

8 Diehl, *Der Traum von der Machbarkeit des Menschen*, S. 40.

Arbeit. Das hieß jedoch auch, dass – anders als im Nationalsozialismus – prinzipiell jeder Mensch (um)erziehbar war. Einerseits bedeutete dies, dass Exklusion nicht gleichbedeutend war mit Exekution. Andererseits wissen wir, dass die Opferzahlen des Stalinismus kaum weniger schockieren und sich auch der erzieherische Anspruch der DDR äußerst brutal manifestieren konnte und schmerzhaft Spuren hinterlassen hat.

Die Überzeugung, dass Menschen neu geschaffen werden können, bildete den Kern des sowjetischen Projekts.⁹ Die Bolschewiki deuteten den gesunden und sauberen Körper als Beweis für den eigenen Erfolg. Da sowohl Staat und Nation als auch die Familie als Institution auf dem Weg zum Kommunismus verschwinden würden, blieb letztlich der einzelne Mensch, der den Siegeszug der neuen Gesellschaftsordnung verkörpern sollte.¹⁰

Aufgrund des hohen ideologischen Stellenwerts von körperlicher Arbeit war vor allem der gestählte männliche Körper ein von der Propaganda zigfach medial präsentiertes Merkmal des „neuen Menschen“.¹¹ Plakate, Filme und andere Medien rückten den leistungsfähigen Körper in den Fokus. Wir denken an die Zeichnungen muskulöser Männer, die mit fester Entschlossenheit den Sozialismus aufbauen, an Fotografien von Aktivisten, vielleicht auch an die Skulptur *Arbeiter und Kolchosbäuerin*. Auch kollektive Körper prägen die Erinnerung an den Kommunismus an der Macht – im Gleichschritt marschierend bei einer Militärparade, in Formation turnend, mit Fahnen und Schildern ausgestattet bei Demonstrationen.

Der Körper des „Neuen Menschen“ spielte auch eine zentrale Rolle in frühen sowjetischen Erziehungskampagnen. Diese sollten nicht weniger als eine kulturelle Umwälzung befördern – von oben gesteuert, mit dem Ziel, der als rückständig empfundenen Bevölkerung Hygiene, neue Umgangsformen und einen kultivierten Geschmack zu vermitteln. „Kultur“ wurde in diesem Kontext als etwas verstanden, das sich erlernen und anhäufen lässt.¹² Zentral war dabei die Unterscheidung zwischen *kultura* (культура) und *kulturnost* (культурность). Kultur galt als Bildungsprozess, Kultiviertheit als dessen Ergebnis. Wer sich unzivilisiert verhielt, galt als *beskul'turny* (бескультурный) – also als jemand ohne Kultur – und damit als rückständig.¹³

9 Sheila Fitzpatrick, *Everyday Stalinism: ordinary life in extraordinary times: Soviet Russia in the 1930s*, New York 1999, S. 75.

10 Tricia Starks, *The Body Soviet: Propaganda, Hygiene, and the Revolutionary State*, Madison 2008, S. 4.

11 Toby Clark, *The „new man's“ body: a motif in early Soviet Culture*, in: Matthew Cullerne Bown / Brandon Taylor (Hg.), *Art of the Soviets. Painting, sculpture and architecture in a one-party state, 1917–1992*, Manchester/New York 1993, S. 33–50.

12 Vadim Volkov, *The Concept of Kul'turnost: Notes on the Stalinist Civilizing Process*, in: Sheila Fitzpatrick (Hg.), *Stalinism. New Directions*, London/New York 2000, S. 210–230.

13 Vgl. Katharina Kucher, *Der Gorki-Park: Freizeitkultur im Stalinismus 1928–1941*, Köln 2007, S. 48–68.

In den 1930er Jahren geriet besonders die sowjetische Landbevölkerung ins Visier, die nun in großer Zahl in die Städte zog – zum einen aufgrund der katastrophalen Folgen der Zwangskollektivierung, zum anderen aufgrund der forcierten Industrialisierung. Die Menschen sollten durch einheitliche Normen diszipliniert und zu einem leistungsstarken Industrieproletariat sowie zu kultivierten Sowjetbürger_innen erzogen werden. Dahinter stand auch der imperiale Anspruch, regionale Traditionen und Bräuche zugunsten einer einheitlichen sowjetischen Kultur zu überwinden. Es ging also auch um ein Verlernen tradierter Normen und eine angestrebte Russifizierung.

Doch wie wurde man zu einem kultivierten, „neuen Menschen“? Einen klaren Fahrplan dafür gab es nicht. Anfangs wurde Kultiviertheit vor allem an der äußeren Erscheinung bemessen. Regelmäßige Körperpflege, saubere, angemessene Kleidung und eine geschmackvolle Wohnung galten als Ausdruck von Selbstdisziplin und Leistungsbereitschaft. Doch auch gutes Benehmen, ein gewisser Bildungsstand, Lese- und Schreibfähigkeit sowie grundlegende Kenntnisse der kommunistischen Ideologie waren von Bedeutung und wurden medial als kleine abzuarbeitende Hausaufgaben vermittelt.

Bald galt auch der Konsum bestimmter Dinge und Erlebnisse als Ausdruck von Kultiviertheit.¹⁴ Mit dem 1932 verkündeten zweiten Fünfjahrplan verband sich ein Wandel weg von dem asketischen Stil der revolutionären Phase. Stattdessen galten nun etwa der Besuch eines Frisiersalons und ein öffentlich gelebtes Freizeitverhalten als Zeichen für Glück und sozialen Aufstieg. Was einst als kleinbürgerlich kritisiert und verfolgt worden war, wurde jetzt gelobt. Dabei ist natürlich zu bedenken, dass die Zahl derer, die zu dieser Zeit tatsächlich über materiellen Besitz Kultiviertheit demonstrieren konnten, äußerst gering war.

Die DDR orientierte sich in vielfacher Hinsicht an der Sowjetunion und so scheinen die visuellen Repräsentationen des idealen sozialistischen Menschen nahezu identisch. Sie richtete zudem ähnliche Institutionen ein, die vergleichbare normative Funktionen erfüllten. Ein Beispiel dafür ist das Modeinstitut der DDR, dessen Aufgabe es war, eine Antwort auf die Frage nach der äußeren Erscheinung des sozialistischen Menschen zu finden. Das 1952 als Institut für Bekleidungskultur gegründete und später umbenannte Haus orientierte sich am Moskauer Allunions-Haus der Bekleidungsmodelle. Vergleichbare Häuser entstanden in allen Sowjetrepubliken und schließlich auch in den anderen sozialistischen Staaten. Sie sollten internationale – das heißt vor allem westliche – Trends beobachten und einen sozialistischen Bekleidungsstil entwickeln. Außer-

14 Catriona Kelly / Vadim Volkov, *Directed Desires: Kul'turnost' and Consumption*, in: Catriona Kelly / David Shepherd (Hg.), *Constructing Russian Culture in the Age of Revolution: 1881–1940*, Oxford 1998, S. 291–313.

dem wurde ihnen eine erzieherische Funktion übertragen: Sie hatten, wie es damals hieß, „geschmacksbildend“ zu wirken.¹⁵

Dabei beschränkte sich der Anspruch der sozialistischen Regime, die äußere Erscheinung der Menschen zu beeinflussen, nicht auf die Bekleidung. Von den Ideen der Sozialhygiene geprägte Akteure, die das Gesundheitssystem der DDR etablierten, diskutierten zum Beispiel auch, dass kosmetische Operationen von der Sozialversicherung getragen werden müssten, wenn sich dadurch eine Beeinträchtigung der Lebensqualität verhindern lasse.

Der wirtschaftspolitische Wandel, der 1963 zur Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) führte, stärkte die Konsumgüterproduktion nach Jahren der Orientierung auf die Schwerindustrie. In dieser Phase entstand in der DDR eine ganze Infrastruktur zur Arbeit am Selbst. Der *Verlag Neues Leben* und der *Verlag für die Frau* veröffentlichten Ratgeber und Zeitschriften zur Optimierung der äußeren Erscheinung. Das Berliner Glühlampenwerk richtete 1963 als erster Betrieb einen eigenen Kosmetiksalon ein und auf der Karl-Marx-Allee in Berlin eröffnete der *Salon Babette*. Das *Haus der Schönheit* in Halle empfing seine Gäste gleich auf drei Etagen.

Ein gepflegtes Äußeres wurde als Ausdruck eines „kulturvollen“ Lebensstils und als verkörperter Beweis für die Errungenschaften des Sozialismus gewertet. In dieser Zeit öffneten auch erste Exquisit-Boutiquen ihre Türen. Sie ermöglichten und beförderten soziale Differenzierung und standen damit dem eigentlich angestrebten Ideal einer Gesellschaft, in der Kleidung nicht mehr dazu dienen sollte, sozialen Status sichtbar zu machen, diametral entgegen.¹⁶

Zugleich war eine Uniformierung der Gesellschaft nie das Ziel des SED-Regimes. Die Persönlichkeit des „sich allseitig entwickelnden Menschen“, so das Modeinstitut, sollte nicht „in eine Schablone“ gepresst werden, denn dies „widerspräche den grundsätzlichen Auffassungen vom Antlitz sozialistischer Persönlichkeiten“.¹⁷ Was hier nach einer Aufforderung klingt, mehr Individualität zu wagen, darf jedoch nicht als Aufruf zu Nonkonformismus verstanden werden. Vielmehr ging es – ganz im Stil der sowjetischen Kampagnen – darum, Kultiviertheit zum Ausdruck zu bringen, indem man zeigte, welches breites Set an Normen man verinnerlicht hatte, die definierten, was als angemessen galt.¹⁸

Es sind Regeln, die auch wir alle verinnerlicht haben. Ein Wissen darüber, was altersgerecht ist, was zu Geschlecht und Körperbau passt, zur Tageszeit und zum Anlass, zum Hauttyp, zur Augen- und Haarfarbe, zu Schuhen und Tasche – kurz, was in welchem Kontext als adäquat angesehen wird. Zu solchen ästhetischen Normen verhalten wir uns, indem wir versuchen, unseren Körper und unser Verhalten anzupassen oder auch uns bewusst abgrenzen. Auch heute prägt solcherlei Wissen unser tägliches Handeln. Als Sie heute früh aufgestanden sind, wussten Sie, welche Kleidungsstücke für den heutigen Tag angemessen sind und welche sozial nicht akzeptiert sein würden. Niemand ist im Pyjama oder im Jogginganzug erschienen, niemand hat die Beine hochgelegt. Dass wir ein solches Verhalten als kritikwürdig erachten würden, ist Teil unserer heutigen Kultur des Wissens, aber auch des Wertens.¹⁹

Die vielfältigen Versuche der DDR, auf die äußere Erscheinung der Menschen Einfluss zu nehmen, waren auch durch den Wunsch motiviert, die Überlegenheit des Sozialismus zu demonstrieren. Die individuelle Erscheinung sollte kollektiven Fortschritt und Wohlstand bezeugen. Am westlichen Rand der sowjetischen Einflussphäre gelegen und vor dem Hintergrund der deutschen Teilung hielt die DDR eine Abgrenzung zum Westen für entscheidend. „Spielt in unserer Bekleidung die Mode nicht eine positive Rolle, so wird man verächtlich über uns sprechen, man wird sagen, ‚die können sich noch nicht einmal richtig anziehen und wollen dabei den Sozialismus aufbauen.‘“²⁰ Mit diesen Worten erinnerte Walter Kahl, Direktor des Modeinstituts, auf der Gesamt-Textilfachlichen Tagung der Kammer der Technik 1958 in Leipzig die Anwesenden an die Rolle der äußeren Erscheinung im Kontext der Systemkonkurrenz.

Die Expert_innen waren überzeugt, dass im Sozialismus ein gepflegtes Äußeres generell kein Privileg mehr sein dürfe. Immer wieder findet sich in den Quellen der Verweis auf einen Satz von August Bebel: Die sozialistische Gesellschaft bilde sich nicht, „um proletarisch zu leben, sondern um die proletarische Lebensweise der großen Mehrzahl der Menschen abzuschaffen“.²¹ Demgemäß erklärte ein Ratgeber von 1968: „Die Möglichkeit, schön zu sein und schön zu bleiben, ist bei uns jedem gegeben“.²²

Wir, die wir heute hier sind, wissen, dass das zu keinem Zeitpunkt der Fall war. Stattdessen etablierte das SED-Regime ein neues System von Privilegien.

15 Anordnung über die Errichtung des Instituts für Bekleidungskultur, in: Ministerialblatt der DDR, 6.12.1952, S. 198.

16 Vgl. Judd Stitzel, *Fashioning Socialism: clothing, politics, and consumer culture in East Germany*, Oxford/New York 2005.

17 Modeinstitut der DDR, Studie zum Bedürfniskomplex Bekleidung, Teil II, 14 f.

18 Vgl. Paula-Irene Villa, Einleitung – Wider die Rede vom Äußerlichen, in: Paula-Irene Villa (Hg.), *schön normal. Manipulationen am Körper als Technologien des Selbst*, Bielefeld 2015, S. 7–18.

19 Vgl. Annelie Ramsbrock, *Korrigierte Körper: eine Geschichte künstlicher Schönheit in der Moderne*, Göttingen 2011, S. 10.

20 Vortrag von Walter Kahl anlässlich der Gesamt-Textilfachlichen Tagung der Kammer der Technik in Leipzig, 25.1.1958., in: BAArch, DG 400-6.

21 August Bebel, *Die Frau und der Sozialismus*, Frankfurt a. M. 1985, S. 414 f.

22 Olly und Rolf Kunze, *Schönheit für alle. Kosmetischer Ratgeber für den Hausgebrauch*, Leipzig 1968, S. 23.

Wer Wert auf sein Äußeres legte, wer also die Norm erfüllen wollte, musste über die nötigen Ressourcen verfügen: über ein gutes Einkommen, über Westverwandtschaft und/oder Westgeld, über Kontakte, Zeit und Kreativität. Dies verstärkte die soziale Ungleichheit im Land und rief neuen Unmut hervor.

Wenn wir nun einen Blick in die umfangreiche Ratgeber-Literatur der DDR werfen, um zu fragen, welche Normen dort an wen vermittelt wurden, fällt vor allem eines auf: Sie richtete sich weitestgehend an eine weibliche Leserschaft. In dem Buch *Kleine Kosmetik* von 1959 können wir zum Beispiel lesen: „Die Frauen sind in unserem Staat gleichberechtigt. [...] Aber nicht nur ihre Rechte sind gewachsen, sondern auch ihre Pflichten. [...] Die Arbeiterin von heute, die ein Ingenieur, ein Arzt von morgen sein kann, muß ihr neues Selbstgefühl, ihre neue Stellung auch in der Kleidung ausdrücken.“²³

Der Ratgeber *ABC der Kosmetik* formulierte 1960 noch etwas deutlicher: „Wer die gewaltigen Perspektiven des Sozialismus erfaßt und zum Inhalt seiner Lebensführung macht, wird optimistisch die Zukunft mitgestalten. Er wird den Wert eines gepflegten Körpers erkennen und alle gebotenen hygienischen und kosmetischen Maßnahmen ausnutzen, die die Arbeitsfreude und das Vertrauen in die eigene Kraft erhöhen können.“²⁴

Eine gepflegte Erscheinung wurde als eine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft gedeutet. Die Enzyklopädie *Die Frau* erläuterte 1964: „Die Frau unserer Zeit hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, gut und gepflegt auszusehen. Sie repräsentiert mit ihrer Erscheinung den Staat, dessen Bürgerin sie ist.“²⁵

Die Zitate zeigen zweierlei Dinge – erstens eine Zusammenschau von Äußeren und Innerem, von Erscheinung und Charakter. Anhand des Äußeren sollte bemessen werden, ob die innere Transformation zum sozialistischen Menschen gelungen war. Zweitens wird deutlich, dass dies zum Teil eine geschlechtsspezifische Verpflichtung²⁶ war und „die Politik mit dem Körper“ weitestgehend eine „Politik mit dem weiblichen Körper“ war.²⁷

Folgen wir diesen Ratgebern, dann war die ideale sozialistische Frau jung und gesund, schlank und gepflegt, maßvoll gekleidet und hatte ebenmäßige,

straffe und weiße Haut. Parallel zu diesem übergeordneten Ideal gab es eine ganze Reihe von Erwartungen, die selektiv an die Leserinnen herangetragen wurden – an jüngere Frauen andere als an ältere. Es gab separate Empfehlungen für Berufstätige und Rentnerinnen, für verschiedene Hauttypen (nicht aber Hautfarben), für diverse Anlässe, für als dünn oder dick empfundene Frauen. Dabei wurde stets kommuniziert, dass die äußere Erscheinung ein Beleg für die Aneignung von spezifischem Wissen und dessen gekonnter Anwendung sei. So behauptete der Ratgeber *Schön und gesund* im Jahr 1984: „Es gibt keine häßlichen Frauen. Es gibt nur solche, die es nicht verstehen, sich schön zu machen.“²⁸ Der zweite Satz hebt die einleitend postulierte Gleichheit auf und reduziert sie auf eine Chancengleichheit, deren Erfolg von individueller Leistung abhängt.

Gefragt waren also Selbstdisziplin und Selbstmanagement. Das kann man emanzipatorisch deuten, als zunehmende Befürwortung von Individualität und Eigenverantwortung. Es lässt sich aber auch die These aufstellen, dass hier eine erfolgreiche Internalisierung beziehungsweise Anverwandlung von Werten und Normen zum Ausdruck kommt, sodass das individuelle Verhalten einer äußeren Kontrollinstanz gar nicht mehr bedarf – was aber zugleich jeden Makel als ganz persönliche Schwäche erscheinen lässt.²⁹

Dabei sollte der Körper der werktätigen Frau nicht nur gepflegt werden, um seine Funktionstüchtigkeit zu erhalten, sondern vor allem auch, um Leistungsfähigkeit darzustellen. Typische Merkmale von Erschöpfung – ein „müdes Gesicht“, Augenringe oder fahle Haut – wurden als zu bekämpfende Makel geschildert. Die Frau sollte zwar eine Arbeiterin sein, aber niemals nach Arbeit aussehen. Ganz besonders deutlich wird dies, wenn wir uns der medialen Repräsentation von Frauen zuwenden. Als Vorbild inszenierte Frauen in Leitungspositionen wurden als besonders feminin inszeniert. Das zumindest kritisierte die erste in der DDR begonnene Studie zur Darstellung von Frauen in den eigenen Medien.³⁰ Zudem bemerkte sie, dass sich immer mehr eine Bildsprache „in Gestalt der superschlanken, gepflegten Mannequins“ etablieren würde, die sich von westlichen Fotografien kaum noch unterscheidet.³¹ Hier zeigt sich der Ein-

23 Helga Wiehne, *Kleine Kosmetik*, Berlin 1959, S. 67.

24 Franz Guske, *ABC der Kosmetik*, 3. Aufl., Leipzig 1960, 5 f.

25 Die kleine Enzyklopädie: *Die Frau*, Leipzig 1964, 5. Aufl., S. 27.

26 Holly Porteous, „There are no ugly women, only lazy ones“. The Duty of Beauty Labour in Contemporary Russian Women's Magazines, in: Hella Ehlers / Gabriele Linke / Nadja Milewski / Beate Rudlof / Heike Trappe (Hg.), *Körper – Geschlecht – Wahrnehmung. Geistes- und Sozialwissenschaftliche Beiträge zur Genderforschung*, Münster 2013, S. 133–156.

27 Gunilla-Friederike Budde, Der Körper der „sozialistischen Frauenpersönlichkeit“. Weiblichkeits-Vorstellungen in der SBZ und frühen DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 26 (2000) 4, S. 602–628, S. 606.

28 Annemarie Mechelk-Bodlien, *Schön und gesund. Kosmetikbuch für alle*, 5. Aufl., Leipzig 1984.

29 Maren Möhring, Die Regierung der Körper. „Gouvernementalität“ und „Techniken des Selbst“, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, (2006) 3, S. 284–290.

30 Irene Dölling, *Der Mensch und sein Weib: Frauen- und Männerbilder: geschichtliche Ursprünge und Perspektiven*, Berlin 1991.

31 Irene Dölling, „Unsere Muttis arbeiten wie ein Mann“. Ein Blick zurück auf Frauenbilder in DDR-Zeitschriften der vergangenen Jahre, in: Joester Agnes / Insa Schöningh (Hg.), *So nah beieinander und doch so fern. Frauenleben in Ost und West*, Pfaffenweiler 1992, S. 125–138, hier S. 135 f.

fluss der Bundesrepublik als stets präsente, konkurrierende Instanz. Westdeutsche Medien vermittelten alternative Leitbilder von Lebensstil, Konsum, Körper und Geschlechterrollen, die in der DDR rezipiert wurden. Die Bundesrepublik wirkte so als realer und symbolischer Gegenentwurf, zu dem sich die DDR verhalten musste – und an dem sie sich messen lassen musste.

Beschreiben die DDR-Ratgeber und Zeitschriften eigentlich ein vergleichbares Programm für den sozialistischen Mann? Nein. Nur in wenigen Büchern finden sich kürzere Kapitel, die speziell an ihn adressiert sind – sie konzentrierten sich weitestgehend auf die grundlegende Körperhygiene inklusive Rasur und eine gesunde Ernährung sowie die Ermahnung, doch bitte nicht so viel Alkohol zu trinken.

Ein Grund für dieses Ungleichgewicht ist die veränderte Stellung der Frau in der sozialistischen Gesellschaft. Weibliche Erwerbsarbeit weckte Ängste vor einer, wie es hieß, „Vermännlichung“ der Frauen. Die Ratgeber machten es sich vor diesem Hintergrund zur Aufgabe, zwischen tradierten Vorstellungen von Weiblichkeit und einer veränderten Realität zu vermitteln sowie eine Erosion der binären Geschlechterordnung zu verhindern. Hier wird deutlich: Der Mann ist die Norm, zugleich setzt er Normen. Daran änderte auch die politisch geförderte Gleichstellung wenig.

Jens Gieseke unterstrich, dass die „nach unten nivellierte Gesellschaft“ weniger als Tatsache, sondern vor allem als Norm und Ideal relevant war: Im Vergleich zu „bürgerlichen oder ständischen Gesellschaften war der ‚Korridor‘ akzeptierter Lebensstile im Staatssozialismus“ deutlich schmaler und „von einem arbeiterlichen ‚Mainstream‘ eingegrenzt“.³² Ideale Männlichkeit drückte sich vor allem in den Rollen des Industriearbeiters, des uniformierten Kämpfers und des Funktionärs aus. Ideale Weiblichkeit reduzierte sich vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR auf das Bild der berufstätigen Mutti. Als grundsätzlich negativ, egal ob Mann oder Frau, beschreibt die Ratgeber-Literatur ein ungepflegtes Äußeres. Es stand für Faulheit, einen Mangel an Kultiviertheit und fehlendes Verantwortungsbewusstsein – und auch für Rückständigkeit. Zwei Fragen sind an dieser Stelle noch offen und beide sind zentral. Erstens, war es überhaupt möglich, all diese Normen zu erfüllen? Zweitens, was geschah, wenn man es nicht tat?

Der Wunsch, gesellschaftlichen Vorstellungen zu entsprechen, motiviert uns zu Handlungen, deren Konsequenzen über unseren eigenen Körper hinauswei-

sen und dabei auf jene Gesellschaft zurückwirken, deren Normen wir verinnerlicht haben. Das kann zum einen dazu führen, dass sich Normen verändern. Zum anderen bedeutet dies, dass das Streben nach der Normerfüllung zu Handlungen verleiten kann, die nicht im Sinne jener sind, die über die Definitionsmacht verfügen. Sie können sich sogar gegen sie wenden.

Vor allem ab den 1970er Jahren band das SED-Regime nicht nur den eigenen Erfolg, sondern den des Sozialismus als Gesellschaftsordnung an den Lebensstandard, der durch ihn erreichbar war. Der kollektive Wohlstand sollte, wie gezeigt, unter anderem in der individuellen Erscheinung zum Ausdruck kommen. Und so warnte das Modeinstitut Anfang der 1980er Jahre, dass ein Nichterfüllen gesellschaftlicher Erwartungen sich „mit hoher politischer Brisanz, auf die Zufriedenheit der Bevölkerung“ auswirken werde.³³

Da das Waren- und Dienstleistungsangebot kaum den Wünschen der Bevölkerung entsprach, etablierten sich zahlreiche kreative Praktiken der Kompensation. Einige, wie etwa das kreative Nacharbeiten an der heimischen Nähmaschine, wurden aktiv gefördert und wirkten systemstabilisierend insofern, als sie Defizite ausglich und Zufriedenheit herstellten. Im Verlauf der 1980er Jahre aber nahm das kreative Ausgleichen von Versorgungsdefiziten ein immer größeres Ausmaß an. Ein wachsender Schwarzmarkt brachte westliche Kleidung, Kosmetikartikel und Accessoires in Umlauf – gehandelt auf Märkten, in An- und Verkaufsstellen und im ambulanten Straßenhandel. Ästhetische Normerfüllung und moralische Gesetzestreue gerieten so in Widerspruch. Dies zeigt sich, zum Beispiel, in den überlieferten Verhören von DDR-Bürger_innen, die bei illegalen Geschäften erwischt worden waren.³⁴ Sie bestätigten stets, gewusst zu haben, dass der heimliche Import und der Handel von West-Jeans illegal war. Zu ihrer Entlastung führten sie an, dass es doch aber für viele Menschen keine legale Alternative gebe, an solche Kleidungsstücke zu gelangen. Das auch in den DDR-Medien vermittelte Ideal, zeitgemäß gekleidet zu sein, ließ sich aus ihrer Sicht ohne Regelverstoß nicht mehr einhalten – das System delegitierte sich an seinem eigenen Anspruch.

Kommen wir zur letzten Frage: Was geschah, wenn man die Norm nicht erfüllte?

Eine pauschale Aussage ist hier nicht möglich. Wer im Büro nicht angemessen gekleidet erschien, war mit anderen Konsequenzen konfrontiert – als ein

32 Jens Gieseke, Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, 10 (2013), S. 171–198, hier S. 188.

33 Bereich Modeforschung, Thesen zu Inhalt und Entwicklung der Bekleidungsbedürfnisse, 26.08.1982, in: BArch DG 400-440, S. 7.

34 Überliefert unter anderem in BArch, MfS, HA II, Nr. 397.

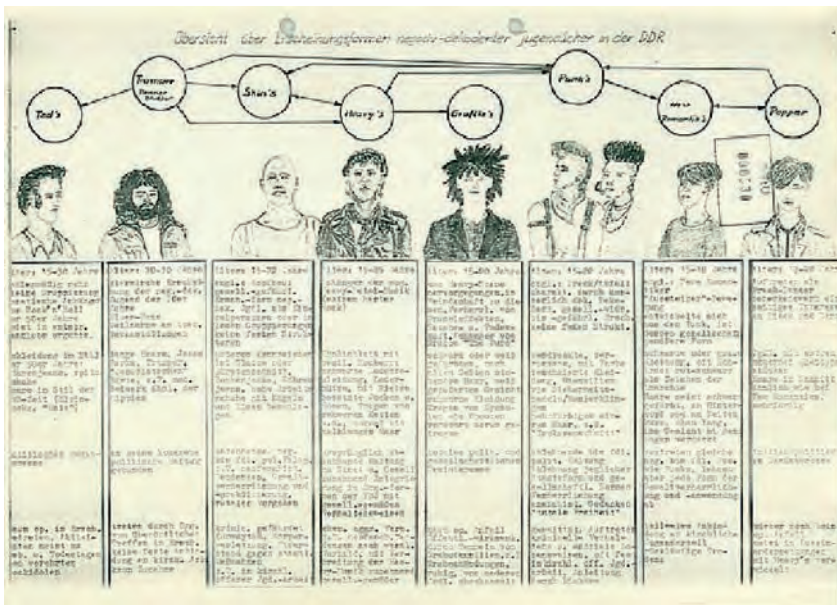


Abb. 4 Schaubild der Stasi, 1980er Jahre.

Mensch, der als „asozial“ kriminalisiert wurde. Aber das eine konnte das andere verstärken. Oft wurde vom äußeren Erscheinungsbild auf den inneren Zustand, auf den Lebensstil und die politische Haltung eines Menschen geschlossen. Jemand, der äußerlich nicht der Norm entsprach, konnte als faul, moralisch zweifelhaft oder gar „feindlich“ gelten. Eine Tabelle des Ministeriums für Staatssicherheit über die ästhetischen Marker verschiedener Jugendkulturen bringt dies deutlich zum Ausdruck (Abb. 4).³⁵ In solchen Fällen konnten staatliche und gesellschaftliche Wertvorstellungen zu einem wirkmächtigen Deutungsrahmen verschmelzen, der es ermöglichte, Kontrolle, Ausgrenzung und Repression als legitim und im Sinne des „Gemeinwohls“ zu begreifen.

Normen entfalteten auch in der DDR ihre größte Wirkmacht dort, wo sie nicht nur von staatlichen Institutionen gesetzt, sondern zugleich von breiten Teilen der Bevölkerung getragen wurden. Das galt insbesondere für solche Regeln, die sich auf vermeintlich „zeitlose“ Tugenden bezogen und damit den Eindruck einer natürlichen, allgemein gültigen Ordnung erzeugten – etwa Sauberkeit, Disziplin, Bescheidenheit oder auch geschlechtsspezifische Vorstellungen von Anstand.

35 Übersicht über Erscheinungsformen negativ-dekadenter Jugendlicher in der DDR, in: BArch, MfS, BV Erfurt, KD Weimar, Nr. 1362, Bl. 30.

Im Alltag entschieden dann oft Einzelpersonen über das zulässige Maß an Abweichung von der Norm – Kolleg_innen, Lehrkräfte, die Nachbarschaft, Freundschaften oder die Verwandtschaft, aber eben auch Polizei, Staatssicherheit und Justiz oder Mitarbeitende von Erziehungseinrichtungen. Das Spektrum möglicher Sanktionen reichte dementsprechend von abschätzigen Blicken und Getuschel bis hin zu Freiheitsentzug.

Gegebenenfalls zeigte der Staat sehr deutlich, wer die Grenzlinien des Erlaubten ziehen durfte und wo diese verliefen. Der diskriminierende Umgang mit einzelnen Jugendkulturen,³⁶ aber auch mit als delinquent beschriebenen Frauen, deren Äußeres von Sicherheitsorganen (und denunziationsfreudigen Mitmenschen) sowie von Einrichtungen der Fürsorge als „zu aufreizend“ bewertet und damit der Sexarbeit verdächtig oder „asozial“ gedeutet wurde, liefert hier viele Beispiele.³⁷ Dass sich diese Verdächtigungen in den allermeisten Fällen nicht bestätigten, dies aber dennoch nicht zur Entlassung der Frauen führte, haben die Forschungen von Maximilian Schochow und Florian Steger zu den geschlossenen Venerologischen Stationen gezeigt. Sie betonen, dass diese Einrichtungen ab den 1960er Jahren vor allem der Erziehung zur „sozialistischen Persönlichkeit“ dienen sollten und der Therapie von Geschlechtskrankheiten nur eine untergeordnete Bedeutung zukam.³⁸ Auch die Studien von Steffi Brüning,³⁹ Henrike Voigtländer,⁴⁰ Jessica Bock⁴¹ und Teresa Tammer⁴² haben in den letzten Jahren herausgearbeitet, wie tradierte Vorstellungen von Geschlecht dazu genutzt wurden, Diskriminierung zu legitimieren.

Vor allem auch rassistische Vorstellungen konnten Exklusion und Repression legitimieren.⁴³ Menschen, die als „nicht zugehörig“ oder „fremd“ markiert wurden galten besonders schnell als verdächtig. Ihre äußere Abweichung wurde

36 Henryk Gericke, *Tanz den Kommunismus: Punkrock DDR 1980–1989*, Berlin 2024; Nikolai Okunew, *Red Metal: die Heavy-Metal-Subkultur der DDR*, Berlin 2021; Peter Wurschi, *Jungsein in der DDR*, Erfurt 2014; Ronald Galenza / Heinz Havemeister (Hg.), *Wir wollen immer artig sein: Punk, New Wave, HipHop und Independent-Szene in der DDR 1980–1990*, Neuausgabe, 4. Aufl., Berlin 2013; Michael Böhlke / Künstlerhaus Bethanien (Hg.), „Too much future Ostpunk!“, *Punk in der DDR 1979–89* [Begleitpublikation der Ausstellung „OstPUNK! Too Much Future“, Berlin, 27. August bis 25. September 2005], Berlin 2005.

37 Steffi Brüning, *Prostitution in der DDR: eine Untersuchung am Beispiel von Rostock, Berlin und Leipzig, 1968 bis 1989*, Berlin 2020.

38 Maximilian Schochow und Florian Steger, *Zwangseingewiesene Mädchen und Frauen in geschlossenen Venerologischen Einrichtungen waren keine Prostituierten*, in: *Deutschland Archiv*, 18.01.2020, Link: www.bpb.de/303825.

39 Brüning, *Prostitution in der DDR*.

40 Henrike Voigtländer, *Sexismus im Betrieb: Geschlecht und Herrschaft in der DDR-Industrie*, Berlin 2023.

41 Jessica Bock, *Emanzipierter, selbstbewusster, freizügiger oder: Die ewig Andere? Betrachtungen zur Sexualität und Sexualisierung der „Ostfrau“*, in: *Gerbergasse 18*, (2020) 2, S. 27–32; dies., *Frauenbewegung in Ostdeutschland. Aufbruch, Revolte und Transformation in Leipzig 1980–2000*, Halle 2020.

42 Teresa Tammer, *„Warme Brüder“ im Kalten Krieg. Die DDR-Schwulenbewegung und das geteilte Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren*, Berlin 2023.

43 Patrice Poutrus und Christian Th. Müller (Hg.), *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR-Gesellschaft*, Köln u. a. 2005; ders., Jan C. Behrends und Thomas Lindenberger (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu den historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003.



Frage aus dem Publikum

ethnisch aufgeladen und diente als Rechtfertigung für verstärkte Kontrolle, Segregation und Exklusion. Hier gäbe es noch viel Forschungsbedarf.

Ich komme zu einem kurzen Fazit. Der sozialistische Mensch war eine politische Projektionsfigur – entworfen, um Modernität und Fortschrittsgewissheit zu verkörpern, sollte er eine politische Ordnung ästhetisch sichtbar machen. Seine Eigenschaften wurden in normativen Texten fixiert, in visuellen Medien inszeniert und in der politischen Praxis konkretisiert. Dabei wurde das äußere Erscheinungsbild als Ausdruck innerer Haltung gewertet. Nicht nur aus diesem Grund ist die Auseinandersetzung mit Normen der Ästhetik ein hochpolitisches Thema. Der sozialistische Staat betrieb erheblichen Aufwand, um seine Vorstellungen vom „richtigen“ Aussehen zu vermitteln und durchzusetzen. Insbesondere der weibliche Körper wurde zum zentralen Träger staatlicher wie auch gesellschaftlicher Moral- und Ordnungsvorstellungen. Besonders hier zeigt sich, dass viele Normen nicht genuin sozialistisch waren, sondern auf ältere Traditionen sozialer Disziplinierung zurückgriffen, sie weiterführten und verstärkten.

Im zeitlichen Verlauf wurden zugleich Verschiebungen erkennbar – sowohl im Hinblick auf die propagierten Ideale als auch auf den Umgang mit Abweichungen. Aus dem optimistisch und siegesgewiss gezeichneten Zukunftsmenschen der Anfangsjahre wurde eine bescheiden-zufriedene Persönlichkeit, deren sozialer Status zunehmend auch über Konsum artikuliert wurde. Auch hier zeigt

sich ein fortdauerndes Ringen – ein Aushandlungsprozess, den die SED letztlich verlor, weil sie ihre eigenen Ansprüche in vielfacher Hinsicht nicht einlösen konnte. Die Mittel zur Normerfüllung waren, anders als staatlicherseits behauptet, nicht gleich verteilt. Somit wurde die propagierte Gleichheit durch real-existierende Ungleichheiten unterlaufen.

Zudem war die Normerfüllung keine freiwillige Übung, sondern ein Feld sozialer Kontrolle und politischer Disziplinierung – mit einem weiten Spektrum möglicher Sanktionen. Wer abwich, konnte nicht nur sozial markiert, sondern auch institutionell verfolgt werden. Die Geschichte des sozialistischen Menschen ist somit eine Geschichte über das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Normsetzung und individueller Aneignung, Anverwandlung oder auch Zurückweisung.

DISKUSSION

Arne Schildberg: Vielen Dank, Frau Eisenhuth, für diesen anschaulichen Vortrag. Ich habe viel mitgenommen – und vermutlich geht es vielen im Publikum ebenso. Wir haben nun noch Zeit für einige Fragen.

Frage aus dem Publikum: Bis vor Kurzem war ich juristischer Berater bei der Landesbeauftragtenstelle in Magdeburg und habe mich mit der Geschichte der geschlossenen Venerologischen Stationen beschäftigt. Ich wollte anmerken: Die Normierung der Männer fand meiner Ansicht nach vor allem über die Armee statt. Viele Frauen kamen in diese Stationen, weil sie von der Norm abwichen; bei Männern hätte man in ähnlichen Fällen wohl einfach gesagt: „Den ziehen wir ein.“ Vielleicht ist es also gar keine Lücke, dass Männer weniger normiert wurden – sie wurden nur auf einem anderen Weg auf Linie gebracht, durch die 18 Monate Wehrdienst.

Dr. Stefanie Eisenhuth: Da stimme ich Ihnen völlig zu. Natürlich gab es klare Vorstellungen von idealer Männlichkeit – etwa in der Gestalt des Arbeiters oder uniformierten Kämpfers – und auch entsprechende Mechanismen, Abweichungen zu sanktionieren. Mir ging es darum zu zeigen, wie sehr äußere Wahrnehmung und Zuschreibung das Handeln prägten: Ein Blick konnte genügen, um jemanden einzuordnen – und selbst wenn sich ein Verdacht nicht bestätigte, blieb die „Erziehungsmaßnahme“ oft bestehen.

Frage aus dem Publikum: Mich würde interessieren, inwieweit Schönheits- und Körpernormen krank gemacht haben – etwa im Zusammenhang mit Essstörungen. Gibt es dazu Forschungen?

Dr. Stefanie Eisenhuth: Mir sind keine systematischen Studien bekannt, was

nicht heißt, dass es sie nicht gibt. Aber in Gesprächen mit Zeitzeuginnen spielt das Thema oft eine Rolle. Ich forsche zu Schönheitspraktiken in der DDR und habe in den vergangenen Jahren viele Gruppeninterviews geführt. Fast überall kamen Erinnerungen an das Ideal zur Sprache, an „zu dünn“ oder „zu dick“ – und an die damit verbundene Medikalisierung. Kinder wurden zu Kuren geschickt, weil sie als zu kräftig galten, oder behandelt, weil sie als zu dünn wahrgenommen wurden. Es gab also klare Vorstellungen davon, wie ein Körper zu sein hatte und was bei Abweichung zu tun war.

Frage aus dem Publikum: Während meiner Ausbildung in einer kirchlichen Einrichtung hatten wir einen Künstler, der NS- und DDR-Kunst gegenüberstellte. Dabei zeigte sich, dass die Unterschiede oft gar nicht so groß waren – besonders beim Ideal des gestählten, sportlichen Körpers.

Dr. Stefanie Eisenhuth: Das stimmt. Die von der staatlichen Propaganda visualisierten Ideale ähnelten sich: Der starke, durchtrainierte Körper stand im Zentrum. Unterschiede zeigten sich eher in den Accessoires – in Uniformen oder Symbolen, die Zugehörigkeit markierten. Insofern gibt es visuelle Schnittmengen zwischen beiden Systemen.

Frage aus dem Publikum: Ich komme aus Mosambik. Dort orientierte sich die Gesellschaft nach der Unabhängigkeit stark an DDR-Vorbildern. Es gab sogar Umerziehungslager, um Menschen an das Ideal des „sozialistischen Menschen“ anzupassen. Spielt diese Exportfunktion der DDR in der Forschung eine Rolle?

Dr. Stefanie Eisenhuth: Das ist ein sehr interessanter Punkt. Bisher konzentrieren sich Studien vor allem auf die Präsenz der Welt in der DDR – weniger auf den umgekehrten Weg. Es gibt erste transnationale Ansätze, aber die Rezeption sozialistischer Normen in Ländern wie Mosambik ist in Deutschland bislang kaum erforscht. Gerade vor dem Hintergrund, dass die kommunizierten Ideale meist „europäisch“ anmuteten, wäre das eine spannende Untersuchung: Welche Ideale wurden kommuniziert, mit welchem Ziel und wie ging man in den afrikanischen Partnerstaaten damit um, wie wurden die Normen dort rezipiert? Vielen Dank für den Hinweis!

Frage aus dem Publikum: Mich interessiert, ob Sie in Ihrer Forschung auch die Vergleichbarkeit zur Bundesrepublik betrachten – also, wie sich Schönheitsnormen dort unterschieden oder ähnelten.

Dr. Stefanie Eisenhuth: Ja, durchaus. Die Bundesrepublik dient in den meisten Gesprächen als Vergleichsfolie und als Bezugspunkt. Wenn ich frage, wer als schön galt, werden – außer in bestimmten Regionen, in denen der Empfang von Westfernsehen schwierig war – fast ausschließlich westdeutsche oder internationale Stars genannt: Romy Schneider, Brigitte Bardot und andere. In der DDR konzentrierte sich die Disziplinierung vor allem auf die berufstätige Frau: Sie



Frage aus dem Publikum

sollte arbeiten, auch in traditionell männlichen Berufen, aber zugleich weiblich bleiben. Diese Spannung produzierte eine Vielzahl von Ratgebern. In westdeutschen Frauenzeitschriften hingegen dominierte lange das Bild der modernen Hausfrau – umgeben von technischen Geräten, die Fortschritt symbolisieren. Beide Seiten verband der Anspruch auf Modernität, aber auf völlig unterschiedlicher Rollenbasis.

Frage aus dem Publikum: Mich interessiert, wie die DDR mit ethnischen Gruppen wie den Sorben umging. Wurden traditionelle Kleidungsformen eher gefördert oder verdrängt?

Dr. Stefanie Eisenhuth: Das ist ein faszinierendes Thema, und ich hoffe sehr, auch mit sorbischen Gesprächspartnerinnen sprechen zu können. In den Akten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) fand ich Hinweise auf eine Arbeitsgruppe „Bekleidungskultur“. Die Sowjetunion drängte darauf, kulturelle und folkloristische Elemente – etwa Trachten – stärker einzubeziehen. Das entsprach ihrer Nationalitätenpolitik: Vielfalt ja, aber in gezähmter, folklorisierter Form. Die DDR griff das auf und sah darin eine Chance, die sorbische Tradition modern zu interpretieren und in ein sozialistisches Narrativ einzupassen. Andere Länder wie die Tschechoslowakei reagierten empört – sie wollten nichts mehr mit Trachten zu tun haben und verstanden sich als moderne Industrienation. Solche Auseinandersetzungen zeigen, wie sehr Mode auch Identitätspolitik war. Da diese Debatte 1968 stattfand, zeigt sie darüber hinaus, wie auch andere politische Er-

eignisse und Entwicklungen das Sprechen über Mode beeinflussten.

Frage aus dem Publikum: Wurde eigentlich reflektiert, dass die Nachkriegsgesellschaft auch körperlich versehrt war? Wie ging man mit Menschen um, die dem Ideal nicht entsprachen?

Dr. Stefanie Eisenhuth: Für die DDR habe ich dazu nichts gefunden. In der Sowjetunion dagegen war der versehrte männliche Körper präsent – als Symbol des Opfers für das Vaterland. Das ließ sich in der DDR nach 1945 natürlich schwer fortsetzen; eine heroische Erzählung des Kriegsversehrten passte nicht in die neue Zeit.

Frage aus dem Publikum: Mir fiel etwas auf: Menschen meiner Elterngeneration sagen oft, früher sei man liberaler mit Körpern umgegangen. Ich erinnere mich an Frauen mit Bein- und Achselbehaarung – heute kaum vorstellbar. Sind steigende Körperansprüche ein allgemeiner Trend, nicht nur DDR-spezifisch?

Dr. Stefanie Eisenhuth: Das beschäftigt mich selbst sehr. Viele meiner Gesprächspartnerinnen beginnen mit dem Satz: „Ich habe Ihnen da gar nichts zu erzählen, uns hat das nicht interessiert“ – und wir sprechen dann fünf Stunden. Erst im Nachdenken wird klar, wie viel Arbeit am Selbst, am eigenen Körper alltäglich war: vom Gesichtwaschen über das Baden, das Haarekämmen, das Eincremen bis hin zu Sport, Diät und die verzweifelnde Suche nach einer schicken Brille fällt alles in diese Kategorie, da brauchen wir noch nicht von Rouge und Lidschatten zu sprechen. Körperbehaarung ist, denke ich, ein zeittypisches Phänomen. Auch im Playboy der 1970er Jahre sieht man Frauen mit Behaarung. Das war kein spezifisches DDR-Thema. DDR-typisch war jedoch die Art, wie der weibliche Körper inszeniert wurde: Pornografie war verboten, Aktfotografie spielte sich oft in der Natur ab. Diese „Naturalisierung“ unterschied sich deutlich von westlichen, stärker sexualisierten und kommerzialisierten Bildwelten.

Frage aus dem Publikum: Ich beschäftige mich mit der FDJ-Singebewegung. Gab es in Ihren Gesprächen Hinweise darauf, dass Menschen sich auch positiv mit dem Ideal des sozialistischen Menschen identifizierten?

Dr. Stefanie Eisenhuth: Ja, das sieht man etwa in der bis heute positiv aufgeladenen Erzählung der „berufstätigen Ostfrau“. Sie war und ist noch immer identitätsstiftend, muss aber kein politisches Bekenntnis sein. Meine Gesprächspartnerinnen lasen die entsprechenden Zeitschriften – etwa die *Sibylle* – und Ratgeber mit großem Interesse, aber daraus entstand nicht automatisch auch eine Identifikation mit dem Sozialismus. Man konnte auch medial kommunizierte Ideale, Werte und Normen teilen, ohne deren politische Indienstnahme und die SED-Herrschaft zu befürworten.

Frage aus dem Publikum: Ich arbeite in der Gedenkstätte Bautzen. Wir sprechen inzwischen mit ehemals inhaftierten Frauen über Körper und Schönheits-

ideale in Haft. Bemerkenswert ist, wie viel Aufwand betrieben wurde, um den Idealen zu entsprechen – selbst ohne Publikum. Frauen drehten sich Locken mit Klopapier, färbten Wimpern mit Schuhcreme. Es scheint keinen Unterschied zwischen Ost und West zu geben: Ab 1963 sind die Ideale identisch.

Dr. Stefanie Eisenhuth: Darf ich nachher mit Ihnen darüber sprechen? Das wäre sehr interessant. Ich erinnere mich an eine Frau in dem Film *Die Unbeugsamen 2*, die genau das schilderte – wie wichtig Körperpflege und Schönheit für das eigene Selbstwertgefühl in Haft waren. Das würde ich gern weiterverfolgen.

Arne Schildberg: Liebe Frau Eisenhuth, herzlichen Dank für Ihren Vortrag und diese lebendige Diskussion. Vielen Dank Ihnen allen!

PODIUMSDISKUSSION

Marginalisiert im Sozialismus? Gesellschaftliche Diskriminierung und Ausgrenzung

Prof. Dr. Sebastian Barsch, Vŭ Vŭn Phŭm, Prof. Dr. Detlef Pollack, Dr. Teresa Tammer

Moderation: Pia Heine

Pia Heine: Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserem Podium *Marginalisiert im Sozialismus? Gesellschaftliche Diskriminierung und Ausgrenzung*. Über dieses Thema möchten wir miteinander ins Gespräch kommen. Unter Marginalisierung versteht man gemeinhin einen sozialen Vorgang, bei dem Bevölkerungsgruppen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und dadurch kaum oder gar nicht am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können. Im schlimmsten Fall endet Marginalisierung für Betroffene in Krankheit, im allerschlimmsten Fall sogar im Tod.

Gemeinsam mit meinen vier Gästen möchte ich nun darüber sprechen, welche nonkonformen Personengruppen in der DDR von Marginalisierung betroffen waren, wie sich Verdrängungsprozesse konkret gestalteten, welche Konsequenzen sie für die Betroffenen hatten, wie sich diese dagegen zur Wehr gesetzt haben und welche Handlungsspielräume sie überhaupt in diesem System des selbst ernannten real existierenden Sozialismus hatten.

Grundsätzlich möchte ich folgende Betroffenengruppen in den Fokus unserer Diskussion stellen: zum einen Menschen mit Migrationsgeschichte und Vertragsarbeiter_innen; Menschen mit Behinderung; Menschen mit religiöser Bindung sowie Homosexuelle und queere Personen. Das sind die vier Gruppen, mit denen wir uns heute hier stärker auseinandersetzen wollen.

Mein Name ist Pia Heine, ich bin Historikerin, aktuell Doktorandin, forsche zum Strafvollzug in Waldheim in der DDR und bin im Ehrenamt Stadträtin sowie kultur- und sozialpolitische Sprecherin meiner Fraktion in Leipzig. Zunächst möchte ich unsere vier Gäste auf dem Podium vorstellen. Vŭ Vŭn Phŭm aus Leipzig ist freiberufliche Kulturschaffende und Bildungsreferentin, sie beschäftigt sich seit einigen Jahren mit vietnamesisch-ostdeutschen Lebensrealitäten in Formaten wie Kulturproduktion und Projekten zur Erinnerungsarbeit. Außerdem engagiert sie sich im Bereich der Aufarbeitung von antisiasiatischem Rassismus. 2021 konzipierte sie ein Bühnenstück mit dem Figurentheater Chemnitz, in dem ehemalige Vertragsarbeiter_innen aus Vietnam selbst ihre Ge-



Pia Heine, Vŭ Vŭn Phŭm, Prof. Dr. Sebastian Barsch, Prof. Dr. Detlef Pollack, Dr. Teresa Tammer (v.l.n.r.)

schichte vor dem Publikum erzählten. Besonders interessiert sie sich für intergenerationale Lücken und Brücken, der Schwerpunkt ihrer Arbeit besteht dabei im subjektiven Erzählen von Migrationsgeschichte.

Daneben sitzt Prof. Dr. Sebastian Barsch aus Köln, er ist Professor für Didaktik der Geschichte an der Universität zu Köln, war vorher unter anderem in Kiel an der Universität und hat mehrere Jahre als Förderschullehrer gearbeitet. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen neben dem inklusiven historischen Lernen auf Disability History und hier explizit auf der Frage nach Behinderung in der DDR. Er ist aktuell Vorsitzender der Konferenz für Geschichtsdidaktik und war einer der Sprecher der Initiative *Historiker*innen für eine demokratische Gesellschaft* (hist4dem.de), der es insbesondere darum geht, antidemokratischen Strömungen, die Geschichte häufig instrumentalisieren, auch aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive entgegenzutreten.

Daneben sitzt Prof. Dr. Detlef Pollack. Er ist Seniorprofessor am Exzellenzcluster Religion und Politik an der Universität Münster, wo er bis 2022 Professor für Religionssoziologie war. Er hat ursprünglich Theologie und Religionswissenschaft in Leipzig studiert, wurde 1984 promoviert, zehn Jahre später folgte die Habilitation an der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld. Er hatte verschiedene wissenschaftliche Stationen und Professuren inne, unter anderem

in Frankfurt an der Oder, Münster und New York. Von 2015 bis 2018 war er Sprecher des Exzellenzclusters Religion und Politik an der Universität Münster. Zuletzt ist von ihm 2025 *Das große Versprechen. Die westliche Moderne in Zeiten der globalen Krise* bei Beck erschienen.

Und last but not least, Dr. Teresa Tammer aus Dresden. Sie ist Historikerin und Stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. 2023 ist ihre Dissertation „*Warme Brüder“ im Kalten Krieg. Die DDR-Schwulenbewegung im geteilten Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren* erschienen. Ihre Forschungsinteressen liegen insbesondere auf DDR-Geschichte, der Geschichte von Sexualitäten und Homosexualität sowie der materiellen Kultur. Derzeit bereitet sie zwei Publikationen vor, eine über das zentrale DDR-Frauengefängnis Hoheneck und ein anderes Buch über die lesbische Aktivistin Karin Dauenheimer.

Wir möchten nun über die Gründe und Ausprägungen von Marginalisierung sprechen, über die Folgen für die Betroffenen, darüber, welche Versuche von Selbstbehauptung es gab. Je nach Zeit würde ich gern den Blick erweitern und schauen, wie sich die DDR generell in den internationalen Kontext einordnete. Wie groß waren die Abweichungen im Vergleich mit der Bundesrepublik, aber wie sah es auch in anderen damals sozialistischen Staaten aus?

Aber nun starten wir mit der ersten Frage: Inwiefern wurden die Gruppen, die ich vorhin aufgezählt habe, denn im Staatssozialismus der DDR marginalisiert? Wie äußerte sich diese Marginalisierung konkret und gab es übergreifende Muster? Frau Phạm, vielleicht möchten Sie gern anfangen.

Vũ Vân Phạm: Das kann ich gerne machen. Vertragsarbeiter_innen sind im Zuge des „Bruderstaaten-Abkommens“ in die DDR gekommen. Das waren Menschen etwa aus Vietnam, Mosambik, Kuba und Polen, die in ihren Herkunftsländern angeworben wurden und in die DDR, aber auch zum Beispiel in die Tschechoslowakei kamen, wo sie die Wirtschaft unterstützen sollten. Die Marginalisierung zeigte sich erstens räumlich sehr deutlich, denn sie wurden segregiert in Wohnheimen untergebracht – am Rande der Stadt oder in einzelnen Neubauten, die ja damals eigentlich sehr begehrt waren. Die Vertragsarbeiter_innen wurden meistens nach Geschlecht getrennt untergebracht, das heißt, auch Ehepaare durften nicht zusammenleben.

In den Betrieben arbeiteten Vertragsarbeiter_innen teilweise in eigenen Abteilungen, sodass sie haben kaum Kontakt zu Deutschen hatten. Auch sprachlich gesehen war das nicht vorgesehen: Es gab Deutschkurse, die maximal drei Monate gingen und in denen man vor allem Vokabeln für den Arbeitsalltag lernte, nicht dafür, sich mit anderen Menschen zu unterhalten. Das hat die Vertragsarbeiter_innen sehr an den Rand gedrängt und in ihrer „Bubble“ belassen.



Vũ Vân Phạm

Eine sehr große Einschränkung für Frauen war, dass sie abtreiben mussten, wenn sie schwanger wurden und in der DDR bleiben wollten. Wenn sie ihr Kind bekommen wollten, mussten sie schwanger nach Vietnam bzw. in ihr Herkunftsland zurückgehen. Das war eine totale Fremdbestimmung von weiblichen Körpern. Diese Bedingungen waren zwar allen bewusst, aber man muss auch berücksichtigen, dass dieses Abkommen in einer Zeit geschlossen wurde, als viele Menschen in Vietnam unter den Folgen des Krieges litten und Wege suchten, ins Ausland zu gehen und ihre Familien zu unterstützen. Deshalb nahmen sie diese prekären Rahmenbedingungen in Kauf.

Die Vertragsarbeiter_innen waren teilweise sehr jung, darunter 18-jährige Frauen und Männer, die zum ersten Mal ins Ausland gingen. Sie betrachteten das zum einen als Chance auf Arbeit, aber auch – man darf nicht vergessen, was junge Menschen bewegt – darauf, ein Abenteuer zu erleben. Aber eben zum Preis der Fremdbestimmung.

Pia Heine: Der Anspruch der DDR war ja die Gleichheit oder die Gleichwertigkeit von Menschen. Wie ging das denn zusammen mit dem, was Sie gerade kurz umrissen haben?

Vũ Vân Phạm: Der Begriff von Gleichheit hat sich sehr im Arbeitskontext bewegt: Die Vertragsarbeiter_innen durften in demselben Betrieb arbeiten wie DDR-Bürger_innen. Dort hatten sie auch Kontakt zu Vorarbeiter_innen oder Be-

treuungspersonen, die sie, könnte man meinen, in den Alltag integrierten. Die Sichtweise ist: Man hat sich gekümmert, man hat ihnen Wohnraum verschafft, man hat Busse bereitgestellt, die sie vom Wohnheim zur Arbeit fuhren. Aber damit sollte auch vermieden werden, dass zwischen diesen beiden Wegen Kontakte zur Außenwelt entstanden.

Wenn ich mit Zeitzeug_innen rede, höre ich oft: „Man hat sich um uns gekümmert, wir wurden aufgenommen, es gab eine Willkommenskultur.“ Sie erinnern sich an Broiler, an warme Decken und dicke Winterjacken. Sie wurden also willkommen geheißen, waren aber zugleich Arbeitskräfte für Tätigkeiten, die viele Menschen nicht machen wollten. Die Haltung ihnen gegenüber war: „Wir müssen die Wirtschaft ankurbeln, dafür holen wir euch ins Land, bezahlen euch, aber nicht gut.“

Pia Heine: Professor Barsch, Sie beschäftigen sich wissenschaftlich mit dem Thema Menschen mit Behinderung in der DDR. Wie hat sich die Situation da dargestellt?

Prof. Dr. Sebastian Barsch: Da geht es ebenfalls um die Frage zwischen dem Anspruch einer sozialistischen Gesellschaft, in der im Prinzip alle gleich sein sollten, und den tatsächlichen Rahmenbedingungen gerade für Menschen mit Behinderungen. Interessant ist: Wenn man sich die frühen Dokumente anschaut, sieht man, dass bereits in der SBZ und in der frühen DDR Menschen mit Behinderung im Fokus von Gesetzgebung, von Fürsorge standen. Es gab Maßnahmen aus der Kriegsversehrtensituation heraus, und man findet sehr viele Akten, aus denen die Haltung hervorgeht: In einer Gesellschaft des sozialistischen Humanismus haben gerade Menschen mit Behinderung, anders als in kapitalistischen Gesellschaften, eine besondere Chance.

Es gibt auch frühe sozialistische Utopien, die sinngemäß sagten: Wenn wir eine sozialistische Gesellschaft erst einmal aufgebaut haben, dann wird es Behinderung im Sinne von Ausgrenzung gar nicht mehr geben – weil unsere Gesellschaft dafür sorgt, dass alle gleich sind. Solche Utopien findet man in anderen sozialistischen Ländern ebenfalls, aber sie wurden natürlich in der Realität so nicht umgesetzt.

Tatsächlich zeigte sich die Marginalisierung vor allem auf der Ebene der Bildungsfrage. Es gab keine im heutigen Sinne inklusive oder ähnliche Beschulung. Was Arbeitsprozesse angeht, gab es geschützte Arbeitsplätze, an denen Menschen mit Behinderung integriert wurden, aber tatsächlich war dies oft abhängig von persönlichem Engagement, etwa von Eltern, von einzelnen Personen. Auch waren regional die Unterschiede sehr groß.

Beim Thema Behinderung gibt es ja verschiedene Kategorien, die unterschiedlich gewichtet oder beurteilt wurden. So waren körperliche Behinderungen

in der Regel weniger mit Diskriminierung auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt verbunden als intellektuelle Behinderungen. Nehmen wir ganz konkret die Sonderbeschulung in der DDR als Beispiel. Ähnlich wie in der Bundesrepublik oder vor 1949 gab es verschiedene Spezialzweige von Sonderschulen – etwa für Körperbehinderte, Blinde, Gehörlose. Menschen mit Lernschwierigkeiten – im DDR-Sprachgebrauch „intellektuell Geschädigte“ – waren kein Teil dieser Bildungsmaßnahmen. Es gab zwar Förderungstagesstätten, die dem Gesundheitsministerium unterstellt waren, aber nicht flächendeckend. Für Menschen mit Lernschwierigkeiten fand eine Beschulung häufig überhaupt nicht statt.

Geht man noch weiter in Richtung schwerere Behinderung, kommt man zur Anstaltspsychiatrie, der Langzeitverwahrung von Menschen mit Behinderung, wo eine starke Ausgrenzung stattfand, oft in Form von „Wegsperr“-Maßnahmen.

Das heißt, diesen Anspruch, Fürsorge zu betreiben – Konrad H. Jarausch hat die DDR als „Fürsorgediktatur“ bezeichnet –, findet man in zahlreichen Gesetzgebungsakten und politischen Reden. Das reichte bis hin zu medialer Inszenierung von Behinderung als Normalzustand, in dem sich alle drum kümmern sollten. Aber auf der realen Ebene fand Ausgrenzung vor allem beim Zugang zu Bildung und Wohnen statt, wo oft keine Integration erreicht wurde.

Dennoch wurde es immer wieder versucht! Die Historikerin Ulrike Winkler hat 2023 dazu ein Buch geschrieben: *Mit dem Rollstuhl in die Tatra-Bahn*. Dort kann man lesen, dass Halle-Neustadt sehr stark auf Barrierefreiheit hin geplant wurde – mit der Idee, dass Menschen mit körperlichen Behinderungen in der nicht behinderten Bevölkerung über Wohnräume integriert werden und so auch eine Akzeptanz für die Verschiedenartigkeit von Menschen hergestellt wird. Auf der Ebene der sozialen Akzeptanz ist das jedoch nicht immer erreicht worden, es gab auch starke Ausgrenzungstendenzen bis hin zu Widerständen, dass Menschen mit Behinderung überhaupt in der Wohneinrichtung leben sollten.

Das heißt zusammengefasst: Die Ausgrenzung fand weniger auf der normativen als auf der tatsächlichen Ebene der Lebenssituation statt – und auf der normativen Ebene vor allem im Bereich der Schwerbehinderten und der Menschen mit Lernschwierigkeiten, denen man bestimmte Bildungsrechte verweigerte. Es gab auch den Begriff der „Schulbildungsunfähigkeit“, wenn bestimmte Fähigkeiten wie Erwerb der Kulturtechniken als nicht vorhanden angenommen wurden.

Pia Heine: Da Sie das Thema Arbeitsmarkt tangiert haben: Gab es in der DDR auch ein Werkstätten-System, wie wir es heute in Deutschland kennen?

Prof. Dr. Sebastian Barsch: Das gab es so nicht in der DDR. Aber es gab geschützte Betriebsabteilungen, bestimmte Bereiche, in denen mehr Menschen mit Behinderung arbeiteten. Es gab auch einzelne geschützte Arbeitsplätze,



Prof. Dr. Detlef Pollack

dabei waren einzelne Personen in Betriebe integriert. Das ist bei einigen Zeitzeug_innen durchaus positiv in Erinnerung, denn als mit der Wende die Behindertenwerkstätten kamen, wurden diese als ausgrenzender verstanden, weil dort keine Inklusion mehr stattfindet und auch nur wenig Lohn gezahlt wird. Es gibt verschiedene Sichtweisen der Betroffenen auf die Arbeitsmarktsituation, weil längst nicht an geschützten Arbeitsplätzen arbeiten konnten. Es gab zwar auch gesetzliche Rahmenbedingungen, dass Betriebe einen bestimmten Anteil an Menschen mit Behinderung einstellen mussten. Aber dort ist die Frage, was unter Behinderung zählte und inwieweit Betriebe Personen auswählen konnten, die vielleicht keine sichtbare Bindung hatten oder vielleicht trotzdem produktiv waren. Die Frage von Arbeit war natürlich auch im DDR-System sehr bedeutend für die soziale Integration. Bei vielen normativen Setzungen und Maßnahmen war das Thema Integration über Arbeit enorm relevant, aber in der Wirklichkeit wurde es oft nicht umgesetzt.

Pia Heine: Herr Professor Dr. Pollak, Sie haben vor allem zu Religion geforscht. Wenn wir an die DDR denken, dann denken wir zunächst an Christ_innen als größte Gruppe Gläubiger.

Prof. Dr. Detlef Pollack: In unserem Panel geht es ja um Marginalisierung und man muss sagen, die Christen waren 1949, als die DDR gegründet wurde, keineswegs marginalisiert. Sondern sie waren in der Mehrheit. 81 Prozent waren evangelisch, elf Prozent waren katholisch, also hat sich nur ein ganz kleiner

Kreis der Bevölkerung als konfessionslos definiert. Die Kirchen waren stark. Sie waren stark, weil sie von den Alliierten als Ansprechpartner bevorzugt wurden. Sie waren auch stark, weil es eine gesamtdeutsche Institution war – es gab die evangelische Kirche im Westen und im Osten und sie verstanden sich als Einheit, als Schwestern und Brüder. Nach 40 Jahren DDR gab es dann noch ungefähr 24 Prozent evangelische Christen und sechs Prozent Katholiken. Und wie es zu diesem Prozess der Marginalisierung gekommen ist, muss man erklären. Ich würde verschiedene Phasen ausfindig machen, ohne zu sehr ins Detail zu gehen. Am Anfang haben die Kirchen gedacht, dass sie den Kampf mit dem SED-Staat gewinnen. Sie waren der festen Überzeugung, dass die DDR ein Wölkchen am Himmel ist, das vorüberzieht. Und sie hatten ja auch den Westen im Hintergrund, der sie unterstützt hat.

1952 begann der Angriff der SED auf die Kirchen, und zwar bei der Jugendarbeit, bei den Jungen Gemeinden. In dieser Zeit waren die Menschen noch ziemlich widerständig. Sehr viele Menschen, die vor die Frage gestellt wurden, ob sie sich zur jungen Gemeinde bekennen oder ob sie die Erweiterten Oberschulen verlassen, waren bereit, dieses Bekenntnis abzugeben. Manfred Stolpe, der spätere Ministerpräsident von Brandenburg, hat in seinen Memoiren geschrieben, dass damals die Klassen 11 und 12 weitgehend leergefegt waren, weil so viele Schüler Widerstand geleistet haben – gegen diese Zumutung, sich vom Christentum zu distanzieren. Mit der Einführung der Jugendweihe wurde das deutlich anders. Die SED hat das relativ geschickt gemacht. Sie hat sie gesagt, es ist überhaupt keine antichristliche Veranstaltung, ihr könnt daran teilnehmen und habt weder Vorteile noch Benachteiligungen, wenn ihr an der Konfirmation teilnehmt. Aber die Jugendweihe war als Gelöbnis konzipiert, stand also in klarer Konkurrenz zur Konfirmation. Am Anfang war sie nicht sehr erfolgreich. In den ersten beiden Jahren nahmen etwa 10 bis 14 Prozent an der Jugendweihe teil, dann waren es 40 und nach drei Jahren waren es 80 Prozent. Mit anderen Worten, es war nicht nur ein Kampf zwischen Kirche und dem SED-Staat oder dem System des administrativen Sozialismus, sondern wir haben hier einen dritten Akteur, die Bevölkerung. Sie hat in dieser Zeit nicht zur Kirche gestanden, sondern es war ihr wichtiger, die zu erwartenden Schikanen zu vermeiden. Vor allem wollte sie vermeiden, dass die Jugendlichen beim Zugang zu höherer Bildung benachteiligt werden.

Der Druck auf die Kirchen wurde im Laufe der 1960er Jahre noch einmal verstärkt, also nach dem Bau der Berliner Mauer. Und dann sind die Kirchen auch wirklich eingeknickt, weil sie die Bevölkerung nicht mehr hinter sich wussten, weil sie nicht mehr den Rückhalt in der Masse der Bevölkerung spürten. Die evangelischen Kirchen in der DDR haben sich 1969 von den evangelischen Kir-

chen im Westen getrennt und vertrauten nicht mehr darauf, dass sie durch die Bevölkerung unterstützt werden. Viele Menschen hatten sowieso keine starke und enge Beziehung zur Kirche, aber es war auch für viele eine Überforderung, sich an die Kirche zu halten. Man muss sagen, dass die Kirchen dann etwas getan haben, das ihnen oft übelgenommen wurde. Sie haben nämlich versucht, hinter geschlossenen Türen eine Art Geheimdiplomatie mit den staatlichen Stellen zu führen.

Bei den wenigen Menschen, die sich damals noch in Gemeinden versammelten, entstand der Eindruck: Die klüngeln dort. Die machen irgendetwas, das eigentlich nicht in unserem Interesse ist. Sie versuchten, die Kirchenleitungen davon abzuhalten. Aber diese waren gebrannte Kinder – sie hatten einmal versucht, auf die Bevölkerung zu setzen (in den 1950er Jahren bei Einführung der Jugendweihe), doch diese hatte sie weitgehend im Stich gelassen. Dann war die Kirchenleitung eigentlich darauf angewiesen, mit dem Staat mögliche Freiräume für kirchliches Handeln auszuhandeln.

Das änderte sich kurz vor 1989. Da gab es die sogenannte *Ökumenische Versammlung*. Da ging es um die Bewahrung der Schöpfung, um Frieden und Gerechtigkeit. Vor allem ein Papier wurde stark diskutiert: Gerechtigkeit in der DDR. Auf einmal war die Bevölkerung nicht mehr stumm, war sie nicht mehr so stark angepasst und meldete sich zu Wort. 10.000 Zuschriften bekam die Kirche und das hat die Haltung der Kirchenleitung stark verändert. Plötzlich haben sich die Bischöfe tatsächlich getraut, auch Kritik an der DDR zu üben.

1988 bei der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in Dessau mahnte dessen damaliger Vorsitzender Werner Leich Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, auch Reisefreiheit an. Er pochte also auf Rechte, die der westlichen parlamentarischen Demokratie entsprechen.

Das war das erste Mal nach vielen Jahrzehnten, in denen die Kirche weitgehend zurückhaltend war und sich versuchte anzupassen. Die entscheidende Frage lautet: Wie konnte es der SED gelingen, die beachtliche soziale Macht, die die Kirche am Anfang der DDR-Geschichte noch besaß, zurückzudrängen? Vor allem zwei Sachen spielen dabei eine Rolle. Der wichtigste Punkt war der Versuch, die Einheit der Kirchen zu spalten – die Kirchenleitung von den Gemeinden und diejenigen, die von den Funktionären als kritisch eingeschätzt wurden, von denjenigen, die sich anpassten. Die Angepassten wurden gefördert, die anderen wurden ausgegrenzt. Diese Differenzierungspolitik war enorm erfolgreich.

Das andere Mittel war die Schaffung von Alternativen. Es gab den Weißenseer Arbeitskreis, in der Nationalen Front wurden christliche Gesprächsgruppen gebildet, man hat also versucht, die Kirche von innen her aufzuweichen. Das

war nicht sehr erfolgreich, aber es war das zweite wichtige Mittel.

Pia Heine: Wir haben jetzt vor allem über die christlichen Gemeinden gesprochen, wie sah es denn mit anderen Religionen aus – mit Muslimen, Jüdinnen und Juden oder mit anderen religiösen Minderheiten?

Prof. Dr. Detlef Pollack: Es gibt eine Statistik von 1950, in der ungefähr zwei Prozent der DDR-Bevölkerung als nicht christlich religiös identifiziert werden. Nur ganz wenige Buddhisten, Hinduisten oder Muslime waren in der DDR anzutreffen. Das war eine verschwindend kleine Gruppe. Es gab jüdische Gemeinden, doch die wurden immer kleiner. Zum Ende der DDR waren es vielleicht noch 300 oder 400 Jüdinnen und Juden, die sich in den jüdischen Gemeinden gesammelt haben. Es gab die Freikirchen, die man hier ins Spiel bringen muss. Sie haben eine andere Politik betrieben als die Landeskirche, sie passten sich viel stärker an die Erwartungen des SED-Regimes an. Die Mormonen zum Beispiel – für sie wurde in den 1980er Jahren ein Tempel in Freiberg gegründet und die SED förderte das, weil Erich Honecker meinte, wenn er die Mormonen in der DDR fördert, verbessert das vielleicht sein Verhältnis zur USA, wo die Mormonen immer eine große Rolle spielten. Vielleicht wollte er auch mal selber mal in die USA reisen. Man muss sagen, dass viele dieser kleinen Gruppierungen, die Freikirchen, dem Erwartungsdruck der staatlichen Seite sehr stark entgegengekommen sind. Die evangelischen Kirchen haben das als nicht sehr geschwisterlich wahrgenommen.

Pia Heine: Teresa Tammer, wir duzen uns, deshalb behalte ich das auch hier bei: Du hast dich wissenschaftlich – im Rahmen deiner Dissertation – vor allem mit Homosexuellen in der DDR beschäftigt. Wie würdest du deren Situation einschätzen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Paragraph 175 StGB, nach dem Homosexualität strafbar war, in der DDR schon 1968 abgeschafft wurde, im Westen aber in der gleichen Zeit weiter existierte?

Dr. Teresa Tammer: Am Anfang hast du auch den Begriff „queer“ verwendet, dazu würde ich gern etwas sagen, denn wir sprechen einerseits über Homosexualität, aber ich möchte auch über geschlechtliche Vielfalt sprechen. Der Begriff „queer“ kommt aus dem US-Amerikanischen und wurde ursprünglich von außen abwertend für Menschen genutzt, die als geschlechtlich oder sexuell nonkonform galten. Seit den 1980ern deuten diese den Begriff positiv für sich um, in den 1990er und besonders den 2000er Jahren schwappte er nach Europa und Deutschland über. „Queer“ ist sozusagen die Sammelbezeichnung für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Es geht vor allem um gleichgeschlechtliches Begehren, aber auch trans, inter und nonbinäre Menschen sind damit gemeint. Allerdings betrifft das, was wir in der Richtung über die DDR wissen und was ich erforscht habe, vor allem Homosexualität. Von Bedeutung ist dabei die Existenz

des Strafrechtsparagraphen 175. Im Nationalsozialismus wurden insbesondere homosexuelle Männer verfolgt, in KZ verschleppt und gezwungen, den rosa Winkel zu tragen. Das Ende des Nationalsozialismus war eine Befreiung, homosexuelle Männer wurden aus den KZ entlassen und es gab nicht mehr diese Art von Verfolgung mit tödlicher Bedrohung.

In der DDR ging es dann um die Frage, was mit diesem Paragraphen 175 StGB, der aus dem Jahr 1872 stammte und im Nationalsozialismus verschärft worden war, geschehen soll. Es gab Diskussionen darüber, ihn ganz zu streichen, also einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Kontakte einfach zu entkriminalisieren – insbesondere in Sachsen war diese Diskussion Ende der 1940er Jahre relativ weit fortgeschritten. Aber das ist nicht geschehen, sondern die DDR hat den Paragraphen 175 StGB in der Version von 1871 – nicht die verschärfte Version der Nationalsozialisten – übernommen. Es gab also weiterhin eine strafrechtliche Diskriminierung von homosexuellen Männern.

1968 wurde der Paragraph 175 StGB in der DDR abgeschafft, aber durch Paragraph 151 StGB ersetzt. Dieser besagte, dass einvernehmliche gleichgeschlechtliche Kontakte ab einem Alter von 18 Jahren, unter „Erwachsenen“, legal sind und man dafür nicht mehr verfolgt werden kann. Er bezog aber fortan auch Frauen ein, was also gleichzeitig eine Ausweitung des Paragraphen auf lesbische sexuelle Kontakte bedeutete. Nach Paragraph 151 StGB wurden tatsächlich auch Menschen verurteilt, aber wir kennen nur sehr wenige Zahlen und müssen schätzen. Es ist davon auszugehen, dass in der Bundesrepublik in den 1950/60er Jahren etwa fünfmal so viele Männer verurteilt wurden wie in der DDR, was daran lag, dass die Bundesrepublik den deutlich schärferen NS-Paragraphen übernommen hatte, der mehr sexuelle Handlungen bestrafte als der Paragraph in der DDR. Bis in die 1980er Jahre wurden aber auch in der DDR Menschen verurteilt, auch Frauen, Anfang der 1980er waren das jährlich etwa 100 Personen.

1988 wurde dieser Paragraph abgeschafft und damit auch die strafrechtliche Diskriminierung von Homosexuellen komplett gestrichen. Diese Streichung, die natürlich Freude auf beiden Seiten der Mauer auslöste, auch in Schwulen- und Lesbenkreisen in der Bundesrepublik, führte zu der Annahme, die DDR sei in Bezug auf Homosexualität fortschrittlicher als die Bundesrepublik gewesen. Ab 1988 stimmt das in Bezug auf die strafrechtliche Relevanz, aber in der DDR wurde queeres Leben trotzdem marginalisiert, und zwar die ganze Zeit, auch nach 1988.

Zum Beispiel war es kaum möglich, sich zu treffen, Gruppen zu gründen, eine Zeitschrift herauszugeben oder Bücher zu publizieren, also öffentliche Plattformen zu nutzen. Homosexuelle konnten sich nicht treffen, nicht kennen-

lernen, waren isoliert. Die Folge davon war Vereinzelung, Unzufriedenheit, Scheinehen, unter denen alle litten, bis hin zu Selbstmorden. Es gibt keine Zahlen dazu, wie viele Menschen sich aufgrund ihrer nicht auslebbaren, für sie als unerträglich scheinenden Sexualität umgebracht haben, aber wir wissen von Ärzt_innen, die darüber zu forschen versuchten, dass die Selbstmordrate unter queeren Jugendlichen relativ hoch war. Die Situation veränderte sich im Laufe der Zeit.

Die Liberalisierung des Strafrechts ist die eine Seite, aber es gab auch eine gesellschaftliche Liberalisierung, so wie in der Bundesrepublik, ab den 1950er bis in die 1980er Jahre. Ein Ausdruck dieser Liberalisierung war, dass sich in den 1980er Jahren erstmals Arbeitskreise Homosexualität unter dem Dach der evangelischen Kirche gründen konnten und so etwas wie eine Bewegung entstand. Diese Schwulen- und Lesbenbewegung war vermutlich sogar eine queere Bewegung, denn trans, inter und nonbinäre Menschen haben sich dort natürlich auch getroffen, jedoch ohne sich explizit zu outen. Das geschah dann häufig erst in den 1990er Jahren.

Diese Arbeitskreise Homosexualität unter dem Dach der Kirche gab es in fast jeder größeren Stadt der DDR. Man kann an den damaligen Programmen ablesen, dass auch trans Themen wie zum Beispiel Geschlechtsumwandlung angesprochen wurden. Meistens waren es schwule Arbeitskreise, organisiert, geleitet und vor allem besucht von schwulen Männern. Aber es gab auch Lesbengruppen, zum Beispiel *Lesben in der Kirche* in Ost-Berlin und eine Gruppe in Jena. In Dresden gab es die Besonderheit einer schwul-lesbischen Gruppe, geleitet von Karin Dauenheimer, einer lesbischen Frau, über die ich gerade ein Buch schreibe.

Pia Heine: Du hast gerade insbesondere von schwulen Männern gesprochen. Gab es Unterschiede in der gesellschaftlichen Akzeptanz von männlicher und weiblicher Homosexualität?

Dr. Teresa Tammer: Ja, und das hatte bereits eine längere Tradition. Männer wurden mithilfe des Paragraphen 175 StGB verfolgt, weil man männlicher Sexualität eine größere Gefahr für die Männer und für die Gesellschaft beimaß. Frauen wurde dagegen eine von Männern unabhängige Sexualität abgesprochen. Was sollen denn Frauen miteinander machen, wenn kein Penis involviert ist? Insofern wurde die auch lesbische Sexualität als weniger gesellschaftsgefährdend angesehen. Diese Sichtweise war auch in der DDR zu beobachten. Irgendwann wurden Frauen aber einbezogen, natürlich mit dem wichtigen Argument, dass die Frau in der DDR gleichberechtigt sei. In den Diskussionen der 1940er Jahre um den Paragraphen 175 StGB argumentierten diejenigen, die für eine Liberalisierung eintraten, ebenfalls, dass er entweder ganz abgeschafft oder

Frauen aufgrund der Gleichberechtigung einbezogen werden sollten. Mit dem Paragraphen 151 StGB gab es also eine Anerkennung lesbischer Sexualität, aber gleichzeitig wurde sie auch kriminalisiert.

Zeitzeuginnen berichten, dass lesbische Frauen in der DDR einerseits weniger Treffpunkte hatten als schwule Männer. Und auch ihre Gruppen entstanden viel später und in kleinerem Rahmen. Frauen trafen sich eher in privaten Wohnungen und vernetzten sich dort, während sich schwule Männer auf der Suche nach Sexualpartnern auf „Klappen“ getroffen haben, also in Kneipen oder an öffentlichen Toiletten. Die schwule Infrastruktur unterschied sich immer schon sehr deutlich von der lesbischen. Deshalb waren lesbische Frauen wesentlich weniger sichtbar als schwule Männer, zogen dafür teilweise auch weniger Hass auf sich, während der homosexuelle Mann für *die* Homosexualität stand. Lesbische Frauen konnten sich dadurch zum Teil eher verstecken, während schwule Männer stärker den Anfeindungen durch die Gesellschaft ausgesetzt waren.

Pia Heine: Danke für diese erste Runde! In Bezug auf übergreifende Muster im Bereich Marginalisierung in der DDR habe ich jetzt drei große Felder ausgemacht. Zum einen die Benachteiligung im Sektor Bildung – sei es, dass man an spezielle Schulen kam oder als nicht beschulbar galt, dass man nur einen dreimonatigen Deutschkurs bekam oder dass der Zugang zu höherer Bildung verwehrt wurde, etwa wenn man sich gegen die Jugendweihe entschied. Wohnen spielte eine Rolle, etwa Wohnen als Segregationsmittel durch spezielle Wohnheime sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für Vertragsarbeitende. Soziale Kontakte waren ein großes Thema, die Vereinsamung, die Vereinzelung – und wir wissen mittlerweile, dass Vereinsamung krank macht oder im schlimmsten Fall zum Suizid führen kann.

Kommen wir doch noch mal stärker auf die Folgen und Konsequenzen, die betroffene Gruppen konkret zu tragen hatten. Wie sind sie damit umgegangen, welche Möglichkeiten hatten sie, welchen Rahmen gab ihnen das System überhaupt, um sich dagegen zur Wehr zu setzen? Konnten sie sich organisieren, gab es Hilfestellung, vielleicht auch von nicht Betroffenen? Welche Formen von Selbstermächtigungsprozessen fanden statt?

Vũ Vân Phạm: Die Vertragsarbeiter_innen, die in die DDR kamen, wurden segregiert, aber es gab trotzdem Betreuungspersonen, Vorarbeiter_innen oder Kolleg_innen im Betrieb, die Sympathie für sie hatten. Gerade jüngere Frauen und Männer hatten oft eine Art Pflegefamilie oder Pflegeeltern. Das hielt bis nach der Wende an, als dann die ersten Kinder auf die Welt kamen. Ich hatte zum Beispiel eine Ersatz-Oma, so wurde das genannt. Es gab also DDR-Bürger_innen, die sich gerne um die Vertragsarbeiter_innen kümmerten. Sei es, dass man am Wochenende zusammen in den Garten ging oder zusammen



Pia Heine

kochte oder etwas anderes machte, um die Menschen ein Stück aus ihrer Lebensrealität Arbeit/Wohnheim herauszuholen.

Es gab aber auch Menschen, die Ressourcen bereitstellten. Die Vertragsarbeiter_innen hatten ja keinen hohen Lohn, sodass sie teilweise in den Wohnheimen nähten oder andere Dienstleistungen anboten, um sich wirtschaftlich zu verbessern. Da gab es Betreuer_innen, Freund_innen oder Kolleg_innen, die zum Beispiel Stoff zum Nähen besorgten. Denn in der DDR-Bevölkerung existierte das Vorurteil, dass die Ausländer_innen alles aus den Läden wegkaufen. Deshalb kauften manchmal Deutsche für sie ein, um diese Wirtschaft im Wohnheim zu unterstützen.

Außerdem haben sich die Vertragsarbeiter_innen durch die Segregation und die Trennung der Geschlechter, aber auch von DDR-Bürger_innen innerhalb ihrer eigenen Räume und Communitys organisiert. Sie feierten ihre eigenen Feste oder probierten, ihre heimische Küche nachzukochen – mit den Zutaten, die es in der DDR gab. Dann wurde die vietnamesische Nudelsuppe eben mit Spaghetti gekocht. Durch dieses Miteinander entstanden Strukturen, die sich über Jahre erhalten haben, aber von außen gar nicht so sichtbar waren. Auch wegen der Sprache blieben die Menschen vor allem in ihrer Gruppe, aber es entstanden auch Kontakte zu Deutschen, teilweise über die wirtschaftliche Schiene.

Sie hatten zum Beispiel innerhalb der Wohnheime eigene „Nähstuben“ oder ließen sich über ihre Kontakte in Vietnam Waren zuschicken, die sie im oder vor

dem Wohnheim an der Straße verkauften, sodass darüber die ersten Kontakte zu DDR-Bürger_innen zustande kamen. Die waren natürlich nicht gern gesehen, wie man in Stasi-Akten teilweise lesen kann, aber es ließ sich nicht alles kontrollieren.

Es gab auch sogenannte Scheinehen oder auch Liebschaften zwischen Deutschen und Vietnamesinnen. Wenn es zu Schwangerschaften kam, war die Scheinehe eine Möglichkeit, im Land zu bleiben, aber die Beantragung einer solchen Ehe war ein sehr langwieriger Prozess. Teilweise mussten die Personen das Geld an die DDR zurückzahlen, weil sie als Arbeitskraft nicht mehr zur Verfügung standen und ihren Status verloren. Da gibt es ganz verschiedene Schicksale oder auch Geschichten wie die von einer deutschen Frau, die gesagt bekam, sie solle doch mit ihrem mosambikanischen Mann nach Mosambik gehen, wenn sie ihn heiraten will. Es gab aber auch Ehen, aufgrund deren die Menschen im Land bleiben durften. Ob das immer Scheinehen waren oder richtige Ehen, lässt sich von außen nicht beurteilen.

Pia Heine: Wie wurde mit diesen Ehen gesellschaftlich umgegangen?

Vũ Vân Phạm: Oft wird vergessen, dass es auch vor der Wende Rassismus gab. Es geht viel um die Baseballschlägerjahre und darum, dass nach der Wende alle wütend und unglücklich über den Verlust ihrer Arbeitsplätze waren und deshalb Rassismus entstand. Aber so war es ja nicht, es hat natürlich schon viel früher begonnen. Auch in den Betrieben gab es Vorurteile und rassistische Stigmata. Sie zeigten sich allerdings verschieden. Die Menschen aus Mosambik haben völlig andere Erfahrungen mit Rassismus gemacht als die Menschen aus Vietnam.

Pia Heine: Inwiefern?

Vũ Vân Phạm: Der anti-asiatische Rassismus, mit dem ich mich befasse, ist anders als der anti-Schwarze Rassismus oder der anti-muslimische Rassismus. Man kann nicht gegeneinander aufwiegen, was schlimmer und was weniger schlimm ist, sondern es waren einfach ganz andere Formen. Auch die Diskriminierung von Männern und Frauen war unterschiedlich. Gerade vietnamesische Frauen wurden oft fetischisiert und als devot gesehen. So gab es Männer, die Scheinehen mit asiatischen Frauen eingingen, um sie auszunutzen.

Pia Heine: Also eine Sexualisierung.

Vũ Vân Phạm: Genau. Bei Männern war es anders. In der Nachwendezeit entstand das Bild der „Zigarettenmafia“, gefährlicher vietnamesischer Clan-Kriminalität. Damals wurden vietnamesische Männer mit Kriminalität und Gefährlichkeit assoziiert. Es ist sehr komplex. Vor der Wende gab es natürlich auch schon Stereotype: „Die reden kaum, die lächeln nur.“ Aber das lag auch daran, dass die Vietnames_innen kein Deutsch verstanden, weil sie nur drei Monate lang Deutschunterricht hatten. Der Rassismus vor der Wende war subtiler,

aber dennoch gewaltvoll. Dabei waren Schwarze Männer am ehesten von Gewalt betroffen.

Auch im Alltag, beim Einkaufen, gab es Ablehnung. Oft hieß es: „Die Ausländer kaufen alles weg.“ Viele DDR-Bürger_innen wussten nicht, dass Vertragsarbeiter_innen etwa mehrere Kilo Zucker kauften, um ihre Familien in Vietnam zu unterstützen. Geld konnten sie nicht schicken oder umtauschen, weil die DDR-Mark nicht frei konvertierbar war. Solche Wissenslücken in der Bevölkerung führten zu Ressentiments und Stigmatisierungen.

Pia Heine: Wir haben über Formen der Selbstbehauptung gesprochen. Du hast erwähnt, es gab so etwas wie Allyship – Verbündete, Pflegefamilien. Wie sah das in anderen Bereichen aus, etwa bei Menschen mit Behinderungen? Gab es dort Selbsthilfegruppen, Selbstermächtigung oder Unterstützung durch Angehörige?

Prof. Dr. Sebastian Barsch: Das gab es durchaus, aber völlig anders als zum Beispiel in Westdeutschland. In vielen westlichen Ländern entstand in den 1970/80er Jahren eine Behindertenrechtsbewegung, also von Menschen mit Behinderung, die für ihre Rechte einstanden und auch aktiv Politik betrieben. Das war in der DDR nicht der Fall. Es gibt wenige Beispiele, die oft genannt werden, etwa die Wohngemeinschaft von körperbehinderten Menschen rund um Matthias Vernaldi in Hartroda, die sich stark politisch engagierte, aber das war eine Ausnahme.

Auch Elternverbände für Menschen mit Behinderung gab es kaum. Während sich in der Bundesrepublik die *Lebenshilfe* für Kinder mit geistiger Behinderung schon in den 1950er Jahren gegründet hatte, war so etwas in DDR nicht erwünscht. Politisch wirksame Interessenvertretungen sollten gar nicht erst entstehen. Ausnahmen bildeten die Verbände für Gehörlose und sehbehinderte oder blinde Menschen, die Teil des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) waren und begrenzt politische Arbeit leisten konnten.

Spannend ist, dass viele Menschen mit Behinderung ihre Anliegen über Eingaben an das Ministerium für Gesundheitswesen formulierten. Sie beschrieben darin detailliert Mängel bei Hilfsmitteln wie Rollstühlen oder Gehhilfen. Bemerkenswert ist, dass sie dabei oft mit sozialistischer Ideologie argumentierten: „Ihr habt uns doch versprochen, dass das eine bessere Gesellschaft ist – warum gilt das nicht auch für uns?“

Ein Beispiel ist der „Meyra-Rollstuhl“, ein in Westdeutschland hergestellter Elektrorollstuhl, der in vielen Fällen beantragt und in einigen gewährt, aber in der DDR nie flächendeckend produziert wurde. Letztlich wurden oft improvisiert – zum Beispiel wurden umgebaute Kinderwagen als Rollstühle für Erwachsene genutzt.



Prof. Dr. Sebastian Barsch

Neben diesen Eingaben gab es auch öffentlich propagierte Maßnahmen zur Förderung von Kontakten zwischen Menschen mit und Menschen ohne Behinderung. 1981 war das UNO-Jahr der Menschen mit Behinderung – in der DDR „Internationales Jahr der Geschädigten“ genannt. Da gab es in ganz vielen Städten Initiativen wie zum Beispiel die Gründung sogenannter „Clubs der Behinderten“, wo FDJ-Arbeit im weitesten Sinne in Form von Lesungen, gemeinsamem Musizieren, also Nachmittagsbetreuung, geleistet wurde. Dort sollten Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenkommen. Das wurde in diesem einen Jahr sehr stark propagiert, davor und danach etwas weniger.

Um es zusammenzufassen: Die Selbstermächtigung von Menschen mit Behinderung war in der DDR viel weniger sichtbar als in anderen Ländern. Das hat sicher auch mit der politischen Situation zu tun, dass unabhängige Interessenvertretungen gar nicht erst entstehen sollten. Trotzdem zeigen persönliche Erfahrungsbereiche und eben diese Eingaben, wo teilweise sehr direkt auf die Ausgrenzungserfahrungen hingewiesen wurde. Einzelne kleine Initiativen, wie die WG in Hartroda, fanden zwar mediale Beachtung, wurden aber nicht landesweit als Beispiele für Selbstermächtigung von Menschen mit Behinderung propagiert.

Pia Heine: Die UN hat ja schon lange vor der UN-Behindertenrechtskonvention internationale Standards formuliert. Wurden solche Ideen in der DDR aufgenommen?

Prof. Dr. Sebastian Barsch: Ja, durchaus. Besonders spannend ist der wissenschaftliche Bereich. Seit den 1960er Jahren wurde in der DDR die Rehabilitationspädagogik stark ausgebaut. Und dabei entwickelte sich früh etwas, das man als soziales Modell von Behinderung bezeichnen kann – während in vielen anderen Ländern noch das klassische medizinische Modell vorherrschte, das besagt, Behinderung ist vor allem eine Beeinträchtigung, eine Schädigung. Das soziale Modell hingegen besagt: Natürlich gibt es körperliche oder intellektuelle Beeinträchtigungen, aber Behinderung entsteht vor allem dann, wenn die Gesellschaft Barrieren nicht abbaut – sowohl architektonisch gesehen als auch bei Zugängen zu Bildung oder Arbeit.

Die Fachdiskurse waren international vernetzt, es gab eine große Diskursgemeinschaft, die davon ausging, dass der Mensch als bio-psychosoziales Wesen gesehen werden sollte. Gleichzeitig wurde sie in der DDR ideologisch gerahmt – als „sozialistischer Humanismus“. Die Argumentation lautete: Im Kapitalismus werden behinderte Menschen ausgebeutet, im Sozialismus dagegen leben sie in einer gerechteren Gesellschaft.

Inhaltlich gab es also große Überschneidungen mit internationalen Diskussionen, aber sie wurden bewusst als „anders“ dargestellt – sozialistisch gefasst und mit einem klaren Selbstverständnis.

Pia Heine: Ich würde jetzt gern, nachdem Herr Pollack und Teresa anfangs schon über Selbstermächtigung gesprochen haben, zum internationalen Perspektive überleiten. Herr Professor Pollack, in der Zeit der deutschen Teilung trat Johannes Paul II. als neuer Papst auf den Plan, der als Pole eine besondere Rolle spielte. Dass er aus einem Land im sowjetischen Einflussbereich stammte – welche Auswirkungen hatte das auf die Kirchenpolitik in der DDR? Und bot das den Gemeinden dort vielleicht neue Handlungsspielräume?

Prof. Dr. Detlef Pollack: Zunächst muss man sagen: Zwischen der evangelischen Kirche in der frühen DDR und der katholischen Kirche in Polen bestand eine wirklich markante Differenz. In Polen galt – damals wie heute – der Satz: Ein guter Pole ist ein Katholik. Für viele Polen war es also ein nationaler Triumph, dass einer der ihren Papst geworden war.

Johannes Paul II. selbst äußerte sich dazu in Polen erstaunlich zurückhaltend. Er hielt keine politischen, sondern ganz und gar religiöse Reden. Zum Beispiel rief er dazu auf: „Machet die Tore weit für Christus.“ Das klingt sehr biblisch, war aber natürlich auch politisch interpretierbar: Kann ein Humanismus ohne den christlichen Glauben überhaupt Bestand haben? Kann es ein wahres Polentum geben ohne die Kirche? Die rein religiöse Aussage „Machet die Tore weit für Christus“ kann politisch verstanden werden und wurde politisch verstanden: Wenn man die Tore weit für Christus macht, heißt das zugleich, dass die

Menschen sich gegen das atheistische Regime stellen sollen. Das war also ein religiös geframter Angriff auf das System.

Und die Polen feierten ihren Papst mit Begeisterung; das Papsttum Johannes Paul II. war eine Bestätigung all dessen, was sie in den ganzen Jahren an Widerstand unternommen hatten. Die Konflikte zwischen Kirche und Staat waren in Polen weit dramatischer als in der DDR. In der DDR saß nie ein Bischof im Gefängnis. In Polen dagegen wurde der Primas Wyszyński in den 1950er Jahren inhaftiert, weil er sich weigerte, sich der Regierung zu beugen. Sein berühmter Satz lautete: Non possumus – „Wir können nicht“ nachgeben, aus theologischen Gründen.

Das war eine völlig andere Situation als in der DDR. Zum Vergleich, als Kontrast: In der DDR führte der Staat 1981 den Wehrkundeunterricht ein. Die Bischöfe warnten die staatlichen Stellen: „Tut das nicht, das bringt Konflikte.“ Sie verwiesen auf die Friedensgruppen in den Gemeinden, die sich gerade zu entwickeln begannen, und die Friedensbotschaften, die auch ein gemeinsames Thema mit der evangelischen Kirche im Westen waren. Doch der Staat führte den Unterricht trotzdem ein – es gab auch Protest: allerdings nur von insgesamt vielleicht 100 Leuten. Wenn Papst Johannes Paul II. nach Warschau kam, erschien hingegen eine Million.

Das zeigt das Kräfteverhältnis: Die evangelische Kirche in der DDR hatte nie diese politische oder gesellschaftliche Macht. Das hing stark damit zusammen, dass sie sich nicht auf eine nationale Tradition stützen konnte – die deutsche Nationalgeschichte war diskreditiert. In Polen dagegen konnte man sagen: „Was wollt ihr Kommunisten eigentlich? Wir haben unsere eigene Geschichte, wir sind keine Sowjets.“ Das war in der DDR unmöglich.

Mit den Friedens-, Umwelt-, Gerechtigkeits- und Frauengruppen, die sich um 1980 unter dem Dach der Kirche bildeten, änderte sich etwas, aber auch das blieb eine kleine Minderheit – in der ganzen DDR gab es vielleicht 300 solcher Gruppen mit rund 3.000 bis 5.000 Mitgliedern. Die meisten Menschen in der DDR hielten Abstand zu diesen Gruppen, hatten Berührungssängste und wollten mit ihnen nichts zu tun haben, es war ihnen unheimlich, aus mehreren Gründen. Viele Themen – Umweltverschmutzung, Fragen der Geschlechtergerechtigkeit – galten als abseitig oder waren politisch hochbrisant. Doch man wollte nicht auffallen, nicht ins Visier der Staatssicherheit kommen. Diese Gruppen wollten die Bevölkerung „sensibilisieren“, doch die meisten wussten ganz genau, was sie taten: lieber nicht an Demonstrationen teilnehmen, weil sie nicht wussten, was daraus wird. Die Staatssicherheit hat nicht immer zugeschlagen, aber an bestimmten Stellen dann eben doch. Insofern: Ja, es gab Widerständigkeit – aber sie war nur die Sache von kleinen Minderheiten.

Pia Heine: Das Thema Kirche ist bereits mehrfach aufgetaucht. Welche Rolle spielte sie insgesamt gerade für marginalisierte Gruppen in der DDR? Wir haben bei Teresa gehört, dass sie für Schwule und Lesben als Treffpunkt wichtig war. Bei Menschen mit Behinderung tritt auch die Kirche ein. Spielte sie auch bei Vertragsarbeiter_innen eine Rolle?

Vũ Vân Phạm: Ja – zum Beispiel durch die kirchliche Ausländer_innenarbeit, die schon vor 1990 begann. Ich habe mit einer Person aus Chemnitz gesprochen, die als Jugendliche in der Kirche aktiv war und in die Wohnheime der Vertragsarbeiter_innen ging, um zu helfen, wo es möglich war. Das war eher ein Schattenbereich – vom Staat nicht gern gesehen, aber durch die kirchliche Ausländer_innenarbeit möglich. Nach der Wende engagierte sich die Kirche stark für die Bleiberechte ehemaliger Vertragsarbeiter_innen. Es entstanden Treffpunkte und Clubs, oft mit kirchlicher Unterstützung.

Dr. Teresa Tammer: Man muss dabei betonen: Offene Räume bot nur die evangelische Kirche, deren Rolle gar nicht hoch genug einzuschätzen ist. Die katholische Kirche gab Schwulen- und Lesbengruppen keine Plattform. Aber man muss es auch einordnen: Es war nie Ziel dieser Gruppen, Teil der Kirche zu werden. Viele wurden zwar von Theolog_innen angeleitet oder organisiert und von Pfarrer_innen unterstützt, aber das Ziel war Selbstorganisation und Unabhängigkeit. Einige Pfarrer_innen betrachteten Homosexualität als ein kirchliches Thema, andere nicht. Im Grunde war es ein Ausweichen in eine Nische, weil es sonst keine Orte gab, an denen man sich treffen konnte. Das wurde nach der Wende besonders deutlich, denn als dieses Dach der Kirche nicht mehr nötig war und es andere Betätigungsfelder, Freiheit gab, gingen viele dieser Gruppen auseinander.

Das war auch das Ziel der SED. Ihr waren die Treffen Homosexueller in kirchlichen Räumen ein Dorn im Auge, weil sie befürchtete, die Kirche bekomme nun wieder mehr Zulauf oder die Bürgerbewegung im Umkreis der evangelischen Kirche werde gestärkt.

Um etwas Druck vom Kessel zu nehmen, erlaubte der Staat einigen Gruppen ab 1987, sich in staatlichen Jugendclubs zu treffen – eine Art Kompromiss, um die Kontrolle zu behalten. Das haben tatsächlich viele, wo immer es möglich war, gern genutzt. Viele Gruppen haben sich damals ausgegründet – zum Beispiel *Rosalinde* in Leipzig oder *Gerede* in Dresden entstanden aus den Arbeitsgruppen Homosexualität.

1990 haben sich viele dieser ehemaligen Arbeitskreise oder Clubs als eingetragene Vereine konstituiert. Diese Entwicklung zeigt deutlich: Das Dach der Kirche war in den 1980er Jahren ein Ersatzraum – aber zugleich unersetzlich.

Pia Heine: Wie hat sich denn die Wiedervereinigung 1989/90 ausgewirkt? War

das ein Befreiungsschlag für zuvor marginalisierte Gruppen – oder blieben sie benachteiligt? Wie ging es nach 1990 weiter?

Dr. Teresa Tammer: Ich kann gleich anschließen. Die Gruppen lösten sich auf, versuchten neue Räume zu finden und erlebten zunächst einen enormen Aufbruch, so wie in der ganzen DDR. Überall entstanden Selbstorganisationen, das ging in alle möglichen Richtungen. Die schwul-lesbischen Gruppen begannen, sich zu differenzieren – es entstanden AIDS-Hilfen, Trans-Initiativen und vieles mehr. Es gab plötzlich eine unglaubliche Energie und Vielfalt, die dann aber wieder etwas abebbte.

Ein ganz wichtiges Thema im Jahr 1990, als sich die Wiedervereinigung abzeichnete, war der Paragraph 175 StGB, der in der Bundesrepublik noch galt! Da gibt es eine Parallele zum Paragraphen 218 StGB, der den Schwangerschaftsabbruch regelt. Die DDR-Gesetzgebung war liberaler, und man fürchtete nun Rückschritte und erneute Diskriminierung. Das war ein Anlass für gemeinsame Mobilisierung: Ost- und westdeutsche schwule und lesbische Aktivist_innen kämpften gemeinsam für die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB. Für die westdeutschen Gruppen, die schon seit Jahrzehnten dagegen eingetreten waren, schien dies mit der Wiedervereinigung möglich zu werden. Es gab Demonstrationen, Briefe, Eingaben – alles, was möglich war. 1994 wurde der Paragraph schließlich abgeschafft. Man kann sagen: Ohne die Erfahrungen und den Zusammenbruch der DDR wäre das wohl nicht so früh passiert.

Danach trafen die Gruppen neue Probleme: Woher Räume nehmen, plötzlich Miete zahlen, Zeitungen drucken ohne Geld – während gleichzeitig Hochglanzzeitschriften aus dem Westen frei erhältlich waren. Der westdeutsche Buchmarkt für queere Literatur boomte. Diese neuen Realitäten führten auch zu Konkurrenz und Überforderung.

Viele Vereine mussten wieder aufgeben, aber einige bestehen bis heute – etwa der *Gerede e. V.* in Dresden, *Rosalinde* in Leipzig oder der *Sonntagsclub* in Berlin. Sie leisten bis heute wichtige Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. In den vergangenen Jahren ist viel passiert – die Ehe für alle, das Selbstbestimmungsgesetz. Diese Liberalisierung ist auch ein Ergebnis der Arbeit dieser Gruppen.

Pia Heine: Danke für die Einschätzung. Wie sah es für andere Gruppen aus – etwa für Menschen mit Behinderung?

Prof. Dr. Sebastian Barsch: Dazu gibt es erstaunlich wenig Forschung, vor allem zu den Übergangserfahrungen. Was sich aber sagen lässt: Der Arbeitsmarkt veränderte sich für viele Menschen mit Behinderung eher negativ. Geschützte Arbeitsplätze fielen weg, Menschen mit Lernschwierigkeiten kamen in Werkstätten. Das war oft ein Rückschritt. 1989 wurde noch der Verband für kör-



Dr. Teresa Tammer

perbehinderte Menschen in der DDR gegründet, und viele Initiativen entstanden in dieser Umbruchphase. In den Psychiatrien setzte in den 1990er Jahren ein Wandel ein – weg von der Verwahrspsychiatrie, die bis dahin vor allem schwerstmehrfach Behinderte betroffen hatte. Diese Veränderungen spiegeln sich heute auch in Programmen wie Stiftung Anerkennung und Hilfe, die Betroffenen Unterstützung bieten. Aber systematische Berichte von Betroffenen selbst über diese Zeit gibt es kaum.

Pia Heine: Wie war es für die ehemaligen Vertragsarbeiter_innen?

Vũ Vân Phạm: Für sie war der Umbruch besonders drastisch. Ich spreche hier aus der Perspektive der zweiten Generation, als Tochter ehemaliger Vertragsarbeiter_innen, die nach der Wende geblieben sind. Ihre Arbeitsverträge waren an die DDR und an die Abkommen mit den sozialistischen Bruderstaaten gebunden – nach 1990 existierte das alles nicht mehr. Damit verloren sie nicht nur ihre Jobs, sondern auch ihre Wohnheime, denn der Wohnraum war an den Arbeitsvertrag gekoppelt. Es gab schlicht keinen Plan, was mit ihnen passieren sollte.

Sie hatten zwei Möglichkeiten: mit der sogenannten Rückkehrprämie von 3.000 DM nach Vietnam zurückkehren – was viele taten – oder bleiben. Von rund 60.000 vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen blieben etwa 25.000 in Deutschland. Diejenigen, die blieben, mussten sich neu organisieren, ohne staatliche Unterstützung. Viele führten das fort und bauten auf, was sie schon in der

DDR improvisiert hatten – kleine Handels- und Dienstleistungsformen. Die vorher Jeans genäht oder an DDR-Bürger_innen verkauft hatten, taten das nun selbstständig und bauten es zu ihrer Haupteinnahmequelle aus. Andere verkauften Obst, Gemüse oder Zigaretten an improvisierten Ständen auf Plätzen und an Straßen. So entstand ein migrantisch geprägtes Nischengewerbe, das sich in den 1990er Jahren ausweitete und bis heute erhalten ist – auf Wochenmärkten, in Asia-Imbissen oder kleinen Läden – und angenommen wird.

Vietnamesische Menschen blieben dadurch im Stadtbild präsent. Dann etablierte sich die Gastronomie, erst in Form von Asia- bzw. China-Imbissen, später mit größeren Restaurants. Viele halfen einander – etwa bei der Wohnungssuche, wobei es zunächst erst einmal darum ging, Baracken zu finden oder Menschen, bei denen man unterkommen konnte. Auch beim Einstieg in die Selbstständigkeit oder beim Aufbau kleiner Gastronomiebetriebe half man einander. Es war ein System gegenseitiger Unterstützung, das den fehlenden staatlichen Rückhalt ersetzte. Auf dem Arbeitsmarkt war es schwierig, weil Tausende DDR-Bürger_innen Anfang der 1990er Jahre ebenfalls Arbeit suchten. Bei den Vertragsarbeiter_innen kam erschwerend hinzu, dass sie die Sprache nicht verstanden, keine berufsqualifizierende Ausbildung hatten, obwohl ihnen das anfangs versprochen worden war – sie hatten also nichts vorzuweisen.

Das war vor allem in der Zeit, als es die ersten rechtsmotivierten Anschläge auf Vietnames_innen und ihre Wohnheime gab – oder auf Menschen, die einfach versuchten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, etwa durch Straßenverkauf. Ein besonders einschneidendes Ereignis war 1992 die Ermordung des Vietnamesen Nguyễn Văn Tú in Berlin-Marzahn. Aus Protest dagegen wurde die erste Demonstration organisiert, und aus dieser Bewegung entstand schließlich die *Vereinigung der Vietnames_innen in Berlin und Brandenburg*. Das sind Beispiele für Selbstorganisation, geboren aus Frust, Angst und dem Bedürfnis nach gegenseitiger Unterstützung. So entstanden in dieser Zeit auch größere Strukturen wie der Dong-Xuan-Markt, ein asiatischer Großmarkt. Es gibt ihn in Berlin und in Leipzig. Dort betreiben heute nicht nur Vietnames_innen, sondern auch Menschen aus Indien oder Pakistan ihre Geschäfte. Diese Märkte sind weit mehr als Einkaufszentren: Sie beherbergen Restaurants, Friseurgeschäfte, Reisebüros, Steuerberater_innen, Nachhilfeangebote für Kinder – kleine Gemeinschaftszentren, entstanden aus Eigeninitiative nach der Wende.

Die andere Seite dieser Geschichte ist jedoch der offen sichtbare und gewaltsame Rassismus Anfang der 1990er Jahre. Die Bilder von den Angriffen sind den meisten hier sicher noch präsent.

Pia Heine: Herr Professor Pollack, Sie hatten eingangs erwähnt, dass gegen Ende der DDR nur noch etwa 24 Prozent der Bevölkerung der evangelischen Kir-

che angehörten. Man könnte also sagen, der antikirchliche Kampf der DDR hatte Erfolg. Mit der Wiedervereinigung 1990 gab es aber keine Umkehrbewegung – die Gemeinden in Ostdeutschland wuchsen nicht wieder. Wie erklären Sie sich das? Hatte sich die Distanz zur Kirche einfach verfestigt?

Prof. Dr. Detlef Pollack: Viele dachten 1989, die Kirche würde neuen Zulauf bekommen. Das war keine abwegige Erwartung – schließlich waren viele Menschen aus politischen Gründen ausgetreten oder hatten sich distanziert. Man hätte annehmen können, dass sie zurückkehren, wenn das System zusammenbricht. Doch das war überhaupt nicht der Fall. Die Kirchen in Ostdeutschland verloren weiter Mitglieder – von damals 24 Prozent auf heute weniger als 15 Prozent, in manchen Regionen noch weniger.

Ein zentraler Grund ist, dass religiöses Wissen weitgehend verloren gegangen war. Vielen fehlte nicht nur der Bezug zur Institution Kirche, sondern auch zum Glauben selbst. Wer heute ohne Vorerfahrung als Nichtchrist in einen Gottesdienst geht, versteht oft wenig: Warum stehen die Menschen auf? Warum singen sie? Was bedeutet der Segen, das Kreuz? Ohne diesen kulturellen Kontext kann man sich in der Kirche sehr unwohl fühlen. Dieses Unverständnis hat sicher dazu beigetragen, dass viele den Zugang nicht wiedergefunden haben. Ein weiterer Punkt: Viele Menschen hatten das Gefühl, im Sozialismus, der ja nicht so richtig Fuß gefasst hat, mitgemacht zu haben – ob freiwillig oder nicht. Als dann die Kirche wieder stärker in Erscheinung trat, klang das für manche nach einem neuen „Mitmachen“. Einmal kann man sich verbiegen. Aber zweimal? Wohl kaum. Das würde ich mal als These in den Raum stellen. Ich glaube, da spielt das Bedürfnis nach Authentizität eine große Rolle.

Und drittens: Nach der Wende wurden die Kirchen als Institutionen wahrgenommen, die den Umbruch gut überstanden hatten – als „Siegerinstitutionen“. Während Betriebe und politische Organisationen zusammenbrachen, standen die Kirchen stabil da, finanziell unterstützt durch die westdeutschen Landeskirchen. Ich glaube, das hat viele Menschen nicht angezogen. Die Pfarrer_innen sahen das selbst und wollten vermeiden, als Vertreter einer „Herrschaftsinstitution“ wahrgenommen zu werden. Sie wollten zeigen, dass sie auf der Seite der Bevölkerung stehen. Einige wollten sogar ihre Gehälter auf Ostniveau belassen, aber das wurde nicht umgesetzt.

DISKUSSION

Pia Heine: Vielen Dank für diese Runde. Jetzt haben Sie Gelegenheit, Fragen zu stellen. Wir sammeln immer drei Fragen nacheinander.

Frage aus dem Publikum: Ich habe das Gefühl, dass einiges, was hier vorne gesagt wurde, mit meiner DDR-Erfahrung wenig zu tun hat. Ich bin etwas enttäuscht, dass das Thema Arbeit mit Behinderten – so hieß das bis in die 1980er Jahre – kaum vorkam. Die DDR hat sich um geistig Behinderte praktisch gar nicht gekümmert. Diese Arbeit lag fast vollständig bei der Kirche, bei der Inneren Mission. Das kam hier gar nicht vor. Und, Herr Pollack, wie Sie darauf kommen, dass die evangelische Kirche in den 1950er und 1960er Jahren zurückgerudert hätte – da waren Sie sehr weit weg, da haben Sie im fernen Münster wohl nur Akten gelesen, finde ich völlig falsch. Ich gebe Ihnen recht: In den 1950er Jahren hatte Otto Dibelius als Bischof in Berlin-Brandenburg den Mut zu sagen, die DDR habe keine gottgegebene Obrigkeit – diese Kraft fehlte später. Aber die Kirche hat in den 1960er Jahren sehr wohl gekämpft. Ich musste in der Schule noch aufstehen, wenn gefragt wurde, wer „so dumm“ sei, zur Christenlehre zu gehen. Wir waren acht von 30 Kindern. Es ging weiter in den 1970er Jahren, wo Sie den Bund der Evangelischen Kirche als Angliederung dargestellt haben – mitnichten war das der Fall. Das sollte man nicht vergessen.

Pia Heine: Vielen Dank, ich möchte trotz allem um einen respektvollen Ton bitten.

Frage aus dem Publikum: Was die Kirche angeht. Ich war in den 1980er Jahren in der Jungen Gemeinde in Magdeburg. Der Rückgang der Zustimmung zur Kirche lag für uns auch daran, dass wir uns oft allein gelassen fühlten – zum Beispiel, als uns die Abzeichen mit dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ abgerissen wurden. Die Amtskirche hatte nicht den Mut, sich wirklich hinter uns zu stellen, auch wenn einzelne Pastoren das taten. Ich war später politischer Häftling in Cottbus, wurde freigekauft – und ich erinnere mich: Die offizielle Kirche war nicht da. Die einzelnen Pfarrer schon. Aber wir Jugendlichen fühlten uns oft allein.

Silke Klewin aus dem Publikum, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen: Nur eine kurze Ergänzung, Teresa Tammer, weil ich selber erstaunt war: 1945, also nach der Befreiung, wurden ja die Menschen aus den Konzentrationslagern entlassen – aus den Gefängnissen aber wurden die nach Paragraph 175 StGB Verurteilten nicht entlassen! Die blieben in Haft. Das betraf sehr viele Männer, auch hier in Bautzen. Ich bin ehrlich gesagt davon ausgegangen, sie wären bei Kriegsende freigekommen – sind sie aber nicht. Das sollte man sich immer bewusst machen. Und ich möchte auch noch einmal auf das Thema Kirche zurückkommen, Herr Pollack. Sie hatten gesagt, die Bevölkerung habe nicht zur Kirche gestanden. Vielleicht habe es immer noch nicht ganz verstanden, aber ich finde es wirklich krass, wie erfolgreich dieser SED-Kurs in diesen paar Jahren war! Dazu interessiert mich noch: Gab es nach Einführung der so schnell akzeptierten Ju-

gendweihe Überlegungen in der evangelischen Kirche, dagegenzuhalten, die Konfirmation zu reformieren? Also, um es salopp zu sagen: die „Action im Gottesdienst“ etwas aufzufrischen, um besser anzudocken und mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren?

Pia Heine: Vielen Dank. Ich gebe die Fragen an Sie, Herr Pollack, zum Thema Kirche, und dann an Sebastian Barsch zur Frage „Arbeit mit Behinderten“.

Prof. Dr. Detlef Pollack: Wenn sich Zeitzeug_innen melden, geht das oft in verschiedenste Richtungen. Man kann davon lernen, aber man muss auch auf die eigenen Studien vertrauen. Lassen Sie mich einen Punkt ansprechen, den Sie genannt haben: 1969 gründete sich der Bund der Evangelischen Kirchen, 1971 wurde die Formel „Kirche im Sozialismus“ geprägt. Das war die offizielle Selbstbezeichnung der Kirchen. Man verstand sich nicht als Kirche *gegen* den Sozialismus und auch nicht als Kirche *neben* dem Sozialismus, sondern eben *im* Sozialismus.

Diese Formel war klug gewählt: Sie sollte zeigen – wir sind keine reaktive Kraft, wir gestalten mit. Das war der konstruktive Teil. Aber natürlich blieb das doppeldeutig. Denn wenn man sagt, „wir sind nicht gegen den Sozialismus“, müsste man eigentlich auch sagen, „wir sind aber auch nicht dafür“. Doch das konnte man nicht. Wer das öffentlich gesagt hätte, wäre sofort als Klassenfeind abgestempelt worden. Also versuchte die Kirche, aus dieser Ecke herauszukommen – sie wollte zeigen: Wir sind für alle da, wir gehören zu dieser Gesellschaft. Das war keine Opposition, sondern eine Form der konstruktiven Mitarbeit. Die Kirche hat es bis zuletzt immer abgelehnt, Opposition zu sein.

Und zur Frage nach den Jugendweihen: Ja, es gab Versuche, sich stärker zu öffnen. Das war sogar eine zentrale Herausforderung für die evangelische Kirche. Man versuchte, Gottesdienste dialogischer zu gestalten, zeitgemäßer, mit moderner Musik, mit Jugend- und Familiengottesdiensten. Das alles wurde ausprobiert. Aber das Grundproblem blieb: Die Kirche hatte mit der Glaubensferne der Menschen zu kämpfen.

Die katholische Kirche hat viel weniger in die Gesellschaft hineingewirkt – und mit dieser Politik die DDR-Zeit viel besser überstanden. Die evangelische Kirche hat sich gesellschaftlich geöffnet und damit angreifbar gemacht; sie war integrativer. Die katholische Kirche ist einen ganz anderen Weg gegangen – sie hat gesagt, wir überwintern in dieser schweren, harten Zeit: wenig Angriffsflächen bieten, kaum Kontakte zum Staat, möglichst unauffällig bleiben. Das war unter den Bedingungen eines autoritären Systems langfristig die bessere Strategie.

Die evangelische Kirche hingegen suchte das Gespräch mit dem Staat, auch mit der Staatssicherheit – nicht aus Gründen der Kollaboration, wie nach der



Frage aus dem Publikum

Wende kritisiert wurde, sondern um Handlungsspielräume zu sichern und zu erweitern. Um eine Verbesserung des kirchlichen Handelns zu erreichen. Die evangelischen Kirchen sind den Weg des Dialogs gegangen, des Miteinanders, aber sie haben in diesem Prozess sehr viel verloren.

Prof. Dr. Sebastian Barsch: Zur Ergänzung noch kurz zum Thema Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung: Ich meine, den Umgang mit Menschen mit sogenannter Schulbildungsunfähigkeit und die Unterbringung in der Verwahrspsychiatrie erwähnt zu haben. Aber Sie haben völlig recht, die kirchlichen Einrichtungen waren in der Behindertenarbeit tatsächlich zentral – das wurde auch zunehmend politisch anerkannt, besonders in den 1980er Jahren, und auch aktiv eingefordert. Wie ich auch gesagt habe: Geistig behinderte Menschen waren in der DDR nicht auf dem Plan sozialistischer Bildung und Arbeitsmarktpolitik.

Pia Heine: Vielen Dank. Ich würde jetzt noch eine kurze zweite Fragerunde starten, wir haben noch Zeit für zwei Fragen.

Frage aus dem Publikum: Ich glaube, man müsste noch erwähnen, dass bei manchen Gruppen – homosexuellen Menschen, teils auch Ausländer_innen – sich der DDR-Staat gar nicht viel für die Marginalisierung tun musste. Diese Ausgrenzung wurde einfach aus der NS-Zeit und dem völkischen Denken heraus fortgeführt. Und zu den Gruppen Homosexualität in den 1980er Jahren in der DDR: Warum gab es so wenige? Das hatte sicher auch mit Mut zu tun. Man

musste sich trauen, dorthin zu gehen, sich zu exponieren. Aber wer das tat, hatte plötzlich in der DDR seltene Freiräume, sich selbst zu organisieren und zu artikulieren. Das hatte also immer zwei Seiten.

Frage aus dem Publikum: Ich komme aus Mosambik und freue mich sehr, Frau Pham kennenzulernen – aus zwei Gründen. Erstens wollte ich fragen, ob Sie wissen, dass es 1990 in Leipzig eine Eigeninitiative mosambikanischer, vietnamesischer und angolanischer Vertragsarbeiter_innen gab. Sie nannte sich Connewitzer Alternative e. V. und wurde am 6. April 1990 als gemeinnütziger Verein eingetragen.

Zweitens frage ich als Leiter einer Rückkehrervereinigung ehemaliger Vertragsarbeiter_innen in Mosambik, die sich 1991 gegründet hat und seit 35 Jahren ausgegrenzt wird. Es wird wirklich alles unternommen, um zu verhindern, dass wir in Deutschland öffentlich sichtbar sind – bei Veranstaltungen und auch medial. Unsere Vereinigung hatte rund 5.000 registrierte Mitglieder, das heißt, etwa ein Drittel der ehemaligen Vertragsarbeiter_innen, die nach Mosambik zurückgekehrt sind, war darin organisiert, sehr repräsentativ eigentlich. Gab es eine ähnliche Rückkehrer_innenvereinigung in Vietnam? Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Ihnen und dieser Rückkehrer_innenvereinigung, vor allem, was die Aufarbeitung ihrer Zeit in der DDR betrifft?

Denn es gibt extreme Erfahrungsunterschiede zwischen dem, wie diese Zeit heute dargestellt wird – auch in Bezug auf Rassismus, den viele in der DDR erlebt haben –, und unseren Erfahrungen als damalige Vereinigung in Leipzig-Connewitz, was damals ein Abrissgebiet war, und auch später in Mosambik. Gerade beim Thema Arbeitsmigration muss man den größeren Kontext sehen: Mosambik hat eine Arbeitsmigrationsgeschichte seit Mitte des 19. Jahrhunderts, mit teilweise extrem aggressiven Formen von Ausländerfeindlichkeit. Dort hieß es nicht „Ausländer raus“, sondern „Go home or die here“ (hau ab oder stirb hier). Dieser Ausländerfeindlichkeit sind Hunderttausende Arbeitsmigrant_innen zum Opfer gefallen.

Deshalb, finde ich, sollte man die Dinge auch in Relation betrachten und nicht immer nur über ein oder zwei Todesopfer sprechen, um eine ganze, auch finanzierte, Aufarbeitung zu begründen. Manche dieser Organisationen, die daraus entstanden sind, konstruieren meines Erachtens eine Form von Ausländerfeindlichkeit, die es so in der DDR nicht gegeben hat.

Ein Beispiel: Der MDR hat 2017 einen Beitrag über den angeblichen Neonazi-Mord an einem mosambikanischen Vertragsarbeiter, Manuel Diogo, gezeigt. Bei uns im Rückkehrerzentrum stellte sich heraus: Es war kein Mord, sondern ein Unfall. Als ich das gegenüber dem MDR einbrachte, beharrte man dort auf dem Narrativ und machte mir das Leben schwer. Deshalb lade ich Sie,

Frau Phạm, herzlich ein, dass wir uns einmal in Leipzig treffen und über unterschiedliche Erfahrungen sprechen – auch über die Ihrer Eltern. Vielleicht hatten sie ja Kontakt zur Connewitzer Alternative e. V.

Pia Heine: Ich muss Sie jetzt bitten, zum Ende zu kommen. Und bevor Frau Phạm antwortet, möchte ich kurz etwas klarstellen: Hier sollen rassistisch motivierte Morde selbstverständlich nicht relativiert werden. Ich hoffe, das ist Konsens im Raum. Todesopfer dürfen nicht gegeneinander aufgerechnet werden – diese Wirkung entstand eben, und das wollte ich deutlich sagen.

Vũ Vân Phạm: Vielen Dank für die Einordnung, das hat mich gerade auch etwas irritiert. Zu Ihren Fragen: Nein, ich wusste tatsächlich nichts von dieser Vereinigung, die sich speziell für mosambikanische Vertragsarbeiter_innen eingesetzt hat. Es gibt auf jeden Fall viele Parallelen, aber auch deutliche Unterschiede zwischen den Erfahrungen von Vietnames_innen und Mosambikaner_innen. Besonders das Thema Lohnrückzahlungen – es geht um ausstehende Löhne der ehemaligen Vertragsarbeiter_innen – spielt bis heute eine große Rolle. Das wäre sicher ein spannender Anknüpfungspunkt für ein weiteres Gespräch, vielen Dank für Ihre Einladung.

Pia Heine: Vielen Dank. Ich merke, es gibt noch viel Gesprächsbedarf. Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich unseren Podiumsteilnehmer_innen Prof. Dr. Sebastian Barsch, Vũ Vân Phạm, Dr. Teresa Tammer und Prof. Dr. Detlef Pollack. Vielen Dank, dass Sie uns hier Rede und Antwort gestanden haben.



Cornelia Bruhn, Prof. Dr. Michael Rauhut, Dr. Martin Breternitz, Prof. Dr. Wolf-Georg Zaddach, Anne Hahn (v.l.n.r.)

PODIUMSDISKUSSION

Abseits der musikalischen Norm: Subkulturelle Jugend(szenen) in der DDR

**Dr. Martin Breternitz, Anne Hahn, Prof. Dr. Michael Rauhut,
Prof. Dr. Wolf-Georg Zaddach**
Moderation: **Cornelia Bruhn**

Cornelia Bruhn: Ich begrüße Sie herzlich zu diesem Panel, bei dem wir uns mit dem Thema *Abseits der musikalischen Normen – subkulturelle Jugendszenen in der DDR* beschäftigen möchten. Ich selbst bin Mitarbeiterin der Gedenkstätte Bautzen, dort zuständig für das Zeitzeugenbüro und die Personenauskünfte. Außerdem befasse ich mich wissenschaftlich mit der FDJ-Singebewegung – also der offiziellen Jugendkultur der DDR, deren Mitglieder einerseits freiwillig sozialistische Normen reproduzierten, andererseits aber auch selbst unter Normierungsdruck standen. Heute aber soll es um die subkulturellen Jugendszenen in der DDR gehen, um die Jugend abseits der musikalischen Normen. Ich freue mich sehr darauf, darüber nun gemeinsam mit unserem erlesenen Podium und mit Ihnen zu diskutieren.



Prof. Dr. Michael Rauhut

Was aber war diese „Norm“ eigentlich? Im Verständnis der SED war Kultur in erster Linie ein Mittel politischer Agitation und Propaganda – nach innen wie nach außen. Musik, und vor allem der Text, galten als Waffe im Systemkonflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus bzw. Imperialismus. Insbesondere populäre westliche Musik wurde als Einfallstor „imperialistisch-feindlicher Propaganda“ gesehen. Sozialistische Kunst hingegen sollte das Publikum, vor allem die Jugend, zu vorbildlichen sozialistischen Menschen und Kämpfern im Systemkampf erziehen.

Die ästhetische Norm blieb bis zum Ende der DDR der sozialistische Realismus. Entsprechend galt das sogenannte Massensingen von traditionellen Arbeiter- und Kampfliedern für die – zunehmend überalterte – Parteiführung als das künstlerische Mittel der Wahl. Doch Jugendliche in der DDR, wie überall auf der Welt, hatten ihre eigenen Vorstellungen davon, welche Musik sie hören und machen wollten.

In diesem Panel sprechen wir also über die Musikstile und Jugendszenen, die sich besonders deutlich von dieser Norm absetzten – und damit auch von der versuchten Normierung ihrer Biografien und Lebenswege. Zwei Fragen sollen uns dabei leiten: Erstens – woran wird der Diktaturcharakter der DDR im Umgang mit subkulturellen Jugendszenen deutlich? Und zweitens – welche Annäherungen gab es vielleicht auch von Seiten der offiziellen Kulturpolitik an diese Szenen oder Musikstile?

Wir werden zunächst hier voneinander sprechen, danach haben Sie Gelegenheit, Fragen zu stellen. Zum Einstieg beginnen wir mit einem kleinen „Speed-Dating“ der kulturellen Szenen: Ich stelle Ihnen nacheinander die Referent_innen vor, die jeweils über eine Jugendkultur sprechen und ein Musikstück mitbringen, das wir kurz anspielen. Anschließend folgt der erste Themenblock: Wer waren diese Szenen, wie grenzten sie sich von der Norm ab und wie ging der SED-Staat mit ihnen um: Wie wurden sie zu „abnormen“ Jugendkulturen gemacht und welchen Repressionen waren sie ausgesetzt?

Ich beginne mit dem Blues – und mit Professor Michael Rauhut zu meiner Linken. Er hatte wohl den längsten Anreiseweg: aus Kristiansand in Norwegen, wo er Professor für populäre Musik an der Universität Agder ist. Geboren wurde er 1963 in Altdöbern, also gar nicht so weit von hier. Er ist Musikwissenschaftler, Rundfunkjournalist und Filmautor und hat zahlreiche Arbeiten zur populären Musik der DDR veröffentlicht – insbesondere zur Beat- und Blues-Szene. Bücher wie *Beat in der Grauzone*, *Das Kundenbuch* oder *Bye-Bye, Lübben City* gehören inzwischen zu den Standardwerken der Populärmusikforschung im 20. Jahrhundert.

Er hat für uns das Stück *Blues vom „Blauen Club“* von Stefan Diestelmann ausgewählt – das hören wir jetzt kurz an.

[Musik, Applaus]

Prof. Dr. Michael Rauhut: Der Beifall gilt Stefan Diestelmann. Ich möchte Ihnen nicht nur die Szene kurz vorstellen, sondern habe Ihnen auch einen Vertreter der Blueser mitgebracht, nämlich: mich selbst. Ein gewissermaßen museales Exemplar. Ich war Anfang der 1980er selbst Teil der Szene, bin zu Konzerten getrampt, und das hat Spuren hinterlassen bis heute. So sieht also ein Blueser aus, der in die Jahre gekommen ist.

Die Szene, über die ich sprechen möchte, wurde unterschiedlich bezeichnet: als „Blueser“, „Kunden“ oder „Tramper“. Ich halte sie für die langlebigste und auch zahlenmäßig stärkste musikzentrierte Jugendkultur der DDR. Viele fühlten sich ihr zugehörig. Ihre Ursprünge reichen bis in die späten 1960er Jahre zurück, die Impulse kamen aus den USA und Westeuropa, wie bei allen Jugendkulturen jener Zeit, entwickelten dann aber ein Eigenleben in der DDR. Die Hippie-Ära mit ihren Idealen von Love & Peace, Anderssein, Individualität und Freiheit fand auch in der DDR großen Widerhall.

Anfangs dominierte „handgemachte“ Rockmusik die Szene, vor allem Folk und Southern Rock. Authentizität, Seele, Ehrlichkeit waren Attribute, die man dieser Musik zuschrieb. In den 1970er Jahren rückte der Blues stärker in den Mittelpunkt, weshalb man bald von der „Blueser-Szene“ sprach. Ihre Blütezeit lag in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, ging aber noch bis in die 1980er hi-

nein. Mit der Zeit mangelte es ihr allerdings an Nachwuchs: Die Jüngeren fanden Punk, Metal, Gothic oder die Skinhead-Kultur attraktiver – Szenen, die ihnen viel zeitgemäßer erschienen als die Blueser, die es dennoch weiterhin gab. Die Blues-Szene war viel heterogener, als sie auf den ersten Blick vielleicht schien. Der Song, den wir gerade gehört haben, steht eher für die studentisch-intellektuelle Fraktion, die sich in Studentenklubs traf, diskutierte und viel stärker an der Musik selbst interessiert war als die Party-Fraktion. Im Kern waren die Blueser eine proletarisch-hedonistische Szene: junge Industriearbeiter oder Lehrlinge, die eine gewisse Freiheit und Autonomie besaßen. Sie gingen nicht mehr in die Schule, verdienten eigenes Geld im Betrieb, es waren Leute, die einen gewissen Lebensstil leben konnten aufgrund ihrer Freiheiten. Die Szene war also vielfältig, im Kern sehr partyorientiert, man traf sich gern und feierte den Ausstieg aus dem Alltag.

Der Staat sah das zunächst gar nicht gern. Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre wurden die Blueser gern als „Gammler“ diskreditiert und wegen ihres Aussehens stigmatisiert: lange Haare, Jeans, US-Parka – all das widersprach dem Idealbild der sozialistischen Persönlichkeit total. Man bezeichnete sie als feindgesteuert, westorientiert, es war nicht der Typus, den man sich unter einem sozialistischen Jugendlichen vorstellte, sondern ganz im Gegenteil. Entsprechend geriet die Szene unter Beobachtung. Die Stasi war immer dabei, und das bis zum Schluss. Sie beargwöhnte diese soziale Bewegung, fürchtete sie offenbar sogar, deshalb wurde die Szene beobachtet, infiltriert und nach Möglichkeit auch „zersetzt“. Besonders im Visier standen die sogenannten Alphiatiere der Szene, also diejenigen, die herausstachen – vor allem sie wollte die Stasi als Inoffizielle Mitarbeiter, IMs, gewinnen.

Ende der 1970er Jahre verlagerte sich ein Teil der Szene in die evangelischen Kirchen. In Berlin veranstaltete Rainer Eppelmann ab 1979 die sogenannten Bluesmessen, zu denen Blueser aus der ganzen DDR kamen. Dieses Konzept wurde bald auch in den Provinzen aufgegriffen, kopiert.

Ich bin in Senftenberg zur EOS gegangen und erinnere mich an eine Bluesmesse, die im Gemeindehaus der evangelischen Kirche stattfand – das muss 1981 oder 1982 gewesen sein. Es sollte Bettina Wegner auftreten, sie kam aber nicht, weil sie mit Auftrittsverbot belegt wurde. Also trat nur ihre Begleitband *Trögerlied* um Frank „Trötsch“ Tröger auf, der dann später in der Punk-Szene sehr aktiv war.

Ich werde das nie vergessen: Das Gemeindehaus war voller langhaariger Parka-Träger, die Rotweinflasche kreiste, man zog an der Karo. Die drei Musiker traten in FDJ-Hemden auf – trugen sie allerdings verkehrt herum, mit der Knopfleiste auf dem Rücken. Das FDJ-Hemd als Zwangsjacke – das war ein unheim-

lich rebellisches Bild. Mir als 16-, 17-Jährigem rutschte fast das Herz in die Hose, denn das Trio zog auch in seinen Texten sehr stark politisch vom Leder. Heute weiß ich, dass das Provokateure waren, zwei der drei Musiker waren sehr aktive IMs.

Cornelia Bruhn: Vielen Dank, Professor Rauhut. Wir gehen weiter zu Dr. Martin Breternitz, der uns heute den Jazz vorstellt. Er wurde 1987 in Suhl geboren, ist Musikwissenschaftler, Musikpädagoge, Jazzmusiker und Kulturmanager. 2022 wurde er an der Hochschule für Musik FRANZ LISZT Weimar und der Friedrich-Schiller-Universität Jena promoviert – mit der Arbeit *Jazzklubs und Jazzmusiker in Thüringen 1959–1989. Eigensinn, Aneignung und Praktiken sozialistischer Kulturpolitik*. Damit legte er die erste breit angelegte Studie zu Jazzklubs in der DDR vor. Er arbeitet als Lehrer, Hochschuldozent und Jazzmusiker in Erfurt und hat heute das Stück *Walzer für John* von FEZ mitgebracht.

[Musik]

Dr. Martin Breternitz: Vielen Dank, Cornelia, für die tolle Einführung, auch meinem Vorredner. Ich bleibe bei einer musikwissenschaftlichen Perspektive auf das, was wir eben gehört haben, und möchte Sie – auch weil ich zurzeit Vollzeit im Musikbereich unterrichte – kurz mitnehmen, gleich wird klar, warum.

Das Stück, das wir gehört haben, erschien 1978 bei Amiga. Die Band heißt FEZ. An der Posaune Konrad „Conny“ Bauer, ein auskomponiertes Thema, hohe Energie, dichte Textur am Anfang. Insgesamt ist der Titel etwa acht Minuten lang: Intro, Thema, ein relativ langes Posaunensolo; danach – auf einem anderen, deutlich höheren Energielevel – das Klaviersolo. Deswegen haben wir den Ausschnitt zusammengeschnitten. Besetzung: Konrad „Conny“ Bauer (Posaune), Hannes Zerbe (Piano), Christoph Niemann (Bass), Peter Gröning (Drums).

Zum Stil dieses Songs habe ich sehr unterschiedliche Einordnungen gefunden. Ich würde Sie gern kurz zu einem Mini-Experiment einladen. Halten Sie bitte eine Eins, Zwei oder Drei hoch:

1 *Free Jazz*

2 *Stilvielfalt – Free Jazz, Swing und Rock*

3 *Avantgarde Jazz*

Ich sehe viele Zweien, ein paar Dreien, wenige Einsen – bunt gemischt. Genau das ist spannend: Aus heutiger musikwissenschaftlicher Sicht sind Genrelabels in der populären Musik oft weniger wichtig als früher. Für die Szene-gänger_innen der DDR-Jazzkultur waren sie aber hochrelevant. Zugleich haben sich Musik und Szene über die 40 Jahre DDR stark gewandelt: stilistisch, von den Protagonist_innen her und in der eigenen und der staatlichen Perspektive darauf.

Zu den Quellen dieser Einschätzung: Auf dem Sampler, von dem diese Auf-

nahme stammt, steht *Free Jazz in der DDR*, er ist herausgegeben vom Deutschen Musikrat / Berlin Music Group, 2000er Jahre, das war die 1. Nummer 2 war die Wikipedia-Einschätzung – dort heißt es wörtlich: „Vielfalt der Stile: Free Jazz, Swing und Rock“. Nummer 3, „Avantgarde Jazz“, kommt von einer userbasierten Plattform. Die Wikipedia-Einschätzung „Stilvielfalt“ ist wahrscheinlich eine Art Übertragungsfehler, denn die Originalquelle, die Zeitschrift *Melodie und Rhythmus*, aus den späten 1970ern beschreibt, dass die beteiligten Musiker aus verschiedenen Richtungen kamen – nicht das Stück selbst. Mein Höreindruck ist – und so beschreiben es auch die Zeitzeug_innen, mit denen ich für mein Buch gesprochen habe – ein sehr energetischer Straight Ahead Jazz.

Worauf ich hinauswill: Es gab im DDR-Jazz eine große stilistische Vielfalt und eine ernsthafte, künstlerisch reflektierte Auseinandersetzung – auch durch junge Menschen im Alter von Anfang bis Ende 20. Das Selbstbild der Szene hat Rainer Bratfisch einmal treffend „eine sehr gut organisierte Minderheit“ genannt. Vielleicht kommen wir später darauf, was diese gut organisierte Minderheit vom eher lose organisierten Umfeld der Blueser, Tramper, Metalheads oder Punks unterschied.

Zentral waren die Jazzklubs: Orte, an denen Menschen Musik veranstalteten, gemeinsam hörten und in Gemeinschaft mit dieser Musik eigene Lebensvorstellungen entwickelten – und sich eben auch in Beziehung zum Staat, dagegen oder daneben positionierten. Cornelia hatte mich im Vorfeld gefragt: „Wie wurde man Jazz-Fan in der DDR?“ Ich habe eine Regionalstudie gemacht und nehme Sie kurz mit an vier Orte der DDR:

Weimar, 1980er Jahre: Ich gehe an Wochenenden meistens auf Konzerte – in Jugendklubbhäuser, auf Festivals. Ich fahre regelmäßig zur Jazz Jamboree nach Warschau, fahre nach Berlin zu großen und auch kleineren Festivals. Irgendwann beschließen wir unter Freund_innen: Eigentlich wollen wir nicht immer so weit fahren. So ein Festival wollen wir hier selbst machen. So entstand in Weimar in den 1970ern die Idee, den ersten Jazzklub zu gründen – mithilfe staatlicher, gesellschaftlicher Träger; ohne die ging es nicht. Wie viel Einfluss diese Träger nahmen und inwiefern man sich vielleicht verbiegen musste, klären wir gern später.

Ilmenau, nur etwa 50 Kilometer weiter, aber ganz anders: Dort bin ich Student an einer großen Technischen Hochschule. Dort gibt es ein reges Kulturleben mit Singeklubs, Theatervereinen, Film-AG – und einer Jazz-AG, die sich ganz auf den Free Jazz fokussiert. Meine Abende möchte ich mit Freunden auf dem Campus verbringen, gehe zum Free Jazz und helfe dort auch mal mit. Der Klub organisiert ein eigenes Jazz-Festival – und so komme ich in diese Gemeinschaft hinein.



Anne Hahn

Vielleicht komme ich aber aus Eisenach: Dort gibt es schon seit den 1920er Jahren Live-Jazz. Durch die Meinger und Gothaer Hoftheater, überall Musiker, war Jazz also selbst an einem eher abgelegenen Ort wie Eisenach früh präsent. Die Bewegung unterlag natürlich einem Wandel über die Jahrzehnte. Was wir anfangs gehört haben, Free Jazz, wäre Ende der 1960er Jahre in der DDR noch nicht möglich gewesen; in den USA natürlich schon.

Mein letzter Ort ist Zeit: Ich kenne inzwischen viele Thüringer Klubs, finde das spannend und möchte selber einen gründen – der Anstoß kommt von jemandem, der sich später als Stasi-IM herausstellt. Er schlägt die Gründung vor, arbeitet aber im Hintergrund ganz aktiv daran, sie zu verhindern – inklusive Kriminalisierung meiner Person als „staatsgefährdend“. Typisch für die Szene: Anfang, Mitte 20, eher intellektuell geprägt, aber nicht nur; Geschlechter gemischt, aber laut Zeitzeug_innenberichten nicht paritätisch.

Cornelia Bruhn: Dankeschön! Dann kommen wir zum Punk – und zu Anne Hahn. Sie wurde 1966 in Magdeburg geboren und kommt aus Berlin zu uns. Sie ist Kunsthistorikerin, Subkulturforscherin und Autorin, hat eine ganze Reihe von Romanen und Sachbüchern als Autorin und Herausgeberin veröffentlicht, unter anderem zu Punk und zur Fußballkultur – etwa *Pogo im Bratwurstland*. Ihr bekanntester Roman *Gegenüber von China* schildert ihre gescheiterte Flucht im Mai 1989 aus der DDR über Aserbaidschan an die iranische Grenze. Heute ist

sie als Expertin für die Punk-Szene hier und hat uns als Musikbeispiel *Satan* von *Schleimkeim* mitgebracht.

[Musik]

Anne Hahn: Danke. Hallo. Das war ein Liebeslied – Punk kommt eben anders daher. Und im Unterschied zu meinen Vorrednern: Punk erschien in der DDR wie eine Landung Außerirdischer. Um 1979/80 tauchten plötzlich Jugendliche mit lila-blauen Haaren auf, die Haare mit Bier und Seife hochgestellt – es durfte nicht regnen. Man hingte sich Ketten, Klo-Ketten, Ringe überall dran, trug Lederjacken vom Müll, A's drauf gemalt. Die Prinzipien der ersten Punks kamen aus den USA und Westeuropa: Anarchie, „No future“. In der DDR versuchten wir auch, Bakunin zu lesen, um uns mit Anarchie zu beschäftigen, weil die Punks das verinnerlicht hatten. Die waren gegen alles – und das empfanden manche Jugendliche als frisch, mutig und als das einzig Richtige.

Man wusste am Anfang nur nicht so richtig: Wie sehen die eigentlich aus? Man hörte die Musik im Radio und fragte sich: Wie, um Gottes willen, sieht das Outfit aus? Omas wurden beauftragt, eine *Bravo* zu mitzubringen – weil man gehört hatte, dass da Poster drin sind, und dachte, das sieht man endlich, wie der gestylte Punkt im Westen rumläuft. Dann wurde versucht, sich dementsprechend auszustaffieren. Das fiel sofort auf. Logisch, wenn jemand so aus seinem Kinderzimmer auf die Straße spazierte.

Die Polizei reagierte als Erste – und übermäßig hart. Ich habe Akten gelesen, etwa den operativen Vorgang *Blauköpfe*: Weimarer Jungpunks zwischen 14 und 20 Jahren alt, älter waren die meisten nicht, fuhren in einer kleinen Gruppe nach Berlin, die Haare mit blauer Farbe gestylt, weshalb die Polizisten sie als „Blauköpfe“ identifizierten. Sie wurden in die Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße geführt, ihnen wurden die Haare gewaschen, man belehrte sie und schickte sie nach Hause. Das war der Berlin-Ausflug – mit weitreichenden Folgen: Die wurden dann jahrelang gequält. Die üblichen Maßnahmen: Zersetzung, „Erziehungsmaßnahmen“, Minderjährige wurden – mit nachträglich eingeholter elterlicher Zustimmung – in Jugendwerkhöfe zur Umerziehung gesteckt. Jungs schickte man gern zur Armee, um sie „zur Norm“ zurückzuführen. Einigen wurde die Ausreise offeriert: „Du passt doch ganz gut zu den Dekadenten im Westen, willst du nicht?“ Und manch einer packte tatsächlich sein Köfferchen.

Ich kenne auch die Musiker_innen der ersten Stunde, die wegen ihrer Liedtexte verhaftet wurden. Bei mehreren wichtigen frühen Punkbands ist das passiert, dass man für einzelne Zeilen der Verächtlichmachung, der Kontaktaufnahme – weil man es ja angeblich aus dem Westen kopiert hatte – verdächtigt und habhaft gemacht wurde. Eine damals 19-jährige Musikerin saß anderthalb Jahre für eine Liedzeile in Hoheneck, ihre 17-jährige Drummerin „nur“ vier Mo-

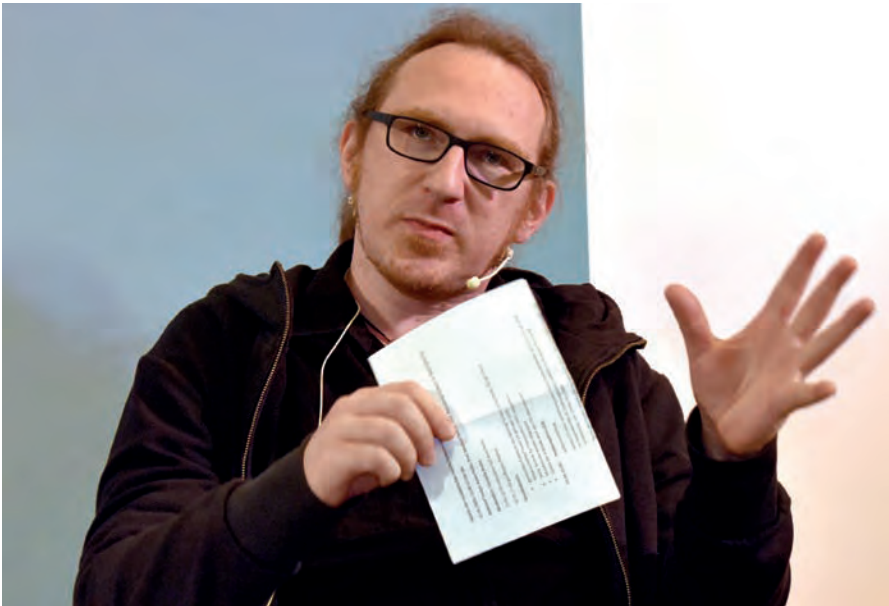
nate. Das war die erste Welle des Punk, die ging so bis 1981/82. Dann sah man die Szene als „zerschlagen“ an.

Mein Fazit aus vielen Gesprächen mit Zeitzeug_innen und aus Akten: Punk hätte in der DDR ohne die evangelische Kirche nicht überlebt. In Thüringen etwa gab es den sehr mutigen Pfarrer Walter Schilling, der in einem Dorf lebte und sein Haus schon für die Blueser geöffnet hatte: „Ihr müsst nicht an Gott glauben, ihr könnt hier bleiben. Kommt her, macht eure Musik, trinkt Bier – aber bitte nicht zu viel – und ascht nicht in die Kirche.“ Als ich Mitte der 1980er dazukam, war Punk in der Kirche etabliert. Man hat den Schutzraum evangelische Kirche genutzt, hat über die offene Arbeit in Kirchen Konzerte machen dürfen. Ich erinnere mich an ein Konzert in Erfurt, wo *Schleimkeim*, das ist die Band dieses Liedes vorhin, in einer Kirche gespielt hat. Und ich stand da mit offenem Mund. Da kommt die Band rein, baut das Schlagzeug vorm Altar auf und es fängt dermaßen an zu scheppern und zu donnern, dass eine ältere Kirchgängerin, die mit drin sitzt, aufsteht und ruft: „Ich höre wieder, ich höre wieder.“ Alle waren begeistert.

Das hat eigentlich diese Szene gerettet, die nicht wusste, wohin, als der Staat mit Kanonen auf diese paar bunten Jugendlichen geschossen hat. Das hat sie gerettet. Und sie haben in dem Sinne überlebt, dass von einer nahezu zerschlagenen Szene um 1983/84 eine zweite Welle hochkam. Ich bin so zweite, zweieinhalbste Welle. Ich habe in Magdeburg gelebt und Radio gehört. Auf einmal gab es eine Sendung *Parocktikum* ab 1986. Da wurde im Radio der DDR unsere Musik gespielt, man wollte es ja nicht glauben. Also Bands, die eine Einstufung hatten, manchmal wurde auch was anderes drunter geschummelt. Die Punkbands hatten schnell gelernt, wer das wollte – es wollten nicht alle –, wie man eine Einstufung bekommt: Man singt Englisch, spielt etwas langsamer und zieht sich artig an. Dann sagen die alten Herren: „Was ist denn das? – Na gut.“ Und dann hatte man eine Einstufung, eine Pappe, und konnte auftreten.

Ich habe damals im Stadtkabinett für Kulturarbeit gearbeitet und Punk-Konzerte veranstaltet. Aber nur fünf, dann war damit Schluss, dann hat man erkannt, ich bin vom Westen gesteuert. Und „negativ-dekadent“ und so weiter. Darüber war ich sehr erstaunt. Aber vielleicht so viel zur Einführung in das Thema.

Cornelia Bruhn: Super, vielen Dank! Dann machen wir weiter mit Professor Wolf-Georg Zadach und Heavy Metal. Er wurde 1985 in Lübben im Spreewald geboren und ist Musikwissenschaftler mit einem wirklich sehr breiten Forschungsspektrum, also von klassischen Arbeiten zu DDR, Heavy Metal, Rock und Jazz bis hin zu Fragen von Digitalisierung und Musikwirtschaft und KI in kreativen künstlerischen Prozessen. Er wurde 2018 an der Hochschule für Musik



Prof. Dr. Wolf-Georg Zaddach

FRANZ LISZT in Weimar und der Friedrich-Schiller-Universität in Jena für seine Arbeit *Heavy Metal in der DDR. Szene, Akteure und Praktiken* promoviert, wegen dieses Themas wurde er auch hierher eingeladen. Er ist seit März 2024 Professor für Musikproduktion und Songwriting an der Macromedia Hochschule in Berlin und gleichzeitig wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kunst, Musik und ihre Vermittlung an der Leuphana Universität Lüneburg. Er hat das Lied *Eddie* von *Formel 1* mitgebracht.

[Musik]

Prof. Dr. Wolf-Georg Zaddach: Vielen Dank, Cornelia, für die Einführung. Als Professor für Musikproduktion fällt mir gerade auf, dass diese Songs im Vergleich alle sehr ähnlich produziert sind. Das erzählt uns etwas über die Möglichkeiten der Musikproduktion in der DDR. Das ist ein noch völlig offenes Forschungsthema.

Aber lassen Sie uns über Heavy Metal reden. Das war gerade *Formel 1*. Ich habe diese Band ausgewählt, weil sie ein bisschen dafür steht, wie sich Heavy Metal entwickelt hat. Es ist die jüngste der hier besprochenen Musikformen in der DDR. Es gibt natürlich noch andere Jugendkulturen. Hip-Hop gab es auch in der DDR, Anfang der 1980er Jahre hat sich das etabliert. Über Skinheads haben wir kurz schon mal gesprochen, die Gothics oder Gruftis, wie sie in der DDR ge-

nannt wurden, gab es auch – also eine ganze Menge neuer Jugendkulturen, die spätestens in den späten 1970ern international in Erscheinung traten und irgendwie auch in die DDR geschwappt sind. Heavy Metal ist eine davon.

Diese Band steht ein bisschen symptomatisch dafür, denn sie war ist die erste professionell eingestufte Heavy-Metal-Band der DDR. Das heißt vollwertig, in Vollzeit muggende, schreibende und produzierende Musiker. Teile der Band entstammten aber der Rockmusik und der sehr vom Blues beeinflussten Musik der 1970er Jahre, was uns viel darüber erzählt, wie sich Heavy Metal etablieren konnte. Er fußte ein Stück weit auf diesen Szenen wie Blues oder vor allem Rock und konnte davon sehr profitieren, auch aus politischer Sicht.

Insgesamt war es eine ganz neue Jugendkultur, die da reinschwappte, ähnlich wie Punk. Ganz plötzlich war das irgendwie da. Man konnte die Musik über den westlichen Rundfunk hören, dann gab es die ersten Songs, die im DDR-Rundfunk gespielt wurden. Und die Jugendlichen waren begeistert.

Insgesamt war Heavy Metal international Ausdruck von Konflikten zwischen den Generationen, nicht nur in der DDR. Dort hatte es natürlich einen politischen Aspekt. Die Bezeichnung „negativ-dekadent“ haben wir schon gehört, auch den Aspekt der Beeinflussung als „Produkt der politisch-ideologischen Diversion“. So wurde Heavy Metal in MfS-Dokumenten bezeichnet. Es wurde unterstellt, der Westen benutze Heavy Metal, um die Jugendlichen mit der „westlichen kapitalistischen Ideologie“ zu infiltrieren und dadurch den Staat zum Umsturz zu bringen.

Das war ein Grund, warum das MfS sehr früh anfang, die Szene zu beobachten. Man hatte von den Punks „gelernt“ – Anne hat gerade erzählt, wie schnell der Staat hart zugeschlagen hat – und war der Ansicht, dass man diese jugendlichen Subkulturen schnell rigide eindämmen müsse, weil sie natürlich eine Gefahr seien. Man hat das getan, hat sie unglaublich stark beobachtet, hat Tabellen angefertigt und gezählt: Wie viele gibt es in Aldöbern, in Lübben, in Bautzen. Die Heavy-Metal-Szene war in den 1980er Jahren eine der größten dieser neuen subversiven Jugendkulturen – größer als die Skinheads, größer als Punk, größer als Gothics. Sie war in der gesamten DDR total verbreitet, in größeren Städten ebenso wie auf dem Land, und zog unzählige Jugendliche an. Das blieb nicht ohne politische Wirkung, doch dazu später mehr.

Insgesamt möchte ich zunächst zusammenfassen: Wir haben es hier mit einer ausgesprochen musikverrückten Jugendkultur zu tun. Es ging um Musik – um nichts anderes. Man wollte höchstens noch feiern, Bier trinken, da ist auch die Nähe zum Blues spürbar. Aber im Kern wollte man die Musik erleben, die Musik im Konzert feiern, hören und spielen, auch laut.

Es entstanden unglaublich viele Bands. Weit über 150 Gruppen sind in den

1980er Jahren sicher belegt, dazu kamen unzählige kleinere Bands, von denen kaum Spuren erhalten sind. Gespielt wurde überall – in Dorfschenken, Jugendklubs, FDJ-Jugendklubs. Die Bands tourten durch die gesamte DDR. *Formel 1*, die wir gehört haben, traten allein in Lübben innerhalb von zweieinhalb oder drei Jahren viermal auf – sie waren ständig in der gesamten DDR unterwegs.

Vielleicht noch ein Wort zum problematischen Verhältnis zwischen Stasi/MfS und Jugendkultur. Wir haben heute schon Begriffe wie Zersetzung oder Liquidierung gehört, das war der Jargon, mit dem die gearbeitet haben. Denn man merkte, wie unglaublich vernetzt die Jugendlichen waren: Die trafen sich, die reisten von Berlin auch mal am Wochenende nach Weimar, weil da ein Konzert war, also auch wieder ähnlich wie die Blueser. Es gab private Partys, gar nicht unbedingt mal in FDJ-Jugendklubs. Daher wurde beobachtet und man fing an, sehr stark einzugreifen.

Es gab die sogenannten Disziplinierungsgespräche – also Gespräche im Vorfeld, mit denen man Veranstalter_innen oder Musiker_innen einschüchtern wollte, um sie davon abzuhalten, ein Konzert zu geben oder zu besuchen. Und selbstverständlich wurde versucht, Informant_innen anzuwerben. Die IM-Anwerbung war sehr intensiv – wahrscheinlich nicht ganz so massiv wie in der Punk-Szene, aber doch auf einem ähnlichen Niveau. Bei der Punk-Band *Die Firma* zum Beispiel waren zwei Drittel der Mitglieder IMs, ohne voneinander zu wissen – das zeigt, wie tief diese Durchdringung ging (und wie gut der Bandname passte). Auch in der Metal-Szene versuchte man, auf diesem Weg möglichst viele Informationen zu sammeln.

Im Verlauf der 1980er Jahre begann sich das etwas zu lockern – allerdings sehr unterschiedlich, je nach Region. In den südlichen Bezirken, also im heutigen Thüringen und Sachsen, blieb die Überwachung bis 1989 sehr streng. Heavy Metal galt dort weiterhin als potenziell staatsfeindlich. In den nördlichen Bezirken und vor allem in Ost-Berlin dagegen wurde die Szene ab Mitte der 1980er Jahre vom MfS etwas gelassener beobachtet. Das hing auch mit dem politischen Wandel zusammen.

Cornelia Bruhn: Herzlichen Dank. Damit kommen wir auch schon zum zweiten Themenschwerpunkt dieses Panels – zur Frage der staatlichen Akzeptanz oder Förderung. Wir haben jetzt alle Szenen einmal kurz kennengelernt und erfahren, unter welchem Normierungsdruck die Jugendlichen damals standen. Wir widmen uns auch der Frage, inwiefern und aus welchen Gründen es vielleicht auch ein Aufeinanderzugehen gab: Wie reagierten SED-Kulturfunktionär_innen in der Kulturpolitik auf diese verschiedenen Szenen und Musikstile?

Prof. Dr. Michael Rauhut: Die Musik, über die ich spreche – der Blues –, ist in unserem Kontext insofern etwas Besonderes, als der Staat, wenn ich das mal so

pauschal sagen darf, eigentlich nie etwas gegen diese Musik hatte. Der Blues war von Anfang an akzeptiert. Er wurde schon in den 1960er Jahren gespielt, Mitte der 1960er kamen die American Folk Blues Festivals aus den USA in die DDR. Es gab also eine gewisse Öffentlichkeit für diese Musik, sie wurde auf Schallplatte produziert und ideologisch als „die Stimme des anderen Amerika“ vermarktet – als Musik der Schwarzen, der Geknechteten, der Unterdrückten. Das wurde mit marxistisch-leninistischen Theorien unterfüttert. Man verwies auf Lenins Lehre von den zwei Kulturen in einer Klassengesellschaft – die Kultur der Herrschenden und die Kultur der Unterdrückten. Der Blues wurde als letztere interpretiert. Die Künstler, die ihn spielten, galten als Bündnispartner im antiimperialistischen Kampf. Musikalisch und ästhetisch hatte man also nichts gegen den Blues – im Gegenteil.

Was der Staat aber mit wachsendem Argwohn beobachtete, waren die sozialen und kulturellen Konsequenzen. Das betraf das Auftreten der Leute, ihr Outfit, ihre Sprache, ihren Lebensstil. Der Blues half vielen, eine eigene Identität zu entwickeln, es bildeten sich Gruppen Gleichgesinnter. Zugleich entzog sich diese Szene zunehmend staatlicher Kontrolle.

Eigentlich sollte ja die FDJ die Jugendlichen auch in ihrer Freizeit „versorgen“. Aber die Blueser organisierten ihren kulturellen Alltag selbst: Sie bauten eigene Kommunikationskanäle auf, nahmen ihre Freizeit selbst in die Hand, trafen sich in privaten Räumen, in Dorfsälen, wo man am Wochenende hintrampelte, in Kneipen, auf inoffiziellen Partys – das Anderssein wurde zelebriert. Diese sozialen Konsequenzen waren für den Staat ein Problem.

Als die Bewegung dann an Größe gewann, politisch Wellen schlug und auch im Westen wahrgenommen wurde, bekam man in der DDR kalte Füße. Das war um 1979, als Rainer Eppelmann in Ost-Berlin die ersten Bluesmessen veranstaltete – bis 1986 fanden die regelmäßig statt. Sie nahmen enorme Dimensionen an, die Kirchen waren brechend voll, diese Veranstaltungen verdeutlichten die Größe der Szene. Eine einzelne Bluesmesse zog teilweise bis zu 7.000 Leute aus der ganzen DDR an.

Das war plötzlich eine sichtbare, schwer kontrollierbare Masse – und der Staat reagierte mit Gegenmaßnahmen: Während in der Samariterkirche, der Auferstehungs- oder der Erlöserkirche eine Bluesmesse stattfand, organisierte man im Theater der Freundschaft parallel staatlich genehmigte Blueskonzerte, um Publikum „abzugraben“. Etwa zeitgleich öffneten sich auch die staatlichen Medien dem Blues. Eine Zäsur war 1978, als Stefan Diestelmans erste Platte bei Amiga erschien – sie enthielt durchweg Coverversionen, komplett auf Englisch. Ein Mann der Szene, den man aus den Dorfsälen kannte, veröffentlichte plötzlich bei der staatlichen Plattenfirma eine LP – das war revolutionär.

Ende der 1970er waren im Rundfunk regelmäßig Bluesbands zu hören, und bei Amiga wurden Platten von *Engerling*, *Monokel* oder *Hansi Biebl* produziert, Bands, die dann auch ins Fernsehen kamen; *Engerling* trat mehrfach in der Fernsehsendung *rund* auf. Die Szene wurde zunehmend offiziell akzeptiert. Unterm Strich lässt sich sagen: Der Staat hatte Angst vor dieser sozialen Bewegung, die – aufgebauscht von der Stasi – als kriminelle, unkontrollierbare Bedrohung gesehen wurde und der man meinte, Einhalt gebieten zu müssen.

Cornelia Bruhn: Dankeschön. Martin, wie sah das für den Jazz aus?

Dr. Martin Breternitz: Wahrscheinlich doch wieder ganz anders als das, was Michael gerade beschrieben hat. Ich bin gerade sehr dankbar über die Beschreibung der verschiedenen Ebenen – den Vorwurf der „negativ-dekadenten Subversion“ einerseits, verbunden mit der Frage: Was machen die da eigentlich, warum ist das ein Problem, inwiefern sind die anders? Wie können wir als Staat Vorwürfe konstruieren, um ihnen das zu unterstellen? Und auf der anderen Seite die Musik selbst. Dazu kommen noch weitere Ebenen – die Fans, die Leute, die nur gelegentlich dabei waren, auch wegen der Gemeinschaft, aber auch Hardcore-Fans gab es, besonders im Jazz. Leute, die sich hervorragend auskannten, die alles sammelten, was sie in die Hände bekamen, West wie Ost. Viele saßen stundenlang vor dem Radio, um Konzerte mitzuschneiden, oder warteten ewig darauf, dass endlich ein Stück lief, das sie noch nicht auf Kassette hatten.

Die Szene war breit gefächert: Fans, professionelle Musiker_innen und halbprofessionelle Musiker_innen. Und im Gegensatz zu dem, was Michael gerade über den Blues gesagt hat, war der Jazz als Musik in der frühen DDR tatsächlich ein Problem. Jazz galt als westlich, als amerikanisch – und das passte so gar nicht ins sozialistische Kulturverständnis.

Aber auch hier griff man wieder auf das Narrativ zurück, das Michael eben erwähnt hat: die Idee, Jazz sei die Musik der unterdrückten afroamerikanischen Bevölkerung. Das war der Schlüssel für Fans und Musiker, um den Jazz in der DDR gangbar zu machen, so konnte er ideologisch gerechtfertigt werden. Das gilt vor allem für die 1960er Jahre, ab den 1970er Jahren, mit der allgemeinen kulturellen Liberalisierung, änderte sich die Haltung der Kulturpolitik ohnehin langsam.

Da hatte die SED-Kulturpolitik beim Jazz im Grunde gar keine andere Wahl, als ihn zu akzeptieren – und schließlich sogar zu fördern. Auch weil sich der Jazz in all seiner großen Vielfalt – mit dem Free Jazz, dem Oldschool, dem Dixieland, der Bigband, der Tanz- und Unterhaltungsmusik, dem Rockjazz – erstens immer weiter professionalisierte. Zweitens wuchs das Publikum kontinuierlich. Drittens brachte Jazz der DDR Devisen ein, da viele der großen Musiker – einen davon, Baby Sommer, hören wir heute Abend noch – regel-



Dr. Martin Breternitz

mäßig im Ausland auftraten. Das war nur möglich, wenn man diese tollen studierten Jazzmusiker und auch wenige Jazzmusikerinnen unterstützte und sie im Ausland spielen ließ. Es gab zwar nur etwa ein Dutzend international aktive Jazzmusiker_innen aus der DDR, aber sie waren wichtig für das Ansehen des Landes.

Der vierte – und vielleicht der spannendste – Punkt war die clevere Selbstorganisation der Jazzfans. Sie handelten nach dem Prinzip: Rein ins System und von innen aufmischen. Vereine waren in der DDR ja nicht möglich, also gründete man Jazzklubs unter dem Dach gesellschaftlicher Organisationen – FDJ, Kulturbund, Kulturhäuser. Wurde ein solcher Klub unter einem dieser staatlichen Träger gegründet, funktionierte das im Wesentlichen.

Natürlich war das lokal und je nach Jahrzehnt völlig unterschiedlich. Aber wer es schaffte, offiziell anerkannt zu werden, bekam zumindest ein bisschen, manchmal auch erstaunlich viel Förderung – Geld für Konzerte, Räume, Material. Dafür musste man gewisse Kompromisse eingehen, zum Beispiel politische Selbstverpflichtungen abgeben: Jazzklubs mussten FDJ-Kampfprogramme vorlegen, „Einlassmanifeste“ schreiben, in denen stand, dass ihre Veranstaltungen nur „sozialistisch orientierten Menschen“ offenstanden.

Wie das in der Praxis geschah, war eine andere Sache. In Jena zum Beispiel

gelang es der Jazzklub-Gruppe, ihr Budget ab den 1970ern Jahr für Jahr zu erhöhen. Sie beantragten irgendwann mehrere 10.000 Mark, um nationale und internationale Jazzgrößen einzuladen – und bekamen zumindest einen Teil davon.

Das erklärt auch, warum man den Jazz als „gut organisierte Minderheit“ bezeichnen kann. Diese Szene verstand es, sich Freiräume im System zu schaffen und gleichzeitig dessen Strukturen zu nutzen. Das unterschied sie deutlich vom Blues und von den späteren, stärker konfrontativen Jugendkulturen.

Cornelia Bruhn: Vielen Dank! Dann leiten wir gleich zum Punk über.

Anne Hahn: Ich staune gerade! Punk war völlig anders – kleiner, später, viel jünger und mit viel weniger Möglichkeiten, überhaupt Musik zu produzieren. Ich kenne drei Bands, die alle *Betonromantik* hießen und nie gespielt haben. Sie haben in Kellern und auf Dachböden geprobt, manchmal mit selbstgebaute Instrumenten – die meisten konnten ja gar nicht richtig spielen. Und noch bevor sie ihr erstes Konzert geben konnten, stand schon die Stasi vor der Tür, um sie zu verhaften. Null-Toleranz-Politik.

In West-Berlin erschien früh eine Platte, *DDR von unten – Ende*, auf deren A-Seite Künstler_innen aus Dresden spielten, Sascha Anderson hat gesungen, Conny Schleime hat auch gesungen und gespielt. Diese A-Seite hörte sich ein echter Punk nie an, aber auf der B-Seite war *Schleimkeim*, die sich zur Tarnung *SK – Saukerle* nannten. Die Stasi durchschaute das natürlich. Drei Wochen nach Veröffentlichung gab es Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, alles dokumentiert – dadurch haben wir dankenswerterweise Fotos vom Kinderzimmer von Otze, der vorhin das Liebeslied gesungen hat, und vom Probenraum. Danach versuchte man, die Jungs als IMs zu gewinnen. Das war aber noch nicht die Stasi selbst, sondern die Kriminalpolizei Abteilung 1.

Und tatsächlich haben die den Otze so erpresst, bevor sie ihn nach ein paar Wochen wieder rausließen, dass er K-Spitzel wurde. Da gibt es herrliche Protokolle, in denen er der Kriminalpolizei erklärt, was Punk sei: „Spaß haben, trinken, anders sein, Schule ist Scheiße.“ – Es ging also um ganz fundamentale Probleme Jugendlicher. Er hatte einen Sechste-Klasse-Abschluss und keinen Bock auf Maloche, es gibt ein Lied von ihm, *Norm*: „Norm, Norm, Norm, du bist zur Norm geboren“. Man wollte nicht arbeiten gehen, man wollte sich diesem durchgeplanten Zukunftsmodell DDR komplett verweigern. Das ist wahrscheinlich der große Unterschied zu anderen Szenen. Deshalb sind die Punks ganz früh aus allem raus gewesen.

Viele dieser Jugendlichen waren nach der sechsten, siebten oder achten Klasse von der Schule abgegangen. Andere haben es noch zur EOS geschafft und sind dann rausgeflogen. In Magdeburg zum Beispiel war die Szene sehr gemischt, da trafen sich Ausgestoßene: Kinderpunks, die Lösungsmittel schnüffel-

ten und wirklich jenseits von Gut und Böse waren, neben einer rausgeworfenen Pädagogikstudentin, einem Fotografen, der keine Aufträge bekam, einem Maler und drei Knackis, die gerade aus Bautzen oder Brandenburg kamen. Wir haben uns alle geholfen, weil keiner wusste, wie es weitergeht und wie wir in dem System überleben sollen. Von außen kamen dann die typischen Fragen: „Haben die Flugblätter gedruckt? Wollen die den Staat stürzen? Sind die vom Westen gesteuert?“ – War ja gar nicht so. Wir haben nur versucht zu überleben.

Die Punks waren die Jüngsten, waren am härtesten betroffen und hatten trotzdem, glaube ich, den meisten Spaß. Es war unglaublich wild, chaotisch, laut, aber auch befreiend. Unglaublich stark war die Erpressung durch die Stasi ab 1982/83, die massiv versuchte, Informant_innen zu gewinnen. Das hat innerhalb der Szenen viel Schlimmes angerichtet. Zu den Zahlen: Es gibt eine fleißige Durchzählaktion der Stasi, die haben 1983 rund 900 Punks in der ganzen DDR gezählt – das ist nicht so viel.

Cornelia Bruhn: Super, lieben Dank. Wolf – kannst du da für die Metal-Szene anknüpfen?

Prof. Dr. Wolf-Georg Zaddach: Auf jeden Fall. Ich finde das hochspannend, und man kann tatsächlich Parallelen sehen. Ich habe den Eindruck, der Umgang der SED – und damit auch des MfS – mit Heavy Metal und der Szene war einer der letzten großen Versuche, die Jugend noch einmal einzufangen.

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre herrschte fast automatisch Repression. Das ging auf den berühmten Befehl 11/66 von Mielke zurück: Westliche Jugendkulturen seien zu beobachten, zu zersetzen, zu bekämpfen. Das war Routine, ein Automatismus der Jugendabteilung im Ministerium. So behandelte man auch Heavy Metal – bis etwa Mitte der 1980er Jahre.

Dann wandelte sich das aber. 1987 erschien in der Leipziger Fachzeitschrift *Profil – Methodik zur Tanzmusik*, die vom Zentralhaus für Kulturarbeit der DDR herausgegeben wurde, ein bemerkenswerter Artikel. Dort hieß es, Heavy Metal sei ein „selbstverständlicher Teil der sozialistischen Musikkultur“. Das war eine komplette Kehrtwende innerhalb weniger Jahre. Sehr spannend. Etwa 1985 ging das los, da nahm die Berichterstattung über Heavy Metal von Jahr zu Jahr deutlich zu, auch in hochrangigen, anerkannten Zeitschriften, im *Neuen Leben* etwa, der FDJ-Zeitschrift, in der *Melodie und Rhythmus*, der großen Musikzeitschrift der DDR, erschienen plötzlich viele Artikel über Heavy Metal – nicht nur kleine Berichte über einzelne Bands aus der DDR, sondern ausführliche Beiträge über die Metal-Szene als Jugendkultur: Was zeichnet sie aus, was bewegt die Jugendlichen, woher kommt diese Musik? Natürlich fehlte die übliche Kapitalismuskritik nicht, aber interessant war, dass es diese Kritik auch im Westen gab. Viele amerikanische oder britische Bands übten selbst Kapitalismuskritik, und das



Cornelia Bruhn

konnte man in der DDR wunderbar aufgreifen und ideologisch einpassen.

Ab Mitte der 1980er Jahre nahm auch das wissenschaftliche Interesse zu. Es entstanden empirische Studien über Jugendkulturen, und Heavy Metal spielte darin eine wichtige Rolle. Jugendliche wurden befragt, Szenen wurden dokumentiert. Parallel dazu wuchs die Präsenz im staatlichen Rundfunk deutlich. Der Jugendsender DT64 spielte schon vorher Heavy Metal, dadurch wurde er ja auch bekannt, aber das war eher am Rande. Ab 1985/86 gab es dann eine regelmäßige Sendung mit Heavy Metal – zunächst noch ohne offiziellen Titel, jeden Samstagnachmittag eine Stunde, ab 1987 dann fest etabliert als *Tendenz Hard bis Heavy*. Da wurde sie sogar zweistündig gesendet – am Samstagnachmittag, Primetime, könnte man sagen, da mussten die wenigsten arbeiten oder hatten einfach Zeit.

Das Bemerkenswerte daran: Es gab ja keine westlichen Heavy-Metal-Platten im DDR-Handel, aber im Radio liefen sie trotzdem. Die Redakteure beschafften sich die Musik über dieselben Wege wie die Fans – über den Schwarzmarkt. Westplatten wurden in die DDR geschmuggelt, heimlich besorgt und auf Tonband überspielt, weil man im Rundfunk keine Schallplatten abspielen durfte – aus technischen Sicherheitsgründen. Die Bänder mussten normalerweise genehmigt werden, aber die verantwortlichen Redakteure bei DT64 nutzten hier erstaunliche Freiräume. Wir haben vorhin relativ seichten Heavy Metal gehört, der wurde im Laufe der 1980er extremer. *Schleimkeim* war noch sanft im Vergleich dazu, was später kam. Das wurde alles gespielt!

Tatsächlich war diese Sendung auf DT64 in Europa, also auch Westeuropa, eine der progressivsten Sendungen, was das Abspielen dieser extremen Subgenres, die man heute als *Extreme Metal* bezeichnet, angeht. Es gab Fans in Bayern oder anderen Teilen Westdeutschlands, die DT64 empfangen konnten und begeisterte Briefe an den Sender schrieben: „Ihr seid spitze, bei uns spielt kein Sender so krasse Musik!“ – Das zeigt, wie weit diese Offenheit ging.

Dazu eine kleine Anekdote: Die DT64-Redakteure spielten einmal, auch von einer eingeschmuggelten Platte, den Song *Bombenhagel* der westdeutschen Band *Sodom*, in dem es um den Vietnamkrieg geht. Im Gitarrensolo erklingt die westdeutsche Nationalhymne – als Kritik am Vietnamkrieg. Kurz darauf standen Mitarbeiter des MfS im Sender. Die Redakteure haben sich da rausgewunden mit der Erklärung, das sei künstlerisch gemeint, eine Antikriegsaussage, ähnlich wie Jimi Hendrix' Interpretation der US-Hymne in Woodstock. Bei *Bombenhagel* war es künstlerisch nicht ganz so frei, aber mit dieser Begründung, dass es eine Kritik sei, kamen sie tatsächlich durch – und die Sendung durfte weiterlaufen. Bis 1989/90 gab es keine ernsthaften Repressalien, obwohl dort regelmäßig illegal importierte Musik „aus dem kapitalistischen Ausland“ gespielt wurde.

Die Szene hatte also große Freiräume gewonnen, und auch die SED versuchte, die Heavy-Metal-Szene positiv einzubinden, die eben nicht so politisch ausgerichtet war wie der Punk oder die Skinheads auf der anderen Seite, die sich direkt „staatszersetzend“ äußerten. Ab 1985 vergab die FDJ sogar Förderpreise an Heavy-Metal-Bands. Immer mehr Gruppen wurden zu den sogenannten Werkstattwochen eingeladen – das waren Workshops für Amateurbands, bei denen sie professionelles Coaching erhielten. Am Ende gab es Wettbewerbe, bei denen man Studioproduktionen gewinnen konnte.

Und das führt vielleicht zu einem Punkt, den man nicht unterschätzen sollte: In den 1980er Jahren gab es in der DDR generell eine Art „Produktionsstau“ in der Tonträgerherstellung. Die Zahl der Bands nahm stark zu, aber die professionellen Aufnahmestudios waren begrenzt. Es gab ein paar Rundfunkstudios, Amiga hatte ein Studio und dazu gab es ein paar kleinere, teils privat betriebene Studios, die oft mit westlicher, aktueller Tonstudioteknik ausgestattet waren – meist heimlich eingeführt von älteren Musiker_innen, die im Westen touren durften. Aber auch diese Plätze waren extrem limitiert, die Kapazitäten reichten einfach nicht aus.

Man sieht das gut am Beispiel der Heavy-Metal-Band *Phantom*, die 1986 bei den Werkstattwochen gewann. Sie hätte eine Studioaufnahme erhalten sollen, musste aber monatelang warten, weil kein freier Slot verfügbar war.

Und vielleicht kann man sagen: Wäre die Wende nicht gekommen, hätte sich Heavy Metal womöglich ähnlich professionalisiert und institutionell ver-

ankert wie der Jazz – der nur früher begonnen hatte und daher stärker etabliert war.

Cornelia Bruhn: Martin, du wolltest kurz was dazu sagen?

Dr. Martin Breternitz: Vielleicht ist „Professionalisierung“ überhaupt ein wichtiges Stichwort. Mir fällt auf, dass sich in den 1980er Jahren auf staatlicher Seite viel verändert hat – in den Kommissionen, die über Einstufungen und Förderungen entschieden, auf Republik-, Bezirks- und Kommunalebene. Ohne diese Einstufungen – Amateur, Mittelstufe, Profi – durfte keine Band auftreten. Und all die Jugendtanzwochen, Werkstattwochen, Wettbewerbe, die es gab, wie viel Geld da floss, das musste ja alles finanziert werden. Das war ein riesiger Apparat, und man kann diese Förderstrukturen tatsächlich belegen, zum Beispiel auch im Jazz.

Aber – und das ist wichtig – all das konnte jederzeit vorbei sein. Es blieb immer ein System, in dem eine Entscheidung, ein Missverständnis oder ein politisches Signal reichte, um Karrieren zu beenden. Es gab keine echte Sicherheit, keine freie Entwicklung, sondern nur Freiräume auf Zeit. Und das gilt für alle Szenen. Ich habe etwa an der Hochschule für Musik in Weimar Dokumente gesehen: Dort konnte man schon ab 1969 – wesentlich früher als in der BRD – Tanz- und Unterhaltungsmusik studieren. In Berlin-Friedrichshain sogar noch früher, ab Ende 1959. Aber Voraussetzung war immer, dass man die „Forderungen der sozialistischen Gesellschaft“ vorbildlich erfüllte. Tat man das nicht, durfte man nicht weitermachen.

Cornelia Bruhn: Dankeschön! Ich würde an dieser Stelle zunächst allen danken – für die Fülle an Einblicken, die Details, die wir gehört haben. Ich finde, es zeigt sehr deutlich: In der DDR war es kulturell bunter, als man oft denkt. Es ging erstaunlich viel – und doch immer nur bis zu einem gewissen Punkt. Die Szenen unterschieden sich stark in Stil, Haltung und Expressivität, und entsprechend unterschiedlich waren die Reaktionen des Staates. Zersetzung, IM-Tätigkeit, Überwachung waren in allen Gruppen Thema, aber eben auch stufenweise Förderung, Anerkennung, Freiräume. DT64 war da offenbar ein ganz wichtiger Faktor – auch über die DDR hinaus.

DISKUSSION

Cornelia Bruhn: Und damit eröffne ich die Diskussion und lade das Publikum zu Rückfragen ein. Ich würde immer zwei Wortmeldungen zusammennehmen.

Frage aus dem Publikum: Danke, Herr Rauhut, dass Sie da sind. Ich freue mich, dass ich live den Verfasser des *Kundenbuchs* vor mir sehe. Bevor ich mit 19 zum

ersten Mal von der Staatssicherheit verhaftet wurde, habe ich drei Jahre lang in einem FDJ-Singeklub mitgespielt. Und was mir bis heute in Erinnerung geblieben ist: in welchem Maße in der DDR das Künstlerisch-Handwerkliche gefördert wurde.

Wir fingen mit 16 an – ich war in der Gärtnerlehre –, wir wollten Musik machen und ein Freund sagte, wir gründen einen Singeklub. Die LPG bezahlte das Schlagzeug, Verstärker und zwei Gitarren. Unser Schlagzeuger war nicht einmal in der FDJ, der spielte sonst in einer Kirchenband. Ich muss auch gestehen, die Hälfte dessen, was wir sangen, war ziemlich rotes, dummes Zeug, aber das war meinem Eindruck nach allgemein in der Kunst so.

Ich habe auch Theater gespielt, und selbst dort war es so: Die Landesbühnen Sachsen unterhielten am VEB Druckmaschinenwerk Planeta ein Jugendtheater. Die Betriebe hatten alle eigene Kulturetats – und die mussten ausgeschöpft werden. Es gab also Geld für Kunst. Manche Brigadiere oder Direktoren hatten dafür Fantasie, andere weniger. Aber insgesamt wurde das Handwerkliche – Malen, Musikmachen, Schreiben – breit gefördert.

Frage aus dem Publikum: Ich habe zwei Fragen, die vielleicht alle vier beantworten können. Erstens: Wie sah in diesen Fankulturen das Verhältnis von Erwerbsalltag und Fanleben aus? Also war man tagsüber brav Produktionsarbeiter_in und abends ging das ganz andere Leben los, als Musiker_in oder Fan? Welche Rolle spielte Geld, das man ja auch für Schallplatten, Instrumente usw. brauchte? Und wie hat das die Staatssicherheit eingeschätzt – im Hinblick auf Einkommen und Arbeitsdisziplin? Bei den Punks scheint das anders gewesen zu sein, die waren ja eher außerhalb des Arbeitszyklus.

Zweitens: Die Veränderungen in den 1980er Jahren – diese zunehmende Öffnung, das klingt ja fast nach Anzeichen des Machtzerfalls. Man merkt ja, dass der DDR so langsam die Puste ausging, dass sie das Kontrollieren und Disziplinieren nicht mehr konsequent durchhielt. Die DDR ging ja 1989 auch nicht schlagartig kaputt, sondern war bereits zerbröselte. Waren die Kompromisse mit den Subkulturen Ausdruck von Schwäche oder ein Versuch, sich noch einmal Luft zu verschaffen – also ein Rest an Zukunftsoptimismus?

Cornelia Bruhn: Wer möchte anfangen? Wir haben die Frage zu Verdienst, Arbeit und Verhältnis zur Mugge bzw. Gig und die Frage zum Machtzerfall.

Prof. Dr. Michael Rauhut: Ich glaube, das Verhältnis zu Arbeit bzw. Pflicht war tatsächlich sehr unterschiedlich – sowohl von Szene zu Szene als auch innerhalb der Gruppen. Selbst die Blueser zerfielen in verschiedene Strömungen. Es gab die eher studentisch geprägte, musikaffine Fraktion – das waren die Wochenendaussteiger, die unter der Woche zur Schule oder zur Arbeit gingen und am Wochenende den Ausstieg aus dem Alltag suchten. Ich war Schüler an der EOS,

hatte also Montag bis Sonnabend Unterricht, ab Sonnabendnachmittag war man für anderthalb Tage draußen – Montag wieder zurück im System.

Bei denjenigen, die schon eine eigene Wohnung und größere Freiheiten hatten, war das anders. In der Szene gab es zum Beispiel – ich kenne aber keine Zahlen – eine Reihe von Kommunen. In Thüringen etwa hatten manche aus der Szene „offene Wohnungen“, in denen Gleichgesinnte – die rein optisch passten – jederzeit absteigen konnten, manche lebten auch in Gemeinschaften. Es gab also auch Leute, die versuchten, das im Alltag zu leben.

Aber man musste aufpassen: Wer ins Visier der Sicherheitsorgane geriet und keine geregelte Arbeit nachweisen konnte, fiel schnell unter den sogenannten Asozialen-Paragrafen 249 StGB – und das konnte Gefängnis bedeuten. Deshalb sind die meisten in der Regel arbeiten gegangen. Bei den Punks war das vielleicht anders.

Anne Hahn: Das kann ich bestätigen. Genau das war der springende Punkt. Wir wussten, wenn man drei Monate ohne Arbeit angetroffen wurde, kam man in Haft. Das wollten wir natürlich nicht. Also suchte man sich irgendetwas, das halbwegs funktionierte. Ich habe mir, nachdem ich aufgrund meiner Punk-Konzerte entlassen worden war, Rat bei den Knackis im Biergarten geholt, die haben gefragt: „Na, was kannst du denn?“ Ich sagte: „Nähen.“ – Wir haben ja alle genäht, unsere Mäntel aus Putzlappen, Baumwolllaken drüber, schwarz gefärbt, irgendwie so.

Einer gab mir den Tipp: „Geh zum Rat der Stadt und hol dir eine Preisgenehmigung.“ Das war mein Überlebensstipp. Ich habe mich also ordentlich angezogen, bin dahin, habe gesagt, ich sei Hausfrau und brauche eine Preisgenehmigung. Die kostete monatlich zehn Mark, so ne Marke, die man in ein Sozialversicherungsbüchlein einklebte – und damit konnte man offiziell gewerblich arbeiten. Ich habe dann noch Leute „mitlaufen“ lassen auf meine Preisgenehmigung, und wir haben alles Mögliche verkauft: Ich habe Jogginganzüge in Gelb, Rosa und Hellblau aus Frotteelaken und Sportunterhemden genäht, aus Kinderbettwäsche Applikationen auf die Knie genäht. Das fiel keinem auf, ich frage mich bis heute, wieso. Wenn ich gefragt wurde, „sind die aus dem Westen?“, habe ich genickt und die Leute rissen es mir aus den Händen. Das lief wunderbar. Das war ein super Verdienst! Ich habe manchmal 500 Mark verdient, wenn ich mich mit einem Koffer voller genähter Sachen auf einen Marktplatz stellte, und davon wieder drei Monate gelebt. Und wenn jemand kam, habe ich die Preisgenehmigung gezeigt.

Ein Kumpel von mir, der so einen stehenden grünen Iro hatte, hat Ostgeld in Westgeld getauscht, vom Westgeld im Intershop Kaugummistangen gekauft, hat die mit Gewinn verkauft, wieder getauscht, ging wieder in den Intershop ... der



Frage aus dem Publikum

war Kaugummidealer. Und so hat man sich irgendwie durchgeschlagen. Einer war Friedhofsgärtner, ein anderer Heizer. Im Magdeburger Theater haben, glaube ich, 20 von meinen Freunden gearbeitet oder eben kaum gearbeitet, heizen war ja nur im Winter nötig. Wenn einer gebraucht wurde, rief jemand an und fragte zum Beispiel: „Wo pennt denn gerade der Rainer?“ Also man kroch irgendwo unter, das war trotz allem möglich.

Wenn ich noch etwas zu der zweiten Frage sagen darf: Ich sehe die Öffnung der späten 1980er Jahre tatsächlich als Zeichen des Zerfalls. Der Staat versuchte auf den letzten Metern tatsächlich auch noch schnell, die Punkszene zu „umarmen“. Das lief vor allem über die Kunstschiene. Man drehte plötzlich Dokumentarfilme, in denen Bands auftauchten. Den Film *Flüstern & Schreien* kann man sich zum Beispiel in der Mediathek der Bundeszentrale für politische Bildung ansehen.¹ Da ist unter anderem *Silly* porträtiert, aber auch *Sadow* und *Feeling B* – zwei davon sind heutige *Rammstein*-Mitglieder –, die mit *Skins* zusammen Pogo am Strand tanzen. Wir waren da noch eine gemeinsame Szene. Ich habe – aber das wäre ein eigenes Thema – noch die Spaltung von *Skins* und Punks bei der blutigen Schlacht in der Zionskirche miterlebt.

Die „Umarmung“ gipfelte für mich darin, dass in Dresden, bei der letzten

1 www.bpb.de/mediathek/video/264590/fluestern-und-schreien/

Kunstaussstellung 1988 plötzlich Punks in Öl gemalt an der Wand hingen! Wir standen mit offenem Mund davor, völlig fassungslos. Das war für mich der absolute Höhepunkt einer Vereinnahmung, des Entgegenkommens – aber es hat uns auch mit Stolz erfüllt. Wir dachten: Wir haben's geschafft – wir sind jetzt Teil der DDR-Kunst.

Prof. Dr. Michael Rauhut: So unterschiedliche Kulturen diese Szenen auch repräsentieren: Es gab doch ein wiederkehrendes Muster im Umgang des Staates mit ihnen. Der Musiker Christian Kunert, Sänger und Keyboarder bei *Renft*, hat das einmal sehr treffend anhand der Entwicklung der Rockmusik in der DDR beschrieben: „Erste Erkenntnis – Rock ist nicht ausmerzbar. Zweite Erkenntnis – alle Bemühungen, eine Alternative zu basteln, sind fehlgeschlagen. Dritte Erkenntnis – Rock ist benutzbar, und von nun an soll er den eigenen Karren ziehen. Eine verdammt kluge Entscheidung, wie sich leider erwies.“ Und genau diese Strategie findet man im Umgang des Staates mit allen vier Szenen, über die wir heute sprechen.

Wolf-Georg hat die FDJ-Werkstattwoche Jugendtanzmusik in Suhl erwähnt, die alle zwei Jahre vom FDJ-Zentralrat ausgerichtet wurde. Ich habe mal das geplante Programm für 1990 gesehen. Es wurde 1987/88 geschrieben, aber die Mauer fiel, bevor es umgesetzt werden konnte. Und dieses Programm war fast ausschließlich mit Punks und Metalbands besetzt. Das zeigt, wie weit der Wandel schon fortgeschritten war.

Prof. Dr. Wolf-Georg Zaddach: Die erste Frage ist spannend, denn die Vereinbarkeit von Alltag und Szeneleben war für viele Metal-Fans tatsächlich eine Herausforderung. Weil Heavy Metal unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen so beliebt war, kamen die Fans aus ganz unterschiedlichen Milieus: Arbeiter_innen, Lehrlinge, Studierende. Besonders für die Arbeiter_innen war das mit Konflikten verbunden. Lange Haare waren Pflicht in der Szene – in der Fabrik bedeutete das Haarnetzpflicht. Das war für viele eine tägliche Gratwanderung zwischen Anpassung und Rebellion. Wobei man auch sagen muss, dem Arbeitsalltag kam entgegen, dass Konzerte, Partys, Kneipenabende damals viel früher begannen als heute – meist ging man schon um fünf oder sechs in den FDJ-Klub, um das erste Bier zu trinken und Musik zu hören.

Zur zweiten Frage: Ob der Staat am Ende der 1980er einfach erschöpft war oder neue Strategien suchte: Ich würde sagen, beides. Am Beispiel des Heavy Metal sieht man, dass diese „Umarmung“ immer schwieriger geworden wäre. Diese Musikrichtung entwickelte sich international in den 1980ern rasant weiter, wurde immer extremer, während der Heavy Metal selbst blieb. Aber parallel dazu kamen immer extremere Subgenres wie *Thrash*, *Death* oder allgemein *Extreme Metal* auf, die auch in die DDR hereinschwappten, siehe DT64, sodass die

jungen Fans das auch aufgriffen. Das war musikalisch und ästhetisch so radikal, dass es für viele schlicht unverständlich wurde, auch für die älteren Metal-Fans, und nicht mehr so leicht zu akzeptieren war. Ich bin mir sicher, dass viele der Funktionär_innen das nicht konnten.

Die moderaten Bands wie *Formel 1* konnte man vereinnahmen, weil dort die Nähe zum klassischen Rock noch erkennbar war. Aber bei der Berliner Band *Darkland* zum Beispiel, die komplett auf Englisch sozialismuskritische Texte sang und schrie: „40 Years For Nothing“, da war das vorbei. Das wurde im Frühjahr 1989 aufgenommen – also wenige Wochen vor dem Mauerfall. Das zeigt, wie brüchig die Kontrolle zumindest im Berliner Raum längst war und wie groß die Freiräume waren.

Ein Beispiel zum Professionalisierungsgrad: Nach dem Mauerfall trafen ostdeutsche Bands bei gemeinsamen Konzerten auf westdeutsche Kolleg_innen – und nicht wenige Westmusiker waren beeindruckt, ja fast neidisch, weil die Ostbands technisch so unglaublich gut waren. Sie beherrschten ihr Handwerk – Instrumente, Gesang, Arrangement – auf einem extrem hohen Niveau, während manche, sogar Profis, aus dem damals kapitalistischen Raum das nicht so gut konnten.

Dr. Martin Breternitz: Auch mit Jazz konnten viele Funktionär_innen persönlich wenig anfangen – aber die Szene war inzwischen so stark organisiert, dass sie Einfluss gewann. Was die Stasi an Zersetzung konnte, das konnten die Jazzer_innen auch: Immer mehr von ihnen arbeiteten in staatlichen Institutionen, etwa in den Bezirkskommissionen für Unterhaltungskunst, die sich auch auf der überbezirklichen Ebene ganz stark für gewerkschaftliche Aspekte einsetzten – so weit, dass Ende der 1980er Jahre fast eine neue Honorarkategorie eingeführt worden wäre, fast gleichrangig mit der für „ernste Musik“.

Das zeigt: Die Szene hatte so viel Kraft, so viel Wirkungsmacht, dass sie sagen konnte: Wir brauchen noch mehr Geld. Denn es gab für viele Akteur_innen wahnsinnig viel Geld. Das soll nicht heißen, dass es keine Repression gab – ganz im Gegenteil –, aber das Geld war da, das ist nachweisbar.

Zur Fankultur: Die Platten, die man aus dem Ausland ja nicht haben durfte, kosteten dementsprechend viel Geld. Im Jazz hatten viele Fans in den 1970ern früh angefangen, Ende der 1980er waren sie 20 Jahre älter und hatten etwas mehr Geld zur Verfügung. Aber war man noch in der Ausbildung, hatte man nur eine kleinere Summe zur Verfügung; davon fuhr man am Wochenende auf Konzerte. Das Reisen konnte man günstig gestalten – mit Trampen oder anderen Möglichkeiten. Schlafen konnte man bei Freund_innen. Die Eintrittspreise zu Konzerten waren im Wesentlichen subventioniert. Sehr teuer waren sie also nicht, es sei denn, man ging auf ein größeres Festival, da kostete es etwas mehr.



Frage aus dem Publikum

Ein wesentlicher Kostenfaktor war die Technik: Abspielgeräte, Geräte zum Vervielfältigen, gute Boxen und Schallplatten. Dazu habe nun auch ich eine Anekdote: Ein Jazz-Fan aus Nordhausen – Informatikstudent und großer Zappa-Fan, bis heute – fuhr am Wochenende mal wieder auf ein Konzert. Im Zug bot ihm ein fahrender Händler, den er kannte, denn man kannte einander in der Szene, eine ganz seltene Zappa-Doppelplatte an. 800 Mark. Das war mehr als sein Monatsverdienst. Hat er sich natürlich gekauft. Das Wochenende war finanziell gelaufen – aber er hatte die Platte in der Tasche.

Cornelia Bruhn: Vielen Dank! Dann machen wir mit Fragen weiter.

Frage aus dem Publikum: Wie haben sich die verschiedenen Szenen gegenseitig wahrgenommen? Wie haben sie aufeinander reagiert? Und wenn man wusste, die einen bekommen Geld und können sich etablieren, die anderen geraten schneller in den Fokus der Stasi: Gab es Solidarität untereinander? Wie haben die Älteren mit den Jüngeren interagiert?

Frage aus dem Publikum: Wer hat aus Ihrer Sicht die Repression eigentlich ausgeübt: die Volkspolizei, die Staatssicherheit oder gab es da gar keine klare Trennung?

Prof. Dr. Michael Rauhut: Zur ersten Frage: Die DDR hat das Phänomen der Jugendkulturen ja nicht erfunden. Das ist international. Jugendliche suchen nach Identität, nach Gleichgesinnten, man grenzt sich ab. Im Westen wurde das sehr

schnell kommerziell vereinnahmt; damit wurde rebellischen Jugendkulturen der Stachel, der Giftzahn gezogen. In der DDR war eher der Staat der Gegenspieler. Die Szenen grenzten sich nicht total voneinander ab, so wie das in den Ursprungsländern üblich war.

Es ging sogar so weit, dass manche Bands in der DDR unterschiedliche Jugendkulturen bespielten. *Freygang* zum Beispiel hatten als Bluesband angefangen und waren auch ziemlich blueslastig, aber da sie sich zunehmend an der Band *Ton Steine Scherben* orientierten, zogen sie bald ein Punkpublikum an. Die Szenen vermischten sich also. Auch bei den Bluesmessen waren irgendwann Punks dabei – auch aus der Not heraus: Für diese alternativen Kulturen gab es anfangs nur eine kleine Öffentlichkeit, nämlich in privat geführten Kneipen und in der evangelischen Kirche. Natürlich lästerte man übereinander. Die Punks meinten, Blueser seien alte Hippies, die den Zug der Zeit verpasst hätten. Der Blueser dagegen tat Punk als Lärm ab. Aber aus pragmatischen Gründen fand man auch zusammen. Das war ein Spezifikum der DDR. Kannst du das bestätigen, Anne?

Anne Hahn: Ja, das kann ich bestätigen – aber es war regional sehr unterschiedlich. In Erfurt zum Beispiel gab es eine unglaublich starke „Kuttenfraktion“, also Blueser – da bekam man als Punk auch schnell mal auf die Fresse, hielt sich zurück oder wurde ausgegrenzt. In Jena dagegen verstanden sich die Punks gut mit den Bluesern und Langhaarigen. Dort gab es eine Hinterhof-Production: Ein Sozialdiakon hatte ein selbstgebautes Studio, nahm Bands auf – viele kostbare Aufnahmen ab Mitte der 1980er Jahre verdanken wir diesem Studio. Vertrieben wurden diese Tapes über Köfferchen-Verkauf bei Konzerten – da lief es ganz friedlich. In Rudolstadt waren Punks bei Festivals wie *Jugend 86* sehr präsent, da hat man sich gut verstanden. Gegen aufgebrauchte Bürger_innen und Bürgerwehren half man sich gegenseitig. Das habe ich erlebt: Wenn es zu Schlachten kam, standen Punks, Heavys, Blueser und Skins zusammen – dazu noch Knackis und „Sonstige“, die in dem Moment zusammenhielten. Wir waren vielleicht 20, die anderen 50 bis 60. Man half sich, stand einander bei, logisch.

Die Trennung kam für mich erst mit dem Erstarren der Skinhead-Szene und deren deutlich rechtsradikaler Ausrichtung – aber auch das war regional verschieden. In Magdeburg hielten wir bis '89 zusammen, in Berlin war die Szene schon gespalten. Dirk Moldt hat in seinem Buch *Zwischen Haß und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979–1986* gut beschrieben, wie es bei den Bluesmessen und verschiedenen Festivals zu vielen Begegnungen kam und was da so passiert ist. Aber ich habe auch pogende Langhaarige gesehen, die sagten „is das mal schön schnell!“ und Punk richtig gut fanden.

Prof. Dr. Michael Rauhut: Es gab auch eine starke Fluktuation von Bluesern zu

Metalheads in den 1980er Jahren. Ich kam 1984 von der Armee zurück – 18 Monate Grundwehrdienst – und plötzlich trugen meine alten Kumpels Lederwesten und nietenbesetzte Schaffnermützen: Die waren inzwischen Metalheads geworden. Der Blues war ihnen zu langweilig, antiquiert geworden; im Heavy Metal, der ja auch viele musikalische Parallelen zum Blues hat, fanden sie eine neue Heimstatt.

Anne Hahn: Zum zweiten Aspekt – K1/Stasi: Bei der Überwachung der Punks hatte ich den Eindruck, dass die Stasi das nicht sofort auf dem Schirm hatte, sondern eher die Kriminalpolizei. Die sammelte die Leute ein. Bei der Polizei gab es die Abteilung 1 – die „etwas primitivere Stasi“. Dort führte man Sondierungs- und Anwerbungsgespräche, sprach Belehrungen aus, verhängte Stadtverbote.

Erst mit Blick auf das große *Pfingsttreffen der Jugend sozialistischer Länder* 1983 bestellte man die Stasi zum „aufräumen“. Da gibt es so ein Dokument, in dem Mielke sinngemäß sagt: „Weg mit dem Unrat, wir müssen unsere Straßen von dem feindlich-negativen Unrat säubern, wenn die Welt zu Besuch kommt.“ Die Stasileute haben sich dann gezielt Songtexte besorgt, Kirchenkreise infiltriert, gefragt: Wie heißen die Bands, wer spielt mit, was singen die, wen können wir warum verhaften? 1983 schlug man zu: Die ersten etablierten Bands, die wirklich mal zwei, drei Auftritte hatten, wurden einkassiert; einige saßen teilweise anderthalb Jahre dafür.

Dr. Martin Breternitz: Aus der Jazzfanperspektive zur Frage der Wahrnehmung: In einer kleinen, abgeschlossenen Gesellschaft, in den Bezirken, den Städten, war man auf die Wahrnehmung von anderen angewiesen – jede Szene kannte die andere, man hörte, wer wo auftrat. Das ging gar nicht anders. Dazu meine zweite Anekdote: Sonneberg, ganz im Süden an der bayerischen Grenze. Ein Hardcore-Jazzfan gründete dort den Klub. Der hörte Blues, Rock, später auch Metal – alles, was er konnte, alles, was live da aufgetreten ist. Er wollte einfach Musik erleben – und das eint, aus meiner Sicht, diese Jugendkulturen: Musik live erleben und sich damit beschäftigen.

Zur zweiten Frage, ob Stasi oder Polizei: Für die Jazz-Szene war es ganz klar die Staatssicherheit; erstmal nicht unbedingt sichtbar, eher subkutan, aber wenn sichtbar, dann schon ganz weit: POZW, also „operative Vorgänge“, Ausbildungs- oder Studienverbot – Gründe eher nicht genannt. Polizei war selten dabei.

Prof. Dr. Wolf-Georg Zaddach: Für die Metals stimmt vieles davon ebenfalls. Wichtigste Bindung war immer die eigene Jugendkultur. Man suchte eher Kontakt zu Metal-Fans in Westdeutschland, schrieb Briefe bis in die USA – oft abgefangen – oder nach Polen und in die Tschechoslowakei, wo schon viel früher als in der DDR westliche Bands spielen konnten.

Regional gab es alles: In Weimar etwa, sagen Zeitzeug_innen, eine enge Vermengung mit Punks. In Berlin sah ich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eher eine Offenheit zur Skinhead-Szene; viele wechselten Ende der 1980er / Anfang der 1990er vom Metal zu den Skins. Das hing auch mit der Fußball-Hooligan-Kultur zusammen, die viel mit Metal zu tun hatte. Der große „Feind“ waren die sogenannten Popper – also die Fans von Depeche Mode und Mainstream-Pop. Mit denen prügelte man sich tatsächlich.

Zur zweiten Frage: beides – Volkspolizei und MfS. Viele Schikanen durch die Volkspolizei. Eine Anekdote: Man will zum Konzert, muss den Zug kriegen; direkt vor der Haustür dann eine Ausweiskontrolle – Zug verpasst. Damals gab es noch keinen so regelmäßigen Takt, also verpasste man das Konzert. So was war typisch.

Cornelia Bruhn: Stichwort „Zug kriegen“ – das ist ein gutes Schlusswort. Ich bedanke mich ganz herzlich bei unseren Referent_innen für diesen lebendigen, vielschichtigen Einblick in die Musikszene der DDR.

ABENDVERANSTALTUNG

in der Gedenkstätten Bautzen mit Günter „Baby“ Sommer, Schlagzeuger und Percussionist, legendärer DDR Free Jazzler der ersten Stunde



PODIUMSDISKUSSION

Auf der „schiefen Bahn“: Abweichung und Haft

Dr. Steffi Brüning, Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Dr. Konstantin Neumann

Moderation: **Dr. Nancy Aris**

Dr. Nancy Aris: Herzlich willkommen zu unserem Podium, auf dem wir eigentlich gern zu fünf sitzen würden. Doch die im Programm angekündigte Mitarbeiterin der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau musste krankheitsbedingt leider kurzfristig absagen.

Beim ersten Lesen des Titels *Auf der „schiefen Bahn“ – Abweichung und Haft* war ich kurz irritiert. „Auf die schiefe Bahn“ geraten Menschen, die „vom rechten Weg abkommen“ – und ich habe mich gefragt, ob man mit so einem Titel nicht ungewollt die Sichtweise der DDR-Oberen weiterführt. Denn eigentlich ist ja die Frage, ob nicht das politische System auf der schiefen Bahn war, weil es keine Abweichungen, keine soziale Vielfalt duldet und auch die individuelle Freiheit systematisch unterdrückt. Wir wollen den Blick deshalb umdrehen und fragen: Was galt in der DDR als abweichend – und was erzählt uns das über Macht, Kontrolle und Angst in der DDR? Wir sprechen über Menschen, die als abweichend stigmatisiert wurden, Repressionen erfuhren und mitunter in Haft kamen. Ich freue mich, dass wir auf diesem Podium ausgewiesene Fachleute versammeln und damit wissenschaftliche und erinnerungspolitische Perspektiven aufzeigen können.

Dr. Steffi Brüning, Historikerin und Politikwissenschaftlerin, leitet die Dokumentations- und Gedenkstätte ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt Rostock. Sie hat sich wissenschaftlich intensiv mit dem Themenfeld „Prostitution in der DDR“ befasst, darüber hat sie ihre Masterarbeit und ihre Promotion geschrieben. Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Historiker, ist einer der profiliertesten Forscher zur Geschichte der DDR. Er leitete bis vor Kurzem das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, ist dort jetzt affiliierter Wissenschaftler und analysiert unter anderem autoritäre Regime, soziale Kontrolle sowie das Label „Asozialität“, das in der DDR sehr unterschiedlich verwendet wurde. Dr. Konstantin Neumann, Historiker und Kommunikationswissenschaftler, arbeitete im Forschungsverbund Landschaften der Verfolgung und war Doktorand am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. In seiner Dissertation untersuchte er die staatliche Verfolgung von Deserteuren in der DDR – ein Feld, in dem Disziplinierung, Abschreckung und ideologische Kontrolle besonders ver-



Dr. Nancy Aris, Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Dr. Steffi Brüning, Dr. Konstantin Neumann (v.l.n.r.)

dichtet waren. Herr Prof. Lindenberger, Sie haben sich viel mit Herrschaftspraxis in Diktaturen beschäftigt – mit repressiven Strategien ebenso wie mit Handlungsspielräumen, sei es in Form von Eigensinn, Opposition oder auch Abweichung. Wie definierte die staatliche Politik in der DDR „Abweichung“? Gab es dafür klare Vorstellungen? Waren diese festgefügt oder eher fluide? Und: Was verstand man in der DDR unter „asozial“? War das deckungsgleich mit dem Begriff im Nationalsozialismus – oder hat sich das im Lauf der 40 Jahre DDR verändert?

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Vielen Dank. Ich habe auch ein bisschen gestutzt, als ich „Abweichung“ gelesen habe – allerdings aus wissenschaftlicher Perspektive: In der modernen, liberalen Kriminologie ist „abweichendes Verhalten“ ein herrschaftskritischer Begriff, Stichwort Etikettierungsansatz. Abweichung wird durch Regeln definiert – ohne Regel keine Abweichung. Die kritische Kriminologie sagt: Wir erzeugen die „Abweichler“ durch die Regel. Das sind keine festen Kategorien, sondern sie sind fluide.

Daraus entstand eine sehr kritische Kriminologie. Es ist schwer, sich vorzustellen, dass die DDR-Oberen diesen konstruktivistischen Ansatz akzeptiert hätten. Sie hatten klare Vorstellungen, wer „drin“ ist und wer „draußen“ – und hätten einen Etikettierungsansatz nie für sich gelten lassen. Insofern gilt: Wenn wir „Abweichung“ sagen, verwenden wir den Begriff in unserem kritischen Sinn, das war nicht die Redeweise der DDR-Oberen. Trotzdem haben sie Abweichung

selbstverständlich verfolgt. Und um das zu verstehen, kann man vielleicht auf ein anderes Modell zurückgreifen – eines aus der Statistik. Sie kennen wahrscheinlich alle die Normalverteilung von Carl Friedrich Gauß, dem berühmten Mathematiker aus der Zeit um 1800. Diese zeigt, vereinfacht gesagt, wie sich messbare Eigenschaften etwa in einer Bevölkerung verteilen. Wenn man sich das als Kurve vorstellt, dann finden sich am rechten Rand die sogenannten Overachiever – also diejenigen, die besonders hohe Werte haben. Am linken Rand dagegen die Underachiever – die mit den niedrigen Werten.

Nun stellen wir uns eine solche Kurve einmal für das Maß an Übereinstimmung mit den Regeln, Normen und Erwartungen im DDR-Alltag vor. Also: Wie sehr passen die Bürger_innen in das System hinein? In der Mitte – also im „dicken Bauch“ der Kurve – ist die große Mehrheit. Das sind die Leute, die irgendwie mit diesem System klarkommen, die sich halbwegs konfliktfrei darin bewegen.

Dann gibt es am rechten Rand die Minderheit der Übererfüllenden – die besonders Angepassten, die 100 oder 150 Prozent geben, also die Parteilite, Funktionär_innen, Aktivist_innen. Und am linken Rand stehen diejenigen, die nicht ganz dazugehören – bewusst oder unbewusst, die sich schwerer einfügen oder sich schlicht verweigern: auch sie eine Minderheit. Das ist dann die statistische Abweichung nach unten.

Solche Ränder gibt es in jeder Gesellschaft. Alle Gesellschaften und politischen Systeme haben Erwartungen an „normgerechtes“ Verhalten – und es gibt immer eine Minderheit, die nicht so recht hineinpasst, und eine Minderheit, die übermäßig konform ist. Der entscheidende Punkt ist: Wie gehen politische Regime mit diesen Rändern um? Sind sie tolerant, inklusiv, lassen sie minoritäre Lebensweisen zu? Oder ziehen sie strikte Grenzen? Erkennen sie Vielfalt an – etwa verschiedene geschlechtliche Identitäten, wie das heute in westlichen Gesellschaften zunehmend der Fall ist – oder lehnen sie das strikt ab?

Der SED-Staat war ein Regime, das besonders strikte Grenzen zog. Die Voraussetzungen, „permissiv“ – also „erlaubend“ – mit abweichenden Lebensweisen umzugehen, waren denkbar schlecht. Das hing mit seiner Ideologie zusammen. Das wissen Sie alle: Das zentrale Dogma lautete: Gesellschaft und Staat sind eins. Der Staat wird von der Arbeiterklasse geführt, die eine historische Mission erfüllt – den Aufbau des Sozialismus. Diese Mission anzuführen, ist das privilegierte Vorrecht der Partei der Arbeiterklasse; um es ganz genau zu sagen: das Privileg ihrer obersten Führung, und dies im engen Bündnis mit der Sowjetunion. Alles andere hatte sich dieser Logik unterzuordnen. Wo davon abgewichen wurde, da schrillten die Alarmglocken – auch in diesem Grenzbereich der Gesellschaft, um den es uns hier geht.

Wenn man sich mit der Asozialitätsthematik in der DDR beschäftigt, muss man sich speziell für diejenigen interessieren, die in diesem Grenzbereich lebten, ihren Alltag dort gestalteten – nicht unbedingt aus bewusster Opposition, sondern oft, weil ihre Lebensumstände schwierig waren, weil Krisen, Brüche, persönliche Probleme sie an den Rand der Gesellschaft führten.

Und da kommt das Motiv der „schiefen Bahn“ ins Spiel. Ich fand die Umkehrung der Perspektive, die Frau Aris vorhin angesprochen hat, sehr treffend: Ist nicht vielleicht das ganze Gemeinwesen, oder zumindest seine politische Führung, auf die schiefe Bahn geraten? Diese Umdrehung ist hilfreich.

Aber: Man darf nicht ausblenden, dass es natürlich Menschen gab – Familien, Einzelne –, die materiell, sozial, psychisch am unteren Rand standen, die mit dem Leben in der DDR nicht klarkamen. Und das war in einem Staat, der auf Totalinklusion zielte, ein Problem. Denn wer sich nicht fügte, stellte die Ordnung infrage.

Das Hauptkriterium für Zugehörigkeit, gewissermaßen der Garant für Inklusion, war die Arbeit. Wer arbeitete, und vor allem in einem staatssozialistisch kontrollierten Beschäftigungsverhältnis stand, hatte gute Chancen, anerkannt zu werden, selbst wenn er oder sie sonst „Unzulänglichkeiten“ zeigte. Wer aber keiner geregelten Arbeit nachging, der hatte ein echtes Problem.

Um das juristisch greifbar zu machen, schuf die SED – genauer gesagt: die von ihr kontrollierte Volkskammer – 1968 einen Paragraphen, der in der deutschen Rechtsgeschichte ziemlich einmalig ist. Ich lese ihn kurz vor:

§ 249 StGB der DDR – Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten

Wer das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Ordnung dadurch gefährdet, dass er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit hartnäckig entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist, oder wer der Prostitution nachgeht oder wer sich auf andere unlautere Weise Mittel zum Unterhalt verschafft, wird mit Verurteilung auf Bewährung oder mit Haftstrafe, Arbeits-erziehung oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft. Zusätzlich kann auf Aufenthaltsbeschränkung und auf staatliche Kontroll- und Erziehungsaufsicht erkannt werden.

Wer genau hingehört hat, merkt: Das ist ein Text voller ungenauer, schwammiger Begriffe, mit denen man als Richter oder Staatsanwalt enorm viel anfangen konnte – und auch als jemand, der drohen wollte.

„Aufenthaltsbeschränkung“ – das hieß: Du darfst deinen Kreis nicht verlassen. „Staatliche Kontroll- und Erziehungsaufsicht“ – das konnte bedeuten, dass



Dr. Nancy Aris

regelmäßig jemand bei dir vorbeikommt, nachsieht, ob deine Wohnung ordentlich ist, ob du pünktlich aufstehst, ob du arbeitest. Ein Gummiparagraph par excellence – mit beträchtlichen Folgen für viele Menschen in der DDR.

Dr. Nancy Aris: Vielen Dank, Herr Lindenberger. Frau Dr. Brüning, Sie beschäftigen sich seit vielen Jahren mit dem Thema Prostitution in der DDR – ein Forschungsfeld, das nach wie vor ein Nischenthema ist. Wie passt Prostitution in das von Herrn Lindenberger beschriebene Bild der „Ränder“? Und wie fügt sich das mit dem eben zitierten sogenannten Asozialen-Paragraphen 249 StGB zusammen? Vielleicht erzählen Sie uns kurz etwas über Ihren Forschungsgegenstand: Wie kann man sich Prostitution in der DDR vorstellen – in einem Staat, der offiziell behauptete, es gebe sie gar nicht? Und noch spannender vielleicht: Wie sah die staatliche Einflussnahme auf das aus, was man das „älteste Gewerbe der Welt“ nennt?

Dr. Steffi Brüning: Danke an Herrn Lindenberger für die großartige Einführung, die mir schon einiges abgenommen hat. Sie haben den Paragraphen 249 StGB ja gerade vorgelesen: Prostitution gehörte ab 1968 explizit zum Verständnis von „Asozialität“. Das war auch mein Ausgangspunkt. Ich habe meine Forschung also mit dem Jahr 1968 begonnen, weil Prostitution ab da strafrechtlich relevant wurde – und fand am Ende, dass sie für die SED so etwas wie eine Negativfolie war. Prostitution war das Gegenteil der sozialistischen Vorstellung von „gesell-

schaftlich nützlicher Arbeit“. Das sieht man wunderbar in der Logik des Paragraphen: Da werden Arbeitsscheu, Prostitution und unlautere Mittel zur Existenzsicherung in einem Atemzug genannt.

Ich habe mich in meiner Arbeit auf drei Städte konzentriert: Rostock, Berlin und Leipzig. Rostock als Hafenstadt war natürlich besonders interessant – wegen des internationalen Publikums, der Seeleute, der Handelsbeziehungen. Berlin war als Hauptstadt das Schaufenster der DDR, sollte also „glänzen“ und moralisch vorbildlich wirken. Und Leipzig wiederum war wegen der Leipziger Messe ein wichtiger Untersuchungsort, weil dort viele Menschen aus dem Ausland zusammenkamen. Ich wollte also ein möglichst breites, differenziertes Bild bekommen.

Mich hat zweierlei interessiert: Erstens, wie staatliche Institutionen versuchten, in dieses Feld einzugreifen – also Polizei, Justiz, Gesundheitsbehörden, Stasi. Und zweitens, wie die betroffenen Frauen selbst reagierten – welche Strategien sie entwickelten, um mit Kontrolle und Repression umzugehen.

Was mir wichtig ist zu betonen: Ich habe mich im Verlauf der Arbeit bewusst entschieden, Prostitution als eine Form von Arbeit zu begreifen. Das heißt nicht, dass es dabei keine Ausbeutung oder Gewalt gegeben hätte – selbstverständlich kam das vor. Aber viele Frauen haben das, was sie taten, selbst als Arbeit verstanden und so auch ausgeübt.

Ich habe mich auf weiblich-heterosexuelle Prostitution konzentriert – also Frauen, die sexuelle Dienstleistungen anbieten, und Männer als Kundschaft. Und wenn Sie fragen, wie Prostitution in der DDR aussah – das ist eine schwierige Frage. Denn obwohl es sie offiziell nicht geben durfte, existierten im Grunde alle Formen, die wir auch heute kennen: vom Luxus-Segment – was wir heute als Escort-Service bezeichnen würden – bis hin zur Straßenprostitution, wo Armut und Sucht eine große Rolle spielten, vor allem Alkohol. Die Preisspanne für sexuelle Dienstleistungen war entsprechend groß.

Ich gehe davon aus, dass Prostitution vor allem in Städten stattfand. Aber auch Frauen aus ländlichen Regionen waren aktiv – sie fuhren in die Städte, waren also mobil. Und diese Mobilität war für den Staat ein Problem: Frauen, die sich frei bewegten, eigene Entscheidungen trafen, nicht greifbar waren, die man nicht mehr so leicht kontrollieren konnte.

Nach dem Verbot 1968 versuchten verschiedene staatliche Stellen, auf unterschiedlichen Ebenen einzugreifen. Zum einen gab es eine gesundheitspolitische Komponente: sexuell übertragbare Krankheiten. Nach dem Krieg waren die Zahlen hoch, und die staatlichen Stellen konzentrierten sich von Beginn an auf Frauen, denen man eine „sexuelle Freizügigkeit“ unterstellte – das musste nicht immer Prostitution sein. In dem Zusammenhang tauchte der Begriff der „HWG-

Person“ auf – also einer „Person mit häufig wechselnden Geschlechtspartnern“. Wer genau darunter fiel, wurde nie eindeutig mit klaren Kriterien definiert. In den Quellen findet man alles: Eine Fürsorgerin sagte einmal, „wenn eine Frau mehr als drei Sexualpartner im Monat hatte, dann könnte man sie schon dazu zählen“. Das zeigt, wie willkürlich das Ganze war. Gestern kamen ja auch schon die geschlossenen Venerologischen Stationen zur Sprache – also die Zwangseinzweisungen zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten.

Dann spielte natürlich das Strafrecht eine große Rolle – über den Paragraphen 249 StGB wurden Frauen kriminalisiert, verurteilt, in Haft gebracht. Allerdings wurde der Begriff Prostitution in den Akten erstaunlich selten verwendet, selbst in internen staatlichen Quellen. Man sprach lieber von „arbeitsscheuem Verhalten“ oder „unmoralischer Lebensweise“. Prostitution wurde also nicht nur aus der Öffentlichkeit, sondern auch aus den Akten getilgt. Was Herr Lindenberger vorhin als „schwammig“, als vage beschrieben hat, gilt hier ganz besonders.

Ein weiterer wichtiger Akteur war das Ministerium für Staatssicherheit, das den Handlungen, Prostitution verschwinden zu lassen, häufig widersprochen hat – weil Frauen, die in diesem Milieu unterwegs waren, für sie interessant waren: als potenzielle Informantinnen. Sie wurden sehr häufig als inoffizielle Mitarbeiterinnen angeworben – in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen.

Und noch ein Punkt zur Quellenlage: Ich konnte vor allem Akten zu Frauen untersuchen, die Kontakt zu westlichen Männern hatten – zu Diplomaten, Journalisten, Geschäftsleuten, die regelmäßig einreisten. Das heißt nicht, dass es keine Inner-DDR-Prostitution gab, aber darüber gibt es viel weniger Akten – ich habe vor allem Stasi-Akten genutzt. Und das MfS interessierte sich eben in erster Linie für Kontakte in den Westen – entsprechend einseitig sind die Informationen.

Dr. Nancy Aris: Ich würde vielleicht trotzdem noch einmal nachfragen, denn so ganz konkret können wir uns das, glaube ich, alle nicht vorstellen. Es gab ja kein Internet, keine *Gelben Seiten*, wo man hätte nachschauen können – also: Wie kam der Kunde überhaupt zur Prostituierten? Und damit hängt ja dann auch der staatliche Zugriff zusammen. Wenn das alles so unter dem Radar lief, war es ja sicher auch für die Staatssicherheit schwierig, das alles zu kontrollieren. Können Sie uns das ein bisschen anschaulicher machen – beispielsweise wie man sich getroffen hat?

Dr. Steffi Brüning: Sehr gern. Ich habe aus der Prostitutionsgeschichte gelernt: Frauen und Kunden finden immer zueinander – das war in der DDR nicht anders. In Städten wie Rostock, Berlin oder Leipzig gab es bestimmte Bars und Kneipen, in denen solche Kontakte angebahnt wurden – also schon im öffentlichen Raum. Die Kunden gaben das untereinander auch weiter. Männer, die re-

gelmäßig reisten, wussten, wo sie hingehen mussten. Nehmen wir Rostock: Dort spielten die Seeleute eine große Rolle, und die gaben die entsprechenden Informationen auch untereinander weiter. Die Frauen haben sich ebenfalls informiert. Auch Taxifahrer spielten eine Rolle.

Mich hat beeindruckt, wie professionell und organisiert Frauen Prostitution in der DDR betrieben – gerade weil sie verboten war. Sie bildeten Netzwerke, die oft über Städte hinausgingen, hielten Kontakt, tauschten Informationen aus. In manchen Lokalen, Bars, Restaurants gab es Tische, die intern bekannt waren als Orte der Kontaktaufnahme.

Die Kellner spielten dabei eine wichtige Rolle. Sie ließen bestimmte Frauen bevorzugt hinein, reservierten ihnen Plätze oder gaben unauffällig Hinweise. Sie und andere waren Nutznießer, denn sie bekamen ein höheres Trinkgeld, die Frauen sorgten mit den Kunden zusammen für guten Umsatz, das war ein stillschweigendes Geben und Nehmen.

Wenn der erste Kontakt hergestellt war, verlagerte sich das Geschehen in der Regel in private Wohnungen. Es gab keine Bordelle, keine offiziellen Einrichtungen, keine geschützten Räume. Also nutzten die Frauen für die sexuellen Dienstleistungen ihre eigenen Wohnungen, die Wohnungen anderer Frauen oder von weiteren Nutznießern.

Das Ganze war also ein komplexes Netzwerk, an dem ziemlich viele beteiligt waren, und allen lag daran, dass es unter dem Radar blieb.

Dr. Nancy Aris: Vielen Dank! Dann kommen wir jetzt zu einem ganz anderen Feld von „Abweichung“. Herr Neumann, Sie erforschen die Bestrafung von NVA-Deserteuren – also von jungen Männern, die sich dem Wehrdienst entzogen haben. Das war ja eine besonders drastische Form der Normabweichung. Können Sie uns schildern, wie die DDR mit diesen Männern umging? Und vor allem: Wie ließ sich das mit der Selbstbeschreibung der DDR als „sozialistischer Friedensstaat“ vereinbaren? Wie wurde das ideologisch gerechtfertigt?

Dr. Konstantin Neumann: Das ging in der Logik der DDR tatsächlich erstaunlich gut ineinander. Vielleicht muss man vorwegschicken: Die Nationale Volksarmee (NVA) war keine normale Armee zur Landesverteidigung, sondern eine Parteiarmee – ein Instrument zum Machterhalt der SED. Da es keine freien Wahlen gab, waren die bewaffneten Organe – also Armee, Polizei, Staatssicherheit – die eigentliche Legitimationsstütze des Regimes. Besonders die Grenztruppen waren entscheidend: Ohne sie hätte das System schlicht nicht funktioniert, hätte der sozialistische Staat überhaupt nicht existieren können. Entsprechend groß war ihre symbolische und politische Bedeutung. Das spiegelte sich in der Argumentation der Justiz wider: In Urteilen und Gesetzeskommentaren wird Deserteuren nicht nur ein Militärdelikt vorgeworfen, sondern

immer auch, dass sie den sozialistischen Staat verraten. Manchmal liest man in besonders drastischen Urteilen, ein einzelner Deserteur habe „den Weltfrieden gefährdet“ oder „den Dritten Weltkrieg heraufbeschwören können“. Das klingt heute absurd, war aber Ausdruck eines festen Narrativs: Der Deserteur ist ein Verräter am Sozialismus, ein Feind des Friedens.

Das passt in die Logik des sogenannten „Friedensstaates DDR“, in dem der Friede bewaffnet sein musste. Die Gesellschaft war vollständig militarisiert – der Erfassungs- und Mobilisierungsgrad der Bevölkerung war höher als in jedem anderen Ostblockland, sogar höher als in der Sowjetunion. Militarisierung begann schon im Kindergarten: Kinder sangen Lieder wie „Wenn ich groß bin, geh ich zur Volksarmee“. Vor diesem Hintergrund war Fahnenflucht eines der schwersten Delikte überhaupt. Der Staat reagierte mit umfassender harter Repression. Bei Fahnenflucht war nicht nur der Versuch strafbar, sondern auch die Vorbereitung.

Diese Vorbereitung wurde sehr weit ausgelegt: Es genügte oft schon, wenn jemand in einem – abgefangenen – Brief Fluchtabsichten andeutete oder ein Informant etwas meldete. Objektiv war noch gar nichts passiert – und man konnte trotzdem die volle Strafbarkeit erreicht haben. Für ein sogenanntes Gedankenverbrechen. Dazu kamen Strafverschärfungen: Wenn die Flucht ins Ausland führen sollte – was ja das einzig Sinnvolle war –, galt das als „Fahnenflucht im schweren Fall“. Dafür drohten mindestens zwei Jahre Freiheitsstrafe.

In meiner Forschung – meine Doktorarbeit entstand im Rahmen des Projekts *Landschaften der Verfolgung* – haben wir die zentralen MfS-Karteien zu Ermittlungsverfahren von 1963 bis 1989 ausgewertet. Der Medianwert aller Strafen für Fahnenflucht lag bei vier Jahren. Viele bekamen also fünf, sechs oder mehr Jahre. Zum Vergleich: In der gesamten MfS-Kartei lag der Großteil der Strafen bei bis zu zwei Jahren. Die Strafen für Deserteure waren also außergewöhnlich hoch. Das lag auch daran, dass viele Parallelverurteilungen hinzukamen: Etwa die Hälfte aller Deserteure wurde zusätzlich wegen Spionage, rund ein Viertel wegen „Terror“ angeklagt.

Warum Spionage? – Das hing mit einer besonderen Rechtsauffassung zusammen, die bis 1979 galt. Da brauchte es keinen realen Kontakt zum Westen. Die bloße Vorstellung reichte: Wenn jemand geflohen wäre, hätte er im Westen, im Aufnahmelager, befragt werden können und hätte dabei möglicherweise Informationen verraten. Allein diese hypothetische Annahme genügte. Der Gedankengang lautete also: Wer flieht, nimmt billigend in Kauf, zum Spion zu werden. Und Spionage war bis 1987 mit der Todesstrafe bedroht. Das zeigt, mit welcher Drohkulisse die Ermittler arbeiteten – und erklärt auch, warum viele Angeklagte „freiwillig“ gestanden: Eine jahrelange Haftstrafe erschien oft als das kleinere Übel im Vergleich zu dem, womit man ihnen drohte.



Dr. Konstantin Neumann

Zum Terror muss man erklären: Der Terror-Paragraph war ursprünglich dafür gedacht, schwere Gewaltverbrechen zu bestrafen – also Handlungen, die „die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen“. In der DDR-Rechtsauffassung wurde dieser Paragraph sehr weit ausgelegt: Wenn jemand gewaltsam versuchte, die Grenze zu durchbrechen, galt das bereits als Terror. In dieser Fluchtvariante konnte also schon der Versuch, ein Fahrzeug zu entwenden – etwa einen Panzer oder einen LKW – und damit über die Grenze zu fahren, als terroristische Handlung gewertet werden. Und auch hier musste kein realer Versuch stattfinden – allein der Plan, die Idee, reichte schon, um als Terrorist verurteilt zu werden.

Ich habe in meinen Recherchen ein besonders krasses Beispiel gefunden: Ein Mann wurde wegen Terror verurteilt, weil er ein Messer bei sich hatte – nicht, um jemanden anzugreifen, sondern um sich bei einer möglichen Flucht gegen Hunde zu verteidigen oder vielleicht einen Maschendrahtzaun zu manipulieren. Das wurde als „Waffengewalt gegen die Grenzanlagen“ ausgelegt, also als Terror.

Das zeigt, wie flexibel – oder besser gesagt: willkürlich – der Staat mit solchen Kategorien umging. Wenn er wollte, konnte er das schwerste juristische Arsenal auffahren, um ein Exempel zu statuieren. Das verdeutlicht, welchen besonderen Stellenwert Fahnenflucht in der DDR hatte.

Dr. Nancy Aris: Haben Sie Zahlen, um uns eine Vorstellung zu geben? Wie viele Menschen wurden tatsächlich verurteilt oder sind desertiert?

Dr. Konstantin Neumann: Die Frage ist berechtigt – aber tatsächlich schwierig zu beantworten, weil es verschiedene statistische Ebenen gibt. In der zentralen MfS-Kartei, die ich ausgewertet habe – also für den Zeitraum 1963 bis 1989 – finden sich 1.111 verurteilte Deserteure, die in Stasi-Haftanstalten saßen. Das klingt zunächst nicht viel, aber man muss wissen: Es gab auch Verfahren, die nicht vom MfS, sondern von der Militärstaatsanwaltschaft geführt wurden. Diese Untersuchungsgefangenen saßen dann in Gefängnissen der Volkspolizei. Wenn man diese hinzunimmt, landet man in dem Zeitraum bei etwa 2.500 Verurteilungen.

Ein Problem ist außerdem die Erfassung in den Gerichtsstatistiken: Dort wird immer nur der schwerste Straftatbestand registriert. Viele Deserteure tauchen deshalb gar nicht als solche auf, weil sie in den Akten als „Spione“ oder „Terroristen“ geführt werden. Das verzerrt das Bild enorm. Hinzu kommt, dass verschiedene Institutionen unterschiedliche Zählweisen hatten – die Armee rechnete in Ausbildungsjahren, das MfS in Kalenderjahren. Entsprechend kursieren sehr unterschiedliche Zahlen.

Aber es gibt eine recht verlässliche Angabe der Hauptabteilung I des MfS, die für die bewaffneten Organe zuständig war. Die hat gezählt, wie viele erfolgreiche Fahnenfluchten es gegeben hat – also wie viele Soldaten tatsächlich über die Grenze kamen. Vom 1. Januar 1950 bis zum 2. Oktober 1989 registrierte man 10.795 erfolgreiche Fluchten. Und das wirklich Erstaunliche ist: Etwa ein Viertel dieser Männer kehrte später wieder in die DDR zurück – sehenden Auges. Denn diese sogenannten Rückkehrer wussten genau, was sie erwartete – Verhaftung, Verurteilung, Haft. Aber sie kamen trotzdem zurück, weil sie im Westen nicht zurechtkamen, weil sie Familie, Freunde, Heimat vermissten.

Und wichtig ist: Fahnenflucht verjährte nicht. Selbst Jahrzehnte später, wenn jemand zurückkehrte, wurde er sofort verhaftet. Es gab in der DDR zwar gelegentlich Amnestien für Republikflüchtlinge, aber nicht für Deserteure. Das zeigt aber auch, dass viele dieser Fahnenfluchten situativ erfolgten, nicht geplant. Es waren ja meist 18- bis 20-jährige Männer, oft unter Alkoholeinfluss, manchmal in emotionalen Krisen – Liebeskummer, Streit, Überforderung. Es waren also häufig Affekthandlungen, spontane Fluchten, die nicht durchdacht waren. Gerade in den 1960er Jahren gelang das durchaus noch, weil die Grenze damals noch nicht so massiv ausgebaut war. Manche stellten dann nüchtern fest, dass der Grund zu fliehen doch nicht so nachhaltig war, deshalb gab es viele, die zurückkamen – und natürlich besonders hart bestraft wurden, an ihnen wurde oft ein Exempel statuiert.

Dr. Nancy Aris: Das ist wirklich ein ganzer Kosmos, den Sie da aufmachen. Ich würde in einer zweiten Runde gern fragen, ob – bei aller Unterschiedlichkeit der Gruppen, über die wir sprechen – Sie auch verbindende Muster im Umgang mit abweichendem Verhalten erkennen. Herr Lindenberger, würden Sie sagen, Repression war in der DDR vor allem ein Disziplinierungsinstrument gegenüber Einzelnen – oder ging es der Staatsmacht grundsätzlich um die Herstellung ideologischer Homogenität in der Gesellschaft?

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Das ist bei diesem Asozialen-Paragrafen 249 StGB eine ganz zentrale Frage, man kann das eine nicht gegen das andere ausspielen. Denn wenn man definiert, wer nicht dazugehören darf, legt man automatisch auch fest, wer dazugehört. Auf der „guten Seite“ stehen also die, die ordentlich arbeiten, einem geregelten Erwerb nachkommen, die ihre Kinder so erziehen, dass keine Probleme auftreten – möglichst sozialistisch. Aber viele Familien konnten ihre Kinder auch so erziehen, dass sie zumindest keinen Stress bekamen. Natürlich dienten Disziplinierungsinstrumente wie dieser Paragraph auch der Selbstvergewisserung der Mehrheit: Wir sind die Guten, wir gehören dazu – die anderen nicht. Insofern hatte der Paragraph eine symbolische Funktion, aber er blieb nicht symbolisch. Er war ein massenhaft angewandtes juristisches Instrument.

Wir haben hier eben gehört, bei den Deserteuren waren es etwa 1.100 bis 2.500 Fälle insgesamt. Beim Asozialen-Paragrafen dagegen sprechen wir von mehreren Tausend Verurteilungen pro Jahr. Seit seiner Einführung wurde der Paragraph jährlich rund 4.000 Mal angewandt. Es gab Spitzenzeiten – etwa 1973, im Vorfeld der Weltfestspiele der Jugend, als man die Hauptstadt „besenrein“ machen wollte: Da wurden 14.000 Menschen nach diesem Paragraphen verurteilt. Ein weiterer Höhepunkt lag 1982, mit rund 12.000 Verurteilungen.

Und wenn man auf die Gefängnispopulation der späten DDR schaut, also Ende der 1980er Jahre, dann hatte etwa ein Viertel aller Inhaftierten den Tatbestand „Asozialität“ mit im Urteil stehen – oft kombiniert mit anderen Delikten. „Asozialität“ war fast nie ausschließlich der Grund. Die Verbindung mit anderen Straftaten war Teil der Stigmatisierung.

Dieser Paragraph war also ein zentraler Bestandteil der sozialen Disziplinierung – ein Werkzeug, mit dem die Grenzen zwischen „innen“ und „außen“, zwischen „normal“ und „abweichend“ gezogen und durchgesetzt wurden.

Er tauchte auch weit vor dem Gerichtssaal auf – in Jugendämtern, in der Fürsorge, bei der Polizei. Wenn Familien „auffällig“ wurden – die Wohnung unordentlich, die Kinder schwierig –, dann kam die Jugendhilfe, die prüfte und Auflagen machte: „Wenn Sie das in drei Monaten nicht in Ordnung bringen, kommt das Kind ins Heim.“ Und dann hieß es eben: „Das ist asoziales Verhalten.“ Und



Prof. Dr. Thomas Lindenberger

im Hintergrund stand immer dieser Paragraph, der es ermöglichte, das Ganze weiterzutreiben – von der Ermahnung bis hin zur Verurteilung. Das war im Grunde die Inszenierung der „schiefen Bahn“, wenn man so will, und sie hatte ganz konkrete Folgen.

Man darf nicht vergessen: Die DDR-Justiz war extrem haftstrafenfreudig. Wenn man die Inhaftierungsraten mit denen der Bundesrepublik vergleicht – also wie viele Menschen pro 100.000 Einwohner im Gefängnis saßen –, dann war das in der DDR das Drei-, Vier-, manchmal Fünffache.

Das zeigte sich auch in anderen Bereichen: In Forschungen, etwa im Umfeld der Jugendhilfe, stellt man fest, dass viele Menschen aus dieser „Klientel“ irgendwann Hafterfahrung hatten. In einer aktuellen Masterarbeit aus meinem Umfeld wurde deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit, in der DDR einmal im Gefängnis gewesen zu sein, für Jugendliche mit Fürsorgeerfahrung vier- bis fünfmal höher war als in Westdeutschland.

Und wenn man sich dann vergegenwärtigt, wie häufig der Asozialen-Paragraph in diesen Urteilen auftauchte, wird klar, dass er ein zentrales Instrument zur Disziplinierung war – nicht nur, um den sogenannten Normalbürger_innen zu zeigen, was moralisch akzeptabel ist, sondern auch, um die Betroffenen dauerhaft unter Druck zu setzen und sie moralisch zu stigmatisieren.

So etwas wie die heutige sogenannte akzeptierende Sozialarbeit – also: „Du

bist, wie du bist, und wir schauen, wie wir dich unterstützen können“ – gab es nicht. In der DDR galt ein striktes Schema: Entweder du bist gut oder böse. Wenn du nicht funktionierst, wenn du im Leben scheiterst, dann ist das dein moralisches Versagen, dann bist du ein schlechter Mensch – und jetzt wollen wir mal sehen, wie wir dich wieder hinkriegen.

Dr. Nancy Aris: Wie erfolgreich diese Drohgebärde mithilfe des Paragraphen 249 StGB war, hat ja gestern auch Anne Hahn ganz gut dargestellt. Sie erzählte davon, dass sie sofort irgendeinen Job finden musste, um nicht belangt zu werden, dass sie sich diese Gewerbekarte besorgen musste, um auf eigene Rechnung nähen und Sachen verkaufen zu dürfen. Und sie sprach davon, wie schnell sich das unter den Punks herumgesprochen hatte. Das war eine ganz gute Illustration für die Angst davor, unter diesen Paragraphen zu fallen.

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Genau, das war die passende Geschichte, die man zur Illustration braucht.

Dr. Nancy Aris: Frau Brüning, mich würde noch interessieren, ob Prostitution in der DDR eher aus moralischen Gründen verfolgt wurde – oder ob es da auch um ökonomische Kontrolle ging. Ging es vielleicht auch um Deutungshoheit, um die Angst des Staates vor Kontrollverlust? Sie hatten ja vorhin erwähnt, dass es auch Prostituierte gab, die als inoffizielle Mitarbeiterinnen der Staatssicherheit arbeiteten – zum Beispiel das Hotel Neptun in Warnemünde oder die Leipziger Buchmesse waren Hotspots dafür. Ging es der Stasi vielleicht auch darum, dass diese Frauen nicht nur auf eigene Rechnung arbeiteten, sondern auch eine eigene Agenda hatten, wenn sie mit westdeutschen Geschäftsreisenden zusammenkamen? Vielleicht einen ganz anderen Plan als die Stasi? „Honigfallen“ hießen diese Frauen glaube ich im Stasi-Jargon, oder?

Dr. Steffi Brüning: Das ist tatsächlich kein Begriff aus dem Stasi-Jargon, sondern eher ein umgangssprachlicher, der international verwendet wird – auch in Geheimdiensten anderer Staaten.

Zu Ihrer Frage: Ich glaube, man muss unterscheiden, von welcher Moral wir sprechen. Prostituierte verstießen in der DDR gleich gegen mehrere moralische Normen: Zum einen gegen die Arbeitsmoral, die Herr Lindenberger schon angesprochen hat – denn sie arbeiteten ja nicht im staatlich geregelten Arbeitsverhältnis. Und zum anderen gegen die Sexualmoral.

Die DDR gilt oft als ein Land, in dem sich eine „freie Sexualität“ etabliert hatte. Ich sehe das anders. In meiner Forschung habe ich mir unter anderem Aufklärungsbücher angesehen – vielleicht kennen einige noch Titel wie *Mann und Frau intim* oder *Denkst du schon an Liebe?* – und da wird sehr deutlich, welche Ansprüche der Staat an Frauen stellte.

Da ging es nämlich nicht um sexuelle Selbstbestimmung von Frauen, sondern

um den Aufbau monogamer, stabiler sexueller Beziehungen im Sinne der sozialistischen Familie. Dagegen haben Prostituierte natürlich verstoßen und sollten auch deswegen diszipliniert werden. Und was ich schon sagte: Frauen und gerade Frauen mit wechselnden Sexualpartnern galten als Überträgerinnen sexuell übertragbarer Krankheiten. Männer spielten in dieser Wahrnehmung kaum eine Rolle – die Frauen galten als diejenigen, die sie verbreiten.

Sie haben die Staatssicherheit erwähnt. Diese wollte natürlich verhindern, dass Frauen eine eigene Agenda entwickelten. Ich fand interessant, dass Frauen das dennoch taten. Bei dieser Gruppe von inoffiziellen Mitarbeiterinnen sieht man sehr deutlich, dass IM nicht nur willenlose Instrumente der Staatssicherheit waren, sondern durchaus eigene Pläne verfolgten – auch wenn sie dabei stets in der Unsicherheit lebten, nicht zu wissen, wie das Ministerium reagieren würde. Schaut man heute auf die Quellen, zeigt sich, dass Frauen versucht haben, sich in diesem System zurechtzufinden und handlungsfähig zu bleiben. Ihnen war bewusst, dass verschiedene Akteure auf sie blickten, und sie versuchten, sich entsprechend anzupassen.

Das ist überhaupt etwas, das mir in der Frauengeschichte immer wieder auffällt: Frauen zeigen oft eine große Flexibilität darin, sich verschiedenen Systemen anzupassen, um darin agieren zu können.

Bei den sogenannten Honigfallen fand ich besonders spannend, dass die Staatssicherheit sehr klar definieren wollte, zu welchem Mann Kontakt aufgebaut werden sollte – etwa zu einem bestimmten Diplomaten oder zu jemandem, der zur Leipziger Messe anreiste. Das bedeutete aber keineswegs, dass die Frauen das tatsächlich taten. Aus Sicht der Staatssicherheit scheiterte vieles von dem, was sie geplant hatte. Häufig wurde das Scheitern dem angeblichen Unvermögen der Frauen zugeschrieben – möglicherweise war es aber auch Teil einer Strategie dieser Frauen. Jetzt bin ich etwas abgeschweift ...

Dr. Nancy Aris: Ein wenig, aber es ist trotzdem interessant. Wir sind hier beim Bautzen-Forum, da wollen wir DDR-typische Phänomene herausarbeiten. Und Herr Neumann, bei Ihrem Thema habe ich mich gefragt: Wehrkraftzersetzung oder Desertion sind ja auch in anderen Gesellschaften Straftatbestände. Wie würden Sie das im Vergleich zur Bundesrepublik abgrenzen?

Dr. Konstantin Neumann: Fahnenflucht ist in jedem Staat der Welt eine schwere Straftat, auch in Rechtsstaaten. Aber – das haben wir bereits angedeutet – in der DDR wurde sie besonders stark politisch aufgeladen. Im Gesetzeskommentar heißt es, Fahnenflucht sei „vom Wesen her ein Treuebruch gegenüber dem sozialistischen Vaterland“. Sie wurde also nicht nur als Militärstrafat, sondern als Treuebruch verstanden.

Interessant ist, dass der Begriff „Treuebruch“ eine NS-Erfindung ist. Die DDR

knüpft mit ihrem Fahnenflucht-Paragrafen aktiv an den vorherigen an. Diese Vorstellung geht auf Erich Schwinge zurück, den Chefkomentator des Militärstrafgesetzbuches im Dritten Reich. Die DDR hat das übernommen und in ein sozialistisches Gewand gekleidet: Man nahm, was bereits existierte, und verpackte es ideologisch neu. Der Fahnenflucht-Paragraf lässt sich sogar bis 1872 zurückverfolgen. Die Ausgestaltung und Organisation der Militärjustiz orientierte sich hingegen stark am sowjetischen Vorbild.

Ich habe die Verurteilung von NVA-Deserteuren schlaglichtartig mit der Bundeswehr verglichen. Dort gibt es beispielsweise einen deutlich größeren Anteil an Bewährungsstrafen. Die Repression ist insgesamt weniger hart. Der Grundgedanke ist: Die Bundesregierung ist demokratisch legitimiert, und ein einzelner Deserteur stellt den Staat nicht in gleichem Maße infrage wie in der DDR. Dadurch kann der Staat geringere Strafen verhängen. Das ist ein Teil meines Erklärungsansatzes.

Ich habe bereits einige rechtliche Spezifika und strafpraktische Besonderheiten erläutert. Wenn man in Gerichtsurteile hineinschaut, stellt sich die Frage nach der Narration: Wie werden Ursachen erklärt? Denn das Ministerium für Staatssicherheit musste Delikte in sein eigenes Weltbild einordnen. Fahnenflucht wurde als intentionale Handlung betrachtet. Es reichte nicht aus, objektiv festzustellen, dass jemand über den Zaun geklettert ist – subjektiv musste nachgewiesen werden, dass die Person den Willen hatte, dauerhaft zu entweichen.

Hier kamen die Vernehmungsmethoden des MfS ins Spiel. Das stärkste Narrativ lautete: Westmedien. Westmedien seien die Ursache politisch-ideologischer Diversion. Vernehmer investierten viel Zeit, um nachzuweisen, dass der Deserteur Westradio gehört oder Westfernsehen geschaut hatte. Aus MfS-Perspektive hatten Fahnenfluchten immer ideologische Ursachen. Selbst wenn der Anlass ein Alkoholrausch oder eine Liebesbeziehung war, bestand die Aufgabe des Vernehmers darin, das politisch zu rahmen – etwa mithilfe des Westmedien-Narrativs.

Dr. Nancy Aris: Darf ich kurz einhaken? Gab es denn wirklich *nie* Fälle, in denen man gesagt hat: „Na ja, der war betrunken, das war ein Dummejungenstreich, wir lassen es gut sein“ – also ohne dieses ganze Prozedere mit Strafverfolgung und politischer Deutung? Schließlich waren das ja tatsächlich oft sehr junge Männer.

Dr. Konstantin Neumann: Das kann ich nur eingeschränkt beantworten, weil ich mich ja auf die Fälle konzentriert habe, die verurteilt wurden. Aber aus den Akten lässt sich ablesen, dass es vereinzelt solche Situationen gegeben hat. Einer meiner Fälle war ein junger Soldat, den es erst beim dritten Mal erwischt hat. Beim ersten und zweiten Mal konnte er sich noch herausreden – etwa, dass

er betrunken gewesen sei, sich „verlaufen“ habe oder aus Liebeskummer gehandelt habe. Erst beim dritten Mal wurde er verurteilt. Es gab also Fälle, in denen jemand sich „blau“ stellte und vorgab, gar nicht zu wissen, wie er in den Interzonenzug geraten sei. Bei vielen hat das nicht funktioniert, aber ab und zu gelang es. Wurde die Person dann beim zweiten Mal erwischt, griff man durch.

Interessanterweise fand ich in der bundesrepublikanischen Debatte das Argument, die Bundeswehr habe zwar ein Interesse an der schnellen Ergreifung eines flüchtigen Soldaten, nicht jedoch zwingend an einer Verurteilung – denn man wolle ihn wieder in das System integrieren. In der DDR hingegen war Fahnenflucht eine so schwere Straftat, dass ein „Schwamm drüber“ eigentlich ausgeschlossen war.

Etwas vom Thema abschweifend: Der Fahnenflucht-Paragraph wurde erst 1957/58 mit dem Strafrechtsergänzungsgesetz eingeführt. Die zuvor bestehenden bewaffneten Organe verfügten über keinen eigenen Fahnenflucht-Paragraphen. Es gab eine große Bandbreite an Reaktionsmöglichkeiten – von einer einfachen Disziplinarstrafe, wenn der Kompaniechef ein Auge zudrückte, bis hin zur Anwendung von Artikel 6 der DDR-Verfassung oder des Paragraphen 353b des Reichsstrafgesetzbuches (Verletzung des Amtsgeheimnisses). Typisch für junge Diktaturen war die fehlende Vorhersehbarkeit der Strafe: Man konnte ein Exempel statuieren oder vergleichsweise glimpflich davonkommen.

In meiner Stichprobe von 97 Personen, die wegen Fahnenflucht verurteilt wurden, befanden sich auch acht Zivilpersonen, die wegen Beihilfe zur Fahnenflucht verurteilt wurden, darunter vier Frauen. Hier zeigt sich ein ganz anderer Diskurs: Eine Frau, die über eine Brieffreundschaft Kontakt zu einem Deserteur hatte, sah sich beispielsweise dem Vorwurf der Prostitution nach HWG ausgesetzt. In den Vernehmungsprotokollen wurden Frauen – oft verklausuliert – zu ihrem Sexualverhalten befragt. Eine verhaftete 17-jährige Schülerin, die jüngste Person in meiner Stichprobe, wurde etwa gefragt, ob sie altersgerecht aufgeklärt worden sei oder wie ihr Verhältnis zum männlichen Geschlecht aussehe.

Hier spielte auf einmal die Sexualisierung von Kriminalität und die Kriminalisierung von Sexualität eine Rolle. Auch promiskuitives Verhalten von Soldaten wurde moralisch konnotiert. Der Sex von Deserteuren bekam eine sicherheitspolitische Bedeutung. Solche Moralvorstellungen flossen stark in die Bewertung ein.

Dr. Nancy Aris: Sie sehen, meine Damen und Herren, dass Themen, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun zu haben scheinen, doch miteinander verbunden sein können. Bevor wir die Diskussion für das Publikum öffnen, möchte ich eine letzte Runde starten. Der Blick in die Vergangenheit ist wichtig, aber auch der ins Heute. Mich würde interessieren: Wie sichtbar sind die Gruppen,



Dr. Steffi Brüning

über die wir gesprochen haben, in der heutigen Erinnerungskultur? Wer findet Gehör und wer nicht?

Auffällig finde ich, dass politische Häftlinge heute im öffentlichen Bewusstsein stark präsent sind, andere Gruppen hingegen weniger. Das hängt auch damit zusammen – das muss man dazusagen –, dass unter dem Paragraphen 249 StGB nicht nur Regimegegner inhaftiert wurden, sondern auch Menschen, die ihre Kinder brutalst vernachlässigt haben, Unterhaltspflichten nicht nachkamen oder kriminelle Delikte begingen. Es ist also komplex zu kategorisieren.

Aber dennoch interessiert mich: Frau Brüning, Sie sind Gedenkstättenleiterin – kommt dieses Thema bei Ihnen im Haus vor? Wenn Besuchergruppen kommen, gibt es da eine Hierarchisierung, und wie gehen Sie damit um?

Dr. Steffi Brüning: Ja, es gibt eine Hierarchisierung, und ich habe zunehmend den Eindruck, dass sich diese aktuell verändert – insbesondere mit Blick auf „Asozialität“. Wenn Gruppen in die Gedenkstätte kommen, frage ich als Erstes, was ihnen einfällt, wenn sie an die DDR denken. Das ist eine Standardfrage, sowohl bei Schüler_innen als auch bei Erwachsenen. Sehr häufig kommt dann: „Alle hatten Arbeit.“ Und sehr schnell befinden wir uns in einer Diskussion über „Asozialität“ als Straftatbestand, denn vielen ist gar nicht bewusst, dass es in

der DDR eine Arbeitspflicht gab. Ich bemerke zunehmend, dass manche Menschen das Verbot, nicht zu arbeiten, positiv bewerten – als etwas, das man heute wieder einführen sollte. Wenn man sich die öffentliche Debatte über Arbeit, Bürgergeld und ähnliche Themen der letzten Monate anschaut, merkt man, wie eng diese Fragen zusammenhängen. DDR-Geschichte kann hier ein Mittel sein, um konstruktiver darüber nachzudenken, was solche Forderungen bedeuten würden.

Ein weiterer Punkt betrifft Prostitution. Das ist ein sehr umkämpftes Thema, Prostitution ist auch heute unglaublich umstritten. In aktuellen Debatten wird immer wieder die Forderung laut, ein Verbot sei richtig und sinnvoll – die Frage ist lediglich, wen es treffen soll: die Kunden oder die Frauen. Das Thema verleitet viele Menschen sehr schnell dazu, bei Anekdoten stehenbleiben zu wollen. Wenn ich über Prostitution spreche, bekomme ich sehr viele unterschiedliche Fragen gestellt. Häufig geht es dabei um eine Fetischisierung oder etwas vermeintlich Skandalträchtiges.

Deshalb versuche ich, so sachlich wie möglich zu bleiben und möglichst wenige Anekdoten zu erzählen. Ich habe insbesondere in Zeiten journalistischer Anfragen gemerkt, dass die Fokussierung oft im Skandalhaften verbleibt: Man interessiert sich für die spannenden Geschichten – aber inhaltlich kommt dann manchmal wenig darunter. Das vielleicht in Kürze.

Dr. Nancy Aris: Herr Neumann, ich möchte noch einen Schritt früher ansetzen. Es gibt Rehabilitierungsgesetze, darunter das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz, in dem bestimmte politische Paragraphen des DDR-Strafgesetzbuches als per se rehabilitierungswürdig aufgenommen sind. Wer zum Beispiel nach Paragraph 106 StGB (Staatsfeindliche Hetze) oder 213 StGB (Ungesetzlicher Grenzübertritt) verurteilt wurde, erhält mit fast 100-prozentiger Sicherheit eine strafrechtliche Rehabilitierung. Soweit ich sehe, ist der Straftatbestand der Fahnenflucht dort nicht erfasst. Wie blicken Sie darauf? Was würden Sie sich für die zukünftige Debatte wünschen?

Dr. Konstantin Neumann: Fahnenflucht ist tatsächlich nicht im Gesetz enthalten, Wehrdienstverweigerung hingegen schon. Man kann sich nun fragen: Was ist der Unterschied zwischen Fahnenflucht – also ich bin bereits in der Armee und haue ab – und Wehrdienstverweigerung – ich lasse mich gar nicht erst einziehen? Die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes habe ich mir genauer angesehen, da sie sehr interessant ist und Fahnenflucht in der Debatte eine wichtige Rolle spielte. Das ursprüngliche Gesetz, das im Justizministerium 1992 erarbeitet wurde, enthielt weder Fahnenflucht noch Wehrdienstverweigerung, noch Spionage. Wäre dieses Ursprungsgesetz umgesetzt worden, wären diese drei Gruppen gar nicht rehabilitiert worden.

Es gab daraufhin einen großen Aufschrei. In Halle fand eine öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses statt, bei der die Opferverbände massiv protestierten. Ein Vertreter bezeichnete den Entwurf als „den schlechtesten Gesetzentwurf, der je in den Deutschen Bundestag eingebracht worden ist“. Solche Formulierungen hört man öfter, aber der Entwurf hatte tatsächlich weitere Schwächen, etwa deutlich niedrigere vorgesehene Entschädigungszahlungen. Die Grünen – damals als Gruppe, nicht als Fraktion – begannen zahlreiche weitere Paragraphen in die Rehabilitierung aufzunehmen, unter anderem auch „asoziales Verhalten“. Nach dem Protest von Halle kippte schließlich auch die SPD und befürwortete Nachbesserungen, einschließlich der Forderung, Fahnenflucht aufzunehmen. Auch die Regierungsfractionen CDU und FDP wollten den Gesetzentwurf nachbessern.

In der anschließenden Debatte kam es zu einem politischen Kompromiss: Wehrdienstverweigerung und Spionage wurden aufgenommen, Fahnenflucht blieb jedoch ausgeschlossen. Diese Entscheidung wurde zwar juristisch begründet, war aber im Kern politisch. Im Haushaltsausschuss wurde zudem deutlich, dass es auch eine Finanzfrage war – auch wenn darüber öffentlich kaum gesprochen wurde.

Zur Begründung für den Ausschluss der Fahnenflucht wurde angeführt: 1. Die DDR sei völkerrechtlich weitgehend anerkannt gewesen und habe das Recht gehabt, eine Armee zu unterhalten. 2. Die NVA sei – anders als die Grenztruppen – nicht per se als menschenrechtswidrig anzusehen. 3. Wer tatsächlich mit dem System unzufrieden gewesen sei, hätte sich gar nicht erst einziehen lassen müssen. Dass jemand erst nach der Einziehung zu einer anderen Haltung gelangen konnte, wurde in dieser Argumentation nicht berücksichtigt. Hinzu kam eine Paralleldebatte über Wehrmachtsdeserteure, die zu diesem Zeitpunkt ebenfalls noch keine anerkannte NS-Opfergruppe waren – erst ab 1998 und generell erst ab 2002 ohne Einzelfallprüfung, also sehr spät. Man wollte die NVA-Deserteure nicht besserstellen als die Wehrmachtsdeserteure und entschied sich dafür, beide Gruppen gleichermaßen zu marginalisieren. Im Umkehrschluss hätte das Gesetz später nachgeschärft werden müssen, als Wehrmachtsdeserteure rehabilitiert wurden – doch das geschah nicht.

Dr. Nancy Aris: Gab es dafür keine Lobby? Oder woran lag das?

Dr. Konstantin Neumann: Ich glaube, es gab keine Lobby. Gruppen wie die Bau-soldaten waren präsent – auch durch politisch engagierte Personen im ersten Bundestag. Für Deserteure gab es diese Lobby nicht. Dazu kam als Hauptargument immer wieder: „Fahnenflucht ist doch auch in jedem Rechtsstaat der Welt eine Straftat.“ Später entwickelte sich eine differenziertere Rechtspraxis: Bei Fahnenflucht im schweren Fall – etwa bei einem Fluchtversuch in den Westen – er-

folgte eine Teilrehabilitierung, indem der Tatbestand auf einfache Fahnenflucht heruntergestuft wurde. Die Mindeststrafe für einfache Fahnenflucht lag bei einem Jahr. Wurde die Strafe entsprechend reduziert, galt die Haftdauer bis zu einem Jahr als gerechtfertigt; jeder darüberhinausgehende Tag wurde entschädigt.

Grenzsoldaten hatten teilweise Chancen auf vollständige Rehabilitierung, da ihre Befehle als menschenrechtswidrig bewertet wurden und ihre Flucht als politischer Protest interpretiert werden konnte. Meiner Meinung nach – und das zeige ich in meiner Arbeit – war die Strafverfolgung wegen Fahnenflucht DDR-seitig politisch motiviert. Das lässt sich in den Quellen klar erkennen. Daher könnte man den Paragraphen mit Fug und Recht in das Gesetz aufnehmen.

Dr. Nancy Aris: Sie sehen, wie komplex die juristische Bewertung wird, sobald man sich eingehend mit einem solchen Thema befasst. Herr Lindenberger, Sie arbeiten wissenschaftlich an diesen Fragen. Was ist Ihrer Meinung nach noch zu tun, um dieser fortgesetzten Marginalisierung entgegenzuwirken? Wo sehen Sie Potenziale für weitere Forschung?

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Also, ich möchte an die Kontinuitätsfrage mit dem Nationalsozialismus anknüpfen. Das ist einer der Aha-Effekte: Warum benutzen die diesen Begriff? Die Nationalsozialisten haben unter dem Etikett „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Zehntausende in die Konzentrationslager gebracht und viele von ihnen ermordet. Auch diese Menschen waren nach 1945 jahrzehntelang nicht anerkannt. Erst 2019 hat der Bundestag eine entsprechende Resolution verabschiedet, in der festgehalten wurde: Wer unter diesem Etikett – also als „Asozialer“ oder „Berufsverbrecher“ – in ein Konzentrationslager eingeliefert wurde, unabhängig davon, was er zuvor getan hatte, ob er eine reguläre Haftstrafe verbüßt hatte oder einfach von der Straße aufgegriffen wurde, ist zu Unrecht ins KZ gekommen. Eine Entschädigung erfolgte allerdings erst zu einem Zeitpunkt, an dem sie kaum noch Kosten verursachte – ein typischer Fall: 2019, da kostete es kaum noch etwas.

Aber vielleicht – das ist jetzt eine optimistische Projektion – können solche Beschlüsse, ähnlich wie bei der Desertation, wenn man die Schallmauer einmal durchbrochen hat, Folgeprozesse auslösen. Möglicherweise wird es so auch möglich, im Umgang mit Unrechtsmaßnahmen des SED-Staats darüber zu sprechen, wie viel Unrecht durch diesen Asozialen-Paragraphen angerichtet wurde. In diesem Sinne könnte man sagen: Die entsprechenden Urteile, die sich auf diese Paragraphen bezogen, sind zu tilgen. Dieser Paragraph ist rechtsstaatlich nicht akzeptabel.

Natürlich gab es in Einzelfällen tatsächliche Straftaten – etwa Vernachlässigung von Kindern oder Ähnliches –, die einer Einzelfallprüfung bedürfen. Aber

die kritische Auseinandersetzung gerade mit solchen Normen haben stets auch eine enorme aufklärende Wirkung. Sie zeigen, wie der SED-Staat mit Menschen in prekären Lebenslagen umging. Und man muss alles dafür tun, dass wir grundsätzlich bereit sind, solchen Menschen mit Solidarität zu begegnen.

Deshalb sage ich – selbst wenn es abgedroschen klingt –, dass auch bei der Bewertung der damaligen Verhältnisse das Prinzip der akzeptierenden Sozialarbeit zugrunde gelegt werden muss – also ein Ansatz, der den Menschen zunächst als solchen annimmt und nicht von vornherein als „Mängelwesen“ betrachtet. Ich meine: Wie wichtig ein solches Verständnis von Sozialarbeit auch für heutige Verhältnisse ist, lässt sich gut anhand dieser Thematik des Stigmas „Asozialität“ vermitteln. Eine Gesellschaft, die darauf besteht, solche Menschen auszugrenzen und abzudrängen, wird langfristig Probleme mit dem inneren Zusammenhalt haben.

Mir liegt sehr daran, dass man erkennt: In Forschung und Diskussionen stößt man immer wieder auf dieses Syndrom. Egal, welches sozialpolitische Thema der DDR man untersucht – nach drei oder vier Dokumenten erscheint die Kategorie „Asozialität“ wieder. Das würde ich immer nach außen vertreten: Diese Kategorie war ein Stützpfiler des Systems. Und das Toxische daran war, dass sie von weiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen wurde. Hier ist noch viel Aufklärungsarbeit nötig, um zu verdeutlichen, dass das nicht in Ordnung war.

Dr. Nancy Aris: Ich denke auch, dass da noch vieles im Unbekannten liegt, selbst bei Menschen, die lange in der DDR gelebt haben und meinen, alles zu wissen. Viele Facetten kennen wir auch heute noch nicht. Ich fand Ihr Plädoyer für solidarisches Handeln gerade sehr wichtig. Das führt uns von der historischen Debatte in die Gegenwart – ins Miteinander. Auch das ist ein zentrales Signal des Bautzen-Forums.

DISKUSSION

Dr. Nancy Aris: Ich möchte nun Ihnen, liebes Publikum, die Gelegenheit geben, Fragen zu stellen oder Hinweise zu geben. Wir machen das wie gewohnt: zwei Fragen nacheinander.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte Frau Brüning in einem Punkt widersprechen. Sie sagten, die staatlichen Verfolgungsorgane hätten bei Männern – in der Frage, wer als HWG (also Personen, die möglicherweise Geschlechtskrankheiten durch häufig wechselnden Geschlechtsverkehr übertragen) eingestuft wurde – nicht genau hingeschaut. Das stimmt so nicht. Gerade bei männlichen Homosexuellen versuchten die Verfolgungsorgane gezielt, alle zu erfassen – männ-



Frage aus dem Publikum

liche Prostituierte ebenso wie andere Männer, die an Treffpunkten, auf „Klappen“ oder in Parks, verkehrt haben. Diese wurden listenmäßig erfasst. In den frühen 1990er Jahren war es ein großes Anliegen homosexueller Vertreter, diese sogenannten rosa Listen löschen zu lassen.

Dr. Steffi Brüning: Da stimme ich Ihnen voll zu. Meine Aussage bezog sich zuvor auf heterosexuelle Kontakte. Dort wurden Männer im Fall einer Erkrankung zwar behandelt, aber es ging nicht um Disziplinierung. Bei Homosexuellen haben Sie vollkommen recht. In den Unterlagen der geschlossenen Venerologischen Station in Leipzig zeigt sich zum Beispiel Ende der 1980er Jahre ein deutlicher Wandel der Diskussion – insbesondere mit dem Aufkommen von Aids. Da ging es dann auf einmal auch darum, eine geschlossene Station für Männer einzurichten – allerdings explizit für homosexuelle Männer. Das ist ein weiterer Beleg für die unterschiedliche Behandlung.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte eine grundsätzliche Frage aufwerfen: Die Schubladen, die wir seit Jahren verwenden, sind meines Erachtens überarbeitungsbedürftig. Das Projekt *Landschaften der Verfolgung* setzt beispielsweise voraus, dass nur Stasi-Untersuchungshaftanstalten Orte politischer Verfolgung gewesen seien. Davon leitet man Zahlen ab, die nicht tragfähig sind. Schon bei der Frage „Was war das Hauptdelikt?“ fehlt oft die Prüfung. Wie rubriziere ich einen Fall, wenn er zwar als Spionage geführt wurde, aber ursprünglich etwas

anderes zugrunde lag? Paragraph 249 StGB kommt darin gar nicht vor. Das halte ich für problematisch, weil wir den Blick öffnen müssen: Nicht nur das, was die Stasi in den Blick nahm, war politisch – und nicht nur diese Fälle sind erinnerungswürdig.

Ein weiteres Beispiel: Nicht jeder Fluchthelfer war politisch motiviert. Gerade kommerzielle Organisationen handelten oft aus anderen Interessen. Dennoch wird in manchen Bereichen differenziert, in anderen aber nicht. Ich finde, wir müssen diese Schwarz-Weiß-Kategorien grundsätzlich überdenken.

Dr. Konstantin Neumann: Ich habe nicht alle Kritikpunkte vollständig verstanden, sie waren zum Teil als genereller Angriff auf das Projekt formuliert. Im Grunde aber rennen Sie bei mir offene Türen ein. Der Sinn des Projekts war gerade nicht, eine Schwarz-Weiß-Sicht nach dem Muster „politisch“ versus „unpolitisch“ zu reproduzieren. Genau da sehe ich ebenfalls die Notwendigkeit, in anderen Dimensionen zu denken.

Daher unser Ansatz: Schauen wir, wie viele Menschen nach welchen Paragraphen verurteilt wurden. Sie haben die Motivation angesprochen – ob die Motivation der betroffenen Person entscheidend sei. Das ist eine mögliche Definition von politischer Kriminalität. Ich habe jedoch anders argumentiert: Entscheidend ist die Verfolgungsmotivation des Staates. Wurden Menschen vom Staat politisch gemacht, ob sie es wollten oder nicht? Das entspricht einem erweiterten Begriff politischer Verfolgung.

Auch das Rehabilitierungsgesetz unterscheidet ja: Es gibt politische Straftaten, aber auch Fälle von Exzessbestrafung oder Haftbedingungen, die gegen die Menschenwürde verstoßen. In solchen Fällen eröffnet das Gesetz ebenfalls Rehabilitierungsmöglichkeiten. Ich habe mich beispielsweise gefragt, warum man nicht grundsätzlich diskutiert hat, ob die Untersuchungshaft des Ministeriums für Staatssicherheit per se problematisch ist. Diese Frage wurde in der Rehabilitationsdebatte nie ernsthaft gestellt – das finde ich erstaunlich.

Zunächst hatten politische Häftlinge im engeren Sinne eine klare Sprecherfunktion, was nachvollziehbar ist: Sie waren die Ersten, die sich in Betroffenenverbänden organisierten. Aber inzwischen müssten weitere Gruppen stärker berücksichtigt werden – gerade jene, die verstummt sind, weil sie nicht rehabilitiert wurden und möglicherweise aus Scham schweigen, da ihre Haft als „gerecht“ deklariert wurde. Das betrifft unter anderem die sogenannten Asozialen. Diese Menschen sollten in Gedenkstätten sichtbar werden. Dabei geht es nicht mehr nur um die Kategorie „politisch – ja oder nein“, sondern grundsätzlich um die Strafjustiz der DDR, ihre verschiedenen Täter- und Opfergruppen und um die menschenverachtenden Bedingungen im Strafvollzug – auch bei sogenannten „normalen Kriminellen“.

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Das unterstütze ich voll und ganz.

Frage aus dem Publikum: Beim Thema Desertion interessiert mich: Was war in der DDR genau unter Fahnenflucht zu verstehen? War sie immer mit einem Fluchtversuch über die innerdeutsche Grenze verbunden, oder konnte man auch innerhalb der DDR Fahnenflucht begehen, indem man sich dem Dienst entzog?

Dr. Konstantin Neumann: Gerne. Fahnenflucht bedeutet grundsätzlich den dauerhaften Entzug aus dem Wehrdienst. Es gab dabei die Unterscheidung zwischen einfachem und schwerem Fall. Der einfache Fall lag vor, wenn jemand innerhalb der DDR von der Truppe floh und versuchte, sich dauerhaft dem Wehrdienst zu entziehen – was faktisch schwierig war. In meiner Stichprobe gab es Personen, die etwa drei oder vier Wochen in Mecklenburger Wäldern überlebten und sich dann selbst stellten. Sie wurden eindeutig nur wegen einfacher Fahnenflucht verurteilt, da sie nicht erkennbar versuchten, die Grenze zu erreichen. In der Regel handelte es sich bei solchen Fahnenfluchten häufig um eher ungeplante Vorgänge. Die Betroffenen wussten oft gar nicht, wohin sie überhaupt fliehen wollten.

Eine interessante juristische Frage war, ob Fahnenflüchtige parallel auch wegen Republikflucht verurteilt werden sollten. Bemerkenswert ist, dass das der DDR-Justiz zunächst selbst nicht klar war. Die Frage wurde über mehrere Jahre hinweg diskutiert, da die Richter offenbar unsicher waren, wie sie damit umgehen sollten. Schließlich entschied man, dass Republikflucht im Tatbestand der schweren Fahnenflucht enthalten sei. Das bedeutete: Es erfolgte keine zusätzliche Verurteilung wegen Republikflucht, sondern lediglich eine Verurteilung wegen Fahnenflucht im schweren Fall.

Ähnliche Diskussionen gab es bei Spionage. Man fragte sich, ob potenzielle Spionage nicht bereits durch den Fahnenflucht-Paragraphen abgedeckt sei. Vor Einführung des Strafgesetzbuches entschied man jedoch, dass eine Doppelbestrafung möglich sei. Es existiert dazu ein Bericht des MfS, in dem sinngemäß gefragt wird: „Wie kann jemand kein Spion werden?“ Als Antwort wurde angeführt, dass ein Betroffener etwa im Zustand völliger Trunkenheit und ohne klare Absichten möglicherweise nicht als Spion gelten könne.

Frage aus dem Publikum: Ich habe zunächst eine kurze Anmerkung: Ich finde, dass auch queere Personen, die in der DDR nach Paragraph 175 oder 151 StGB verurteilt wurden und inzwischen rehabilitiert sind und entschädigt werden können, in Gedenkstätten eine Rolle spielen sollten. Bisher geschieht das kaum, könnte aber durchaus geschehen – sie gehören ebenfalls in diesen Kontext. Und eine Frage zum Paragraphen 249 StGB – lässt sich sagen, wie weit dieser Paragraph gedehnt wurde? Welche tatsächlichen oder vermeintlichen Delikte konnten damit erfasst werden? War er vollständig willkürlich anwendbar? Es wurde ja

konkret Arbeitsverweigerung und Prostitution genannt, aber hätte zum Beispiel auch jemand wie Anne Hahn trotz Gewerbeerlaubnis verurteilt werden können? Wie weit ging diese Elastizität?

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Die Frage, wie weit die sogenannten Gummi-paragraphen – etwa im Bereich der „Asozialität“ – tatsächlich ausgedehnt wurden, könnte man theoretisch anhand einzelner Urteile systematisch untersuchen, Fall für Fall typologisieren und vergleichen. Solche umfangreichen systematischen Forschungen sind, bezogen auf die Rechtspraxis, meines Wissens bislang jedoch nicht unternommen worden – vermutlich, weil sie hohe finanzielle und personelle Ressourcen erfordern würden. Was sich hingegen klar feststellen lässt, ist die Wirkung dieses Paragraphen als Drohkulisse. Diese war jederzeit präsent und entfaltete dadurch erhebliche Macht. Besonders in Bereichen wie der Jugendhilfe lässt sich das sehr schnell erkennen.

Frage aus dem Publikum: Zwischen allgemein beobachtbarer Liberalisierung in westlichen Staaten – etwa in der Bundesrepublik ab den 1960/70er Jahren – und der DDR: Gab es in der DDR gesellschaftspolitische Gegenbewegungen oder bewusste Abgrenzungen? Wurde etwa im Umgang mit Prostitution oder Wehrdienstfragen die Liberalisierung des Westens als „gesellschaftliche Degeneration“ bewertet?

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Gerade im Bereich Jugendhilfe, Heimerziehung und Jugendstrafvollzug – wie von Udo Grashoff¹ erforscht – gehört der Gegensatz zwischen westlichen Liberalisierungstendenzen und der harten Linie der DDR zu den markantesten Befunden. Während in der Bundesrepublik eine Orientierung an Resozialisierung und akzeptierender Sozialarbeit stärker wurde, verschloss sich die SED-Politik bewusst einer solchen Entwicklung und blieb innerhalb des Ostblocks in vielen Bereichen besonders hart. Die Praxis in DDR-Jugendstrafanstalten orientierte sich konsequent an autoritären Konzepten, etwa nach Makarenko, bis in die späten Jahre hinein, bis in die letzte Sekunde der DDR.

Unsere tschechische Kollegin Klára Pinerová, Expertin für den tschechischen Strafvollzug, hat deutlich gemacht, dass in der Tschechoslowakei bereits in den 1970er Jahren westliche Theorien gelesen und diskutiert wurden – auch mit Blick darauf, ob bestimmte Praktiken reformiert werden könnten. Vergleichbare Öffnungen zeigten sich auch in anderen Ostblockstaaten, da war man Teil der internationalen Community. In der DDR blieb das Wissen darüber auf Expertenkreise begrenzt, aber es führte nicht zu strukturellen Veränderungen. Teilweise

¹ Udo Grashoff, Jugendhaus Halle. „Die Schlägerei hört einfach nicht auf.“ Gefängnisalltag (1971–1990), Halle 2023.

wurden westliche Reformideen als „dekadent“ oder „klassenaufweichlerisch“ abgelehnt und bewusst ferngehalten.

Das widerspricht deutlich älteren Konvergenztheorien, nach denen sich die DDR langfristig an die Bundesrepublik annähern würde. In bestimmten Politikfeldern geschah dies gerade nicht – und das belastet uns noch heute, da bin ich ganz sicher. Man denke nur an den sogenannten Freiheitsschock nach der Wende.

Frage aus dem Publikum: Ich habe eine Frage an Herrn Neumann. Ich habe 1985 gemeinsam mit meiner Frau die Ausreise beantragt, weil ich den elterlichen Betrieb nicht übernehmen durfte. 1987 erhielt ich zweimal eine Einberufung zur NVA, die ich konsequent verweigerte. Merkwürdigerweise wurde ich nicht inhaftiert, obwohl ich damit rechnete.

Bei der Einsicht in Unterlagen im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin – insbesondere aus den Jahren 1987 bis Anfang 1988 – gewann ich den Eindruck, dass für Wehrdienstverweigerer ab einem bestimmten Zeitpunkt möglicherweise eine interne Regelung galt. Es wurde etwas angedeutet, etwa in Zusammenhang mit dem Kirchenbeauftragten, dem Vater von Gregor Gysi. Gab es da eine Vereinbarung, und ab wann könnte sie gegolten haben?

Dr. Konstantin Neumann: Wehrdienstverweigerung war nicht mein unmittelbares Untersuchungsfeld. Aber meiner Erinnerung nach gab es Ende der 1980er Jahre ein Aussetzen der Verhaftungspraxis bei Wehrdienstverweigerern. Ich meine, dass dies in dem Buch über die Bausoldaten² behandelt wird; außerdem habe ich dazu etwas bei Rüdiger Wenzke gelesen, in seinem Buch über abweichendes Verhalten in der NVA.³

Frage aus dem Publikum: Ich möchte gern auf Frau Brünings Thema zurückkommen. In Rostock und Leipzig erzählte man sich Geschichten, bei denen Westbürger die Zielgruppe von Prostituierten waren – sei es im Rahmen von Spionage oder als Dienstleistung. Gab es aber auch Prostitution von DDR-Bürgerinnen für DDR-Bürger?

Dr. Steffi Brüning: Zur Prostitution von Frauen aus der DDR für DDR-Kunden: Ja, die gab es natürlich auch. Ich hatte eingangs erwähnt, dass wir hier ein erhebliches Quellenproblem haben. Mein Eindruck ist, dass Prostitution für DDR-Kunden häufig im Bereich der Armutprostitution auf der Straße vorkam – mit niedrigen Beträgen und Bezahlung in DDR-Geld. Gleichzeitig existierte Prostitu-



Frage aus dem Publikum

tion auch im hochpreisigen Bereich, etwa im Umfeld von Funktionären. Hier ist die Quellenlage jedoch besonders schwierig, um systematisch forschen zu können. Aber das gab es auf jeden Fall.

Frage aus dem Publikum: Sie hatten auch gesagt, es gab keine Bordelle. Mich interessiert: Spielte Zuhälterei dennoch eine Rolle? Und wie wirkte sich die Wiedervereinigung auf die Situation ehemaliger Prostituierten aus – auch in Hinblick auf die Unterscheidung zwischen selbstbestimmter und nicht-selbstbestimmter Prostitution, also Sexarbeit versus Zwangsprostitution? Wie hat die Transformation nach 1990 Prostitution verändert? Gab es eine stärkere Privatisierung und Professionalisierung?

Dr. Steffi Brüning: Zur Frage der Zuhälterei: Ja, sie existierte, war jedoch häufig an persönliche Beziehungen geknüpft. Das heißt, wenn ein Mann zu einer Prostituierten eine intime Beziehung unterhielt, konnte es in Zuhälterei enden – was teilweise bis heute so ist. Das ist keine völlig neue Entwicklung und hängt nicht ausschließlich mit Kriminalisierung zusammen. Für Frauen bedeutete Kriminalisierung allerdings eine große Unsicherheit: Bei Gewalt oder Abhängigkeiten konnten sie sich nicht an die Polizei wenden.

Zur Wiedervereinigung und Transformationsphase: In Zeitzeuginnenberichten zeigt sich, dass nach dem Mauerfall viele Frauen aus der Bundesrepublik in den Osten kamen. Der Osten wurde als neuer Markt entdeckt – auch von Unternehmer_innen, die Bordelle eröffneten. Frauen, die in der DDR als Prostituierte

² Bernd Eisenfeld / Peter Schicketanz: Bausoldaten in der DDR. Die „Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte“ in der NVA, Berlin 2011, zu den Wehrdienstverweigerern S. 52–58.

³ Rüdiger Wenzke (Hg.), Staatsfeinde in Uniform? Widerständiges Verhalten und politische Verfolgung in der NVA, Berlin 2005.

gearbeitet hatten, wurden häufig an den Rand gedrängt und fanden sich im neuen System nicht zurecht. Viele versuchten, woanders neu anzufangen. Mir ist aufgefallen, dass bei vielen Prostituierten ein Ausreisewunsch entstanden war. Spätestens der Mauerfall führte dann dazu, dass sie den Osten verließen.

Bei den Zeitzeuginnen, die ich sprechen konnte, war außerdem auffällig, dass bei vielen Prostituierten Altersarmut eine bedeutende Rolle spielt. Nicht wenige stiegen nach einer Pause im vereinten Deutschland wieder in die Sexarbeit ein, gehen ihr also auch im fortgeschrittenen Alter nach und bezeichnen sie auch so. In den Gesprächen mit mir verwendeten sie den Begriff „Sexarbeit“ hingegen nie für ihre Tätigkeit während der DDR-Zeit.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte an den Anfang anknüpfen. Herr Lindenberger hatte über „abweichendes Verhalten“ gesprochen und gemeint, dieser Begriff sei im DDR-Sprachgebrauch nicht stark verankert. In Gutachten von Haftpsychiatern aus Ermittlungsverfahren – etwa von Böttcher oder Nahl im Auftrag des MfS – findet sich jedoch genau diese Bezeichnung: „abweichendes Verhalten“ mit Krankheitswert. Das diente als Verurteilungsleitlinie und war in fachlichen Kreisen ein gängiger Begriff. Zur Drohkulisse: Besonders betroffen waren Personen, die aus politischen Gründen, wegen oppositionellen Verhaltens, aus ihrer Berufstätigkeit gedrängt wurden. Diese Menschen saßen zwischen allen Stühlen: Sie verloren ihre Arbeit, konnten der Arbeitspflicht nicht nachkommen und wurden teilweise dauerhaft nicht wieder eingestellt. Gleichzeitig konnte man ihnen vorwerfen, „asozial“ zu sein. Wenn Kinder im Haushalt lebten, kam zusätzlich das Jugendamt ins Spiel. Gerade in den 1980er Jahren war dies ein wesentliches Repressionsinstrument, das bisher kaum beleuchtet wurde und in der Rehabilitierung kaum Wirkung entfaltet hat.

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Vielen Dank für die Ergänzung zum Begriff „abweichendes Verhalten“. Ich wollte lediglich darauf hinweisen, dass dieser Begriff im westlichen Diskurs eine kritische Tradition besitzt und dass Expert_innenkulturen – selbst bei unterschiedlichen Zielsetzungen – ähnliche Konzepte verwenden. Das gehört dazu. Was Sie zu den berufsverbotenen Personen sagten, ist völlig richtig: Der Vorwurf „Asozialität“ wurde dabei häufig als Druckmittel eingesetzt.

Frage aus dem Publikum: Eine Anmerkung dazu, wie weit der Paragraph 249 StGB ausgedehnt wurde: Ich fand in Quellen den Fall eines Mannes, der wegen „Arbeitsscheu“ verurteilt wurde – obwohl er gerade als Gelegenheitskellner arbeitete. Er wurde *während seiner Arbeit* als Kellner verhaftet. Das nur als Beispiel. Jetzt meine Frage: Wie verhält sich „Asozialität“ im Nationalsozialismus im Vergleich zur DDR? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es?

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Das ist ein enorm weites Feld: Die besondere



Frage aus dem Publikum

„Errungenschaft“ der DDR war, daraus einen eigenständigen Strafrechtsparagrafen zu machen. Die nationalsozialistische Repressionspraxis stützte sich auf ein generationenlang tradiertes Verständnis von sogenannten „Landfahrern“, „Zigeunern“ und Menschen, die als nicht arbeitswillig galten. Hinzu kam der Typus des „Berufsverbrechers“. Diese Kategorien wurden exekutiv genutzt, etwa im Rahmen großer Verhaftungsaktionen mit der Zielsetzung, bestimmte Gruppen in Konzentrationslager zu bringen. Das hatte jedoch nicht den formalisierten, durchdeklinierten Status, den der sogenannte Asozialen-Paragraph in der DDR erlangte. Das lief etwas anders und war sehr viel volatil. Die DDR hingegen war ein Unrechtsstaat, der sein Unrecht mit einer immer wieder erstaunlichen Systematik über Jahrzehnte hinweg durchgezogen hat.

Der Begriff „asozial“ ist allerdings keineswegs erst ein nationalsozialistisches Phänomen. Schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik wurde von „Asozialen“ gesprochen. Der Unterschied ist: Es gab zuvor keinen Juristen, der sich hingesetzt und daraus einen eigenständigen Strafrechtsparagrafen formuliert hat. Die Nationalsozialisten haben den Begriff nicht erfunden, aber sie haben ihn in besonders terroristischer Weise angewandt. Die DDR wiederum verankerte ihn dann als eigenen Paragraphen im Strafrecht.

Dr. Nancy Aris: Ich bedanke mich sehr für die intensive Diskussion, Ihr Interesse und das wirklich spannende Podium.

PODIUMSDISKUSSION

Abseits der Norm in der Aufarbeitung und Vermittlung

**Dr. Anna Lux, Anja Neubert, Dr. Christine Schoenmakers,
Dr. Felix Zimmermann**

Moderation: **Dr. Heiko Neumann**

Dr. Heiko Neumann: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Veranstalter*innen von der FES, ich begrüße Sie und euch zum letzten Themenfeld heute: *Abseits der Norm in Aufarbeitung und Vermittlung*. Ich verstehe dieses Themenfeld so, dass wir die Inhalte, die wir in einem reich gefüllten Bautzen-Forum erlebt haben und die Wissenschaftler_innen für uns erforscht haben, nun aus der Perspektive der Vermittlung betrachten: Wie bringen wir diese Inhalte an Zielgruppen heran, um Wirksamkeit zu entfalten?

Ich möchte Sie zunächst fragen: Wer von Ihnen benutzt täglich ein Smartphone? Bitte um kurze Handzeichen. – Nicht alle, aber ich denke, über 90 Prozent nutzen diese moderne Technik im Alltag.

Wer von Ihnen hat schon einmal eine Führung in einer Gedenkstätte oder einem Museum erlebt? – Sehr schön, es scheint hier sehr interessierte Menschen zu geben.

Letzte Frage: Wer von Ihnen hat schon einmal ein Smartphone genutzt, um sich eine Gedenkstätte oder ein Museum zu erschließen, also die Inhalte vor Ort aufzunehmen? – Das würde ich sagen, sind etwa ein Drittel. Auf jeden Fall die Minderheit im Raum.

Daraus ergibt sich ein Spannungsbogen: Wir nutzen Technik täglich und selbstverständlich, aber an solchen Orten deutlich seltener. Ist das gut oder schlecht? Sollten historische Lernorte bewusst technikarmer sein als unser Alltag? Oder brauchen wir eine klare Digitalisierungsoffensive, um mehr Zielgruppen zu erreichen und die Aufnahme der Inhalte vor Ort zu erleichtern? Diese Fragen möchte ich mit meinem hochkarätigen Podium diskutieren.

Zu meiner Linken begrüße ich Dr. Christine Schoenmakers, seit 2021 Referentin für inklusive und interkulturelle Bildung bei der Bundesstiftung Aufarbeitung. Ihre Schwerpunkte liegen auf marginalisierten Perspektiven zur Geschichte der DDR sowie der Teilung und Einheit Deutschlands. Sie vertritt diese Themen in der erinnerungskulturellen Arbeit der Bundesstiftung nach außen und innen und ist zugleich Ansprechpartnerin für Barrierefreiheit.

Weiter begrüße ich Dr. Felix Zimmermann, Referent für Gameskultur, politi-



Dr. Heiko Neumann, Dr. Christine Schoenmakers, Dr. Felix Zimmermann, Dr. Anna Lux, Anja Neubert (v.l.n.r.)

sche Bildung und Extremismus bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Er studierte Kommunikationswissenschaft, Geschichtswissenschaft und Public History in Münster und Köln und schrieb seine Dissertation zum atmosphärischen Vergangenheitserleben in digitalen Spielen. Seine aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind Gaming und historische Bildung, Gaming und Extremismus – besonders Rechtsextremismus – sowie die Frage, wie Game-Developer_innen als Zielgruppe politischer Bildung angesprochen werden können. Herzlich willkommen, Felix.

Als Nächstes begrüße ich Dr. Anna Lux vom Historischen Seminar der Universität Freiburg im Breisgau. Seit 2018 arbeitet sie im BMBF-Verbundprojekt *Das umstrittene Erbe von 1989. Aneignungen zwischen Politisierung, Popularisierung und historisch-politischer Geschichtsvermittlung*, einer Kooperation zwischen den Universitäten Freiburg und Leipzig. Hauptsächlich arbeitet sie in Leipzig. Ihre aktuelle Publikation trägt den Titel *Neon/Grau. 1989 und ostdeutsche Erfahrungen im Pop*. Außerdem arbeitet sie aktuell an verschiedenen digitalen Transferobjekten.

Ebenfalls auf dem Podium ist Anja Neubert, seit 2012 Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Professur für die Didaktik der Geschichte an der Universität Leipzig. Sie arbeitet in der Lehrer_innenbildung mit Schwerpunkten auf

Digitalität und historischem Lernen. Ihre Projekte beziehen sich auf die Friedliche Revolution und die Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in Leipzig. Derzeit liegen ihre Schwerpunkte auf künstlicher Intelligenz und historischem Lernen sowie Geschichte in Social Media.

Ich hoffe, ich habe alle relevanten Punkte zu unserem Podium dargestellt. Mein Name ist Heiko Neumann. Ich bin hauptberuflich Lehrkraft, drei Tage pro Woche in Pirna tätig, arbeite zwei Tage für die Gedenkstätte Bautzener Straße Dresden und habe regelmäßig einen Lehrauftrag für die Fachdidaktik Geschichte an der TU Dresden.

Ich gliedere unsere Runde in drei Hauptteile: Erstens, warum sollten wir Lernangebote verändern – was hat sich bei Zielgruppen und Technik verändert, wie ist der Ist-Zustand in Gedenkstätten, Lernorten und Schulen? Zweitens, welche Inhalte sollten wir thematisieren? Drittens, wie sollten wir das methodisch umsetzen?

Beginnen wir mit der ersten Runde: Warum sollte sich die Vermittlungsarbeit in Schule und Gedenkstätten überhaupt ändern? Welche methodisch-medialen Anpassungen gibt es bereits – und was sollte sich aus eurer Sicht verändern? Christine, möchtest du beginnen?

Dr. Christine Schoenmakers: Ja, was sollte sich ändern? Ich habe drei Punkte. Erstens: Gute historische Bildung muss immer verschiedene Erfahrungen und Geschichten vermitteln – also möglichst viele Perspektiven einbeziehen, Stichwort Multiperspektivität. Das bedeutet: Wir müssen differenzieren und verschiedenste Menschen hören, wenn wir wissen wollen, wie es gewesen ist. Punkt zwei: Wir haben in Deutschland mittlerweile die Situation, dass über ein Viertel aller Menschen eine eigene oder eine familiäre Migrationsgeschichte hat. Und das ist nur eine Gruppe. Der Soziologe Steven Vertovec hat einmal gesagt, man könne Gesellschaften mittlerweile als „superdivers“ bezeichnen. Das bedeutet, Menschen unterscheiden sich heute viel mehr als noch vor 25 Jahren – nicht nur in Bezug auf ihre ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit, Staatsangehörigkeit oder Religion, sondern auch durch andere Differenzkategorien wie zum Beispiel Alter, Geschlecht, Fähigkeit, Bildung oder auch Rechtsstatus.

Es gibt also heute mehr Menschen in Deutschland abseits der gesellschaftlichen Norm, als es früher der Fall war – und das ist auch gut so. Punkt drei: Damit wird es natürlich nicht leichter. Die Herausforderungen für die Vermittlung – gerade auch von DDR-Geschichte – steigen damit. Denn Menschen, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, bringen ganz unterschiedliche Erfahrungen mit: Flucht, Verfolgung, Trauma. Das ist durchaus anschlussfähig an Erfahrungen von Menschen, die in der DDR Repression erlebt haben. Aber um mit Geflüchteten und Zugewanderten ins Gespräch zu kommen,



Dr. Christine Schoenmakers

braucht man als Vermittler_in heute nicht mehr nur Expertise in DDR-Geschichte, sondern auch Kenntnisse in Migrationsforschung, Traumatherapie und diskriminierungssensibler Vermittlung.

Hinzu kommt der Anspruch, dass möglichst alle Menschen, die sich für das Thema interessieren – egal welcher Herkunft, welchen Bildungsniveaus, welcher Fähigkeit – Zugänge zu Lernorten erhalten sollen, also Barrieren abgebaut werden müssen, im besten Sinne von Inklusion.

Gerade Bildungsinstitutionen wie Lernorte, Gedenkstätten und Museen zur DDR-Geschichte vermitteln einen großen Teil der Demokratiebildung. Diese Lernorte können es sich heute eigentlich nicht mehr leisten, so weiterzumachen wie bisher. Das heißt: Es braucht Veränderungen. Mit dem Überblick über die Aufarbeitungslandschaft, den ich aus meiner Stiftungsperspektive habe, kann ich aber auch sagen: Es verändert sich tatsächlich schon viel. Viele Einrichtungen haben das auf dem Schirm. Es gibt große Offenheit, aber gleichzeitig auch große Unsicherheit.

Einige Gedenkstätten, Museen und Lernorte haben sogenannte Outreach-Maßnahmen gestartet. Das bedeutet: Sie wollen sich für Zielgruppen öffnen, die sie bislang nicht erreicht haben. Das kann zum Beispiel die Zugänglichkeit des Lernorts betreffen – also bauliche Maßnahmen, etwa wenn Menschen mit Behinderung nicht hineinkommen oder Menschen aufgrund des Alters auf Geh-

hilfen angewiesen sind. Es kann aber auch bedeuten, neue inhaltliche Schwerpunktsetzungen zu schaffen, um neue Publika anzusprechen.

Aber dieses Outreach-Konzept – also sich zu öffnen – schließt auch die Organisation selbst mit ein. Viele Einrichtungen fragen sich, wie sie selbst diverser werden können, wie ihre Teams vielfältiger werden und wie die vielfältigen Perspektiven innerhalb der Gesellschaft im Kleinen in den Teams abgebildet werden können.

Während sich also im Hinblick auf Zugänglichkeit und inhaltliche Ausgestaltung schon einiges tut, reicht es nicht, marginalisierte Gruppen einmal in einem Projekt oder Beirat mitmachen zu lassen. Auch die Organisationen erkennen, dass sie langfristig vielfältiger werden müssen.

Dr. Heiko Neumann: Vielen Dank für die wunderbare Zeichnung des Ist-Zustands, also die Frage, warum sich eigentlich etwas ändern soll und was sich bereits tut in den Häusern aus Sicht der Bundesstiftung. Felix, was gibt es aus deiner Gaming-Perspektive für methodisch-mediale Anpassungen im Umgang mit Geschichte? Ich glaube, für uns alle ein ganz neues Feld – wir sind gespannt.

Dr. Felix Zimmermann: In der Bundeszentrale für politische Bildung beschäftigen wir uns schon seit vielen Jahren mit Games – deutlich länger, als ich dort bin, seit über 20 Jahren. Ursprünglich kam das stark aus einer medienpädagogischen Perspektive: Es ging vor allem um die Frage, wie man einen mündigen, kritischen Umgang mit Games gewährleisten kann.

Seit einigen Jahren aber beobachten wir, dass sich Gedenkstätten und Museen zunehmend dafür interessieren, selbst im Bereich Games aktiv zu werden. Sie sagen: „Wir möchten uns im Games-Bereich bewegen. Wir möchten eigene Spiele entwickeln.“ In der Regel tun sie das nicht selbst, sondern sie suchen sich Spieleentwicklungsstudios, die darauf spezialisiert sind. Diese werden angefragt, und dann entstehen Games zu bestimmten historischen Themen.

Das passiert bisher besonders im Bereich der NS-Erinnerung und der Erinnerung an den Holocaust. Dort gab es etwa um das Jahr 2020 herum einen deutlichen Wandel. Die Debatte darüber, ob man solche Themen in Spielen überhaupt verarbeiten sollte, wurde zuvor intensiv geführt. Und jetzt beobachten wir eine Art Serious-Game-Boom.

Damit meine ich Spiele, die neben der reinen Unterhaltung ein klar definiertes Vermittlungsziel haben. Dieser Begriff hat sich inzwischen als eine Art Genrebezeichnung herausgebildet. Das bedeutet: Institutionen – etwa Gedenkstätten – gehen bewusst hin und sagen: „Wir möchten ein Spiel entwickeln, aber wir haben ein explizites historisch-politisches Ziel.“ Dieses Ziel wird dann direkt in die Spielmechanik integriert.

Wir sehen inzwischen eine große Vielfalt solcher Spiele. Es gibt Studios, die

sich ausschließlich auf dieses Genre spezialisiert haben. Die Bandbreite reicht von Spielen, die für die Freizeitgestaltung gedacht sind und mit anderen Unterhaltungsspielen konkurrieren sollen, bis hin zu Serious Games, die speziell für Workshop-Kontexte oder den schulischen Unterricht entwickelt wurden. Letztere sind oft in pädagogische Programme eingebettet und werden in der Regel zusammen mit Begleitmaterial ausgeliefert.

Diese Games kommen dann beispielsweise in Gedenkstätten im Rahmen von Workshops als ergänzendes Medium zum Einsatz. Warum passiert das? Wenn wir Anfragen bekommen, geht es in der Regel um die Frage, wie man junge Zielgruppen erreicht. Der Gedanke dahinter ist: Die klassischen Vermittlungsformate – etwa Publikationen – erreichen Jugendliche nicht mehr so stark. Also liegt es nahe, auf ein Medium zu setzen, das Jugendliche bereits aktiv nutzen.

Dabei ist jedoch interessant: Das Durchschnittsalter von Gamer_innen in Deutschland liegt bei 39,5 Jahren – deutlich höher, als man vielleicht erwarten würde. Es gibt sogar eine eigene Gruppe, die sogenannten Silver Gamer – Menschen über 60, die regelmäßig Videospiele spielen. Das zeigt: Games sind ein Querschnittsmedium und sprechen nicht nur Kinder und Jugendliche an. Dennoch richten sich viele dieser neuen Projekte in der Praxis zunächst an junge Menschen – nicht zuletzt, weil sie statistisch gesehen länger und intensiver spielen, auch weil sie weniger Verpflichtungen haben als Erwachsene, und man sie in ihrem Alltag abholen möchte.

Dabei muss man aber deutlich unterscheiden: Serious Games, die in Bildungssettings eingesetzt werden, unterscheiden sich stark von den Spielen, die Jugendliche in ihrer Freizeit spielen. Unterrichtsspiele werden in der Regel als Lernanreiz akzeptiert, aber sie können nicht unbedingt mit Mainstream-Games konkurrieren.

Games können durchaus produktiv sein, weil sie bestimmte Potenziale mitbringen: Sie ermöglichen Interaktivität, Entscheidungssituationen und das Erleben von Handlungsoptionen. Das eröffnet Reflexionsräume: „Was passiert, wenn ich mich so oder anders entscheide?“ – und damit auch Multiperspektivität, etwa durch das Einnehmen verschiedener Rollen.

Auffällig ist allerdings: Während es im Bereich der NS-Erinnerung mittlerweile eine größere Zahl solcher Spiele gibt, existiert im DDR-Kontext fast nichts. Wenn man den Bezug sehr weit fasst, lässt sich derzeit nur eine einstellige Zahl digitaler Spiele nennen – etwa neun Stück insgesamt. Und allein, dass man sie zählen kann, spricht dafür, wie wenig entwickelt wurde. Hier gibt es also ein großes Potenzial – sowohl für Weiterentwicklungen als auch für neue Projekte.

Dr. Heiko Neumann: Vielen Dank, Felix, das war auch aus einer Lehrerperspek-



Dr. Anna Lux

tive hochinteressant, denn wir versuchen ja im Unterricht über biografische Arbeit historische Handlungsoptionen von Zeitakteur_innen sichtbar zu machen. Die Frage lautet immer wieder: Welche Möglichkeiten hatte jemand in der DDR – je nach Herkunft? Ob jemand etwa in einem SED-nahen Elternhaus mit kommunistischer Tradition bis zurück in die Weimarer Republik aufwächst oder im christlichen Umfeld – das macht einen großen Unterschied für die Wege, die man gehen konnte und wie das System darauf reagiert. So etwas in einem Medium wie Games erfahrbar zu machen, ist tatsächlich spannend.

Kleine Seitenanmerkung: Ich würde zu gern das Gesicht eines Jugendlichen sehen, der beim Online-Spiel von einem „Silver Gamer“ geschlagen wird – das wäre sicher ein Erlebnis. Anna, wie schätzt du die erste Frage ein: Warum sollte sich Vermittlungsarbeit ändern und was hat sich bereits verändert?

Dr. Anna Lux: Ich würde vielleicht zunächst etwas zu unserem Projekt sagen. Es heißt *Das umstrittene Erbe von 1989* und ist ein Verbundprojekt, in dem wir uns mit der Transformationszeit 1989/90 beschäftigen – allerdings nicht primär aus einer klassischen historischen Perspektive. Uns interessiert vielmehr: Welche Deutungen, Narrative und Erzählmuster knüpfen sich an 1989/90, und welche

Rolle spielen sie in aktuellen politischen Diskursen? Mein Kollege Alexander Leistner in Leipzig untersucht das stärker politisch-soziologisch. Ich habe mich vor allem auf populäre Geschichtskultur konzentriert: Wie wird diese Umbruchszeit in Romanen erzählt, in Spielfilmen, vereinzelt auch in Games – wobei es davon nicht viele gibt, was wir ebenfalls festgestellt haben – und insbesondere in Songs? Wir haben sehr viel mit Musik als Quelle gearbeitet, um zu analysieren, wie diese Zeit erzählt wird.

Da es sich um ein BMBF-Projekt handelt, war von Anfang an klar: Es ist kein reines Forschungsprojekt. Transfer war ausdrücklich gefordert – das heißt, unsere Ergebnisse sollten nicht nur in der akademischen Welt bleiben, sondern auch in andere Öffentlichkeiten. Das war eine Herausforderung, aber gerade bei diesem Thema haben wir es zunehmend als notwendig wahrgenommen. Die Frage lautete für uns: Wo können wir als Forschende aus dem sogenannten Elfenbeinturm herausgehen? Welche Felder gibt es, in denen wir einen Beitrag leisten können? Und die Vermittlungsebene wurde für uns zu einem wichtigen Arbeitsbereich.

Dabei konnte ich das natürlich nicht allein leisten. Wir haben eng mit Pädagog_innen und Praktiker_innen zusammengearbeitet und verschiedene Formate entwickelt. Ein Beispiel: Unser digitales Modul *89rock! Geschichte hören und verstehen*. Das ist – auch bedingt durch Corona – als Online-Angebot entstanden. Songs bilden dabei den Ausgangspunkt für historisches Lernen. Uns war aber wichtig, dass die Auseinandersetzung nicht nur digital stattfindet, sondern die Inhalte vor Ort gemeinsam bearbeitet werden – etwa im Unterricht.

Ein zweites Beispiel: Wir haben für die niedersächsische *Abibox* zur Erinnerungskultur einen Baustein zu 1989/90 entwickelt. Auch hier nutzen wir Songs – etwa Trettmanns *Grauer Beton* oder Romanos *König der Hunde* – als Zugang, sowohl zum historischen Thema als auch zum Geschichtsbewusstsein: Wie wird Geschichte erzählt und verarbeitet? Drittens: Unser aktuelles Buch *Neon/Grau. 1989 und ostdeutsche Erfahrungsräume im Pop* – Pop im weiten Sinne von Popkultur. Das haben wir bewusst nicht in einem klassischen Wissenschaftsverlag veröffentlicht, sondern so gestaltet, dass es auch für andere Zielgruppen zugänglich ist.

Was uns zudem wichtig war: Orte jenseits von Schule und Gedenkstätten zu erreichen. Also haben wir mit verschiedenen Kulturakteur_innen zusammengearbeitet und Formate entwickelt, die an der Schnittstelle zwischen Forschung, Popkultur und Erinnerungspraxis liegen. Oft habe ich als Forschende eher moderiert – nicht im Sinne eines Vortrags, sondern indem ich Gespräche zwischen Kulturakteur_innen und Zeitzeug_innen strukturiert habe.

In einigen Formaten ging es darum, Erfahrungen der Transformationszeit zu

reflektieren – verbunden mit einem gemeinsamen kulturellen Erleben: etwa durch Konzerte, Filmvorführungen oder Lesungen. Die Idee dahinter war: Es geht nicht immer darum, dass man „etwas gelernt“ hat – im Sinne von Wissen. Es geht auch darum, gemeinsam etwas erfahren zu haben.

Dr. Heiko Neumann: Vielen Dank! Trotz der medialen Zugänge zeigt sich: Hier geschieht sehr viel über Menschen, Gespräche und gemeinsame Erfahrungen – im Gegensatz zum Gaming, das ein anderes Medium ist. Anja, was hat sich geändert? Wie ist der Ist-Zustand der Didaktik in Leipzig?

Anja Neubert: Du hast ja schon angekündigt, dass ich viele Formate mache – aber tatsächlich gibt es ja noch die beiden grundlegenden Blöcke „Inhalte“ und „Methoden“. Deshalb möchte ich gern erst einmal einen Schritt zurücktreten – auch aus einer didaktischen Perspektive. Wie schon gesagt wurde, bin ich vor allem in der Lehrer_innenbildung tätig. Da stellt sich – genau wie im Unterricht – immer die zentrale Frage: Wozu? Warum vermitteln wir Geschichte? An diesem Punkt möchte ich ansetzen. Keine Sorge, keine theoretischen Reflexionen. Aber ich möchte ein Zitat des Historikers Ulrich Raulff aufgreifen: „Geschichte ist ihrer kürzesten Definition nach das, womit wir nicht fertig werden.“

Dazu braucht man gar nicht unbedingt die großen Konzepte von Geschichtsbewusstsein und Geschichtskultur zu bemühen – wobei sie natürlich relevant sind. Mit Blick auf diese Tagung stellt sich sofort die Frage: Wer ist dieses „Wir“? Wer wird *womit* nicht fertig? Und was bedeutet dieses „Womit“? Damit betreten wir das Feld der geschichtskulturellen Aneignung – also der Frage, wie Geschichte in Gesellschaften praktisch aufgegriffen wird und in welchen Formaten und Praktiken sie sichtbar wird.

Vielleicht – weil ich gehört habe, dass Lehramtsstudierende hier sind – ein kleiner didaktischer Exkurs: Wenn wir davon ausgehen, dass Geschichtsbewusstsein eher individuell geprägt ist, über Sozialisation und Identitätsbildung, während Geschichtskultur eher kollektive, praktische Artikulation meint, dann stellt sich die Frage: Von welcher Gesellschaft sprechen wir eigentlich?

Das ist umso bemerkenswerter, als die Geschichtsdidaktik etwa seit der Jahrtausendwende Globalgeschichte stark gemacht und Basisnarrative kritisch hinterfragt hat. Aber: Erst 2018 gab es in Deutschland die erste geschichtsdidaktische Professur, die von einer Person mit Migrationshintergrund besetzt wurde. Und Lale Yildirim war dann auch eine der Ersten, die ausdrücklich gefragt hat: Von welcher Gesellschaft reden wir?

Sie hat in diesem Zusammenhang dann das Konzept der historischen *agency* – also historische Handlungsmacht – stärker in die geschichtsdidaktische Diskussion eingebracht. Ihre Dissertation zum Geschichtsbewusstsein türkischstämmiger Jugendlicher der dritten Generation verweist auf eine –



Anja Neubert

eigentlich naheliegende, aber wichtige – Erkenntnis: Die Fähigkeit, historisch zu denken und ein Geschichtsbewusstsein zu entwickeln, steht in engem Zusammenhang mit Identitätsbildung.

Es besteht jedoch *kein* Zusammenhang zwischen dieser Fähigkeit und der Teilhabe an dem, was Yildirim den „Markt der Erinnerung“ nennt. Das heißt: Menschen können historisch reflektieren und bewusst denken – und dennoch keinen Zugang oder keine Stimme in der öffentlichen Erinnerungskultur haben. Die Frage lautet deshalb nicht nur: Welche Gesellschaft meinen wir? Sondern auch: Wie ist dieser Markt der Erinnerung überhaupt strukturiert? Wer darf dort sprechen – und wer nicht?

Schauen wir uns dazu den „Markt“ meiner Seminare in der Geschichtsdidaktik an, fällt etwas auf: Ich habe mich gestern mit Sebastian Barsch, Geschichtsdidaktiker in Köln, unterhalten. In seinen Seminaren gibt es viele Lehramtsstudierende mit Migrationsgeschichte. Ich selbst blicke auf etwa zwölf Jahre Lehrer_innenausbildung zurück – grob 1.200 Studierende Geschichte. Von diesen kann ich nur fünf bis zehn Personen identifizieren, die vermutlich eine Migrationsgeschichte haben. Das sagt viel darüber aus, wer später vor Klassen steht – und wessen biografische Perspektiven im Unterricht sichtbar sind oder eben fehlen.

Zusammengefasst: Die Idee eines pluralen Marktes der Erinnerungen exis-

tiert als regulatives Ziel. Auch Förderinstitutionen – wie die Bundesstiftung – achten zunehmend darauf, migrantische Geschichte zu integrieren. Aber Lale Yildirim spricht völlig zu Recht von einer Utopie. Unsere Aufgabe – insbesondere in der Lehrer_innenbildung – ist es, diese Utopie nach und nach in Realität zu überführen. Natürlich sind Leuchtturmprojekte und Formate – wie Serious Games – wichtig, aber sie können erst im zweiten Schritt kommen. Zuerst müssen wir klären: Wer spricht? Wer wird gehört? Welche Zugänge ermöglichen wir?

Und schließlich – um damit abzuschließen: Geschichte hat immer ein interkulturelles Moment. Sie konfrontiert uns mit historischer Fremdheit und Alterität. Daraus ergibt sich ein enormes Potenzial: Geschichtsunterricht kann ein Ort interkultureller Bildung sein – wenn wir zuvor unsere Strukturen reflektieren und nicht vorschnell beim Format sofort den zweiten Schritt vor dem ersten gehen.

Dr. Heiko Neumann: Vielen Dank, Anja. Ein interessanter Punkt ist mir gerade eingefallen. Ich habe einmal ein Geschichtsprojekt in meinem Unterricht in Pirna durchgeführt. Ich habe ein kurdischstämmiges Mädchen in der Klasse und wir haben uns mit dem Thema *Pirna in Zeiten des Kalten Krieges* beschäftigt. Wir wollten ein kleines Zeitzeugenprojekt starten, und dieses Mädchen hat dann tatsächlich ein Telefoninterview mit einem ehemaligen Mitarbeiter der bewaffneten Organe der DDR geführt und daraus ein Interview verfasst. In der Reflexion kam raus, dass Syrien damals ebenfalls im sowjetischen Einflussbereich lag – das war für sie eine überraschende, aber verbindende Erkenntnis.

Also diese Frage: Was hat die Geschichte, die laut Lehrplan in Sachsen vermittelt wird, mit mir und meiner Familie zu tun? – das muss man als Lehrkraft aktiv mitdenken und Verbindungen aufzeigen. Gleichzeitig geht es auch darum, Menschen, die hierhergekommen sind, zu zeigen: Was beschäftigt uns in diesem Land? – und beide Generationen ins Gespräch miteinander zu bringen, nicht übereinander sprechen zu lassen.

Ich fand, das war ein großartiger Moment. Später habe ich noch einmal mit dem Zeitzeugen telefoniert, und er war sehr glücklich über das Gespräch mit der jungen Frau – einer syrischen Kurdin. Solche Momente sollten wir gezielt stärken. Aber klar: Das kostet Zeit und Kraft und muss koordiniert werden.

Wir kommen nun zum zweiten Block. Es geht um Inhalte, also um die Frage: Was wollen wir vermitteln? Seit gestern sprechen wir über Menschen abseits der SED-Norm. Schlägt man ein klassisches Lehrbuch auf, findet man dort viel über Republikflucht, über oppositionelles Verhalten oder über Opfergruppen. Nun stellt sich die Frage: Sollen wir stärker Menschen „abseits der Norm“ thematisieren, etwa diejenigen, die in Zuchthäusern und Strafvollzugsanstalten einsaßen? Oder sollen wir weiterhin stärker Beispiele wie die Ärztefamilie aus Dresden behandeln, die mit ihren beiden Kindern in den Westen fliehen wollte

und nach § 213 belangt wurde? Mit anderen Worten: Welche Geschichten wollen wir den nächsten Generationen erzählen? Und können wir überhaupt alles gleichzeitig vermitteln – oder brauchen wir Prioritäten? Diese Frage möchte ich gleich an Christine weitergeben.

Dr. Christine Schoenmakers: Ich glaube, das passt sehr gut zu dem, was Anja eben zur Frage von Erinnerung und Zugang gesagt hat. Es gibt einen Markt der Erinnerung – und die Frage ist: Wer darf dort überhaupt vorkommen? Viele Stimmen werden immer noch nicht gehört oder wahrgenommen. Es ist keineswegs selbstverständlich, mit einer Geschichte in Schulbüchern oder in einer Dauerausstellung zur DDR-Geschichte präsent zu sein.

Und selbst wenn es Erzählungen abseits der Mehrheitsnorm in Ausstellungen oder Materialien schaffen, werden sie häufig so erzählt, als seien sie ein Zusatz zur „eigentlichen“ Geschichte – also etwas Separates. Ich nenne das „Verbesonderung“. Und genau das wollen wir vermeiden. Unser Ziel sollte sein, bisher wenig gehörte Erfahrungen zu normalisieren – also von vornherein mitzudenken. Sie sollten nicht als „Anhang“, sondern als integraler Teil eines vernetzten Geschichtsgewebes dargestellt werden. Nur so entsteht ein Gesamtbild von Geschichte – auch wenn wir natürlich wissen: Geschichte ist nie fertig erzählt.

Ein Beispiel – ich verlasse kurz die von dir genannten Paragraphen: Wir hatten Ende März eine Netzwerktagung mit dem Thema *Geteilte Wege und gemeinsame Erfahrungen von Spätaussiedler_innen und jüdischen Kontingentflüchtlingen im vereinigten Deutschland* – es ging also um die Transformationszeit. Dabei wurden Vertreter_innen dieser Communitys gefragt, wie sie sich selbst im Einheitsdiskurs verorten und wo ihre Perspektive gebraucht wird. Die Migrationswissenschaftlerin Darja Klingenberg, selbst mit jüdischem Hintergrund, kritisierte zunächst, dass solche Perspektiven oft nur „eingebracht“ werden müssen – als Ergänzung. Sie sagte sinngemäß: Wir brauchen eine grundsätzlich neue Erzählweise deutscher Geschichte, in der diese Stränge von Beginn an mitgedacht werden.

Sie schlug vor, deutsche Geschichte stärker als transnationale Geschichte zu erzählen – etwa durch die Linse von Migration. Denn Migration hat es immer gegeben – sie eignet sich als Analysekategorie oder Folie, um mit Menschen mit Migrationsgeschichte gemeinsam über Vergangenheit in Austausch zu treten. Analog kann man Geschichte auch durch die Perspektive auf gesellschaftliche Normen und den Umgang mit Behinderung in der DDR betrachten: etwa hinsichtlich der Bewertung von Körpern, Fähigkeiten und Leistungsanforderungen – also auch bezogen auf Inklusions- und Exklusionsmechanismen: Wer hat teil, wer wird ausgeschlossen.



Dr. Felix Zimmermann

In all dem geht es darum, Erfahrungsexpert_innen mit eigener Biografie nicht nur sichtbar zu machen, sondern aktiv einzubinden und zu stärken. Kurz gesagt: Trotz aller Unterschiede sollten wir eine gemeinsame Geschichte erzählen – keine Patchwork-Erzählung aus „jetzt kommt noch die migrantische Geschichte, dann die von Menschen mit Behinderungen, dann XY ...“. Das bringt uns nicht weiter, sondern das muss in Beziehung zueinander gesetzt werden.

Dr. Heiko Neumann: Vielen Dank für diesen inklusiven Ansatz! Felix, du hast ja schon berichtet, dass die Spiele zur DDR Mangelware sind. Hast du sie dir angeschaut? Welche Geschichten werden darin erzählt? Welche Menschen kommen darin vor? Kannst du für uns zunächst die Ausgangslage skizzieren?

Dr. Felix Zimmermann: Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, wenn wir fragen: Was sollten wir für Spiele entwickeln oder wie könnten Inhalte in Games überhaupt aussehen? Ich komme dabei natürlich stark von der Formatseite her. Das heißt: Ich denke die Inhalte nicht klassisch historisch, sondern zunächst über das Medium – also: Was eignet sich spielmechanisch? Wie beeinflusst das Format die Inhalte?

Wenn wir uns nun anschauen, was es derzeit gibt – diese neun digitalen Spiele mit DDR-Bezug –, dann sind das vor allem Nischenspiele, die möglicher-

weise nur von einer Handvoll Menschen überhaupt wahrgenommen wurden. Die beiden populärsten Games sind klassische Agenten-Thriller. Das kennt man aus anderen populärkulturellen Medien: Ost-Berlin als atmosphärisches Setting für Spionagegeschichten. Solche Szenarien wurden in den Spielen *Call of Duty Black Ops Cold War* und *No One Lives Forever* aufgegriffen. Der historische Gehalt bleibt dabei allerdings eher begrenzt.

Daneben gibt es einige experimentelle Spiele, von denen eines 2010 für größere Kontroversen sorgte: Ein kurzes Projekt, *1387 (km)*, in dem man als Mauerschütze beziehungsweise Grenzsoldat spielt. Das wurde von einem Studenten entwickelt. Es ist streng genommen kein vollwertiges Spiel, sondern eher ein interaktives Experiment von etwa zehn Minuten Dauer. Interessant daran war, dass es als Multiplayer angelegt war: Eine Gruppe spielte Personen, die die Grenze überwinden wollten, die andere Gruppe fungierte als Grenzsoldaten und musste die Flucht verhindern – gegebenenfalls durch Schüsse. Das führte zu einem großen Aufschrei, allerdings auch deshalb, weil viele das Spiel nicht vollständig durchgespielt haben. Denn wenn man tatsächlich schießt, wechselt das Spiel unmittelbar in einen Mauerschützenprozess: Man findet sich auf der Anklagebank wieder. Das war als Denkanstoß konzipiert – ein bewusstes Experiment.

Man erkennt daran: Es gibt zunehmend experimentelle Zugänge zu digitalen Spielen, insbesondere in den letzten zehn Jahren. Das hängt auch damit zusammen, dass die Werkzeuge zur Spieleentwicklung heute viel leichter zugänglich sind. Immer mehr Einzelpersonen oder kleine Teams können ohne großes Budget Spiele erstellen – nicht unbedingt solche, die große Reichweite erzielen, aber eben solche, die neue Perspektiven eröffnen. Das sind sogenannte Autor_innenspiele. Von diesen gibt es seit einigen Jahren deutlich mehr. Auch in diese Richtung könnte man denken, denn dort entstehen viele experimentelle Zugänge. Wir sollten diesen Independent-Bereich aufmerksam beobachten, weil hier neue Perspektiven und Herangehensweisen an Geschichte entstehen können.

Um das zu verdeutlichen, nenne ich ein weiteres Beispiel: *Papers, Please* spielt in einem fikionalisierten Ostblock-Szenario – das Land wird nicht konkret benannt. Man spielt dort eine Grenzbeamtin oder einen Grenzbeamten. Spielmechanisch besteht die Aufgabe darin, Dokumente zu prüfen: Menschen kommen zum Grenzübergang, möchten einreisen, und wir kontrollieren ihre Ausweise und Formulare. Das ist spielerisch überschaubar, kann aber auch reizvoll sein, denn die Herausforderung steigt: Am Anfang gibt es nur einen Ausweis. Am nächsten Tag braucht die Person zusätzlich Formular X, später Formular Y – der Schwierigkeitsgrad steigt. Spannend wird es in dem Moment,

in dem jemand mit einem Anliegen kommt, etwa: „Ich muss dringend über die Grenze. Meine Mutter ist krank, ich muss Medikamente bringen.“ Dann stellt man fest: Der Ausweis ist abgelaufen. Eigentlich müsste man die Person abweisen. Das Spiel zwingt einen in ein Dilemma: Lasse ich sie trotz Regelverstoß durch – aus ethischen Gründen – oder halte ich mich strikt an die Vorschriften? Im Hintergrund bewertet der Staatsapparat diese Entscheidung. Wenn man Menschen mit ungültigen Papieren durchlässt, wird man sanktioniert: etwa mit weniger Geld, wodurch die eigene Familie in finanzielle Schwierigkeiten geraten kann.

Dieses Spiel ist deshalb so populär geworden, weil es solche Dilemmasituationen aufmacht. Genau darin liegt ein großes Potenzial des Mediums: Es kann Handlungsentscheidungen und moralische Spannungsfelder erfahrbar machen. Wenn wir das nun auf die DDR-Geschichte übertragen, sehen wir: Es gibt bisher so wenig Spiele in diesem Bereich, dass wir noch gar nicht wissen, wie sich das Medium produktiv nutzen lässt. Das gilt übrigens auch im Vergleich mit NS-Erinnerungsprojekten: Dort wurde erst viel ausprobiert, spielmechanisch experimentiert, gescheitert, neu gedacht – bevor wirklich tragfähige Serious Games entstanden.

Das heißt: Am Anfang steht das Experimentieren. Ein zentraler Bestandteil jeder Spieleentwicklung ist das sogenannte Prototyping. Man startet mit einer Idee oder einem groben Setting, testet Spielmechaniken, verwirft sie oder entwickelt sie weiter. Ich könnte mir daher sehr gut vorstellen, ein Format aufzusetzen – etwa in Form eines Game Jams. Das bedeutet: Man bringt für ein Wochenende Menschen mit Expertise in DDR-Geschichte mit Entwickler_innen zusammen. Historisches Wissen trifft auf spielerisches Denken – und dann wird gemeinsam exploriert, was erzählerisch und mechanisch möglich ist. Daraus entstehen Synergien, Ideen und erste Prototypen. Ich glaube, das wäre ein sinnvoller Ausgangspunkt.

Dr. Heiko Neumann: Spannendes Beispiel: Grenzbeamtin, Dokumente prüfen, Menschen reinlassen oder nicht – hochaktuelle Fragen, die auch heute politisch diskutiert werden. Christine, du hattest noch eine Anmerkung?

Dr. Christine Schoenmakers: Ja, ich wollte gern daran anknüpfen. Du hast gerade die großen Firmen und die Independent-Studios erwähnt, aber es gibt ja auch Lernorte, die bereits eigene Erfahrungen gesammelt haben – zumindest im NS-Kontext. Einige KZ-Gedenkstätten arbeiten bereits mit Indie-Studios zusammen. Über das Bundesprogramm *Jugend erinnert* (Förderlinie SED-Unrecht) wurden in der Förderrunde 2021 bis 2023 beispielsweise zwei Serious Games gefördert. Eines kam von der Europäischen Akademie Berlin und beschäftigte sich mit Umweltbewusstsein und Opposition in der DDR. Es handelt sich um ein

klassisches Entscheidungsspiel im Clickpoint-Stil. Man steuert eine Figur, entscheidet sich für oder gegen oppositionelle Wege – bleibt man linientreu oder wird man Teil der Opposition?

Und eine kurze Rückfrage: Du hattest von neun Spielen im Bereich DDR gesprochen – das waren vermutlich ausschließlich digitale, oder?

Dr. Felix Zimmermann: Genau, wenn man sich die Brettspiele anschaut, dann ist das tatsächlich nochmal ein eigenes Feld. Brettspiele haben historisch ganz anders an Themen herangeführt als digitale Spiele – teilweise über Jahrzehnte hinweg. Da gibt es auch mehr Material und auch andere Zugänge, zum Beispiel eben ein von der Bundeszentrale herausgegebenes Spiel namens *Wendepunkte*, ein Kartenspiel zu 1989. Hier sehe ich definitiv Synergiepotenzial, das man weiter erforschen könnte – aber es ist tatsächlich ein anderes Feld.

Dr. Heiko Neumann: Ich glaube, an der TU Dresden ist die Fachdidaktik Geschichte im Bereich Brettspiele sehr engagiert; sie werden dort als didaktisches Mittel genutzt. Kommen wir zur inhaltlichen Frage: Wen sollten wir stärker betonen? Die Non-Konformen – oder die konform Angepassten?

Dr. Anna Lux: Christine hat ja bereits das Stichwort Multiperspektivität gebracht, und auch Felix hat es unterstrichen. Ich fand es beim diesjährigen Bautzen-Forum großartig, wie viele verschiedene Perspektiven sichtbar wurden. Aber ich habe auch gemerkt, wie oft sie noch nebeneinander stehen – wir sind da, glaube ich, erst am Anfang.

Aus Vermittlungssicht – und jetzt spreche ich nicht als Didaktikerin, sondern als Mutter einer Tochter, die im Unterricht DDR-Geschichte als Thema hatte und sich extrem gelangweilt hat – sehe ich ein zentrales Problem: Es wird vielerorts nach wie vor stark politikgeschichtlich erzählt. Und egal, auf welche Beispiele wir schauen, es wäre meines Erachtens essenziell, immer Erfahrungs- und Alltagsgeschichte zu thematisieren.

Wichtig ist zudem, die Komplexität gelebter Biografien zu zeigen. Thomas Lindenberger spricht hier vom Dreiklang von Anpassung, Unterdrückung und Eigensinn – oft in ein und derselben Biografie. Deshalb plädiere ich weniger dafür, eine Gruppe in den Fokus zu rücken, als vielmehr dafür, zu fragen: Wie befragen wir diese Leben? Wie machen wir ambivalente Erfahrungen sichtbar?

Ich bin außerdem eine große Verfechterin fächerübergreifenden Unterrichts. Viele dieser Lebensgeschichten begegnen uns längst in Literatur und Popkultur. Wenn man etwa *Machandel* von Regina Scheer liest, hat man eine Erzählung, die von der Nachkriegszeit über die DDR bis in die Umbruchszeit von 1989 reicht – aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Das ist ein unglaublich reiches Erfahrungsfeld. Da kann man auch viel über Geschichte erfahren.

Außerdem spannend – anknüpfend an das, was Christine sagte – ist das Zu-

sammendenken von Migration und Mobilität. Besonders für die Transformationszeit gilt: Migration ist wichtig, aber auch als Abwanderung. Was bedeutet es für Regionen, wenn Menschen zuwandern? Was bedeutet es, wenn viele weggehen? Das kann historisch erzählt werden und ist zugleich unmittelbar anschlussfähig an Lebensrealitäten junger Menschen heute – mit und ohne Migrationsgeschichte.

Dr. Heiko Neumann: Vielen Dank für diese dichte und anschauliche Perspektive.

Anja Neubert: Ich würde da gern anschließen – und vielleicht auch etwas zuge-spitzt auf deine Frage reagieren, Heiko. Du hast gefragt: Welche Story sollen wir erzählen? Mein reflexartiger Impuls wäre: Keine Story im Sinne einer einheitlichen Erzählung. Denn wenn wir ernst nehmen, dass – wie Ulrich Raulff sagt – „Geschichte das ist, womit wir nicht fertig werden“, dann steckt darin ein pädagogischer Kern: Irritation. Sich etwas nicht zu schnell erklären zu können. Offene Fragen zu behalten. Damit verbunden ist auch ein Perspektivwechsel weg vom *Collective Memory* hin zu *Collected Memories* – also zu gesammelten Erinnerungen statt einer festgelegten Identitätsgeschichte.

Ich sage das auch als Reaktion auf curricular gesetzte Identitätskonstruktionen. Ich zitiere einmal bewusst den sächsischen Lehrplan, weil dort genau solche „Identitäts-Must-Haves“ auftauchen ... Das hast du, Heiko, sicher nicht so gemeint. Aber ich zitiere dennoch einmal den sächsischen Lehrplan, denn dort finden sich interessante Identitätskonstruktionen. Vermutlich hängt das auch damit zusammen, dass er fast 20 Jahre alt ist.

Ich habe heute extra nachgeschaut. Im Lehrplan für das Gymnasium, Klasse 6, Mittelalter, Seite 11, steht wörtlich: „Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass Kulturkontakte zu Konflikten führen.“ Wie wir heute zu einer solchen Formulierung stehen, darüber sind wir uns wahrscheinlich einig. Aber genau das sind eben solche „Storys“, die gesetzt werden. Und vielleicht sollten wir genau damit aufhören. Natürlich muss ich – etwa bei Methoden wie Games oder virtuellen Rundgängen – in narrative Formen hineingehen. Aber ich möchte dennoch ein Plädoyer halten: nicht für weitere große Erzählungen, sondern für die Irritationskraft von Quellen.

Dann stellt sich nicht die Frage: Welche Gruppe erzähle ich? oder: Wen stelle ich gegenüber?, sondern vielmehr: Wie nutze ich Quellen als Ausgangspunkt für forschend-entdeckendes Lernen? Quellen können irritieren – allein schon durch ihre Alterität. Sie sehen anders aus als beispielsweise eine Instagram-„For-You“-Page. Selbst Anzeigen zur Industrialisierung im 19. Jahrhundert können durch ihre Fremdheit irritieren. Diese Andersartigkeit ist produktiv. Diese Irritationsmomente sollten wir nutzen. Sie sind unser Beitrag zum interkulturellen Lernen – und dafür sollten wir mit breiter Brust eintreten, statt



Dr. Heiko Neumann

immer neue Story-Konstruktionen zu bauen. Ein weiteres Problem bei solchen „Storys“ ist: Sie spiegeln nicht unbedingt die Perspektiven der Schüler_innen wider. Ich gebe ein Beispiel aus Leipzig: Das Lernmaterialprojekt *Die andere Jugend* vom Archiv Bürgerbewegung. Dort wurden etwa Punks oder die Beat-Bewegungen als Gegenentwürfe zur offiziellen FDJ-Kultur thematisiert. Zur Öffentlichkeitsarbeit entstanden Postkarten: eine zeigt etwa eine Breakdance-Gruppe in Leipzig, die andere FDJ-Mitglieder.

Für das Archiv war klar: Die andere Jugend – das sind die Punks und die Breakdancer. Aber begegnen Schüler_innen diesen Postkarten, kann es ganz anders wirken: Für sie ist möglicherweise die FDJ die andere, fremde, irritierende Jugend – uniform, wenig individuell.

Hier zeigt sich die Gefahr: Wir treffen schnell Vorannahmen darüber, was „anders“ ist – und projizieren das in Erzählungen hinein. Deshalb: lieber den Blick auf Quellen richten, Diversität und Interkulturalität historisch als Normalfall anerkennen und vielmehr die Konstruktionsprinzipien von Norm und Abweichung reflektieren.

Damit kommen wir auch zur Digitalisierung. Noch nie war es so einfach, auf historische Quellen zuzugreifen, zum Beispiel auf Digitalisate von Operativen

Vorgängen. Dafür muss keine Lehrkraft mehr mit 20 Schülern ins Archiv fahren und einen Termin suchen – besonders in Zeiten von Stundenkürzungen.

Aber digitale Zugänglichkeit erfordert auch neue Kompetenzen:

Schüler_innen müssen verstehen, wie man in digitalen Sammlungen recherchiert, was ein Digitalisat ist, und unterscheiden lernen zwischen freien Quellenbeständen und kuratierten Online-Angeboten, die bereits ein Vor-Narrativ mitliefern.

Und genau hier beginnen dann die machtkritischen Fragen der Vermittlungspraxis: Welche Quellen sind denn überhaupt digitalisiert? Wer bekommt denn Gelder, um seine Bestände online zugänglich zu machen und damit solche Anders-Erfahrungen überhaupt zu ermöglichen? Das wäre vielleicht ein Ausblick auf unseren dritten Block – und meine Gedanken zur Ablehnung vorgefertigter Storys.

Dr. Heiko Neumann: Wir kommen nun zum dritten Block. Wenn wir in Kinderzimmer oder in Klassenzimmer schauen, sehen wir: Smartphones sind dort allgegenwärtig. Jugendliche verbringen viele Stunden täglich an diesen Geräten. Diese Technik hat eine gewisse Dominanz im Alltag – nicht nur bei Erwachsenen, sondern auch schon bei Kindern und Jugendlichen.

Da stellt sich mir – auch als Vater – die Frage: Soll es nicht weiterhin bewusst Orte geben, etwa Gedenkstätten oder Museen, die sich von dieser Digitalität absetzen? Räume, in denen wir bewusst entschleunigen? Wo nicht das nächste Pad in die Hand gedrückt wird, sondern ein Zeitzeuge erzählt oder eine charismatische Referentin historische Erfahrung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene lebendig macht? Also der Faktor Mensch und der Lernort als riechbare, hörbare, erfahrbare Quelle – jenseits des Displays, das ohnehin den ganzen Tag präsent ist? Wie seht ihr das?

Dr. Christine Schoenmakers: Ich würde sagen: Die Mischung macht's – und der Blick auf die Zielgruppe und das Vermittlungsziel. Natürlich bietet Digitalisierung Chancen, gerade im Bereich NS-Vermittlung, wo es kaum noch lebendige Zeitzeug_innen gibt. Dort wird zunehmend mit digitalen Lösungen gearbeitet – zum Beispiel mit Avataren oder dialogischen Videoformaten, um Begegnung zu simulieren. Diese Entwicklung wird auch uns in der DDR-Vermittlung irgendwann einholen, wenn es keine Zeitzeug_innen mehr gibt.

Ein weiterer Aspekt ist Sichtbarkeit: Wenn wir Stimmen hörbar machen möchten, die bislang unterrepräsentiert waren, stellt sich die Frage: Wo sind ihre Quellen? Gerade bei marginalisierten Gruppen – Menschen mit kognitiven Einschränkungen etwa – gibt es häufig wenige schriftliche oder mündlich aufgezeichnete Selbstzeugnisse. Hier kann ein digital unterstützter Zugang helfen, wenn etwa Interviews aufgenommen oder niedrigschwellige Erzählformate ge-

schaffen werden, die auch nicht entlang traditioneller Archivlogiken entstehen müssen. Denn nicht alle Gruppen haben gleich viele Quellen hinterlassen – oder wurden überhaupt dokumentiert.

Ein weiterer Punkt ist die Barrierefreiheit: Digitale Angebote ermöglichen Reichweite. Menschen, die nicht mobil sind – etwa aufgrund von Behinderung, Alter oder finanziellen Einschränkungen –, können so zumindest virtuell einen Lernort erschließen. Für Schulklassen ohne Budget für eine Busfahrt kann ein digitaler Einstieg eine erste Annäherung sein. Aber natürlich ersetzt nichts den Eindruck eines historischen Ortes: Ein materielles Objekt, ein ehemaliger Haftort oder ein persönliches Zeitzeugengespräch lösen emotional oft mehr aus als jede App. Aber alles hat seine Vor- und Nachteile.

Mir fällt dazu ein gutes Beispiel ein: Der Verein Deutsche Gesellschaft arbeitet mit Zeitzeug_innen in Förderschulen – also mit einer Zielgruppe, die bisher kaum durch historisch-politische Bildung erreicht wurde. Dort findet bewusst analoge, dialogische Vermittlung statt, und gerade der persönliche Austausch steht im Mittelpunkt. Das funktioniert hervorragend – und ließe sich durch ein Tablet kaum ersetzen.

Dr. Heiko Neumann: Also, es gibt keinen Entweder-oder-Ansatz. Die Mischung schafft Sichtbarkeit, digitale Formate eröffnen Zugänge, wo sie sonst fehlen – aber analoge Begegnung bleibt zentral, vor allem wenn Erinnern dialogisch sein soll. Felix, man könnte jetzt annehmen: Du willst selbstverständlich mehr Digitalisierung – oder täuschen wir uns da?

Dr. Felix Zimmermann: Das würde man tatsächlich schnell denken. Aber meine Rolle bei der Bundeszentrale besteht inzwischen oft darin, Erwartungsmanagement zu betreiben. Denn mit Games werden häufig unverhältnismäßige Heilerwartungen verbunden – im Sinne von: „Wir entwickeln ein Spiel, und damit ist die Vermittlung abgehandelt.“ So funktioniert es nicht.

Die Erfahrungen aus Pilotprojekten – ob im Unterricht oder in Gedenkstätten – zeigen klar: Es ist völlig unproduktiv, einfach Geräte auszuteilen nach dem Motto „Hier, spielt mal“, und dann glaubt man, damit sei historische Bildung gelungen. Auch in der Praxis hat sich längst durchgesetzt: Spiele sind ein Medium unter mehreren – ein Einstieg, ein Impuls, ein Diskussionsauslöser.

In Lehrplänen oder Workshop-Konzepten sind Games oft ein 10- oder 20-Minuten-Baustein. Danach wird mit anderen Materialien weitergearbeitet – etwa mit einer Diskussion oder mit Quellen, wenn sie im Spiel nicht ohnehin eingebunden sind. Das heißt: Games sind kein Ersatz, sondern eine Ergänzung. Gedenkstätten entwickeln Spiele nicht, um sich selbst überflüssig zu machen, sondern um ihre Arbeit zu erleichtern und zu bereichern – zum Beispiel zur Vorbereitung eines Besuchs, damit Schüler_innen nicht völlig unvorbereitet kom-

men. Oder sie nutzen Games vor Ort als interaktive Reflexionsinstrumente. Ein weiterer Punkt: Wir arbeiten in der Bundeszentrale für politische Bildung seit über 20 Jahren mit Games, zunächst vor allem medienpädagogisch, um einen mündigen, kritischen Umgang zu fördern. Neben gezielt entwickelten Vermittlungsspielen gibt es jedoch eine große Zahl populärer Games, die historisches Wissen oder Bilder stark beeinflussen. Auch wenn es wenige Games mit DDR-Bezug gibt, prägen andere historische Szenarien, insbesondere in populären Spielen, die Geschichtsbilder junger Menschen erheblich. Deshalb müssen auch solche Spiele reflektiert und im Unterricht oder in Gedenkstätten zum Gegenstand kritischer Auseinandersetzung gemacht werden. Damit leisten wir einen Beitrag zur politischen Medienkompetenzbildung.

In der Spieleindustrie existieren sowohl Akteur_innen, die sich verantwortungsvoll mit Geschichte auseinandersetzen, als auch solche, die sich nicht solche Gedanken machen – auch das gehört zur Kunstfreiheit, solange sie nicht gegen Gesetze verstoßen. Umso wichtiger ist es, Lernenden Werkzeuge an die Hand zu geben, die ihnen die Chance geben, mit diesen Medien kritisch und mündig umzugehen.

Dr. Heiko Neumann: Die Vorbereitung eines Gedenkstättenbesuches ist entscheidend für den Lernerfolg. Wenn es passende Spiele gäbe, könnten sie als Einstieg dienen: zunächst ein digitales Erlebnis mit Diskussionsanstoß – danach die Erfahrung vor Ort. Im Spiel wird etwas dargestellt, beim Besuch entsteht der Aha-Effekt: Jetzt stehe ich wirklich hier.

Ein Beispiel aus der Praxis: Einige Schüler spielten begeistert *Battlefield 1*, das vom Ersten Weltkrieg handelt, und fragten mich später: „Herr Neumann, stimmt das historisch so?“ Es gibt also durchaus Transfers von Spielerfahrungen zu Fragen im Geschichtsunterricht – Jugendliche suchen einen Faktencheck.

Dr. Felix Zimmermann: Wenn es ein Medium gibt, das mit der physischen Erfahrung eines Gedenkstättenbesuchs konkurriert, dann sind es grafisch hochwertige Games, die mit starker Immersion arbeiten. Viele populäre Spiele versuchen, ein Zeitreisegefühl zu erzeugen – Spieler_innen haben das Gefühl, direkt in eine historische Epoche einzutauchen. Das Spiel beansprucht damit eine Art historischer Wahrheit. Genau hier braucht es kritische Reflexion: Auch wenn das Medium diesen Sog erzeugt, muss man einen Schritt zurücktreten und die Darstellung historisch einordnen.

Dr. Anna Lux: Das gilt nicht nur für Games, sondern auch für Filme oder Romane, die ebenfalls stark mit Zeitreise-Effekten arbeiten. Diese sind oft erwünscht – und sollten dem Publikum auch nicht prinzipiell abgesprochen werden. Viele von uns tragen Geschichtsbilder in sich, die stark durch populäre Darstellungen geprägt sind, insbesondere bei Epochen, die uns interessieren,

aber mit denen wir uns nicht professionell beschäftigen. Wichtig ist deshalb, solche Bilder im Vermittlungskontext bewusst zu reflektieren.

Für mich stellt sich daher weniger die Frage nach mehr oder weniger Digitalisierung, sondern vielmehr: Wie gehen wir kritisch mit dem um, was an digitalen Formaten vorhanden ist – und was Lernende selbst mitbringen? Gerade heute, wo direkte Gespräche vielerorts erschwert sind, braucht es Räume der Reflexion und des Austausches mehr denn je.

Ein Beispiel: In Freiburg im Breisgau ist das Vorwissen vieler Studierender zur DDR- oder Transformationsgeschichte gering, das Interesse jedoch groß. Im Schulunterricht wird oft mit Filmen wie *Das Leben der Anderen* gearbeitet – manchmal wird das kritisch reflektiert, manchmal ist die Lektion DDR-Geschichte damit auch einfach abgehakt. Im Studium begegnet uns dann ein großes Interesse. In einem Tandem-Seminar zwischen Leipzig und Freiburg haben wir Studierende beider Städte zusammengeführt. Für viele Freiburger Studierende, die erstmals im Osten waren, gab es starke Irritationsmomente: etwa die Überraschung, dass Leipzig „so schön“ sei. Solche Erfahrungen kann man nur vor Ort machen. Daher halte ich analoge Austausch- und Dialogformate für essenziell – gerne in Kombination mit digitalen Elementen, aber nicht ausschließlich.

Dr. Heiko Neumann: Haben wir zu viel Digitales? – Was denkst du, Anja?

Anja Neubert: Ich würde bei diesem Thema Digitalisierung vielleicht zwei Schneisen aufmachen. Die erste hatte ich vorhin schon angedeutet: Mir ist der Quellenwert wichtig. Digitalisierung kann hier als Werkzeug dienen, um Vergangenheit zu rekonstruieren. Zum Beispiel kann KI helfen, Quellen zu transkribieren – das wäre für mich der sinnvollste Einsatz von KI im historischen Lernen. Alles andere sehe ich zunächst kritisch.

Ein zweites Beispiel: Ich habe vor über zehn Jahren mit einer Augmented-Reality-App in Leipzig gearbeitet. Das ist ja nochmal etwas anderes als Virtual Reality. Dabei gab es einen Vor-Ort-Abgleich mit historischen Fotos an der Nikolaikirche, um unterschiedliche Zeitebenen sichtbar zu machen. In diesem Sinn kann Digitalisierung ein Tool sein, um Türen in die Vergangenheit zu öffnen.

Aber grundsätzlich wäre mir wichtig, dass wir stärker nach dem *Fachwert* und nicht sofort nach dem *Mehrwert* fragen. Also immer prüfen: Ermöglicht das tatsächlich historisches Lernen? Natürlich verstehe ich, dass es auch Leuchtturmprojekte geben muss. Aber vielleicht sollten wir auch auf experimentellere Formate schauen, die nicht so high-end produziert sind und eher dialogisch entstehen.

Ein zweiter großer Themenbereich ist für mich Digitalisierung, Digitalität und Geschichtskultur. Ich habe ja vorhin mit dem Begriff „Markt der Erinnerung“



Frage aus dem Publikum

gearbeitet, und das ist gerade ein Thema, das mich beschäftigt. Die Geschichts-
didaktik hatte das bis vor etwa zwei Jahren kaum im Blick: dass plötzlich neue
Player auf diesem Markt der Erinnerung auftreten. Medienwandel gab es natür-
lich schon früher – vom Guido-Knopp-Fernsehformat über Augmented Reality
bis zu YouTube-Formaten wie *MrWissen2go*. Man rennt diesen neuen Formaten
oft hinterher. Ich habe mir vorgenommen, mich erst wieder stärker mit Ge-
schichtskultur zu beschäftigen, wenn es eine echte Zäsur gibt.

Und ich würde sagen: Diese Zäsur besteht in der algorithmischen Sortierung
von Geschichtskultur. Das hat auch kapitalismuskritische Aspekte. Plattformen
entscheiden, welche Inhalte etwa auf einer For-You-Page überhaupt angezeigt
werden. Das heißt: Algorithmen von TikTok, Instagram – also Unternehmen wie
ByteDance, Google oder Meta – bestimmen, welche Geschichten sichtbar wer-
den. Wir kennen diese Logiken nicht, weil sie aus marktwirtschaftlichen Gründen
geheim gehalten werden. Aber diese Algorithmen entscheiden mit, wer Zugang
zu Erinnerungskultur bekommt, wer vielleicht „geshadobanned“ wird oder wer
gezielt gepusht wird. Ich denke, das ist ein Thema, mit dem wir uns auseinan-
dersetzen müssen – und es ist ein Ansatzpunkt für historisch-politische Bildung
und damit auch für Demokratiebildung.

Ich arbeite gerade mit Alexander Leisner in Leipzig an einem Projekt mit
zwei Strängen. Im ersten schauen wir: Was wird Jugendlichen eigentlich zu
DDR-Bezügen auf der For-You-Page ausgespielt?

Dr. Heiko Neumann: Entschuldigung, welche Page?

Anja Neumann: Gemeint ist das, was Jugendliche in Social Media algorithmisch
sortiert auf ihrem Handy-Display empfangen. Das ist sehr schwierig zu erfor-
schen, weil man kaum Zugang zu den Plattformen bekommt. Wir versuchen das
über einen nutzer_innenzentrierten Ansatz: Wir konstruieren Profile mit be-
stimmten Altersgruppen, Geschlechtern und Interessen und analysieren an-
schließend, welche Inhalte ihnen angezeigt werden. Zwar ist das noch nicht
empirisch vollständig abgesichert, aber schon jetzt zeigt sich etwas Erschrecken-
des: Wenn man lediglich ein DDR-Interesse signalisiert, verschiebt sich der Con-
tent erstaunlich schnell in eine extrem rechte Richtung. Das liegt nicht an einer
aktiven Steuerung durch die Nutzer_innen, sondern am Algorithmus – und
hängt oft mit Nostalgie, Ostidentität und ähnlichen Themen zusammen. Das
müssen wir uns genauer anschauen.

Der zweite Strang ist mir genauso wichtig: Wir brauchen nicht immer digi-
tale Technik. Wir entwickeln daher gerade ein bewusst analoges Spiel – *Algorith-
MIX#DDR*. Schüler_innen sollen den Algorithmus quasi „entmystifizieren“. Es
wird ausgewürfelt, welcher Inhalt am meisten Reichweite bekommt. So wird im
Klassenraum sichtbar gemacht, wie digitale Auswahlmechanismen funktionie-
ren.

Mir geht es dabei darum, die Selbstverständlichkeit unserer dauerhaften
Handy-Nutzung aufzubrechen. Viele hängen permanent daran fest. Aufgabe his-
torischer Bildung ist es auch, solche Automatismen zu irritieren, zu „entselbst-
verständlichen“ und die Mechanismen am Beispiel von DDR-Bildern in Social
Media sichtbar zu machen. Unsere Aufgabe ist nicht, selbst Algorithmen zu pro-
grammieren, sondern sie zu dekonstruieren. Insofern wäre meine Antwort: so-
wohl als auch – aber reflektiert.

DISKUSSION

Dr. Heiko Neumann: Vielen Dank. Ich glaube, wir haben alle den Eindruck, dass
da draußen eine Menge passiert. Wir wollen jetzt noch eine überschaubare An-
zahl von Fragen beantworten.

Frage aus dem Publikum: Ich arbeite in der Bildungsarbeit der Gedenkstätte
Hohenschönhausen und hätte ein paar Anmerkungen, vor allem zum Thema Di-
gitales. Während der Corona-Zeit haben wir große Anstrengungen unternom-

men, unsere analogen Angebote ins Digitale zu übertragen. Das war aus verschiedenen Gründen nicht einfach, aber wir haben es auf unterschiedlichen Wegen getan. Die aktuelle Nachfrage liegt allerdings bei genau null. Digitale Angebote bewegen sich im unteren einstelligen Bereich.

In den letzten 15 Jahren haben wir viel ausprobiert: VR-Brillen, Tablets, Augmented Reality. Aktuell haben wir eine AR-Ausstellung. Die Besucherzahlen liegen dort im sehr niedrigen zweistelligen Bereich. Unsere analoge Dauerausstellung, mit Texten, aber auch Videos, hat dagegen zwischen 3.000 und 4.000 Besucher_innen im Monat. Die Unterschiede sind eklatant.

Das heißt, wir haben für uns noch keinen eindeutigen Weg gefunden, welches Medium am wirksamsten ist. In den letzten vier Jahren haben wir außerdem zwei Spiele entwickelt – eins analog, eins digital – unterstützt durch das Programm *Jugend erinnert*. Wichtig ist: Spieleentwicklungen sind extrem teuer. Man braucht sehr viel Know-how und Kontextwissen, gerade weil man bei Themen wie NS- oder SED-Aufarbeitung ethische und moralische Grenzen nicht verletzen darf.

In einem digitalen Spiel haben wir beispielsweise einen Haftraum erkundbar gemacht. Es hat nur wenige klassische Game-Elemente, etwa ein Belohnungssystem: Man kann Artefakte finden, also Objekte, die in den Zellen und Vernehmungsräumen vorkamen. Man kann Videos von Zeitzeug_innen ansehen, aber auch von Pädagog_innen, die kontextualisieren. Das Spiel ist aber nie für sich allein gedacht. Es ist in einen mehrstündigen Projekttag eingebettet, damit Fragen geklärt und Inhalte eingeordnet werden können. Es gibt sogar die Möglichkeit, während der Erkundung auf digitalem Wege Fragen zu stellen. Das ist also schon relativ weit entwickelt. Das war jetzt vor allem eine Bestandsaufnahme unsererseits zum Einsatz digitaler Medien in der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Dr. Heiko Neumann: Vielen Dank für diese Einblicke. Möchte jemand direkt darauf reagieren?

Dr. Felix Zimmermann: Das Feld der Spieleentwicklung ist enorm komplex. Es gibt Spiele, die werden von Einzelpersonen nebenbei für null Euro entwickelt – aber nur sehr wenige davon erreichen überhaupt ein Publikum. Am anderen Ende gibt es Produktionen, die eine halbe Milliarde Euro kosten. Wenn man den Independent-Bereich betrachtet, kann man grob sagen: Ein gutes Spiel kann vielleicht ab etwa 50.000 bis 100.000 Euro entstehen. Wenn man aber auf einem Markt bestehen möchte, auf dem wöchentlich Hunderte Spiele neu veröffentlicht werden, und man möchte, dass Kinder, Jugendliche oder Erwachsene es in ihrer Freizeit tatsächlich wählen, dann kommt man mit 100.000 Euro kaum weit. Da reden wir eher von einer halben Million Euro aufwärts.

Hinzu kommt: Wenn wir über Serious Games im historischen Bereich sprechen, gibt es ein grundsätzliches Problem. Die erfolgreichsten Spiele leben von sehr großer Handlungsfreiheit. Aber gerade bei sensiblen historischen Szenarien – etwa Holocaust-Erinnerung – birgt Handlungsfreiheit ein großes Risiko. Um Missbrauch zu vermeiden, werden Serious Games oft sehr linear angelegt. Im Ergebnis sind viele eher interaktive Erzählungen mit wenigen Entscheidungsmöglichkeiten. Wenn es interaktiver sein soll, muss man sich viele Fragen stellen, die im Feld historisch-politischer Bildung und Games nicht immer abschließend beantwortet sind.

Ein Beispiel ist das Berliner Entwicklungsstudio *Paintbucket Games*. Die haben das Spiel *The Darkest Files* zum Widerstand im Nationalsozialismus gemacht und jetzt eines über Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Sie lösen das Problem so, dass sie stark fiktionalisieren. Die Szenarien basieren auf realen Ereignissen, aber die Figuren (außer z. B. Fritz Bauer) sind fiktiv. Das erlaubt mehr Freiheit, ohne historische Opfer oder Täter_innen direkt zu instrumentalisieren. Damit fahren sie sehr erfolgreich.

Bisher ist meines Wissens noch niemand so weit gegangen, ein historisch sehr genaues DDR-Setting zu wählen und gleichzeitig große spielerische Freiheiten zuzulassen. Dafür ist die Sorge vor Missbrauch bislang zu groß. Spannend wird sein, ob jemand dieses Risiko in Zukunft einmal bewusst eingeht. Das wird man beobachten müssen.

Dr. Heiko Neumann: Okay, vielen Dank. Ja – eine halbe Million, dafür könnte man eine Gedenkstätte ein Jahr lang betreiben. Nicht schlecht.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte vielleicht etwas ansprechen, das jetzt ein bisschen kontraproduktiv zu dem wirkt, was ich gehört habe. Ich will aber ganz deutlich sagen: Ich finde das alles interessant, spannend, und ich versuche – auch wenn viele Anglizismen fallen – dem zu folgen. Aber meine innere Stimme sagt mir: Warum sollte es nicht legitim sein, bestimmte historische Erfahrungen – gerade solche aus Diktaturen – mit einer Art „Spiel-Tabu“ zu versehen? Ich meine das nicht moralisierend, also nicht im Sinne von: Das darf man überhaupt nicht anfassen. Aber ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass bestimmte Erfahrungen, beispielsweise aus totalitären Systemen, über ein Spiel wirklich nachvollziehbar erfahrbar gemacht werden können. Vielleicht kann man Anregungen geben, sich mit etwas zu beschäftigen – das leuchtet mir ein. Aber ich glaube, es ist richtig, dass wir an bestimmten Stellen eine Grenze ziehen und sagen: Da passt das Spielerische nicht mehr. Ich merke gerade, ich komme sehr in Opposition zu Ihnen – obwohl ich das gar nicht wollte. Ich möchte das eher als Nachdenk-Impuls in die Runde werfen: Wo braucht das Spielerische eine Grenze, auch ausgehend von unseren Werten?

Dr. Felix Zimmermann: Ich glaube, das hängt sehr stark vom zugrundegelegten Spielbegriff ab. Wenn wir Spielen ausschließlich mit Unterhaltung, Spaß und Wettbewerb verbinden, wirkt es tatsächlich problematisch. Aber man kann Spiel auch anders verstehen – nämlich als einen experimentellen Raum mit festgelegten Regeln, in dem man Handlungsoptionen durchspielen und Konsequenzen erfahrbar machen kann, ohne reale Menschen zu gefährden. Genau so arbeiten die sogenannten Serious Games. Da geht es nicht um Vergnügen, sondern um Nachvollziehbarkeit von Dilemmata. Im Bereich NS-Aufarbeitung war Spielentwicklung lange ein Tabu – auch mit der Begründung, dass man solche Erfahrungen nicht „spielbar“ machen dürfe. Erst einzelne Beispiele, z. B. Serious Games zum Widerstand im Nationalsozialismus, haben gezeigt, dass man sehr verantwortungsvoll mit dem Medium umgehen kann.

Ein Beispiel: Das Spiel *Through the Darkest of Times* lässt die Spielenden eine kleine Widerstandsgruppe durch den NS-Alltag führen. Dieses Spiel macht keinen Spaß im klassischen Sinne. Es geht um ständige Angst, Ressourcenknappheit, politische Konflikte in der Gruppe – und sehr oft um Scheitern. Genau dieses Scheitern – dieses Gefühl von Bedrohung und Handlungsdruck – lässt sich dort eher erfahrbar machen als durch rein lineare Erzählformen. Aber: Das funktioniert nur, wenn man einen Spielbegriff wählt, der mit Unterhaltung nichts zu tun hat. Das ist wichtig. Und selbstverständlich muss man sensibel mit Grenzen umgehen.

Reaktion aus dem Publikum: Vielleicht ist es genau das, was mir Unbehagen macht: diese Nähe zum Verhaltensorientierten – man reagiert in einem Spielraum, aber die reale Schutz- oder Resonanzebene ist nicht dieselbe. Da frage ich mich: Wo bleibt ein Schutzraum für das, was historisch so schwer ist, dass es mehr verlangt als ein Durchspielen von Optionen?

Dr. Heiko Neumann: Vielleicht kann man sich annähern, indem man nicht von „Spiel“ spricht, sondern eher von „Lernwelt“ oder „Erfahrungsraum“?

Frage aus dem Publikum: Danke für diese spannende Runde! Ich nehme auf jeden Fall sehr viel daraus mit. Ich habe zwei Fragen. Meine erste geht an Anja. Ich habe selbst auf Lehramt studiert und ich erinnere mich noch, dass ich mit sehr großer Freude an Didaktikveranstaltungen teilgenommen habe. Aber in meiner Lehramtsausbildung gab es einfach gar keinen Raum dafür, alternative Vermittlungsformen in der Breite auszuprobieren. Man hat sich da ein bisschen etwas zusammengesucht. Ich nehme wahr, dass sich anscheinend etwas getan hat – das finde ich sehr positiv. Bei uns damals wurde eher das klassische Handwerkszeug vermittelt, damit war das Stundenkontingent schon gut gefüllt. Meine Frage: Ist es überhaupt möglich, im Rahmen der Lehramtsausbildung solche Aspekte wie Gaming in einer wirklich vernünftigen Breite abzubilden?



Frage aus dem Publikum

Meine zweite Frage richtet sich an alle: Wir denken jetzt gerade sehr stark in Richtung Schule und außerschulische Bildung, häufig bezogen auf jüngere Menschen. Das ist natürlich wichtig und zieht sich als Frage durch: Wie erreichen wir junge Menschen? Aber ich frage mich zunehmend: Wie erreichen wir Erwachsene, bei denen wir keinen institutionellen Zugriff mehr haben – also keine Schule mehr, sondern nur freiwillige Bildung, etwa über Volkshochschulen oder Ähnliches? Ich sehe bei Erwachsenen extreme Defizite in bestimmten Bereichen und frage mich, welche Vermittlungsformen es dort geben kann.

Anja Neubert: Zunächst zu den Erwachsenen: Was mich gerade sehr umtreibt, ist die Situation in Orientierungskursen für Menschen mit Fluchtgeschichte. Da ist Geschichte ein Bestandteil, und es wird dort gerade massiv gekürzt. Das ist eine unhaltbare Entwicklung.

Zur ersten Frage: Kann man alles abbilden? Nein. Ich hoffe, es ist auch deutlich geworden – auch auf die vorangegangene Frage hin –, dass für mich der Schutzraum historische Erfahrungen sind. Historische Erfahrungen mache ich am ehesten an der Quelle. Das ist mein Plädoyer, gerade auch angesichts dieser ganzen Konjunkturen von VR, digitalen Spielen, KI, Algorithmen – was ich nicht abwerte, das ist geschichtskulturell absolut relevant. Aber dadurch kommen

ständig neue Themen. Deshalb ist die Besinnung auf Quellen und die Begegnung mit Originalquellen so wichtig. Es gibt dafür auch Beispiele – oft didaktisch inszenierte Formate wie *Last Seen*, bei denen Bilder archiviert und sortiert werden müssen. Es gibt also Ansätze, aber das würde ich noch einmal betonen.

Zur Lehramtsausbildung: Man kann nicht alles abbilden. Eine wichtige Erkenntnis – die ich selbst erst später gewonnen habe – ist, dass die universitäre Lehramtsausbildung kein Referendariat 1.0 ist. Ich hatte selbst die Erwartung: Ich gehe da raus und kann alles oder muss alles vermittelt bekommen. Ich glaube aber, es geht vielmehr um Haltung, Zugänge, Problembewusstsein und Fachlichkeit: Wie stelle ich Fragen an Quellen? Wie gehe ich methodisch vor? Und dann arbeite ich exemplarisch. Es gibt Semester, da liegt ein Schwerpunkt eher auf KI, andere Semester auf NS-Zwangsarbeit und virtuellen Rundgängen. Wir sollten die Ansprüche an Geschichtsunterricht und Lehrer_innenbildung ein wenig herunterfahren und uns auf das „Kerngeschäft“ konzentrieren. Dann werden exemplarische Zugänge möglich – und wer das vertiefen will, findet innerhalb der vorhandenen Strukturen Wege.

Anna Lux: Zur Frage nach Erwachsenenbildung – das hat uns auch beschäftigt. Ich hatte am Anfang erwähnt, dass wir versuchen, andere öffentliche Räume zu erschließen. Wir hatten ein tolles Projekt in Chemnitz: Wir sind mit der City-Bahn von Chemnitz nach Aue gefahren und haben in der Bahn Gespräche mit Künstler_innen und Wissenschaftler_innen geführt. Die Leute, die einfach eingestiegen sind, hörten zu – oder auch nicht. Das war niedrigschwellig.

Ein anderer Weg führt über Kultur. Erwachsene fühlen sich unter dem Begriff „Vermittlung“ oft gar nicht angesprochen. Kinder und Jugendliche müssen, Erwachsene müssen nicht. Wir haben gute Erfahrungen mit Kulturformaten gemacht: In Leipzig hatten wir zum Beispiel einen Abend mit Kai-Uwe Kohl-schmidt, dem Sänger von Sandow, und zwei Musikerinnen einer jungen Band. Der Raum war voll, das Publikum bunt gemischt. In Gera haben wir Ähnliches mit einem DDR-Rocker, einem Techno-DJ aus den 1990er Jahren und einer jungen Chemnitzer Sängerin gemacht – da bringen die Akteur_innen ihr Publikum selbst mit, und es durchmischt sich. Da haben wir schon über Transformation und DDR-Erfahrung gesprochen.

In Pforzheim haben wir im Kino *Die Unbeugsamen 2* gezeigt und danach mit dem Publikum über Frauenleben in Ost und West gesprochen. Kulturveranstaltungen mit Gesprächselementen schaffen Räume, in denen Erinnerungen und Erfahrungen aufeinandertreffen. Das halte ich für sehr wichtig.

Frage aus dem Publikum: Eine kurze Anmerkung – vielleicht auch, um der Dame das Unbehagen im Umgang mit Computerspielen zu nehmen: Am besten versteht man Computerspiele einfach als ein Medium, genauso wie man sich in

Büchern oder Filmen mit Vergangenheit auseinandersetzt. Man nutzt ja auch *Das Tagebuch der Anne Frank* oder *Schindlers Liste* zur historischen Auseinandersetzung. Man sollte sich also nicht irritieren lassen von Auswahlmöglichkeiten in Spielen.

Spannend ist vielmehr die Frage: Wie historisch muss etwas sein? Und wo kollidiert die Entscheidungsfreiheit mit einer vorgegebenen Narration? Ich habe es jetzt so verstanden, dass es in Spielen zwei Wege gibt: Entweder man setzt stark auf Gamification-Elemente, also auf Auswahlmöglichkeiten und Eintauchen, oder man folgt einer starken Story. Viele große Spiele leben ja davon, dass sie eine packende Geschichte erzählen. Gibt es denn ein Positivbeispiel für ein Spiel in einem historischen Setting, das beides vereint und sich für die Vermittlung eignet?

Dr. Heiko Neumann: Das wäre hilfreich, um mit einem konkreten Tipp nach Hause zu gehen.

Dr. Felix Zimmermann: Ich hatte das Spiel gerade schon erwähnt: *The Darkest Files* von Paintbucket Games. Es ist kürzlich erschienen und spielt in einer 3D-Umgebung aus Ego-Perspektive. Dem Spiel gelingt es sehr gut, eine Art „BRD-Noir-Atmosphäre“ zu erzeugen – so nennt es das Studio selbst. Die Narration führt in Richtung der Auschwitz-Prozesse. Man spielt sie nicht direkt, aber man befindet sich in der Vorbereitungsphase und merkt, wie der gesellschaftliche Druck steigt. Spieler_innen müssen sich intensiv mit Dokumenten auseinandersetzen und Verbindungslinien ziehen: Welche Verbrechen haben stattgefunden, die schon nach damaligem Recht hätten verfolgt werden müssen? Das Spiel vereint somit immersive Erfahrung, überzeugende Narration und reflektierende Spielmechaniken auf gelungene Weise.

Ein kleiner Nachteil: Es gibt keine deutsche Sprachausgabe, was die Immersion etwas schwächt – gerade im deutschen Setting. Das ist jedoch eine Finanzierungsfrage. Auch bei diesem Spiel war das Geld nicht unbegrenzt vorhanden.

Dr. Heiko Neumann: Vielen Dank für diesen Tipp. Vielen Dank Ihnen allen im Publikum – für Ihre Aufmerksamkeit, Ihre Nachfragen und die Offenheit, die ich deutlich herausgehört habe. Draußen ist viel im Umbruch, auch in den Schulen. Ich glaube, wir haben hier gemeinsam einen Beitrag dazu geleistet, uns dieser Entwicklung im Gespräch zu nähern – mit Punkten, die wissenschaftlich weiterverfolgt werden, aber auch mit einer starken praktischen Perspektive. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, kommen Sie gut nach Hause, und danke für Ihr Interesse.

ANDACHT

auf dem Bautzener Karnickelberg am 14. Mai 2025

Pfarrer Christian Tiede

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gäste in dieser Gedenkandacht! „Schaffe mir Recht, Gott!“ Das ist der verzweifelte Aufschrei aus dem 43. Psalm. Und die Klage, kein Recht gegen die Willkür der Mächtigen zu bekommen und im Unrecht leben zu müssen, durchzieht die Bibel. Gott anrufen zu können, war oft genug die letzte Hoffnung für die Unterdrückten, die Ausgestoßenen, diejenigen, die übersehen am Rand standen. Und oft genug war die Klage zu Gott das Letzte, was den Menschen noch blieb: Wer, wenn nicht Gott, kann noch letzte Zuflucht sein?

Denn wer aus den sozialen Bezügen ausgestoßen ist, wer den Mächtigen widerspricht, hat schnell keine Stimme und keine Fürsprecher. Weil Gefahr läuft, selbst zu den Ausgestoßenen zu gehören, wer für diese seine Stimme erhebt. Weil es von Vorteil sein kann, der Macht wenigstens öffentlich zuzustimmen. Weil es unbequem ist, sich dem Klagen der Ausgestoßenen auszusetzen. Schon immer haben manche Menschen die Abwesenheit des Rechts schmerzhafter gespürt als andere.

Und manchmal hat sich die Erfahrung der Rechtlosigkeit in den Alltag der Menschen eingeschlichen. Welche Wege man im Leben gefahrlos gehen kann und bis wohin, weiß man irgendwann. Das lernen schon Kinder. Ich werde nie vergessen, wie der Direktor meiner Cottbuser Schule einen 13- oder 14-jährigen Jungen öffentlich vor allen anderen Kindern wegen seiner Frisur vorgeführt hat. Scheinbar banale, aber wirksame Demonstrationen der Macht. Und die Wirkung einmal erfahrener Macht lässt manchmal auch Jahrzehnte später nicht nach.

Nur wenige haben sich damals nicht einschüchtern lassen und haben immer wieder auf ihrem Recht bestanden.

Der Name der Stadt Bautzen war in der Zeit der DDR Synonym dafür, dass es dieses Recht nicht gab. Oder dass man sich nicht darauf verlassen konnte. Dass es für Einzelne nicht einklagbar war. Oder dass schon Mut brauchte, wer sich auf sein Recht berufen wollte. Und der Karnickelberg, der Ort, an dem wir uns heute versammeln, steht für die völlige Abwesenheit des Rechts. Hier wurden die Toten verscharrt und Menschen aus den Augen der Gesellschaft entfernt. Nicht einmal das Gedenken wurde noch zugelassen. Über Jahrzehnte war dieser Ort ein Nicht-Ort. Vergessen und verdrängt. Und das bedeutete ja eben



auch, dass es keinen Ort geben sollte für die Trauer über die Abwesenheit des Rechts. Oder dass man sich der Trauer gar nicht erst aussetzen musste. Deshalb ist es gut, dass wir heute hier sind und dass es längst diesen Ort der Erinnerung und der Trauer in unserer Stadt gibt. Denn dieser Ort ist, wenn wir ihn ernst nehmen, ja ein doppelter Ort der Trauer: Er ist endlich ein Ort der Trauer für jeden einzelnen Menschen, der hier eine letzte Ruhe gefunden hat. Für die Angehörigen, so es sie noch gibt, und deren Gedenken.

Und er ist ein Ort der Trauer und auch der Mahnung, weil das Recht immer wieder und auch ganz aktuell von Neuem bedroht ist. Das Recht der Ausgestoßenen, derjenigen am Rande, der Träumenden von Freiheit und Recht. Das Recht von Minderheiten gegen das vermeintlich alleinige Recht und die Macht einer eingebildeten Mehrheit.

Schaffe mir Recht, Gott! Der Ruf klingt an diesem Ort. Und deshalb gehört die Hoffnung, dass Recht und Gerechtigkeit bewahrt und geschützt bleiben, zum Klang unserer Stadt.
Amen.

Referent_innen des 35. Bautzen-Forums

Dr. Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dresden

Prof. Dr. Sebastian Barsch, Professor für Didaktik der Geschichte und Public History an der Universität Köln

Dr. Robert Böhmer, Finanzbürgermeister (parteilos) der Stadt Bautzen

Dr. Martin Breternitz, Musikwissenschaftler, Musikpädagoge, Musiker und Kulturmanager, Erfurt

Cornelia Bruhn, Referentin für Zeitzeugenbüro und Schicksalsklärung, Gedenkstätte Bautzen, Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Dr. Steffi Brüning, Leiterin der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit Rostock

Dr. Stefanie Eisenhuth, Habilitandin an der Universität Greifswald, Lehrstuhl für Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit

Anne Hahn, Kunsthistorikerin, Subkulturforscherin, Autorin und DDR-Zeitzeugin, Berlin

Pia Heine, Historikerin, Promotionsstipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipzig

Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e. V., Berlin

Prof. Dr. Thomas Lindenberger, ehemaliger Direktor des Hannah-Arendt-Instituts und Professor für Totalitarismusforschung an der TU Dresden

Dr. Anna Lux, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Leipzig

Anja Neubert, Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Professur für die Didaktik der Geschichte an der Universität Leipzig

Dr. Heiko Neumann, Lehrer, Lehrbeauftragter am Lehrstuhl Neuere und Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der TU Dresden

Dr. Konstantin Neumann, Historiker und Kommunikationswissenschaftler, Militärhistorisches Museum der Bundeswehr, Flugplatz Berlin-Gatow

Albrecht Pallas, 4. Vizepräsident des Sächsischen Landtages und Landtagsabgeordneter der SPD-Fraktion, Dresden

Vũ Vân Phạm, Kulturschaffende und Bildungsreferentin vietnamesische Diaspora und Antirassismus, Leipzig

Prof. Dr. Michael Rauhut, Professor für Populäre Musik an der Universität Agder, Norwegen

Prof. Dr. Detlef Pollack, Seniorprofessor an der Universität Münster, Lehrstuhl für Religionssoziologie

Arne Schildberg, Leiter Landesbüro Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipzig

Dr. Christine Schoenmakers, Referentin für inklusive und interkulturelle Bildung bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin

Dr. Teresa Tammer, Stellvertretende Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Sachsen, Dresden

Christian Tiede, Pfarrer der Ev.-Luth. Kirchgemeinde St. Petri, Bautzen

Prof. Dr. Wolf-Georg Zaddach, Professor für Musikproduktion und Songwriting an der Hochschule Macromedia, Berlin

Dr. Felix Zimmermann, Referent für Games-Kultur, politische Bildung und Extremismus bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Bautzen-Foren im Überblick

(Die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber über www.fes.de als PDF-Dateien heruntergeladen werden.)

- Nr. 1** / Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990.
- Nr. 2** / Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991.
- Nr. 3** / Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992.
- Nr. 4** / Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993.
- Nr. 5** / Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994.
- Nr. 6** / Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995.
- Nr. 7** / Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996.
- Nr. 8** / Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997.
- Nr. 9** / Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998.
- Nr. 10** / Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999.
- Nr. 11** / Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000.
- Nr. 12** / Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001.
- Nr. 13** / Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002.
- Nr. 14** / Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003.
- Nr. 15** / Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Leipzig 2004.
- Nr. 16** / Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur. Leipzig 2005.
- Nr. 17** / Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006.

- Nr. 18** / Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007.
- Nr. 19** / Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur. Leipzig 2008.
- Nr. 20** / Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung. Leipzig 2009.
- Nr. 21** / Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht. Leipzig 2010.
- Nr. 22** / 50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem „antifaschistischen Schutzwall“. Leipzig 2011.
- Nr. 23** / Ein ganz normaler Staat? Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR. Leipzig 2012.
- Nr. 24** / Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur. Leipzig 2013.
- Nr. 25** / Aufbruch zur Freiheit. Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und Osteuropa. Leipzig 2014.
- Nr. 26** / Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland. Leipzig 2015.
- Nr. 27** / Macht und Gewalt. Zum Herrschaftssystem der SBZ/DDR. Leipzig 2016.
- Nr. 28** / Jung sein in der DDR. Leipzig 2017.
- Nr. 29** / „Überholen ohne einzuholen“ – Wirtschaft, Arbeit und Soziales in der SBZ/DDR. Leipzig 2018.
- Nr. 30** / Wie erinnern? Zum Umgang mit dem SED-Unrecht 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution. Leipzig 2019.
- Nr. 31** / 30 Jahre deutsche Einheit und das Erbe der DDR-Diktatur. Leipzig 2020.
- Nr. 32** / Die DDR in den 1970er und 1980er Jahren. Stabilisierung, Erstarrung, Verfall. Leipzig 2021.
- Nr. 33** / Umbruchjahre im Osten. Vom geteilten zum wiedervereinigten Deutschland. Leipzig 2022.
- Nr. 34** / Auf die Straße! Volksaufstände im sowjetischen und russischen Einflussbereich. Leipzig 2023.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig

Redaktion: Arne Schildberg, Leipzig
Ines Eifler, Görlitz

Gestaltung
und Satz:

Thomas Glöß, Leipzig

Fotos: Gaby Waldek, Leipzig

Druck: Bergstädter Premium Print – Niederlassung Leipzig

ISBN 978-3-98628-810-5



27. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
26.–27. Mai 2016



Macht und Gewalt

Zum Herrschaftssystem der SBZ/DDR

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

27. Bautzen-Forum

28. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
11.–12. Mai 2017



Jung sein in der DDR

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

28. Bautzen-Forum

31. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
10.–11. September 2020

30 Jahre Deutsche Einheit
und das Erbe der SED-Diktatur



FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

31. Bautzen-Forum

32. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
9.–10. September 2021



**Die DDR in den 1970er
und 1980er Jahren**

Stabilisierung, Erstarrung, Verfall

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

32. Bautzen-Forum

29. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
24.–25. Mai 2018

„Überholen ohne einzuholen“



Wirtschaft, Arbeit und Soziales
in der SBZ/DDR

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

29. Bautzen-Forum

30. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
9.–10. Mai 2019



Wie erinnern?

Zum Umgang mit dem SED-Unrecht
30 Jahre nach der
Friedlichen Revolution

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

30. Bautzen-Forum

33. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
8.–9. September 2022



Umbruchjahre im Osten

Vom geteilten zum
wiedervereinigten Deutschland

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

33. Bautzen-Forum

34. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
14.–15. September 2023



Auf die Straße!

Volksaufstände im sowjetischen
und russischen Einflussbereich

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

34. Bautzen-Forum